

Thomas Weyrauch

Gepeinigter Drache
Chinas Menschenrechte im Spätstadium
der KP-Herrschaft

3. Auflage
2008

1. Aufl. 2005
2., aktualisierte Aufl. 2006
3., aktualisierte Aufl. 2008
Longtai Verlag Giessen
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany
ISBN: 978-3-938946-00-8

Thomas Weyrauch

Gepeinigter Drache

Chinas Menschenrechte im Spätstadium der KP-Herrschaft

Kurz vor Tagesanbruch ist die Nacht am dunkelsten.

(Chinesisches Sprichwort)

Inhalt:

Vorwort zur 3. Auflage	7
A <i>Renquan</i> - Die Bedeutung der Menschenrechte in China	9
I. Fußstritte für den Bettler	10
1.) Menschenrechte in der chinesischen Philosophie	10
2.) Menschenrechte im kaiserlichen China	13
3.) Menschenrechte im republikanischen China	14
4.) Die Menschenrechtsentwicklung in der Volksrepublik China.....	15
II. Zwischen Spucknapf und Päonie	16
1.) Völkerrechtliche Bindungen	16
2.) Politische Dialoge	21
III. Maoismus als Leitlinie	32
1.) Schutz der Menschenrechte in der Verfassung	32
2.) Schutz der Menschenrechte in den übrigen Gesetzen	33
B Schlimmstes Übel	39
I. Erkennbarer Schrecken	39
II. Gläubige und Oppositionelle	40
1.) Repression gegenüber Autonomisten.....	40
2.) Religiöse Unterdrückung.....	42
3.) Opposition.....	60
4.) Familienplanungspolitik.....	74
III. Leichen ohne Augäpfel.....	75
1.) Rechtswidrige Freiheitsentziehungen	75
2.) Unfaire Strafverfahren.....	77
3.) Hinrichtungen	78
4.) Zufügung von körperlichen und seelischen Schmerzen	87
5.) Umerziehung durch Arbeit	91
6.) Kein Schutz für Flüchtlinge	94
7.) Beschneidung der Meinungs- und Informationsfreiheit.....	95
8.) Einschränkung der Versammlungsfreiheit	105
9.) Geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen	105
10.) Menschenrechtsverletzungen an Kindern und Jugendlichen	108
IV. Beste Mitarbeiter	110
C Letzte Tränen.....	116
I. Begrenzte Reformfähigkeit.....	116
II. Wer macht das Licht aus?	128
1.) Maßnahmen der Partei zur Erhaltung ihrer Macht	129
2.) Veränderungstendenzen.....	134
3.) Das Ende des kommunistischen Systems	159
D Strafsache Jiang Zemin u.a.	162
Literatur.....	174
Index	nicht in der Internet-Version



Dr. Thomas Weyrauch

Vorwort zur 3. Auflage

Seit über dreißig Jahren beobachte ich das Geschehen in Ostasien intensiv. Besondere Berücksichtigung findet dabei die Volksrepublik China, die ungeheuren Wandlungen unterworfen ist. Dabei verkenne ich nicht positive Entwicklungen, wie den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes, großangelegte Bildungsmaßnahmen und die Rückbesinnung auf die eigene Kultur, die selbst in der Kommunistischen Partei Chinas immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Was einst zu bekämpfen war und vernichtet werden musste, erfährt neue Wertschätzung. Die Vorstellung einer harmonischen Gesellschaft, die wir aus dem Konfuzianismus und Daoismus kennen, wird in der Gegenwart zur Staatspolitik. Es ist dabei völlig gleichgültig, ob Hu Jintao als Chinas Staatspräsident und kommunistischer Parteiführer dies aus Überzeugung oder Kalkül propagiert und im Sinne des politischen Systems umsetzt.

Die zuvor allmächtige Partei ist nämlich Teil einer gesellschaftlichen Dynamik. Sie ist außerstande, die Entwicklung vorzugeben. Während ihre Mitglieder von den Parteizielen weit entfernt sind und sich interessieren hauptsächlich für wirtschaftliche Vorteile mit Hilfe einer starken Zentralgewalt, bilden Unzufriedene ein Protestpotential, das staatliches Handeln hervorruft.

Obgleich sich die Menschenrechtssituation zwar in den letzten Dekaden verbessert hat, ist festzustellen, dass die angefeindeten Gruppen die gleichen sind. Auch sind die Methoden von Menschenrechtsverletzungen nahezu unverändert. Erschütternd ist, dass die hohe Zahl von Hinrichtungen und der Einsatz von Folter zu den Instrumentarien der KP gehören, welche wir schon in den zahlreichen Sowjetgebieten Chinas zwischen 1928 und 1935 sowie in der Zeit der Volksrepublik unter Mao Zedong belegen können.

Es stellt sich daraus die Frage, ob Chinas Herrschaft stabil bleibt, wenn solche Menschenrechtsverletzungen zur Einschüchterung eingesetzt werden. Immer wieder wird die Staatsform von eigenen Bürgern hinterfragt und in jeder Dekade steht die KP vor neuen Herausforderungen, die über Sein oder Nichtsein entscheidet. Dabei sehe ich die kommunistische Herrschaft im engeren Sinne durch den stärkeren Anteil der Privatwirtschaft und die Übernahme eines Staatskonfuzianismus anstelle der kommunistischen Ideologie als beendet an, doch ist das von mir als Möglichkeit genannte Szenario des aggressiven Nationalismus in Erscheinung getreten.

Ich hoffe, dass es Taiwan gelingt, einen Krieg zu vermeiden. Mit Ma Ying-jeou ist dort ein kühler Kopf mit Weitsicht und Verantwortungsgefühl an die Macht gekommen. Das lässt hoffen. Es gilt nun, den Chinesen im Ausland sowie der uighurischen und tibetischen Exilgemeinde beizustehen, damit sie die gleiche Rolle spielt wie Taiwan: die freie Alternative zum eigenen unterdrückten Volk.

Thomas Weyrauch

A *Renquan* - Die Bedeutung der Menschenrechte in China

Der Begriff ‚Menschenrechte‘ ist auch in China kein Fremdwort, denn er wird als ‚*renquan*‘¹ seit langem benutzt. Seit dem 2. Weltkrieg werden einzelne Länder innerhalb der Staatengemeinschaft in ihrer Berechenbarkeit neben anderen Faktoren auf Rechtstaatlichkeit betrachtet und eingeschätzt. Zur Rechtstaatlichkeit zählt unter anderem die Umsetzung von international anerkannten Menschenrechtsvorstellungen. Auch für China gilt somit, dass die Einhaltung der Menschenrechte ein Maßstab für die Bewertung einer staatlichen Ordnung ist. Aus diesem Grund lassen sich langfristige Prognosen für das innerstaatliche Verhältnis anhand bestimmter Kriterien zur Identifikation der Bürger des Partnerstaates erstellen. Eines dieser Kriterien fußt auf der Frage, ob sich Staatsangehörige von ihrer Administration in ihren Interessen vertreten, respektiert und geschützt fühlen. Eine negative Einschätzung der Staatsangehörigen birgt nämlich die Gefahr der Staatsferne, der fehlenden Identifikation mit Staat und Staatsführung sowie im letzten Stadium der Staatsbekämpfung.

Die Volksrepublik China wird schon allein wegen ihrer Ausdehnung und Bevölkerungsgröße von der Staatengemeinschaft beachtet und sorgfältig analysiert. Hierbei steht China innerhalb politischer Entscheidungsträger, diplomatischer Kreise, Menschenrechtsverbänden und in den Medien seit Jahren hinsichtlich ihrer Menschenrechtspolitik in der Kritik. Soweit es hierzu zu Diskussionen um die Menschenrechte in China kommt, sind mit gewisser Regelmäßigkeit Stimmen zu vernehmen, die China absprechen, eine eigene Menschenrechtstradition zu besitzen. Durch eine solche Argumentation wird die politische Führung in Bezug auf Verletzungen der Menschenrechte exkulpiert. Freudig schließt sich die Führung der Volksrepublik China dieser Ansicht an, wobei sie ergänzt, das Land besitze andere Menschenrechtstraditionen als der Westen. Zudem sei China ein Entwicklungsland, für das es gelte, zunächst die Grundbedürfnisse zu befriedigen. Ein Anmahnen der Menschenrechte von außen stelle zudem völkerrechtlich eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas dar.²

Nach heutiger westlicher Auffassung sind Menschenrechte unveräußerliche, jeder staatlichen Setzung vorausgehende Rechte, insbesondere das Recht auf körperliche Unversehrtheit, Meinungsfreiheit, Freizügigkeit und persönliches Eigentum. Der Begriff stammt aus dem 18. Jahrhundert und hat naturrechtliche Wurzeln. In Europa reicht die Idee der Menschenrechte jedoch bis in die Antike als Rechtfertigung eines Widerstandsrechts gegen die *tyrannis* und auf Ereignisse des Mittelalters zurück. Basierend auf christlichen Gleichheits- und Nächstenliebevorstellungen wurden sie in Ständeauseinandersetzungen in Urkunden wie der des spanischen Königs Alfons IX. von 1188, in der Magna Charta des englischen Königs John von 1215 und den Siete Partidas für Kastilien und León von 1256 festgelegt. In der frühen Neuzeit setzte sich der Gedanke der Menschenrechte in der englischen Habeas-Corpus-Akte, in der Declaration of Rights und in der Bill of Rights fort. Philosophisch unterstützt wurden diese Bewegungen von Johannes Althusius, Hugo Grotius, John Milton, Thomas Hobbes, Baruch Spinoza und Charles de Montesquieu. Der Aufklärer Jean Jacques Rousseau bereitete in seinen Werken den geistigen Nährboden für die

¹ Zur Entstehung des Begriffs *renquan* vgl. Mühlhahn, S. 10.

² Bass, Argumente für einen Menschenrechtsdialog mit China, S. 4 ff.

Französische Revolution, die nachfolgenden durch Aufklärung geprägten Verfassungen europäischer Länder und der Vereinigten Staaten von Amerika.³

I. Fußritte für den Bettler Menschenrechte in der chinesischen Geschichte

Als die Menschenrechte erstmals nationenübergreifend in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 kodifiziert wurden, existierte die am 1. Oktober 1949 ausgerufene Volksrepublik China noch nicht. Ihr Rechtsvorgänger war die Republik China, repräsentiert durch Präsident Jiang Jieshi (Chiang Kaishek) und seiner staatstragenden Partei Guomindang. Die Regierung Jiang machte die Republik China am 10.12.1948 zu einem der 58 Signatarstaaten der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Palais de Chaillot in Paris.⁴

Die Unterzeichner der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sahen von einer naturrechtlichen Fundierung ab, einigten sich auf eine stark allgemein gehaltene Basis, um möglichst vielen Staaten den Zugang zu dieser Deklaration zu ermöglichen und verzichteten auf eine völkerrechtliche Verbindlichkeit.⁵

1.) Menschenrechte in der chinesischen Philosophie

Chinas Geschichte unterscheidet sich gewiss von der anderer Länder, was dennoch nicht dazu führt, dass es keine geistigen und geschichtlichen Ansätze zu einer Menschenrechtsvorstellung gäbe. In der chinesischen Kultur existieren nämlich verschiedene Religionen und Denkschulen, die schon früh menschenrechtliche Aspekte thematisierten. Doch waren zunächst die Denkschulen, die das Gesetz in den Vordergrund stellten, stets in Spannung zu menschenrechtlichen Ansätzen. So entstand etwa die *fajia*, die Denkschule der Legalisten in der Zeit der Streitenden Reiche (403 – 221 v. Chr.), die – oftmals verblüffend ähnlich dem Werk Machiavellis⁶ – aus der Praxis sich entwickelnde Konzepte zur Stärkung der Herrschermacht erarbeiteten. Mit brutaler Konsequenz wurden diese Lehren vor allem im Reich der Qin-Kaiser (221 – 206 v. Chr.) verwirklicht. Die Legalisten verstanden den Begriff des Rechts *fa* hauptsächlich als eine Ansammlung von Straf- und Verwaltungsnormen. Sicherlich hat *fa* dabei eine moderne Komponente, wenn es im Gegensatz zum Konfuzianismus für alle Menschen gleichermaßen und ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Hierarchien Gültigkeit besaß. Das Wesen des Legalismus war die kurz abgefasste, für alle verständliche Rechtsnorm, die öffentlich bekannt gemacht wurde. Selbst kleinste Vergehen zogen drakonische Strafen mit sich. Nur auf diese Weise sollte die Bevölkerung von der Begehung der Straftaten abgeschreckt werden. Das *fa* war damit ein Instrument zur Steuerung der Gesellschaft.⁷

³ Oestreich, S. 9 ff.

⁴ Resolution der UN-Generalversammlung 217 A (III), United Nations Department of Public Information (Dezember 1997), <http://www.unhchr.ch/udhr/miscinfo/carta.htm>.

⁵ Herrmann, Kampf um die Menschenrechte, S. 7 ff.

⁶ Anmerkung des Verfassers.

⁷ Müller, Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhunderts, S. 27.

Der Staatsphilosoph Xunzi (ca. 310 – 215 v. Chr.) bevorzugte gleichfalls die harte Hand des Herrschers. Für ihn war der Bestand der Gesellschaft gefährdet, wenn der Herrscher nicht in der Lage oder willens war, die Untertanen in die Schranken zu weisen. Darüber hinaus würde die völlige Abschaffung einer Herrschaft ins Chaos führen: „Würde man jetzt versuchen, die Machtposition der Fürsten abzuschaffen, ohne Sittlichkeit und Rechtschaffenheit auszukommen, sowie auf Gesetze, Normen und das Einhalten durch Strafen zu verzichten – welchen Anblick würde der Umgang der Menschen miteinander wohl bieten? Offenbar den, dass Starke die Schwachen ausplündern, und Mehrheiten Minderheiten tyrannisieren. Man müsste nicht lange warten, bis das Chaos auf Erden so groß geworden wäre, dass sich die Menschen gegenseitig ausrotten.“⁸

a) Konfuzianismus

Gegenüber derartigen Vorstellungen von Herrschermacht prägte der Konfuzianismus die chinesische Gesellschaft in den geschichtlichen Entwicklungen wesentlich stärker. Aus den Schriften des Philosophen Kong Zi (551 – 479 v. Chr.; im Westen als ‚Konfuzius‘ latinisiert) und seiner Gefolgschaft leitet der Konfuzianismus seine Menschenrechtsvorstellung nicht wie etwa Hugo Grotius aus dem Naturrecht ab. Auch ist er zur naturrechtlichen Denkweise in Distanz, wonach der Einzelne der Gemeinschaft gegenüber stehe und vor ihr geschützt werden müsse. Im Neokonfuzianismus, dem *rujia* der Song-Dynastie (960 – 1279), wurden die *siduan*, die vier ethischen Grundsätze formuliert, die dem Menschen zu vermitteln seien. Diese Postulationen bestehen aus *ren*, der Humanität, der selbstlosen Menschenliebe, dem Wohlwollen und der *caritas*, dem Gerechtigkeitsinn *yi*, dem Anstand *li* sowie der moralischen Einsicht *zhi*. Nach der Ethik des Konfuzianismus hat sich also der Mensch menschenfreundlich, gerecht und anständig zu verhalten. Zudem muss er nach moralischer Einsicht streben. Hierdurch wird gewährleistet, dass *li* und *yi* die *humanitas* des *ren* gewährleisten. Im Gegensatz zum europäischen Naturrecht ist das Rechtsempfinden des *yi* kein egalitäres. Vielmehr baut es auf dem Prinzip des *suum cuique* (lateinisch für „Jedem das Seine“).⁹

Die Tugend der Loyalität ist mit den vier von Konfuzius und den Neokonfuzianern aufgestellten Generaltugenden eng verbunden. In der Feudalgesellschaft zu Lebzeiten von Konfuzius sollten Eltern und Kinder, Untertanen und Herrscher in reziproker Loyalität zueinander stehen. Hierbei spielt die Loyalität gegenüber den Eltern die Hauptrolle, was durchaus im Widerspruch zur Loyalität gegenüber der Herrschaft führen kann. Ein Dialog zwischen einem Herrscher und Konfuzius unterstreicht dies: „Der Herzog von She sprach zu Meister Kong: ‚Bei uns zulande gibt es aufrechte Menschen. Hat der Vater ein Schaf gestohlen, so tritt sein Sohn als Zeuge (gegen ihn) auf.‘ Meister Kong entgegnete: ‚Bei uns zulande sind die Aufrechten anders. Der Vater deckt den Sohn, und der Sohn den Vater. Hierin liegt die Aufrichtigkeit.‘“¹⁰ Die Gängelung des Volkes durch den Herrscher mittels hoher Strafanrohungen lehnt Konfuzius ab. Seine Haltung zur Todesstrafe wird in einer weiteren Episode deutlich: „Jin Kang fragte Meister Kong nach dem Regieren: „Ist es im Interesse de-

⁸ Müller, Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhunderts, S. 40.

⁹ Luo, A Collection of Confucius' Sayings, S. 17 ff.; Krieger/Rauzettel, Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas, S. 19 ff.; Bass, Argumente für einen Menschenrechtsdialog mit China, S. 6; Copper, Human Rights in Post-Mao China, S. 9 f.

¹⁰ Konfuzius: Lun Yu 13/18, S. 270.

rer, die auf dem rechten Weg wandeln, diejenigen zu töten, die von ihm abweichen?“ Meister Kong entgegnete: „Warum solltet Ihr beim Regieren überhaupt Euch des Tötens bedienen? Wenn Ihr das Gute wollt, wird Euch das Volk gut sein.“¹¹ Dass es nicht auf Gesetze und ihre Härte, sondern auf ein Vorbild an Tugendhaftigkeit ankomme, betonte Konfuzius, ohne die Rolle des Herrschers in Frage zu stellen. Hierdurch werde ein Gefühl für Scham entwickelt, das den Menschen gut mache.¹² Diese Aussage steht in Widerspruch zur erwähnten chinesischen Schule des Legalismus, in der menschliches Handeln insbesondere im Verhältnis zur Obrigkeit durch einen breiten Katalog an Strafen reglementiert wurde.¹³

b) Meng Zi

Im Gegensatz zu Konfuzius, der für die Rücksichtnahme des Herrschers gegenüber dem Untertan als Tugend (*xiao*) warb und damit immer noch den Herrscher über den Untertan stellte, trat bei Meng Zi (Latinisiert Mencius, 372 – 281 v.Chr.), einem konfuzianisch beeinflussten Denker, der Herrscher und seine Herrschaft an die letzte Stelle. In seiner Lehre hatte der Herrscher die Pflicht, für das Wohlergehen seines Volkes zu sorgen: „Das Volk kommt an erster Stelle, der Geist des Landes und das Getreide kommt als nächstes und der Herrscher kommt als letzter.“ Wenn der Herrscher gegen diesen Grundsatz verstieß, hatte er für Meng Zi das Mandat des Himmels verspielt.¹⁴

Das bedeutete in der Vorstellung Meng Zis jedoch nicht, dass materielle Werte über der Würde des Menschen ständen. Seine einprägsame Metapher vom Bettler, der die lebensrettende Gabe ablehne, wenn sie mit einem Fußtritt angeboten werde, dürfte im heutigen Menschenrechtsdialog mit China noch immer von Bedeutung sein.¹⁵

Meng Zis Vorstellung von der Gleichheit aller Menschen erinnert dabei an Denker der europäischen Aufklärung: „Der Wunsch nach Würde ist ein Bestreben aller Menschen. Doch hat jeder Einzelne seine Würde in sich selbst.“¹⁶

c) Daoismus

Der Philosoph Laozi lehrte im 6. Jahrhundert v. Chr. Weltliebe, Güte und Gnade. Der auf seinem Werk Daodejing (Tao te king) fußende Daoismus ist als Religion in China tief verwurzelt. Er lehnt per se eine Verrechtlichung und das Streben nach Macht als widernatürlich ab. Soweit dadurch nämlich Recht geschaffen würde, wäre dadurch zugleich das Unrecht definiert. Allerdings gab es im 4. Jahrhundert vor Christus eine philosophische Aussage des Daoismus, die sich von Recht und Herrschaft nicht grundsätzlich distanzierte. Hierbei wurde der Herrscher mit einem Spiegel verglichen, in dem Schönes und Hässliches lediglich reflektiert werde. Der Herrscher regiere durch totales Gewährenlassen und

¹¹ Konfuzius: Lun Yu 12/19, S. 258.

¹² Konfuzius: Lun Yu 2/3, S. 146.

¹³ Bodde, S. 11 ff. Der wichtigste Vertreter der Schule des Legalismus wurde der große Reichseiniger und Despot Qin Shihuang, der als erster Kaiser in die chinesische Geschichte einging.

¹⁴ Mencius, S. 126 ff.

¹⁵ Mencius, S. 412 f.; Roetz, China und die Menschenrechte, S. 37 f.

¹⁶ Mencius, S. 419.

bringe durch seine Passivität die Welt in vollendete Harmonie. Diese Aussage steht im Einklang mit dem Daodejing, in dem es heißt: „Herrscht ein ganz Großer, so weiß das Volk kaum, dass er da ist (...) die Leute denken alle: Wir sind frei.“¹⁷

c) Buddhismus

Wichtig in der chinesischen Menschenrechtstradition ist auch die buddhistische Auffassung, man müsse Mitleid mit anderen Menschen haben. Im chinesischen Buddhismus wird dieses ‚Mit-Leiden‘ durch Göttin Guanyin verkörpert, als deren Reinkarnation auch der Dalai Lama betrachtet wird.¹⁸

Doch im Vergleich zur christlichen Nächstenliebe oder *caritas* geht es im Buddhismus stärker darum, sich selbst zu kultivieren. Hierzu zählen auch die Zehn Vervollkommnungen (Sanskrit: *paramita*) wie Großzügigkeit bzw. Freigiebigkeit (*dana*), Sittlichkeit (*sila*), Entsagung (*nekkhamma*), Weisheit (*panna*), Tatkraft (*viriya*), Geduld (*khanti*), Wahrhaftigkeit (*sacca*), Zielstrebigkeit (*adhitthana*), Herzensgüte (*metta*) und Gleichmut (*upekkha*).¹⁹

Die darauf aufbauenden vier Tugenden ‚Brahma Vihàras‘ betonen in besonderem Maße die Herzensgüte (*metta*), das Mitleid (*karuna*), das freudige Mitgefühl (*mudita*) und den Gleichmut (*upekkha*).²⁰

Auf dieser Basis entwickelte der Buddhismus eine Ehrfurcht vor dem Leben, die zu Gewaltlosigkeit führte. Zudem verpflichtete er zu gerechtem Denken, zur Solidarität und zur gerechten Wirtschaftsordnung. Auch das Gebot zur Wahrhaftigkeit förderte Toleranz. Die gegenseitige Achtung führte zudem zu einer Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau.²¹

2.) Menschenrechte im kaiserlichen China

Schon die Verrechtlichung als Abkehr des Auslebens von Machtpositionen ist ein wichtiger Meilenstein in der Menschenrechtsentwicklung. Bereits in der Zhou-Dynastie (11. Jahrhundert – 221 v. Chr.) wurden Verfahrensregeln für die Behandlung von Straftätern erlassen, wobei die Ermittlung nicht von Willkür, sondern von einem festen Ablauf geprägt war. Zudem sah das Zhou-Recht Strafmilderungsgründe bei Unkenntnis, Absichtslosigkeit und Fahrlässigkeit vor. Straffreiheit galt für Jugendliche, Alte über 80 Jahren und Unzurechnungsfähige. Feste Strafzumessungen bestanden gleichfalls in den Zhou-Kodifikationen.²²

In der Zhou-Zeit begann auch die Entwicklung einer interessanten Vorstellung vom ‚Mandat des Himmels‘, ‚*tianming*‘. Nur der gute, für sein Volk und Land sorgende Herrscher besitzt dieses Mandat des Himmels, während es dem Despoten entzogen wird. Hieraus

¹⁷ Laotse, S. 48, 53, 57; Fischer-Schreiber, S. 64; Kroker, Die Strafe im chinesischen Recht, S. 38 ff.

¹⁸ Copper, S.13 f.; Sagen, S. 55 ff.

¹⁹ Snelling, The Buddhist Handbook, S. 74 ff, 82; Harvey, S. 120.

²⁰ Snelling, The Buddhist Handbook, S. 83 f.

²¹ Küng, Zum christlich-buddhistischen Dialog, S. 21 f.

²² Weggel, Chinesische Rechtsgeschichte, S. 6 f.

bezieht das Volk schließlich das Recht, ihm die Gefolgschaft zu verweigern und Widerstand zu leisten.²³

Rückblickend auf die Herrschaft der Xia-Dynastie, die von der Shang abgelöst wurde, erklärte der Philosoph Meng Zi, die Tötung solcher Tyrannen sei nicht als Mord, sondern als Hinrichtung von Banditen zu betrachten.²⁴

Die Zhou-Dynastie trug bereits den Richtungsstreit zwischen *li* und *fa* aus. Die Sitten ‚li‘, von den Konfuzianern favorisiert, sollten im Gegensatz zum Recht ‚fa‘ den Menschen bessern und durch gegenseitige Loyalitätsabhängigkeiten die Gesellschaft harmonisieren und stabilisieren. Die Legalisten in der Gefolgschaft von Han Fei (ca. 280 – 233 v. Chr.) bevorzugten dagegen die Herrschaft des Rechts ‚fa‘.²⁵

In der Han-Dynastie (206 v. Chr. – 220 n.Chr.) verschmolzen zum Teil Vorstellungen des Konfuzianismus und des Legalismus. Hierbei wurden zwar Kodifikationen beibehalten und erweitert, allerdings mit moralischen Grundsätzen verbunden.²⁶

Die Menschenrechte wurden in den folgenden Jahrhunderten nicht wesentlich in der Gesamtrechtsentwicklung thematisiert. Dies änderte sich erst am Ende der monarchischen Herrschaft. Der Staatsphilosoph Kang Youwei (1858 – 1927) behandelte als konfuzianisch geprägter Loyalist der letzten kaiserlichen, mandschurischen Qing-Dynastie (1644 – 1911) noch sehr abstrakt die Menschenrechtsfrage. Dies tat er nicht zuletzt zur Rettung des bedrängten Kaiserhauses. Kang vertrat gegenüber Kaiser Guangxu die Ansicht, eine Konstitution sowie ein Parlament als Volksvertretung würden den Staat stärken. Seine Reformideen gingen jedoch mit der Entmachtung des Kaisers Guangxu 1898 und der Revolution von 1911 unter.²⁷

3.) Menschenrechte im republikanischen China

Mit der Etablierung der Republik China im Jahr 1912 durch Sun Yixian (alias Sun Wen, Sun Zhongshan, Sun Yatsen, 1866 - 1925) wurden wiederum Menschenrechtsideen propagiert und zum Teil in Gesetzeswerke eingebracht.²⁸ Doch während Sun seine Revolution gegen das Qing-Kaiserhaus dadurch rechtfertigte, diese Herrschaft habe Menschenrechte verletzt, indem den Menschen Leben, Freiheit und Eigentum genommen, ihnen verwehrt worden sei, frei zu reden oder sich frei zu versammeln, und man sie gefoltert habe, konstruierte er in der Folgezeit seiner Herrschaft das Prinzip der nationalen Freiheit, bei dem der Staat die Macht in den Händen hielt, während das Individuum gehalten war, für dieses Ziel seine persönliche Freiheit zu opfern.²⁹ Die Bürgerkriege der ‚Warlords‘, der Krieg mit Japan und subversive Aktionen der chinesischen Kommunisten waren jedoch

²³ Müller, Sven-Uwe, S. 43.

²⁴ Mencius, S. 167.

²⁵ Weggel, S. 12 ff.

²⁶ Weggel, S. 32.

²⁷ Müller, Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhundert, S. 59; Mühlhahn, S. 14.

²⁸ Müller, Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhundert, S. 67 ff.

²⁹ Müller, Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhundert, S. 81, 84.

ursächlich für die Sun beerbende Herrschaft Jiang Jieshi (Chiang Kaishek), die Existenz der Republik China auch durch Menschenrechtsverletzungen sichern zu wollen.³⁰

Gegen diese Politik wandten sich Autoren der Gruppe ‚Neumond‘ um Hu Shi, die diese Menschenrechtsverletzungen anprangerten.³¹

4.) Die Menschenrechtsentwicklung in der Volksrepublik China

Mao Zedong übernahm als führender Gegenspieler Jangs zunächst marxistische Positionen und entwickelte diese fort. Hierzu gehörten die Notwendigkeit der Klassenherrschaft, die lediglich strategische Verwendung des Rechts, die Ablehnung des Naturrechts sowie ein ihm eigenes Misstrauen gegenüber Institutionen, das zu deren Missachtung führte.³²

Mit dem Sieg der kommunistischen Revolution und der Ausrufung der Volksrepublik China wurden für die nächsten vier Jahrzehnte die Menschenrechte negiert. Religionsgemeinschaften, Oppositionelle, Angehörige des alten Regimes, Personen mit Auslandsverbindungen, Besitzende und selbst in Ungnade gefallene KP-Mitglieder waren Opfer von Verfolgungen.³³

Nach dem Tod Maos 1976 kam es zu Bürger- und Menschenrechtsbewegungen in China. Insbesondere 1978 und 1979 forderten junge Aktivisten wie Wei Jingsheng und Xu Wenli Gedanken-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Wei Jingsheng warnte in seinen Schriften vor einer neuen Diktatur unter Deng Xiaoping. Nachdem diese Bürger- und Menschenrechtler zu langen Haftstrafen verurteilt worden waren, gab es bis zum Jahr 1986 keine weitere Forderung nach derartigen Reformen. In der Jahreswende 1986/87 sowie im Frühling 1989 kam es zu landesweiten Demonstrationen, in denen wieder die Menschenrechte eingefordert wurden. Mit dem ‚Tian‘anmen-Massaker‘ am 04.06.1989 wurde diese Bewegung erneut zum Schweigen gebracht.³⁴

Unter der KP-Führung und Präsidentschaft von Jiang Zemin (1990, 1993 bis 2003) und von Hu Jintao (ab 15.03.2003) war die chinesische Führung stets bemüht, ausländischer Kritik an Chinas Menschenrechtssituation offensiv zu begegnen. Aus diesem Grund wurde erstmals im Jahr 1991 von der chinesischen Regierung ein ‚Weißbuch Menschenrechte‘ erstellt, das das Recht auf Existenz ‚shengcunquan‘ in den Vordergrund stellte. Zudem wurde mit zunehmender Intensität ein Menschenrechtsdialog mit ausländischen Regierungen geführt. Unter den Theoretikern der Menschenrechtsfrage profilierte sich der Wissenschaftler Li Buyun. Insbesondere anlässlich diverser Staatsbesuche ließ die Führung politische Gefangene frei. Hierzu gehörten Wei Jingsheng, Xu Wenli und der Studentenführer Wang Dan. Dennoch steht die Volksrepublik China seitens ausländischer Regierungen,

³⁰ Müller, Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhundert, S. 88 f.

³¹ Müller, Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhundert, S. 97, 102.

³² Müller, Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhundert, S. 148.

³³ Copper, Human Rights in Post-Mao China, S.15 ff.; Han, The Human Cost of Communism in Mainland China, S. 269 ff.; Courtois, S. 511 ff.; Müller, Konzeptionen der Menschenrechte des 20. Jahrhunderts, S. 142 ff.

³⁴ Weyrauch, „... fragt Wei Jingsheng“, S. 72 ff.; Simon, Der chinesische Gulag, S. 35 ff.

Menschenrechtsverbände und heimischer Menschenrechtler weiterhin in der Kritik, massiv die Menschenrechte zu verletzen.³⁵

II. Zwischen Spucknapf und Päonie Menschenrechte und der internationale Rahmen

1.) Völkerrechtliche Bindungen

Seit Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen bei gleichzeitigem Verlust der Mitgliedschaft für die Republik China (Taiwan) im Jahr 1971 wurde der kommunistisch geführte Staat zunehmend in internationale Vertragsverpflichtungen eingebunden. Hierunter fallen auch Menschenrechtskonventionen, wobei die Volksrepublik China mittlerweile Vertragsstaat der meisten Menschenrechtspakte wurde. Hierunter fallen folgende Vereinbarungen:

- Die Charta der Vereinten Nationen

China ist eines von fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates. Als einfaches UN-Mitglied ist China an die Präambel der UN-Charta gebunden, die die Grundrechte der Menschen, die Würde und den Wert der Persönlichkeit, Gerechtigkeit und die Bindung an völkerrechtliche Verträge hierzu betont. Gleichfalls ist China ohne Einschränkung an Artikel 1 der UN-Charta gebunden, in der die Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion geachtet werden.³⁶

- Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Generalversammlung vom 10.12.1948

Von China wird diese Deklaration völlig zu Recht als ‚soft law‘ betrachtet. ‚Weiches Völkerrecht‘ findet sich in Rechtsquellen mit lediglich moralisch-politischer, nicht aber rechtlicher Verbindlichkeit. Die Volksrepublik China erkennt zwar die Universalität der Menschenrechte an, hält aber einen anderen Zugang als die Angelegenheit zwischenstaatlicher Interessen aufgrund historischer und sozialer Begebenheiten und dem Stand der jeweiligen Entwicklung für legitim. Nach Artikel 2 und 18 dieser Konvention sind religiöse und politische Überzeugung geschützt. Artikel 5 verbietet die Folter. Ein Verbot willkürlicher Haft ist in Artikel 9 ausgesprochen. Die unabhängige Gerichtsbarkeit und die Unschuldsvermutung für Angeklagte in Strafverfahren sind Forderungen von Artikel 10 und 11. Wichtig sind zudem die in den Artikeln 19 und 20 geregelten Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie in Artikel 21 Abs. 1 und 3 freie Wahlen.³⁷

³⁵ Müller, Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhundert, S. 162 ff.; www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussepolitik/menschenrechte/mr_inhalte_ziele/mrb6/teil_b/2/2_2_html; www.gfbv.de/download/china0504.pdf; ap vom 01.03.2004; Xinhua vom 24.02.2004.

³⁶ Bundesgesetzblatt 2004 Teil II, Fundstellennachweis B, S. 298, 1945 Republik China, 1971 Volksrepublik China; Tomuschat, Menschenrechte, S. 23.

³⁷ Tomuschat, S. 26 ff.; Verdross/Simma, Universelles Völkerrecht, §§ 540 ff.; Heusel, Weiches Völkerrecht; Bleckmann, Völkerrecht, S. 86.

Die Berufung darauf, dass China mit der Anerkennung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Verpflichtungen zur Umsetzung derselben eingegangen sei, ist jedoch verfehlt, da dieses Dokument einen rein deklaratorischen, nicht aber einen vertraglichen Charakter besitzt.³⁸

- **Die Konvention über die Abschaffung aller Formen rassistischer Diskriminierung vom 07.03.1966**

Die Volksrepublik China ratifizierte die Konvention am 29.12.1981. Zugleich gab sie dabei eine Erklärung zu Taiwan ab, dessen Staat ‚Republik China‘ sie nicht als existent und vertretungsberechtigt betrachtet, sowie zu Hongkong und Macao. Auch besteht ein Vorbehalt zu Art. 22, der in Konfliktfällen den Internationalen Gerichtshof als entscheidungsbefugt vorsieht.³⁹

³⁸ Kredel/Theoridis, Menschenrechte - universal oder kulturbedingt? Lässt sich eine gemeinsame Europäische Menschenrechtspolitik gegenüber repressiven Regimen formulieren? - Beispiel China, http://www.chinafokus.de/nmun/7_ii_a_3.php; www.bundesregierung.de/artikel.-646613/Partnerschaft-in-globaler-Vera.htm; www.igfm-muenchen.de/tibet/TCHRD/2004/HumanRightsDay.html; www.chinaembassy.at/ger/11257.html; www.minghui.de/articles/200212/4718.html.

³⁹ Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights: Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide New York, 9 December 1948, <http://www.ohchr.org/english/countries/ratification/2.htm>: *Ergänzung 4*: „The Convention had previously been signed and ratified on behalf of the Republic of China on 31 March 1966 and 10 December 1970, respectively. Voir aussi note 1 under "China" in the "Historical Information" section in the front matter of this volume“, *Ergänzung 5*: „On 10 June 1997, the Secretary-General received communications concerning the status of Hong Kong from the Governments of the United Kingdom and China (see also note 2 under "China" and note 2 under "United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland" regarding Hong Kong in the "Historical Information" section in the front matter of this volume). Upon resuming the exercise of sovereignty over Hong Kong, China notified the Secretary-General that the Convention with the reservation made by China will also apply to the Hong Kong special Administrative Region.

In addition, the notification made by the Government of China contained the following declarations:

1. ...

2. The reservation of the People's Republic of China on behalf of the the Hong Kong Special Administrative Region interprets the requirement in article 6 concerning "reparation and satisfaction" as being fulfilled if one or other of these forms of redress is made available and interprets "satisfaction" as including any form of redress effective to bring the discriminatory conduct to an end.“ *Ergänzung 6*: „Subsequently, the Secretary-General received communications concerning the status of Macao from Portugal and China (see note 3 under "China" and note 1 under "Portugal" in the Historical Information section in the front matter of this volume). Upon resuming the exercise of sovereignty over Macao, China notified the Secretary-General that the Convention with the reservation made by China will also apply to the Macao Special Administrative Region.“; Bundesgesetzblatt 2004 Teil II, Fundstellennachweis B, S. 522; Tomuschat, Christian: Menschenrechte. Eine Sammlung internationaler Dokumente zum Menschenrechtsschutz. Bonn (UNO-Verlag) 1992, S. 86.

- **Die Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid vom 30.11.1973**

Die Volksrepublik China ratifizierte den Vertrag erst am 18.04.1983.⁴⁰ Dies ist verwunderlich, da sie zu Lasten der Republik China seit 1971 Mitglied der Vereinten Nationen ist. Die Republik China, die mit der Aufnahme der Volksrepublik China nicht nur das Vertretungsrecht für ganz China, sondern auch ihren Sitz in den Vereinten Nationen verloren hatte, unterhielt noch bis 1998 diplomatische Beziehungen zu Südafrika. Es wäre darum für die Volksrepublik China naheliegend gewesen, bereits kurz nach Erwerb der Mitgliedschaft diese Konvention zu unterzeichnen.⁴¹

- **Die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 09.12.1948**

Die Konvention wurde von chinesischer Seite bereits am 20.07.1951 ratifiziert. Mit einem Taiwan-Ausschluss und einem Vorbehalt zum Internationalen Gerichtshof, dessen Befugnisse hierzu in Artikel 9 geregelt sind, unterzeichnete die Volksrepublik China am 18.04.1983 den Vertrag.⁴²

- **Die Konvention über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989**

China ratifizierte die Konvention am 02.03.1992 mit dem Vorbehalt, dass die eigene Ein-Kind-Familien-Politik nicht von der Konvention berührt werde.⁴³

- **Die Konvention über die Abschaffung aller Formen der Diskriminierung gegen Frauen vom 18.12.1979**

Die Ratifizierung Chinas erfolgte am 04.11.1980. China weigerte sich mit Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls, nach Artikel 29 Absatz 1 internationale Schiedskommissionen oder den Internationalen Gerichtshof als zuständig anzuerkennen.⁴⁴

⁴⁰ Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, 7. International Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid, <http://www.ohchr.org/english/countries/ratification/7.htm>.

⁴¹ Tomuschat, Menschenrechte, S. 87 ff.; www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/print_html?type_id=11&land_id=162.

⁴² Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, 1. Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide New York, 9 December 1948, <http://www.ohchr.org/english/countries/ratification/11.htm>; Tomuschat, Menschenrechte, S. 211.

⁴³ Bundesgesetzblatt 2004 Teil II, Fundstellennachweis B, S. 702; Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, <http://www.ohchr.org/english/countries/ratification/11.htm>.

⁴⁴ Tomuschat, Menschenrechte, S. 161 ff.; Bundesgesetzblatt 2004 Teil II, Fundstellennachweis B, S. 647; Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, 8. Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women,

- Die UN-Konvention zur Verhütung der Folter vom 10.12.1984

Mit Vorbehalten zu den Artikeln 20 und 30 Abs. 1 ratifizierte China den Vertrag am 04.10.1988. China machte hierbei Ergänzungen zu Hongkong und Macao.⁴⁵

Die Konvention beruft sich in ihrer Präambel auf Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und auf Artikel 7 des zur Zeit der Ratifikation Chinas noch nicht gezeichneten Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte von 1966, die vorsehen, dass niemand der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden darf. Nach einer Konventionsdefinition des Artikel 1 binden sich die Signatarstaaten in nachfolgenden Artikeln, in ihrer Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit Maßnahmen zur Verhinderung der Folter zu ergreifen.⁴⁶ Notmaßnahmen oder Weisungen von Vorgesetzten dürfen nicht als Rechtfertigung für Folter gelten. An folternde Staaten dürfen keine Personen ausgeliefert werden.⁴⁷ Folternde müssen in den Vertragsstaaten bestraft werden.⁴⁸

Es wird ein Ausschuss gegen die Folter gebildet, der aus zehn Sachverständigen auf dem Gebiet der Menschenrechte besteht.⁴⁹ Dieser Ausschuss fordert den betreffenden Unterzeichnerstaat auf, bei Prüfungen von Folterungsvorwürfen in seinem Territorium mitzuwirken und Stellungnahmen abzugeben. Obwohl die Überprüfung und die Erörterung des Ergebnisses vertraulich behandelt werden, erkennt die Volksrepublik diesen Passus der Konvention nicht an.⁵⁰

Gleiches gilt auch für Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung der Konvention. Die Volksrepublik China unterwirft sich keiner Schiedsgerichtsbarkeit oder der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes.⁵¹

<http://www.ohchr.org/english/countries/ratification/11.htm>. Zusatz: „China Declaration made upon signature and confirmed upon ratification: The People's Republic of China does not consider itself bound by paragraph 1 of article 29 of the Convention.“

⁴⁵ Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, 9. Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, <http://www.ohchr.org/english/countries/ratification/11.htm>: Ergänzung „China. Reservations made upon signature and confirmed upon ratification:

"(1) The Chinese Government does not recognize the competence of the Committee against Torture as provided for in article 20 of the Convention.

"(2) The Chinese Government does not consider itself bound by paragraph I of article 30 of the Convention."; Bundesgesetzblatt 2004 Teil II, Fundstellennachweis B, S. 675; Tomuschat, Christian: Menschenrechte. Eine Sammlung internationaler Dokumente zum Menschenrechtsschutz. Bonn (UNO-Verlag) 1992, S. 253.

⁴⁶ Art. 2 Abs. 1.

⁴⁷ Art. 2 Abs. 2 und 3, Art. 3.

⁴⁸ Art. 4.

⁴⁹ Art. 17.

⁵⁰ Art 20.

⁵¹ Art. 30 Abs. 1.

- **Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951**

Die meisten Staaten haben sich verpflichtet, die in der Konvention vereinbarten Bestimmungen zum Schutz von Flüchtlingen, insbesondere hinsichtlich der politischen Verfolgung zu beachten. Zwar wurde die Genfer Flüchtlingskonvention auch von China am 23.12.1982 unterzeichnet, bisher aber noch nicht ratifiziert. Sehr wohl ist sie jedoch bei chinesischen Ministerien mit dem Ziel in Bearbeitung, eine baldige gesetzgeberische Umsetzung zu ermöglichen.⁵²

- **New Yorker Protokoll von 1967**

Die Unterzeichnung des Protokolls zur Genfer Flüchtlingskonvention erfolgte ebenfalls am 23.12.1982. Eine Ratifizierung steht noch aus, ist aber in Bearbeitung.⁵³

- **Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19.12.1966**

Mit der Unterzeichnung vom 27.10.1997 wird die Unterzeichnung der Republik China (Taiwan) als nichtig erklärt. Ohne Vorbehalt anerkennt die Volksrepublik China das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung gemäß Art. 1 Abs. 1 und 3. China verpflichtet sich auch in Art. 2 ff. zur Gewährleistung der Rechte auf freigewählte Arbeit sowie auf Schutz der Familie, Gesundheit und Bildung. Die Volksrepublik China erklärte jedoch Vorbehalte gegenüber Artikel 8, der eine Bildung freier Gewerkschaften ermöglicht. Am 21.11.2000 wurde der Pakt ratifiziert.⁵⁴

- **Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966**

Die Unterzeichnung des Paktes erfolgte durch die Volksrepublik China am 05.10.1998. Eine Ratifizierung steht bislang noch aus. Hierfür berief China eine Arbeitsgruppe ein, die Ratifikation vorzubereiten. Von chinesischer Seite wurde vorgetragen, dass vor einer Ratifikation zunächst das chinesische Rechtssystem überarbeitet werden müsste. China bat die Europäische Union um Zusammenarbeit in dieser Angelegenheit. Die Erklärung wurde unter Vorbehalten unterzeichnet. Weitgehender Grundrechtskatalog.⁵⁵

⁵² Bundesgesetzblatt 2004 Teil II, Fundstellennachweis B, S. 360; Tomuschat, Menschenrechte, S. 356 ff.

⁵³ Bundesgesetzblatt 2004 Teil II, Fundstellennachweis B, S. 360; Tomuschat, Menschenrechte, S. 374 ff.

⁵⁴ Bundesgesetzblatt 2004 Teil II, Fundstellennachweis B, S. 532; Tomuschat, Menschenrechte, S. 34; Xinhua vom 20.11.2000; www.cnn.com/2000/ASIANOW/east/11/21/rights.china.

⁵⁵ Bundesgesetzblatt 2004 Teil II, Fundstellennachweis B, S. 528; Tomuschat, Menschenrechte, S.41 ff.; Xinhua vom 20.11.2000; www.cnn.com/2000/ASIANOW/east/11/21/rights.china; „Statement: The signature that the Taiwan authorities affixed, by usurping the name of "China", to the [Convention] on 5 October 1967, is illegal and null and void.“, Office of the

Die Anerkennung einer international zentralgeführten Strafgerichtsbarkeit steht dagegen noch aus. Die Volksrepublik China unterzeichnete bislang noch nicht das Statut des Internationalen Gerichtshofes vom 26.06.1945⁵⁶ und das Rom-Statut des Internationalen Strafgerichtshofes vom 17.07.1998.⁵⁷

2.) Politische Dialoge

Neben internationalen Vertragsbindungen Chinas bestehen Einflüsse aus dem Ausland durch den Austausch von Ansichten zu Menschenrechtsangelegenheiten. Bildlich in Erinnerung bleiben Staatsbesuche westlicher Politiker, bei denen ihnen Chinas Führer zwischen Zimmerpflanzen, einer Wandkalligrafie und dem obligatorischen Spucknapf entgegneten, wenn sie so sehr um die Menschenrechte besorgt seien, sollten sie doch einige Millionen Chinesen in ihrem Land aufnehmen.⁵⁸

Chinas Führung lehnte bislang solche Proteste als Einmischung in innere Angelegenheiten ab. Der Begriff der ‚inneren Angelegenheiten‘ beruht auf Artikel 2 Ziffer 7 der Charta der Vereinten Nationen und sichert das Selbstbestimmungsrecht der Völker.⁵⁹ Zudem berief sie sich auf asiatische Werte und eigene Traditionen, die nicht identisch mit denen des Westens seien.⁶⁰ Hierzu gehöre das Recht auf Existenz ‚*shengcunquan*‘, das Vorrang vor individuellen Rechten habe.⁶¹ Letzteres Recht auf Existenz bzw. Lebensstandard ist sicherlich durch Artikel 25 Absatz 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gedeckt.⁶²

United Nations High Commissioner for Human Rights: 4. International Covenant on Civil and Political Rights, http://www.ohchr.org/english/countries/ratification/4_1.htm.

⁵⁶ Unterzeichnung durch die Republik China am 26.06.1945, Bundesgesetzblatt 2004 Teil II, Fundstellennachweis B, S. 298.

⁵⁷ Bundesgesetzblatt 2004 Teil II, Fundstellennachweis B, S. 738. Darstellung der vorgenannten völkerrechtlichen Verträge in <http://www.china.org.cn/e-white/phumanrights19p-11.htm>.

⁵⁸ So machte Deng Xiaoping bei seinem Besuch in Washington im Jahr 1979 Präsident Jimmy Carter folgenden Vorschlag: „If you want me to release ten million Chinese to come to the United States, I´d be glad to do so.“ Carter, *Keeping Faith*, S. 209. Ministerpräsident Li Peng wiederholte diese zynische Drohung gegenüber dem deutschen Umweltminister Klaus Töpfer, dass man Menschenrechte seinem Volk schon gewähren könne, „aber wäre Deutschland auch bereit, 10 bis 15 Millionen Chinesen jährlich aufzunehmen und für sie zu sorgen?“; Martin/ Schumann: *Der Feind sind wir selbst*, S. 103.

⁵⁹ Möller, *Das Chinaproblem in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen*, S. 3. Als eine der letzten ‚großen‘ Protestnoten sei die des chinesischen Außenministeriums vom 12.01.2004 gegenüber den USA in Bezug auf Erklärungen zur Situation in Hongkong genannt. <http://www.china-embassy.ch/ger/4/t135921.htm>.

⁶⁰ Bass, *Argumente für einen Menschenrechtsdialog mit China*, S. 4 ff.

⁶¹ Müller, *Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhundert*, S. 162 ff.; www.auswaertiges-mt.de/www/de/aussenpolitik/menschenrechte/mr_inhalte_ziele/mrb6/teil_b/2/2_2_html; www.gfbv.de/download/china0504.pdf; ap vom 01.03.2004; Xinhua vom 24.02.2004.

⁶² Tomuschat, *Menschenrechte*, S. 30;

1992 setzte die Volksrepublik China in den Vereinten Nationen gemeinsam mit anderen Staaten eine Einschränkung des Sonderbeobachters der Vereinten Nationen für Folter durch.⁶³

Chinas Politiker betonen innerhalb solcher Auseinandersetzungen stets den Fortschritt in der Menschenrechtsentwicklung gegenüber der Vergangenheit. Danach habe sich seit Staatsgründung die Menschenrechtssituation grundsätzlich gebessert. Die Erklärung des staatlichen Presseamtes vom Februar 2000 macht dies deutlich: „Im halbkolonialen und halbfeudalen Alten China lebte das Volk lange unter der Unterdrückung des Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus. Von Menschenrechten konnte überhaupt keine Rede sein. Nach der Gründung des Neuen China 1949 entfaltete die chinesische Regierung mit dem Volk eine Reihe großangelegter Bewegungen, beseitigte damit in kurzer Zeit die von der alten Gesellschaft hinterlassenen Übel und baute ein grundlegendes Gesellschaftssystem auf, das die Menschenrechte fördern und schützen kann. Dadurch bekamen das Land und die Gesellschaft ein völlig neues Antlitz, und eine neue Ära der Entwicklung der Menschenrechte in China wurde eingeleitet.“⁶⁴

Im jährlich erscheinenden Weißbuch Menschenrechte werden Erfolge in der Menschenrechtspolitik verzeichnet. Hierzu zählen auch die individuellen Freiheiten, wie Rede- und Publikationsfreiheit oder das Wahlrecht.⁶⁵

Die bis heute brüsk vorgetragene Ablehnung der Kritik aus den USA, den EU-Mitgliedsländern und anderen Staaten wird zunehmend von einer eigenen Menschenrechtskritik begleitet, die sich vornehmlich gegen die USA richtet. Ebenfalls jährlich erscheint seit dem Jahr 2000 ein Bericht zur Menschenrechtssituation in den USA.⁶⁶

Seit den 90er Jahren nahm China Rechtsdialoge mit den Regierungen Australiens, Chiles, Deutschlands, Großbritanniens, Japans, Kanadas, Norwegens, Schwedens, der Schweiz, Ungarns und der USA sowie mit der Europäischen Union auf. Auf Initiative Deutschlands wurde der ‚Rechtsstaatsdialog‘ zwischen beiden Ländern begonnen, der unter anderem die Menschenrechtsentwicklung in China fördern soll.⁶⁷

Die Kritik internationaler Menschenrechtsorganisationen an diesen Dialogen ist auf deren „Feigenblattpolitik“ gerichtet. Mit Aufnahme dieser Dialogforen sei die offiziell geäußerte Kritik der Regierungen in der Öffentlichkeit leiser geworden. Da die Treffen in kleinen Expertenkreisen in Klausur stattfinden, seien sie intransparent. Auch fehlte es an Zeitplänen und gemeinsamen Kriterien für Fortschritte.⁶⁸

Die Kritiker der Kritiker kritisieren dagegen die ungleichen Maßstäbe im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen in China. PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke zum Beispiel warf den übrigen Bundestagsabgeordneten in einer Debatte zu Tibet „Doppelmoral und Heuchelei“

⁶³ Möller, Das Chinaproblem in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, S. 3.

⁶⁴ 50 Jahre Entwicklung der Menschenrechte in China', Erklärung des Presseamtes des Staatsrats der Volksrepublik China vom Februar 2000, <http://www.chinaembassy.at/ger/13750.html>.

⁶⁵ Weißbuch Menschenrechte 2003, <http://www.china.org.cn/english/2004/Mar/91638.htm>.

⁶⁶ China aktuell, März 2002, S. 235.

⁶⁷ Möller, Zur Menschenrechtssituation in China, S. 7.

⁶⁸ Möller, Zur Menschenrechtssituation in China, S. 9.

vor, da man beim NATO-Partner Türkei nicht die gleiche Kritik anbringe, wenn er Menschenrechtsverletzungen gegenüber Kurden begehe.⁶⁹

Auch der Sinologe Harro von Senger unterstellt eine selektive Wahrnehmung im Westen, der zwar Menschenrechtsverletzungen in China kritisiere, aber eine weltweite Migration unterbinde. Dabei hätten doch auch diese Staaten Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 unterzeichnet, in der es heiÙe „Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates“. Deshalb habe der Westen Angst vor Drohungen, chinesische Migranten könnten zu Abermillionen westliche Länder überschwemmen.⁷⁰

Der Menschenrechtsdialog zwischen China und den USA wurde nach seiner Unterbrechung auf Grund der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch das US-Militär während des Kosovo-Krieges 1999 im Jahr 2002 wieder aufgenommen.⁷¹

Die Annäherung zwischen beiden Staaten nach den Anschlägen auf das New Yorker World Trade Center durch Islamisten am 11.09.2001 zielte seitens Chinas darauf, ighurische Separatisten in China von amerikanischer Unterstützung abzuschneiden und künftige Ermahnungen der USA zu reduzieren.⁷²

Diese ‚Normalisierung‘ beinhaltet wegen der amerikanischen Weigerung, Menschenrechtskritik gegenüber China auszuklammern, deshalb fortgesetzte Gegenkritik aus China. Insbesondere der Folterskandal, bei dem amerikanische Besatzungssoldaten im Irak Gefangene gedemütigt und misshandelt hatten, gaben China trotz Bestrafung der Schuldigen durch US-Gerichte Anlass zum Vorwurf, die USA nehme die Menschenrechtsfrage nicht ernst und sei heuchlerisch bzw. arrogant.⁷³

⁶⁹ Bundestagsprotokoll, Tagesordnungspunkt 96/113, 1996/06/20.

⁷⁰ von Senger, Abendländische Furcht vor globalisierten Menschenrechten, <http://www.efriz.ch/archiv/026/t-4.html>. Senger verkennt in diesem Zusammenhang völlig das Wesen der Erklärung, die lediglich deklaratorische Bedeutung, aber keinerlei Verbindlichkeit besitzt. Zudem bezieht sich Art. 13 Abs. 1 auf staatsinterne Niederlassungsfreiheit. Auch eine Anwendung von Absatz 2 führt nicht zu einem freien Recht, sich in fremden Staaten niederzulassen, da er zwar das Recht auf Ausreise vorsieht, nicht jedoch auf Einlass in einen Staat seiner Wahl. Die gewohnheitsrechtliche Festschreibung staatlicher Souveränität bleibt auch somit in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte uneingeschränkt bestehen. Zahlreiche nachfolgende, von der Staatengemeinschaft verabschiedete Konventionen mit tatsächlicher völkerrechtlicher Verbindlichkeit, wie etwa die Genfer Flüchtlingskonvention vom 28.07.1951 in Art. 31 und 32, sehen sogar die Ausweisung von Migranten vor und müssten der Argumentation von Sengers im Widerspruch zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte stehen. Literatur hierzu: Verdross/Simma, Universelles Völkerrecht, §§ 540 ff.; Heusel, Weiches Völkerrecht; Bleckmann, Völkerrecht, S. 86; Quellen bei Tomuschat, Menschenrechte, S. 28, 369.

⁷¹ China aktuell, März 2002, S. 235 f., August 2002, S. 844.

⁷² Gesellschaft für bedrohte Völker Newsletter vom 17.10.2002, <http://www.gfbv.it/2c-stampa/02-3/news0210de.html>; Amnesty International, Act Now vom November 2002, <http://web.amnesty.org/appeals/index/chn-010802-wwa-eng>.

⁷³ Radio China International vom 12. und 18.05.2004, <http://de.chinabroadcast.cn/21/2004/05/12/1@10648.htm>, <http://de.chinabroadcast.cn/21/2004/05/18/1@11072.htm>. Erneut kritisierte China in seinem Bericht zu Menschenrechtsverstößen der USA das Vorgehen im Irak, dpa vom 03.03.2005.

Dennoch war es für die USA mehrfach möglich, inhaftierte Dissidenten wie Wei Jingsheng, Wang Dan und Xu Wenli freizubekommen. Zur Gesichtswahrung wurde hierbei in Beijing öffentlich betont, es handele sich hierbei um Verbrecher, deren Strafe nicht erlassen worden sei. Vielmehr dürften sie zur medizinischen Behandlung ausreisen und müssten bei einer Wiedereinreise ihre Strafe fortsetzen.⁷⁴

Ein gleichsam harsches Vorgehen gegenüber europäischen Einzelstaaten oder gegenüber der EU war dagegen seltener. Allerdings waren die europäischen Interessen an einer Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen in China stets von Absichten getragen, die ostasiatische Machtballance nicht zu gefährden sowie die eigenen Beziehungen zu China in Wirtschaft und Politik nicht zu gefährden.⁷⁵

Dies lässt sich am Beispiel Deutschland am besten erläutern. Bereits der Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) in China im Jahr 1987, der ihn unter anderem nach Tibet führte, wo er die ungeklärte Völkerrechtssituation im Sinne der Territorialinteressen seiner chinesischen Gastgeber außer acht ließ, setzte Wirtschaftsinteressen über die Menschenrechtsstandards Deutschlands.⁷⁶

Das 1989 verübte Tian´anmen-Massaker brachte zunächst einen Stillstand in den Beziehungen beider Länder. Gleich anderen europäischen Staaten verhängte Deutschland Wirtschaftssanktionen gegen China, nachdem die chinesische Demokratiebewegung auf Befehl von Premierminister Li Peng am 03. und 04.06.1989 niedergeschlagen worden war. Hochrangige CDU-Politiker, die nicht mit der bisherigen China-Politik des Kanzlers einverstanden waren, empfingen in dieser Zeit den Dalai Lama, um Menschenrechtsfragen gerade auf China zu fokussieren. Es handelte sich dabei um den Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Jürgen Wohlrabe und die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth. Bundespräsident Richard von Weizsäcker kam im Jahr 1990 ‚inoffiziell‘ zu einem Gespräch zusammen. Diese China gegenüber kritische Haltung, verursacht durch das Vorgehen des chinesischen Militärs gegen die eigene Bevölkerung, hatte keinen Bestand. Denn schon vom Jahr 1990 an bereiste Siegfried Lengl, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (CSU), regelmäßig China und umarmte sogar im Mai 1991 öffentlich den geächteten Premier Li, was dazu führte, dass der deutsche Politiker ein Jahr später zurücktreten musste.⁷⁷

Bereits am 22.10.1990 beschlossen die EU-Außenminister die Aufhebung der meisten China-Sanktionen.⁷⁸

Ende Oktober 1991 besuchte Vizepremierminister Zou Jiahua auf Einladung von Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) Deutschland und traf bei diesem Besuch sowohl

⁷⁴ Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, München, <http://www.igfm-muenchen.de/china/Laogai/Laojiao-laogai.html>. Weitere Angaben zu den diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen China und den USA in Foot, *Rights beyond Borders*, S. 76 ff., 272 ff.; Tyler, *A Great Wall*, S. 30, 39 f., 243, 283 f., 337 f., 346 f., 373 ff., 393, 401.

⁷⁵ So stellvertretend für etliche Beiträge Rudolf, *xiuca* vom 29.08.2003, S. 4 ff.

⁷⁶ *China aktuell*, Juli 1987, S. 557.

⁷⁷ Weyrauch, *Fluchtziel Deutschland*, S. 19 f.; Rudolf, *xiuca* vom 29.08.2003, S. 5; <http://tibet.com/DL/leaders.html>.

⁷⁸ http://www.chinafokus.de/nmun/14_note.php#18.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) als auch Kanzleramtsminister Rudolf Seiters (CDU).⁷⁹

Der erste deutsche Spitzenpolitiker auf China-Besuch nach dem Tian´anmen-Massaker 1989 war schließlich im Jahr 1993 Wirtschaftsminister Günther Rexroth (FDP), der zwar Menschenrechtsfragen ausklammerte, dafür aber Deutschlands Platz in Chinas boomender Wirtschaft zu sichern suchte.⁸⁰

Bundeskanzler Helmut Kohl flog Ende November des gleichen Jahres erneut ins Reich der Mitte, wo er sich verstärkt um Wirtschaftskontakte bemühte. Diese Reise hatte allerdings auch zur Folge, dass der Bundestag in einer lebhaften Sitzung das Asienkonzept diskutierte. Verteidiger des Regierungslagers war hierbei in erster Linie Außenminister Klaus Kinkel (FDP), der betonte, Kohl habe sich nicht nur um Wirtschaftsaufträge für die deutsche Wirtschaft, sondern auch um die Menschenrechte gekümmert.⁸¹

Mit der Staatsvisite des Verantwortlichen des Tian´anmen-Massakers von 1989, Premierminister Li, vom 03. bis 09.07.1994 wurde allen Kritikern zum Trotz deutlich gemacht, dass die Prioritäten der Regierung Kohl nicht im Menschenrechtsbereich, sondern in der Wirtschaft liegen. Die traute Atmosphäre zwischen beiden Regierungschefs wurde allerdings durch lautstarke Demonstrationen gegen den Gast getrübt.⁸²

Kohl, der den als Massenmörder geschmähten Li empfangen hatte, lehnte es dagegen konsequent ab, den Dalai Lama zu empfangen, der zwar schon andere westliche Staatsmänner aus den USA, Großbritannien und Frankreich getroffen hatte, aber dessen Erscheinen zu Protesten aus Beijing führte. Erst nach ständigem Druck aus Menschenrechtsverbänden und der parlamentarischen Opposition traf Außenminister Kinkel endlich am 04.05.1995 den Dalai Lama. Kinkel hörte sich zwar während dieses Treffens die Position des Dalai Lama zur Autonomie Tibets und zur Lage der Menschenrechte an, versprach sogar, sich in China für die Menschenrechte einsetzen zu wollen, verursachte aber größte Peinlichkeiten, indem er es ablehnte, entsprechend einem tibetischen Brauch den vom Dalai Lama überbrachten Glücksschal anzulegen.⁸³

Höhepunkt solcher politischer Missgriffe war der Besuch Helmut Kohls 1995 in einer chinesischen Kaserne. Selbst konservative Kreise äußerten Kritik, dieser Kotau brächte der deutschen Wirtschaft keinen Vorteil.⁸⁴

Unmittelbar dem Besuch Kohls folgend wurde übrigens Regimekritiker Wei Jingsheng nach nur kurzer Freiheit am 13.12.1995 erneut zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt.

⁷⁹ Frankfurter Rundschau vom 29.10.1991.

⁸⁰ Frankfurter Rundschau vom 30.03. und 02.04.1993.

⁸¹ Deutscher Bundestag – 12. Wahlperiode – 195. Sitzung vom 01.12.1993, S. 16889 ff.

⁸² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.07., 07.07. und 08.07.1994; Süddeutsche Zeitung vom 05.07.1994; Frankfurter Rundschau vom 05.07.1994. Weggel, Li Peng auf Deutschland-Besuch, S. 684 ff.

⁸³ German News vom 04.05.1995, <http://germnews.de/archive/gn/1995/05/04.html>; World Tibet Network News vom 09.05.1995.

⁸⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. und 15.11.1995.

⁸⁵ Eine schriftliche Intervention Kinkels für Wei wurde seitens der chinesischen Regierung jedoch nicht beantwortet. ⁸⁶

Dieses Signal an das Ausland, dass auch freundliche Kontakte und stille Diplomatie nichts am chinesischen Kurs in Menschenrechtsfragen verändern würden, wurde wenige Tage danach im Hinblick auf Deutschland erneuert. Dem deutschen Journalisten Henrik Bork wurde nämlich vorgeworfen, durch seine Berichterstattung die deutsche Öffentlichkeit aufgehetzt zu haben. Dies nehme die chinesische Regierung als Grund für seine Ausweisung. Zwar protestierten Kinkel und der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Karl-Heinz Hornhues (CDU) gegen die Ausweisung Borks, doch erklärte Kinkel resigniert, die Bundesregierung habe ihre Möglichkeiten ausgeschöpft. ⁸⁷

Diese Peinlichkeiten für die Regierung Kohl setzten sich im Jahr 1996 fort. Zwar hielt Kinkel am 16.04.1996 vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eine Rede im Hinblick auf chinesische Menschenrechtsverletzungen, in der er betonte, das Dringen auf Achtung der Menschenrechte sei keine Einmischung in innere Angelegenheiten. ⁸⁸

Als aber die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung eine Weltkonferenz tibetischer Exilgruppen vom 14. bis 16.06.1996 durchführte, veranlasste FDP-Außenminister Klaus Kinkel durch seinen Einspruch die Sperrung von 300.000 DM, die das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Stiftung zur Durchführung des Projekts zugesagt hatte. Kinkel verkündete, diese Unterstützung gefährde außenpolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Als der FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorf das Projekt dennoch gegen seinen Parteifreund durchsetzte, ließ die chinesische Regierung das Beijinger Büro der Stiftung schließen. ⁸⁹

Die Tibet-Resolution des Deutschen Bundestages vom 23.04.1996, angenommen am 20.06.1996, führte zur Absage der für den 25.06.1996 geplanten China-Reise des Außenministers, da die Staatsführung der Volksrepublik den Beschluss des deutschen Parlaments als völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Staates verurteilte. ⁹⁰

Kinkel lehnte diese Positionsbestimmung Deutschlands ab. Vielmehr legte er Wert auf ‚stille Diplomatie‘ unter Verzicht auf Konfrontation, die „gegenseitigen Respekt und Achtung ausdrückt und die andere Seite nicht verletzt.“ ⁹¹

Diese Haltung wurde ausgerechnet im Regierungslager scharf angegriffen. So erklärte der Vorsitzende des Unterausschusses Menschenrechte, Christian Schwartz-Schilling: „Wer

⁸⁵ dpa vom 13.12.1995; Frankfurter Rundschau vom 14.12.1995; Koller, Wei Jingsheng in Freiheit - Kein Grund zur Euphorie, <http://www.igfm.de/mr/mr1997/mr9762.htm>.

⁸⁶ dpa vom 20.12.1995, 00:17 h.

⁸⁷ dpa vom 20.12.1995, 00:17 h und 14:30 h.

⁸⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.04.1996.

⁸⁹ Heilmann, Grundelemente deutscher Chinapolitik, S. 7; Röben, Völkerrechtliche Praxis der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1996, http://www.virtual-institute.de/en/Prex1996/epr96_4.cfm.

⁹⁰ Bundestags-Drucksache 13/4445.

⁹¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.09.1996.

so auf Dauer diplomatisch in der Welt auftritt, der verliert auch die Achtung und die Würde seines eigenen Landes.“⁹²

Der Staatsbesuch von Bundespräsident Roman Herzog im November 1996 thematisierte deutlicher als zuvor die Menschenrechte, wobei Herzog eine Liste von 14 politischen Gefangenen übergab, und betonte schwer wiegende Differenzen in der Menschenrechtsauffassung beider Länder.⁹³

Vom April 1997 an verzichtete die Europäische Union auf die seit 1989 geübte Praxis der Einbringung einer chinakritischen Resolution bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. Grund war die Versagung der Unterstützung der Resolution durch Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland und eben auch Deutschland.⁹⁴

Bereits seit etlichen Jahren hatte der Oppositionspolitiker Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) die Menschenrechtssituation in China öffentlich kritisiert. So nahm er etwa im Literaturhaus Frankfurt Kontakt mit der dort anwesenden Schwester des inhaftierten Wei Jingsheng, Wei Shan Shan, auf und bot seine Unterstützung für dessen Freilassung an.⁹⁵

Es verwundert deshalb wenig, dass Fischer die ‚stille Diplomatie‘ Kinkels öffentlich kritisierte.⁹⁶ Auch nach der Freilassung Wei Jingshengs, für die sich beide Außenpolitiker eingesetzt hatten, wurden die Differenzen beider Politiker bei Treffen mit Wei deutlich. Während Wei erstmals Deutschland bereiste und sich auch bei Kinkel für dessen Eintreten bedankte, übte er Kritik an dessen stiller Diplomatie. Das Treffen mit dem Bundestagsabgeordneten Fischer, bei dem der Verfasser zugegen war, verlief hingegen in größter Harmonie, da Fischer die Auffassung Weis teilte, im Umgang mit den chinesischen Machthabern in aller Deutlichkeit Menschenrechtsverletzungen anzuprangern. Im November 1998 wurde gewissermaßen als Test für Fischer, ob er als frischgebackener Minister ebenso standhaft wie als Oppositionspolitiker sei, der Spiegelkorrespondent Jürgen Kremb aus China ausgewiesen. Fischers Reaktion fiel daraufhin so heftig aus, dass sie größtes Befremden bei der kommunistischen Führung hervorrief.⁹⁷

Dass nach dem Regierungswechsel den Worten auch Taten folgen sollten, stellte Fischer unter Beweis. Als Außenminister war er souverän genug, auf tibetische Demonstranten zuzugehen und mit ihnen zu diskutieren, die sich 1998 vor der EU-Kommission in Brüssel zusammengefunden hatten, um gegen chinesische Menschenrechtsverletzungen zu protestieren.⁹⁸

⁹² Süddeutsche Zeitung vom 02.11.1996.

⁹³ German News vom 20.11.1996, kritisch Richard Herzinger, <http://www.germnews.de/archive/gn/1996/11/20.html>; <http://www.zeit.de/archiv/1996/40/herzing.text.19960927.xml>.

⁹⁴ Schiffer, Das Verhältnis zwischen der Volksrepublik China und der Europäischen Union auf politischer Ebene, http://www.chinafokus.de/nmun/14_i_e.php.

⁹⁵ Auskunft Wei Shan Shan.

⁹⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.06.1996.

⁹⁷ China aktuell, Dezember 1998, S. 1295; Götting, Tour de Blamage, <http://www.uygur.org/de/wunn99/990511da.htm>.

⁹⁸ Hammer, Mit der „Musterknabenmasche“ wird bei den Diktatoren nichts erreicht, Parlament vom 09.06.2000.

Diese zunächst lediglich körpersprachliche Zuwendung Fischers hatte eine entgegengesetzte psychologische Wirkung wie das verschreckte Ablehnen eines weißen Seidenschals durch Amtsvorgänger Kinkel. Wichtiger als solche symbolträchtigen Äußerlichkeiten waren jedoch politische Inhalte, wie zum Beispiel regelmäßige detaillierte Auseinandersetzungen mit chinesischen Menschenrechtsverletzungen. In einer Rede Fischers am 23.03.1999 setzte sich dieser in aller Deutlichkeit mit den Themen Administrativhaft, Tibet und Meinungsfreiheit auseinander.⁹⁹

Am 22.03.2000 erneuerte Fischer seine Forderungen nach dem Ende der Verfolgung politischer Dissidenten und nach Freilassung von Personen, die wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung in China inhaftiert worden waren. Ergänzend sagte Fischer, Beijing solle seine Probleme mit Taiwan friedlich lösen und einen Dialog mit dem Dalai Lama beginnen.¹⁰⁰

Als Reaktion zu Fischers Auftreten in diesem UN-Gremium kam es innerhalb des deutschen Parlaments zu einmütigen Erklärungen innerhalb einer Menschenrechtsdebatte, die an die Tibet-Resolution vom 20.06.1996 erinnerte. Obwohl Kritik an der Bundesregierung wegen des Transfers von Atomtechnologie nach China übend, stellten sich der CDU-Fraktionssprecher Hermann Gröhe und der CSU-Abgeordnete Hans-Peter Uhl an die Seite des Regierungslager. Eine Unionsforderung nach stärkerer Berücksichtigung der Menschenrechtsslage in China bei außenpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung wurde von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD begrüßt.¹⁰¹

In seiner Rede vor der UN-Menschenrechtskommission in Genf vom 27.03.2001 beklagte Fischer, in China werde in Gefängnissen und Arbeitslagern gefoltert. Es würden zudem in China mehr Menschen hingerichtet als in der gesamten übrigen Welt. Fischer forderte das Ende der Verfolgung von Dissidenten und die Freilassung der aufgrund ihrer Überzeugungen Inhaftierten, die Gewährung religiöser Freiheiten, wozu insbesondere ein Ende der Unterdrückung der tibetischen Kultur und Religion gehöre.¹⁰²

Erneut vor der Menschenrechtskommission am 20.03.2002 sprechend, wich Fischer nicht von seiner bisherigen Haltung ab. Vielmehr betonte er, es gebe weiterhin die Repressionen gegen Mitglieder christlicher Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften, die Unterdrückung ethnischer Minderheiten und von Falun Gong. China solle ein Moratorium für die Todesstrafe mit dem Ziel der völligen Abschaffung verhängen. Schließlich solle das Land den Pakt über bürgerliche und politische Rechte bald ratifizieren. Einen Anti-Terrorabatt könne es bei Menschenrechtsverletzungen nicht geben.¹⁰³ Fischer bezog sich damit auf das Angebot Chinas, mit anderen Staaten den internationalen Terrorismus zu bekämpfen.

Jiang Zemin, noch amtierender Präsident Chinas und KP-Vorsitzender, besuchte vom 08. bis zum 13.04.2002 Deutschland. Kanzler Schröder vermied zunächst in einer Presseer-

⁹⁹ http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/menschenrechte/mr_inhalte_ziele.

¹⁰⁰ dpa vom 22.03.2000.

¹⁰¹ dpa vom 23.03.2000; Frankfurter Rundschau vom 24.03.2000.

¹⁰² Frankfurter Rundschau vom 28.03.2001.

¹⁰³ Rede Außenminister Fischer vom 20.03.2002, http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/presse/presse_archiv?archiv_id=29.

klärung kritische Töne.¹⁰⁴ Doch beschränkte er sich nicht nur auf die Erwähnung des 1999 aufgenommenen ‚Rechtsstaatsdialogs‘, der „eine langfristige und nachhaltige Verbesserung“ der Menschenrechtlage erbringen müsse. Zusammen mit Bundespräsident Johannes Rau ging er auf einzelne Menschenrechtsverletzungen ein. Rau verwies dabei auf die Lage der Christen.¹⁰⁵

Auf der 1907 von dem Deutschen Ernst Paulun gegründeten Tongji-Universität bekannte sich Schröder auf dem politischen Höhepunkt seiner vom 29. bis 31.12.2002 währenden Reise nach China zur Verteidigung von Individuum und Menschenrechten. Pflichten und Rechte des Einzelnen seien den Menschen nicht vom Staat verliehen, sondern unveräußerlich zu eigen. Schröder betonte die Bedeutung von Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und Teilhabe der Menschen an politischen Entscheidungen, die wirtschaftlichen Erfolge Europas zur Folge gehabt hätten.¹⁰⁶

Bundespräsident Johannes Rau, im Jahr zuvor von Jiang Zemin nach China eingeladen, hielt sich zwischen dem 10. und 17.09.2003 in China auf. In seiner vielbeachteten, mit dem Außenministerium vorbereiteten und abgestimmten Rede vor fast 1.000 Studenten an der Universität Nanjing zitierte er mehrfach Konfuzius, der sich zu rechtschaffener Herrschaft äußerte. Diese Argumente als Grundlage nehmend, führte Rau aus, dass nach seiner Auffassung ein Riesenland wie China nicht dauerhaft mit einer autoritären Politik gut regiert werden könne. Wenn es um die fundamentalen Rechte der Person, um Leben und Freiheit, um Schutz vor Folter, vor willkürlichem Freiheitsentzug und vor Diskriminierung gehe, könne es in der Grundhaltung keine Kompromisse und kein Relativieren geben. Darum träten die Deutschen weltweit für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ein. Sie ermutigten und unterstützten alle Länder, diesen Weg zu gehen. Bei einem nachfolgenden Abendessen mit dem Jiang-Nachfolger Hu Jintao trug Rau erneut seine Bedenken zu Chinas Religionspolitik vor und setzte sich für einzelne Verfolgte ein.¹⁰⁷

Die Visite von Bundeskanzler Schröder und seiner Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) im Dezember 2003 vermittelte dagegen den Eindruck, dass an die Politik von Amtsvorgänger Kohl angeknüpft werden sollte, womit Bemühungen für die Einhaltung der Menschenrechte zum Zweck der Erweiterung politischen Einflusses und wirtschaftlicher Kontakte zu minimieren seien. Von Journalisten angesprochen, verwiesen beide Politiker auf den Rechtsstaatsdialog beider Länder und die Zuständigkeit der Botschaft in Menschenrechtsfragen. Schröder, weiterhin um den gewinnbringenden Transfer von Atomtechnologie nach China besorgt, versprach seinen Gastgebern, sich für die Aufhebung des Waffenembargos der EU gegenüber China einzusetzen.¹⁰⁸

¹⁰⁴ Presseerklärung des Bundeskanzleramt zum Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten Jiang Zemin vom 09.04.2004, <http://www.bundeskanzler.de/Kanzler-Aktuell-.7718.64289/Staatsbesuch-des-chinesischen-Praesidenten-Jiang...htm>.

¹⁰⁵ China aktuell, April 2002, S. 367 f.; Pries, Chinas Präsident reagiert gelassen auf Kritik und Proteste.

¹⁰⁶ Strittmatter, Schröder wirbt in China für Freiheit; amnesty international Pressemitteilung vom 27.12.2002.

¹⁰⁷ China aktuell, September 2003, S. 1071 f.; Landwehr, Rau in China; Schmiess, „Ich habe die richtigen Worte zur richtigen Zeit gesprochen“.

¹⁰⁸ China aktuell, Dezember 2003, S. 1431; Landwehr, Tian´anmen und Menschenrechtsverstöße.

Obwohl von Menschenrechtlern ermahnt, sich beim am 03.05.2004 beginnenden Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao zu ungerechtfertigten Inhaftierungen und Hinrichtungen zu äußern, übte der Bundeskanzler aus Rücksicht auf deutsche Großprojekte in China wiederum Zurückhaltung.¹⁰⁹

Dagegen setzte sich Außenminister Fischer in aller Deutlichkeit von der China-Politik des Kanzlers ab und kritisierte in Beijing während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Amtskollegen Li Shaoxing Chinas Menschenrechtslage, insbesondere die Umerziehungslager und die Todesstrafe.¹¹⁰

Dass Fischers sich nicht nur deklamatorisch für Menschenrechte in China einsetzte, sondern das von ihm geleitete Auswärtiges Amt anwies, Menschenrechtsangelegenheiten über die Deutsche Botschaft Beijing zu behandeln, zeigt das erfolgreiche Bemühen um die Freilassung der inhaftierten Falun Gong-Praktizierenden Xiong Wei. Es gelang deutschen Diplomaten nicht nur, die Haftbedingungen von Frau Xiong zu verbessern, sondern auch die Inhaftierte freizubekommen und ausreisen zu lassen. Frau Xiong lebt nunmehr in Deutschland als Asylberechtigte.¹¹¹

Als Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Justizministerin Brigitte Zypries ein Jahr nach ihrem gemeinsamen Besuch 2003 erneut wieder nach China reisten, setzten sie ihre Bemühungen um eine engere Zusammenarbeit fort. Für Schröder bedeutete das allerdings, dass die schwächelnde Wirtschaft Deutschlands durch den riesigen chinesischen Markt saniert würde. Zur Verteidigung von Angriffen aus Menschenrechtskreisen erklärte er am 05.12.2004: „China ist einer der wichtigsten Märkte. Und deswegen verstehe ich all diejenigen nicht, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit kritisieren.“¹¹²

Um sein ehrgeiziges Ziel der Verdoppelung des Handels mit China auf 100 Milliarden Euro innerhalb der nächsten sechs Jahre zu erreichen und Beijings Unterstützung beim Streben um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erhalten, erneuerte Schröder sein Angebot, sich für die Aufhebung des EU-Waffenembargos stark zu machen, obgleich in der eigenen Koalition und in Menschenrechtsverbänden die Aufrechterhaltung des Embargos gefordert wurde, da Waffen gegen die eigene Bevölkerung und gegen Taiwan eingesetzt würden. Im Hinblick auf eigenes Vorbringen zu Menschenrechtsfragen erklärte Schröder, im Gespräch mit Amtskollegen Wen Jiabao seien keine spektakulären Ansätze notwendig.¹¹³

¹⁰⁹ dpa vom 04.04.2003; amnesty international Pressemitteilung vom 03.05.2003.

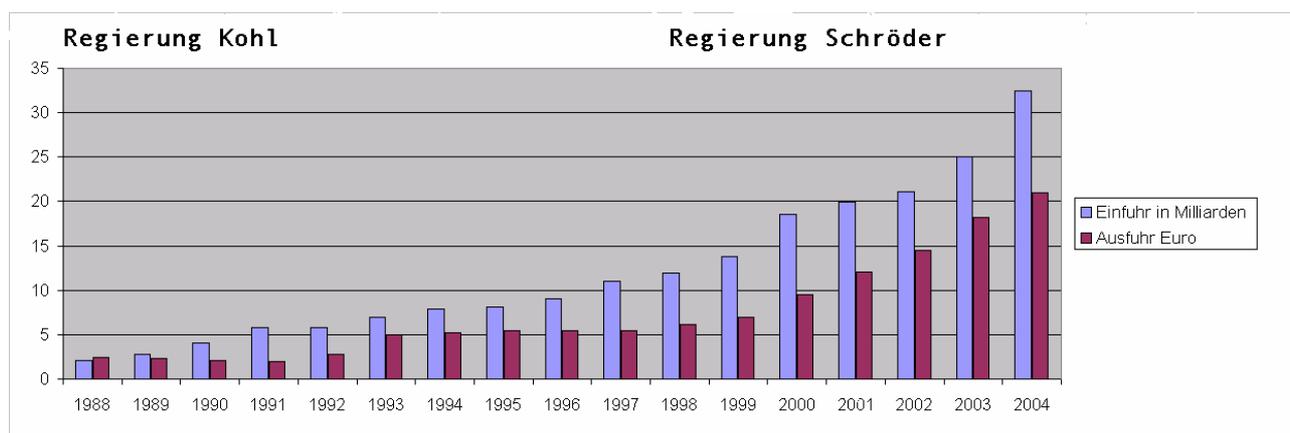
¹¹⁰ Hülsmeier, Tacheles mit Konfuzius und Hegel; dpa vom 15.07.2004, 08:01 h, 08:15 h, 12:15 h.

¹¹¹ Auskunft Xiong gegenüber dem Verfasser, der auch den Briefwechsel kennt.

¹¹² dpa vom 05.12.2004, 23:13 h, 06.12.2004, 14:10 h, 14:15, .

¹¹³ dpa vom 07.12.2004, 13:46 h, 15:08 h; Frankfurter Rundschau vom 04. und 07.12.2004, Gesellschaft für bedrohte Völker, Menschenrechtlage dramatisch, www.gfbv.de/download/china2004.pdf. Als Quittung für die Zugeständnisse Frankreichs und Deutschlands in der Frage der Abschaffung des Waffenembargos erhielten Schröder und Chirac Anfang März 2005 durch den in Beijing jährlich tagenden Nationalen Volkskongress ein Gesetz präsentiert, das secessionistische Bestrebungen Taiwans als Kriegsgrund betrachtet. Vgl. dpa vom 04.03.2005, 14:52 h, vom 05.03.2005, 13:33 h, 15:07 h, vom 06.03.2005, 06:39 h, 12:14 h, 12:37 h, 14:38 h, vom 10.03.2005, 12:55 h; Die Welt vom 07.03.2005; Neue Zürcher Zeitung vom 07.03.2005; Handelsblatt vom 14.03.2005. Zu den politischen Auseinandersetzungen hierzu vgl. dpa vom 24., 25., 26., 27., 29., 30., 31.03., 01.,

Obwohl Bundeskanzler Schröder aus Rücksicht auf innenpolitische und wirtschaftliche Probleme Menschenrechtsfragen im Umgang mit China zunehmend ausklammerte, bestand ein deutlicher Unterschied zur Regierung Kohl durch die Entschiedenheit des Außenministers, bei seinen chinesischen Partnern auch völlig unbeliebte Themen in aller Deutlichkeit zur Sprache zu bringen. Die Wirtschaftsergebnisse beweisen, dass diese Kritik keinesfalls der deutschen Wirtschaft geschadet hat. Vielmehr lässt sich feststellen, dass wirtschaftliche Kontakte mit China seit 1989 eine von der Außenpolitik unabhängige Dynamik besitzen. Eine Rücksichtnahme der Außenpolitik auf wirtschaftliche Interessen bei gleichzeitigem Rückzug im Bereich einer Menschenrechtskontroverse ist folglich nicht gerechtfertigt.



Die obige, auf Angaben des Statistischen Bundesamtes beruhende Grafik des Verfassers zeigt nicht nur, dass Deutschland das gesamte Volumen des China-Handels über ein lineares Wachstum hinaus steigen konnte. Vielmehr ist das Missverhältnis zwischen Einfuhren aus China und Ausfuhren Deutschlands nach China reduziert worden. Nach 1998, dem Beginn einer konsequenten Menschenrechtspolitik gegenüber China, konnten deutsche Unternehmen sehr viel stärker nach China exportieren, was darüber hinaus auch die Handelsbalance auf Dauer normalisieren wird.

Neue Akzente in der China-Politik setzte Bundeskanzlerin Merkel durch ein Treffen mit dem Autorenehepaar Chen Guidi und Wu Juntao, deren Buch über die Lage der Landbevölkerung in China verboten ist, sowie mit dem Bischof der Patriotischen Vereinigung der Chinesischen Katholischen Kirche, Aloysius Jin, der zwar als katholischer Bischof der staatlich kontrollierten Kirche fungiert, aber auch im Vatikan Respekt genießt und wegen seiner Nähe zum Vatikan 27 Jahre in Haft verbracht hatte. Dieser symbolische Akt der Respektierung verfolgter Personen darf zwar nicht in seiner Wirkung überschätzt werden, macht aber deutlich, dass Merkel aus dem Schatten ihres Amtsvorgängers und Partei-

02., 03., 04., 05., 06., 07. nd 14.04.2005; Die Welt vom 01.04.2005; Handelsblatt vom 08.04.2005; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.04.2005; Fried, Als der Weichzeichner hart blieb; Meng, Kanzler ohne Gefolgschaft. Maßgeblich für das Scheitern des Bundeskanzlers bei seinem Vorstoß zugunsten der deutschen Wirtschaft und der chinesischen Unterstützung im UN-Sicherheitsrat für eine Aufhebung des Waffenembargos zu plädieren waren die chinesischen Aggressionen gegen Taiwan sowie Meldungen über Hinrichtungsrekorde in China. dpa vom 25., 26., 28.03.2005; Süddeutsche Zeitung vom 06.04.2005.

freundes Kohl getreten ist, der ohne politische Not das chinesische Regime durch einen Besuch in einer Kaserne hofiert hatte.¹¹⁴

Mit deutlichen Worten sprach sie sich für die „Unteilbarkeit der Menschenrechte“ aus, warb für Religionsfreiheit in Tibet sowie einen Dialog mit dem Dalai Lama und kritisierte Chinas Praxis der Lagerhaft ohne Gerichtsurteil. Schließlich erinnerte sie daran, wie wichtig ein freier Zugang zum Internet für die Entwicklung eines Landes ist.¹¹⁵

Diese Politik, sich in aller Offenheit für Menschenrechte einzusetzen, setzte sich konsequent fort, indem Merkel nicht nur die Präsidenten der Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation für die Menschenrechtspolitik ihrer Länder in Guantánamo bzw. Tschechien kritisierte, sondern auch im September 2007 den Dalai Lama bei gleichzeitigem Protest Chinas im Bundeskanzleramt empfing. Die nachfolgende Eiszeit in den Regierungsbeziehungen ersparte dem deutschen Steuerzahler etliche hunderttausend Euro für den ausgesetzten Rechtsstaatsdialog, dessen Nutzen im Hinblick auf eine Rechtsstaatsentwicklung in China gleich Null sein dürfte. Zugleich machte die deutsche Wirtschaft weiterhin gute Geschäfte mit dem Reich der Mitte.

Der abgewählte Bundeskanzler Schröder, der inzwischen neben einer Beratertätigkeit für das russische Energieunternehmen Gasprom unter anderem auch für chinesische Textilunternehmen in Wenzhou arbeitete, kritisierte unisono mit Außenminister Steinmeier Merkels China-Politik. Die Bundeskanzlerin blieb allerdings bei ihrer Überzeugung und verteidigte die Einladung des Dalai Lama und wurde darin vom Bundespräsidenten unterstützt.¹¹⁶

III. Maoismus als Leitlinie Die Stellung der Menschenrechte in Chinas Rechtssystem

1.) Schutz der Menschenrechte in der Verfassung

Seit März 2004 bekennt sich die Volksrepublik China in Artikel 33 ihrer neuen Verfassung zu den Menschenrechten.¹¹⁷ Zudem beinhaltet diese Verfassung einen aus der vorangegangenen Verfassung übernommenen Grundrechtskatalog in Art. 33 ff. wie die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, Wahlrecht, Religionsfreiheit, persönliche Freiheit und Unversehrtheit, Schutz der Wohnung und des Briefverkehrs, Redefreiheit und die Freiheit auf Wahl der Arbeit. Einen Rechtsweg bietet Art. 5. Zudem besagt Art. 126, dass die Justiz unabhängig sei.¹¹⁸

¹¹⁴ dpa vom 20. und 23.05.2006; Welt vom 22. und 23.05.2006; Süddeutsche Zeitung vom 23.05.2006; Tageszeitung vom 23.05.2006; Tagesspiegel vom 23. und 24.05.2006.

¹¹⁵ Süddeutsche Zeitung vom 23.05.2006.

¹¹⁶ Die Welt vom 30.10.2007, Tagesspiegel vom 24.09.2007, 21.01.2008, Focus Online vom 09.11.2007, http://www.focus.de/politik/deutschland/dalai-lama_aid_138646.html; Spiegel Online vom 29.11.2007, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,520304,00.html>.

¹¹⁷ Renmin Ribao vom 09.03.2004; Holbig, Auf dem Weg zur konstitutionellen Einparteiensherrschaft? S. 259-274; Neue Zürcher Zeitung vom 15.03.2004.

¹¹⁸ www.oefre.unibe.ch/law/icl/ch00t.html; Heuser, Chinesische Rechtskultur im Wandel, S. 411.

2.) Schutz der Menschenrechte in den übrigen Gesetzen

a) Strafrecht

Schon der erste Artikel des Strafgesetzes bekennt sich zu einer Ideologie, in deren geschichtlichen Umsetzung Millionen von Menschenleben ausgelöscht und täglich die Menschenrechte mit Füßen getreten wurden:

„Das Strafgesetz der Volksrepublik China, das den Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao Zedongs als Leitlinie und die Verfassung als Grundlage besitzt, führt im Einklang mit der Politik der Verbindung von Strafe und Milde sowie unter Berücksichtigung der tatsächlichen Umstände und der konkreten Erfahrungen des gesamten Volkes aller Ethnien die demokratische Diktatur des Volkes aus, die vom Proletariat geleitet wird und auf der Allianz von Bauern und Arbeitern beruht, welche die Diktatur des Proletariats darstellt und die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau durchführt.“¹¹⁹

Folter und Misshandlung als Strafe werden ebenso wie zur Erzwingung von Geständnissen im Strafgesetz von 1997 verboten. In Art. 254 wird Amtsmissbrauch bestraft. Angeeschuldigte und Inhaftierte haben ein Anrecht auf Verteidigung und rechtlichen Beistand. Das Strafgesetz verbietet in Art. 238 zudem ungesetzliche Freiheitsentziehung sowie in Art. 243 falsche Beschuldigungen zum Zweck strafrechtlicher Verfolgung. Besonders hart geht das Gesetz gegen staatliche Funktionsträger vor. Wenn staatliche Funktionsträger Bürgern das Recht auf Religionsausübung oder Praktizierung besonderer Sitten anderer ethnischer Gruppen entziehen, machen sie sich zudem nach Art. 251 strafbar.¹²⁰

Das chinesische Strafrecht sieht neben weiteren Strafarten in Art. 48 des Strafgesetzes die Todesstrafe für schwere Verbrechen vor.¹²¹ 68 Artikel des Strafgesetzes von 1997 sowie anderer Gesetze enthalten die Androhung der Todesstrafe, wozu folgende Straftaten gehören:

Absichtliche Verbreitung pathogener Krankheitskeime (z.B. SARS),
Befehlsverweigerung (Streitkräfte Art. 422),
Behinderung militärischer Operationen (Streitkräfte Art. 426),
Bestechung ,
Betrug mit Kreditkarten, Schecks, Akkreditiven oder Versicherungspolicen,
Brandstiftung (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Art. 115),
Desertion, Fahnenflucht (Streitkräfte Art. 421, 430),
Diebstahl von Benzin,
Diebstahl von Geheimdokumenten (Gefährdung der Nationalen Sicherheit Art. 111),
Diebstahl von Schusswaffen, Munition oder Sprengstoff (Gefährdung der öffentlichen

¹¹⁹ Laws of the People's Republic of China, Bd. 1, S. 87;
http://www.novexcn.com/criminal_law.html.

¹²⁰ Tay/Doeker-Mach, S. 177 ff.;
www.unescap.org/esid/psis/population/database/poplaws/law_china/ch_record010.htm.

¹²¹ Ausführungen hierzu bei www.chinaembassy.ee/eng/dtxw/t111300.htm; AFP 19.01.2004;
www.amnestyusa.org/abolish/document.do?id=806E474AFD57DC5980256E5C00688E40.

Sicherheit Art. 127),
Diebstahl von Waffen aus militärischem Besitz (Streitkräfte Art.370, 438, 439),
Entführung,
Erpressung von Geständnissen (Gewaltverbrechen Art. 247, bei Erfüllung Tatbestand Art. 232/234),
Feigheit vor dem Feind (Streitkräfte Art. 423, 424),
Flugzeugentführung (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Art. 121),
Gefängnisausbruch (Gewaltverbrechen Art. 317),
Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Art. 115,
Geiselnahmen mit tödlichem Ausgang (Gewaltverbrechen Art. 239),
Geldfälschung (Vermögensdelikte Art. 170),
Gewalttätigkeit,
Handel mit Frauen und Kindern (Gewaltverbrechen Art. 240),
Herstellung oder Verkauf von gepanschten Medikamenten mit schweren Folgen beim Konsumenten (Verbrechen gegen die sozialistische Marktwirtschaft Art. 141),
Herstellung, Schmuggel, Handel oder Transport von Opium, Methylaniline, Betäubungsmitteln (Drogenhandel Art. 347),
Herstellung und Vorführung pornographischen Materials,
Hochverrat (Gefährdung der Nationalen Sicherheit Art. 111),
Illegales Herstellen, Kaufen und Verkaufen von ‚*dushuqiang*‘ (arsenhaltiges Rattengift),
Illegale Produktion oder Vertrieb von Schusswaffen, Munition oder Sprengstoff (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Art. 125),
Körperverletzung mit Todesfolge oder mit bleibenden schweren Körperverletzungen (Gewaltverbrechen Art. 234),
(Schwere Fälle von) Korruption (Korruption Art. 383),
Menschenhandel,
Mord (Gewaltverbrechen Art. 232),
Plünderung archäologischer Ruinen und Gräber (Verbrechen gegen kulturelles Erbgut Art. 328),
Raub (Gewaltverbrechen Art. 263),
Sabotage militärischer Einrichtungen und Materialien (Streitkräfte Art. 369),
Sabotage öffentlicher Einrichtungen (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Art. 119),
Schmuggel von Waffen, Munition, nuklearen Materialien, oder gefälschten Banknoten, (Schmuggel Art. 151),
Schulung krimineller Methoden (Gewaltverbrechen Art. 295),
Schwere Körperverletzung,
Schwerer Gemüsediebstahl,
Senkung der Moral bei den Truppen (Streitkräfte Art. 433),
Spekulation,
Spionage (Streitkräfte Art. 431),
Spionage (Gefährdung der Nationalen Sicherheit Art. 110),
Sprengstoffanschläge (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Art.115),
Steuerbetrug,
Steuerhinterziehung (Versicherungspolicen Art. 205, 206),
Totschlag (Gewaltverbrechen Art. 232),
Tötung bestimmter, besonders geschützter Tiere (z.B. Pandabären),
Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung (Streitkräfte Art. 446),
Umsturzversuch,

Unterschlagung,
Verbrechen gegen kulturelles Erbgut,
Vergewaltigung (Gewaltverbrechen Art. 236),
Vergiftungen (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Art. 115),
Verkauf schädlicher Lebensmittel,
Vermögensdelikte (Art. 192, 194, 195),
Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz,
Veruntreuung,
Waffenschmuggel (Gefährdung der Nationalen Sicherheit Art. 112),
Weitergabe von Staatsgeheimnissen über das Internet (z.B. Buchpublikation ‚Titan-anmen-Papers‘ im Januar 2001),
(Schwere Fälle von) Zerstörung von öffentlichen oder privaten Eigentum,
Zerstörung von Staudämmen (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Art. 115),
Zuhälterei (Prostitution Art. 358).¹²²

Weitere wichtige Strafgesetze sind zudem auch

- die **Entscheidung des Staatsrates die Frage der Umerziehung durch Arbeit betreffend.**
Dieses Gesetz wurde am 01.08.1957 in seiner 78. Sitzung vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses formal umgesetzt und regelt grundsätzlich, welche Personen der Strafmaßnahme ‚Umerziehung durch Arbeit‘ unterworfen sein sollen.¹²³
In diesem Gesetz sind unter anderem Personen für die Umerziehung vorgesehen, die sich nicht an ehrenhaften Bestrebungen beteiligen (Art 1), Konterrevolutionäre und antisozialistische Reaktionäre (Art. 2), sowie Personen, die trotz Befähigung nicht arbeiten (Art. 4).
- die **Ergänzungsbestimmungen des Staatsrates für die Umerziehung durch Arbeit.** Sie wurden in der 12. Sitzung des 29.11.1979 des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses legislatorisch eingesetzt.¹²⁴
In diesem Gesetz werden Komitees zur Entscheidung und Überwachung der Umerziehung eingesetzt (Art. 1 f.). Die Dauer der Umerziehung wird auf drei Jahre vorgesehen, wobei eine Verlängerung möglich ist.
- die **Regelungen der Volksrepublik China über Festnahme und Haft.**
Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses erließ dieses Gesetz, das von ihm am 23.02.1979 in Kraft gesetzt wurde.¹²⁵
Im Gegensatz zu den vorgenannten Gesetzen von 1957 und 1979 enthält dieses Haftgesetz auch Bestimmungen zum Schutz des Verhafteten. Zunächst wird darin

¹²² China aktuell, Juli 2002, S. 733; web.amnesty.org/library/Index/ENGASA170352003;
<http://www.todesstrafe.de/thema/laender/china/delikte.php>.

¹²³ Laws of the People’s Republic of China, Bd. 1, S. 168;
http://www.novexcn.com/rehabilitation_t_labour.html.

¹²⁴ Laws of the People’s Republic of China, Bd. 1, S. 167;
http://www.novexcn.com/supp_rehib_through_labor.html.

¹²⁵ Laws of the People’s Republic of China, Bd. 1, S. 47 ff.;
http://www.novexcn.com/arrest_detention.html.

geregelt, dass keine Freiheitsentziehung ohne die Entscheidung eines Gerichts oder der Staatsanwaltschaft möglich ist (Art. 2). Schwer erkrankten Personen, Schwangeren sowie Stillenden soll, wenn möglich, eine Freiheitsentziehung zugunsten einer anderen Bestrafung erspart bleiben (Art. 3 Abs. 2). Innerhalb 24 Stunden muss der Festgenommene verhört werden. Anderenfalls ist er freizulassen (Art. 12). Rechtswidrige Freiheitsentziehungen müssen von der Staatsanwaltschaft verfolgt werden.

- das **Gesetz zur Vermeidung von Jugendkriminalität**.
Es wurde am 28.06.1999 vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses angenommen.¹²⁶
Auch diese Bestimmung enthält Schutzvorschriften für Jugendliche, die wegen eines Delikts strafrechtlich belangt werden. Dies drückt sich insbesondere in Artikel 1 aus. Als Erziehungsziele gelten die Vermittlung von Idealen, Moral, Rechtsempfinden, Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus (Art. 6).
- die **Entscheidung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses bezüglich der Genehmigung von Fällen der Genehmigung der Todesstrafe**. Der Ständige Ausschuss nahm dieses Gesetz am 10.07.1981 an.¹²⁷
Um eine schnelle Verbrechensbekämpfung zu ermöglichen sind die höheren Gerichte der Provinzen, Autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städten berechtigt, die Todesstrafe auszusprechen (Art. 1). Eine Prüfung durch das Oberste Volksgericht ist jedoch in den Fällen konterrevolutionärer Verbrechen und Korruption vorgesehen (Art. 2).
- die **Entscheidungen des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses die strenge Bestrafung von Verbrechern betreffend, die in schwerwiegender Weise die Wirtschaft schädigen**.
Am 08.03.1982 wurde das Gesetz vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses beschlossen.¹²⁸
In Art. 2 kann die Schädigung der Wirtschaft durch Bestechung zur Todesstrafe führen.
- die **Entscheidung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses die strenge Bestrafung von Verbrechern betreffend, die in schwerwiegender Weise die öffentliche Sicherheit gefährden**.
Verkündet am 02.09.1983.¹²⁹
Neben schweren Verbrechen, wozu hauptsächlich Gewaltakte zählen, kann auch derjenige mit der Todesstrafe belegt werden, der „reaktionäre Geheimgesellschaften gründet oder feudalen Aberglauben nutzt, um konterrevolutionäre Aktivitäten auszuüben, und dabei die öffentliche Sicherheit gefährdet.“

¹²⁶ http://www.novexcn.com/juvenile_delinquency99.html.

¹²⁷ Laws of the People's Republic of China, Bd. 1, S. 250;
http://www.novexcn.com/stand_commite_death_senten.html.

¹²⁸ Laws of the People's Republic of China, Bd. 1, S. 345 ff.;
http://www.novexcn.com/sabotage_economy_crim.html.

¹²⁹ Laws of the People's Republic of China, Bd. 2, S. 32 ff.;
http://www.novexcn.com/serious_endanger_public_se.html.

Seit 2002 ist die Todesstrafe Gegenstand öffentlicher Diskussion. Grund hierfür sind Revisionen von eilig verhängten, aber auch nach chinesischem Recht fälschlich erlassenen Todesurteilen. Der Anwalt Li Yunlong konnte beispielsweise 15 von 18 verhängten Todesurteilen erfolgreich abwenden.¹³⁰

Dies mag Anlass gewesen sein, in der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2005 die Todesstrafe erneut zu thematisieren. In den Reden des Parlamentspräsidenten Wu Bangguo und des Richters beim Obersten Volksgerichtshof Xiao Yang wurde die Absicht bekräftigt, insbesondere die Gesetze der Jahre 1982 und 1983 zu reformieren, um die Berufungsverfahren bei Todesurteilen zu verbessern. Berufungen und Revisionen sollten damit wieder den Provinzgerichten entzogen und in die Zuständigkeit des Obersten Volksgerichtshofes überführt werden. Nach Expertenmeinung könnte damit die Zahl der Todesstrafen um ein Drittel reduziert werden. Allerdings entsteht beim Obersten Volksgerichtshof ein erhöhter Personalbedarf von 400 Mitarbeitern zur Überprüfung von Todesurteilen.¹³¹

b) Strafprozessrecht

Auch im Strafprozessgesetz von 1996 wird Folter verboten.¹³² Die Unabhängigkeit der Justiz entsprechend gesetzlichen Vorgaben ist in Art. 4 des Gerichtsorganisationsgesetzes geregelt.¹³³

Seit 15.05.1996 existiert ein Rechtsanwaltsgesetz, das u.a. die Verteidigungsmöglichkeiten strafrechtlich beschuldigter Personen regelt. Allerdings liegt die Bestellung eines Pflichtverteidigers nach Art. 34 Strafprozessgesetz im Ermessen des Gerichts. Selbst bei hoher Strafandrohung wird oft ohne einen Pflichtverteidiger verhandelt. Eine Ausnahme besteht hinsichtlich der Todesstrafe, bei der ein Pflichtverteidiger zwingend vorgeschrieben ist. Nach Angaben des US-amerikanischen Menschenrechtsberichts von 2003, der auf genauen Untersuchungen der Lage in China beruht, hat nur jeder siebte Angeklagte einen rechtlichen Beistand, der nicht unbedingt Jurist sein muss. Lediglich ein Prozent der Angeklagten aller Strafverfahren – die Zahl fiel im Zeitraum von 1997 bis 2001 um drei Prozent ab – ist durch einen Rechtsanwalt vertreten. Doch auch dessen Rechte sind bis zur völligen Verweigerung eines Rederechts oder der Akteneinsicht starken Beschränkungen ausgesetzt.¹³⁴

Für die Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzungen ist laut Staatsanwaltschaftsgesetz die Staatsanwaltschaft der verschiedenen örtlichen Ebenen bis zur Generalstaatsanwaltschaft formal zuständig.¹³⁵ Im Mai 2004 hat China überraschenderweise

¹³⁰ China aktuell, Juli 2002, S. 732 f.

¹³¹ dpa vom 09.03.2004; Die Welt vom 10.03.2005.

¹³² Tay/Doeker-Mach, Asia-Pacific Handbook, S. 295 ff.

¹³³ Tay/Doeker-Mach, Asia-Pacific Handbook, S. 113 ff.

¹³⁴ Tay/Doeker-Mach, Asia-Pacific Handbook, S. 79 ff.; U.S. Department of State: Country Report on Human Right Practices 2003 vom 25.02.2004: China, S. 10, www.statedepartment/2003/0st, vom 28.02.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>.

¹³⁵ Tay/Doeker-Mach, Asia-Pacific Handbook, S. 101 ff.

eine Untersuchung zu Menschenrechtsverletzungen durch Strafvollzugsbeamte angekündigt. „Einige Beamte in Regierungsbehörden haben bei der Ausübung ihrer Befugnisse Menschenrechte verletzt“, zitierte danach die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua den stellvertretenden Generalstaatsanwalt Wang Zhenchuan. Die Ermittlungen würden sich auf insgesamt fünf Bereiche konzentrieren: Folter bei Verhören, Misshandlung von Häftlingen, Gewalt bei der Erhebung von Beweismitteln, illegale Durchsuchungen und Inhaftierungen sowie Vernachlässigung von Gefangenen mit Todesfolge. Die Untersuchung solle im Juni 2005 abgeschlossen werden, berichtete Xinhua. Es wurde nicht bekannt gegeben, in wie vielen Fällen gegen Beamte ermittelt werde.¹³⁶

In diesem Zusammenhang ist auch eine rechtliche Neuerung zu sehen. Vom 01.10.2004 an gelten nämlich in der Volksrepublik China neue Regeln für polizeiliche Verhöre. Diese Neuerung beruht auf der Feststellung, dass es bei Verhaftungen zu „schwerwiegenden Problemen“ gekommen sei. Es habe in der Untersuchungshaft sogar Fälle von Selbsttötungen gegeben, die auf brutale Verhörmethoden und die Missachtung von Menschenrechten zurückzuführen seien. Innerhalb der neuen Richtlinien dürfen nunmehr Jugendliche, Schwangere, stillende Mütter und Personen über 70 Jahr nicht länger als vier Stunden verhört und eingesperrt werden. Polizisten, die gegen diese Regelung verstießen, würden entlassen und bestraft. Zudem seien bereits im Jahr 2004 33.761 der 1,7 Millionen Polizisten im Land als unqualifiziert entlassen worden.¹³⁷

c) Verwaltungsrecht

Gegen belastende Verwaltungsakte eröffnet das Verwaltungsprozessgesetz von 1994 allen Bürgern Chinas den Rechtsweg. Diese Möglichkeit wird in zunehmendem Maße wahrgenommen. Allein im Jahr 2001 gab es über 100.000 Klagen gegen Regierungseinrichtungen oder ihre Mitarbeiter. Neuere Angaben stehen allerdings noch aus.¹³⁸

Innerhalb des Verwaltungsrechts besteht jedoch auch ein Verwaltungsstrafgesetz, das die Arbeit der so genannten ‚Komitees für die Umerziehung durch Arbeit‘ regelt und nach westlichem Rechtsstandard Gerichtsfunktionen übernimmt.¹³⁹

¹³⁶ taz vom 13.5.2004.

¹³⁷ Malek, Geduldiges Warten auf bessere Zeiten? S. 130 f. Malek bezweifelt in diesem Zusammenhang die Ernsthaftigkeit der rechtlichen Maßnahme, da sich zeitgleich mit dem Erlass der neuen Bestimmungen Meldungen über Folter in den chinesischen Haftanstalten häuften.

¹³⁸ Tay/Doeker-Mach, Asia-Pacific Handbook, S. 373 ff.; U.S. Department of State: Country Report on Human Right Practices 2003 vom 25.02.2004; 2004 vom 28.02.2005: China, S. 9, www.statedepartment/2003/0st, vom 28.02.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>.

¹³⁹ Tay/Doeker-Mach, Asia-Pacific Handbook, S. 398 ff.

B Schlimmstes Übel Die Menschenrechtspraxis

„Das schlimmste aller Übel, die Chinas Vergangenheit dem Land hinterlassen hat, ist die Rechtsordnung. Aus einer eindrucksvollen Rechtstradition, die sich im Laufe von 2.300 Jahren ungebrochen bis ins frühe zwanzigste Jahrhundert hinein entwickelt hat und auf eine noch wesentlich ältere Vorgeschichte zurückgeht, hat das heutige Festlandchina ein drakonisches Strafrecht für schwere Vergehen, ein rudimentär entwickeltes Zivilrecht und einen nur minimalen Schutz des Bürgers vor dem absolutistischen Staat übernommen.“ Was der Ordinarius an der China-Abteilung der Australian National University in Canberra William J.F. Jenner in seinem Werk ‚The Tyranny of History. The Roots of China’s Crisis‘ 1992 niederschrieb, steht zunächst im Widerspruch zu der Fülle von neuen Gesetzen in den Bereichen Straf-, Zivil- und Verwaltungsrecht, in denen klar erkennbar auch die Rechte von Delinquenten oder Bürgern gegenüber Behörden thematisiert werden. Auch die Passage *„Während chinesische Strafverfahren meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, wird die Todesstrafe in fast traditioneller Art als Schauspiel inszeniert, im Rahmen größtmöglicher Publikumbeteiligung außer beim Tötungsakt selbst“* schien lange nicht mehr Bestand gehabt zu haben, wurde aber erst neuerlich durch den chinesischstämmigen US-Bürger Wu Hongda nachgewiesen.¹⁴⁰

I. Erkennbarer Schrecken Die allgemeine Situation der Menschenrechte in China

Nach unterschiedlichen Quellen werden die in internationalen Konventionen, in der Verfassung und in den übrigen Gesetzen verbindlichen Menschenrechte in der Praxis häufig verletzt. Teilweise finden den Informationen entsprechend sogar regelmäßige und systematische Menschenrechtsverletzungen statt.

Regierungen, darunter in erster Linie die der Vereinigten Staaten von Amerika und die der EU, wie auch regierungsunabhängige Menschenrechtsverbände sowie einzelne chinesische Menschenrechtsaktivisten beschuldigen die Führung der Volksrepublik China der Entziehung von Grundrechten, insbesondere des Rechts auf Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Versammlungsfreiheit.

Zusätzlich wird Chinas Justizwesen angelastet, die Todesstrafe exzessiv zu verhängen und zu vollstrecken. Bei Ermittlungen und zum Zweck der Bestrafung werde gefoltert. Darüber hinaus würden nicht rechtsstaatliche Mittel im Strafverfahren benutzt. Ferner wird Chinas Führung die Verweigerung von Schutz gegenüber Flüchtlingen und schließlich die besondere Verfolgung von Personen oder Gruppen in bestimmten Regionen vorgeworfen.¹⁴¹

¹⁴⁰ Jenner, Chinas langer Weg in die Krise, S. 193. Einen zeitlich noch jungen Gegenbeweis zu der Annahme, die von Jenner erwähnte Inszenierung gebe es nicht mehr in Chinas Justizsystem, liefert Adrian Geiges, S. 26 ff.; Neue Zürcher Zeitung vom 17.03.2005.

¹⁴¹ U.S. Department of State: Country Report on Human Right Practices 2003 vom 25.02.2004; 2004 vom 28.02.2005; China, www.statedepartment/2003/0st, vom 28.02.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>.; The International Religious Freedom Re-

Gerichtliche Überprüfungen sind deshalb oft sinnlos. Nach den Worten des Menschenrechtlers Wu Hongda macht es nämlich keinen Unterschied, „ob ich nun bei den Provinzgerichten oder beim Obersten Gerichtshof Berufung einlege, (...) solange beide von der Partei kontrolliert werden.“¹⁴²

II. Gläubige und Oppositionelle Einzelfälle von Menschenrechtsverletzungen

1.) Repression gegenüber Autonomisten

Es ist ein häufiges Missverständnis bei oberflächlicher Beobachtung Chinas durch das Ausland, dass Angehörige von kleineren Bevölkerungsgruppen *per se* durch die hanchinesische Majorität unterdrückt würden. In den Autonomen Regionen Innere Mongolei (*Nei Menggu Zizhequ*), Tibet (*Xizang Zizhiqu*), Xinjiang (*Xinjiang Weiwu'er Zizhiqu* bzw. *uighur. Shinjang Uyghur Aptonom Rayoni*) und Guangxi (*Guangxi Zhuangzu Zizhiqu*), wo die wichtigsten der über 50 ethnischen Minderheiten wohnen, schreitet zwar eine Sinisierung unübersehbar fort, es ist aber nicht festzustellen, dass Personen ausschließlich wegen ihrer Ethnie, Rasse oder Sprache diskriminiert oder verfolgt würden. So können sich Angehörige dieser Völker zunächst grundsätzlich in der gesamten Volksrepublik China frei bewegen. Das Bildungswesen und der Arbeitsmarkt steht ihnen offen. Es ist zudem in allen Regionen Chinas zu beobachten, dass Angehörige von Minderheitsvölkern in den Strömen von Arbeitssuchenden im ganzen Land zu finden oder als freie Gewerbetreibende tätig sind.

Dennoch gibt es eine Verfolgung von Personen, die ihre verlorene Eigenstaatlichkeit wiederherzustellen suchen und als „Separatisten“ gelten, sowie von Personen, die innerhalb des Staatsverbandes größere Autonomie suchen¹⁴³, wobei zum Teil auch Unbeteiligte Opfer von behördlichen Verfolgungsmaßnahmen werden oder besonders herausragende Personen wegen ihres Engagements als unliebsame Personen zu Unrecht Straftaten angelastet werden.

a) Xinjiang

Welche Bedeutung die Autonome Region Xinjiang Uygur für die staatliche Sicherheit Chinas hat, wird darin verdeutlicht, dass die Volksrepublik derzeit eine Million Soldaten dort

port 2003 vom 18.12. 2003, www.statedepartment_religiou/2003, 2004 vom 15.09.2004, <http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35396.htm>, vom 28.02.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>.; über Außenminister Joschka Fischer dpa 15.07.2004; Amnesty International, Jahresbericht 2003, S. 151 ff.; www.amnesty.org/library/Index/ENGASA170352003, www.amnestyusa.org/abolish/world/china/fact_sheet.html; Gesellschaft für bedrohte Völker: China – Menschenrechtsslage dramatisch.

¹⁴² Neue Zürcher Zeitung vom 17.03.2005.

¹⁴³ Außerhalb der beiden folgenden Kategorien der Bewohner von Xinjiang und Tibet wird auf den Mongolen Hada verwiesen, der wegen des Kontakts zur 'Südmongolischen Demokratischen Allianz' seit 1995 in Haft ist. Amnesty International, Urgent Action vom 28.01.2005.

stationiert hat, weit mehr als zu Zeiten der Sowjetunion. Das Verhältnis mit der Russischen Föderation ist entspannt, sodass keine äußere Bedrohung diese Militärpräsenz rechtfertigen würde.¹⁴⁴ Die wirtschaftliche Situation der turkmenischen Uighuren in Xinjiang ist bereits äußerst schwierig. Hinsichtlich irgendwelcher Aktivitäten, ihre Lage zu verbessern, reagiert der chinesische Staat mit Härte. Seitens einiger Menschenrechtsverbände wird über Menschenrechtsverletzungen berichtet. Hierzu zählen Folterungen, willkürliche Verhaftungen und unfaire politische Prozesse. Wie in den Vorjahren beriefen sich die chinesischen Behörden auf die terroristischen Anschläge 2001 in den USA, die Repressionen gegen die uighurische Minderheit rechtfertigten. Dies ist umso mehr möglich, als die ‚Islamische Bewegung Ost-Turkestan‘ von den USA und den Vereinten Nationen als terroristische Organisation eingestuft wurde. Die Autonome Region ist auch von der Anti-Kriminalitätskampagne ‚Hart zuschlagen‘ (*Yanda*) betroffen. Während ohnehin schon Tausende weniger bekannte Personen als politische Gefangene festgehalten werden, wurden zudem innerhalb dieser Kampagne viele Menschen festgenommen, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und weitere hingerichtet. Amnesty International erwähnt in diesem Zusammenhang den Uighuren Tohti Tunyaz, ein in Japan promovierter Historiker, der wegen seiner Forschungsarbeit über die Geschichte der Uighuren verhaftet und 1999 wegen Anstiftung zum Separatismus und widerrechtlicher Aneignung von Staatsgeheimnissen zu elf Jahren Haft verurteilt wurde. Sein Berufungsverfahren bestätigte im Jahr 2000 seine Strafe. Erst nach über vier Jahren Haft war es ihm Anfang 2004 möglich, Besuch von seiner Familie zu empfangen.¹⁴⁵

In Verbindung mit der inzwischen freigelassenen prominenten uighurischen Menschenrechtsverteidigerin Rebiya Kadeer, die zwischen 1999 und 2005 inhaftiert gewesen war, wurden am 11.05.2005 die Uighurinnen Ruzi Mamat, Aysham Kerim und Karima sowie die hanchinesische Shu Shaochan inhaftiert.¹⁴⁶

Der Xinjiang-Spezialist und Münchener Rechtsanwalt Albrecht Göring führt in einer kommentierenden Ausarbeitung zum Bericht des Auswärtigen Amtes über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Volksrepublik China vom August 2002 aus, aktuell werde ein uighurischer Führer der 1997 gegründeten ostturkestanischen Befreiungsbewegung ‚*Xärki Turkistan Azatlik Texkilat*‘, Mehmetemin Hazref, im Lande offen verfolgt. Hierbei werde auch die Kooperation der USA gesucht, um seine Organisation als terroristische Gruppierung einzustufen. Dieses Ansinnen habe aber der amerikanische Assistant Secretary of State for Democracy, Human Rights and Labour zurückgewiesen. Neben dieser

¹⁴⁴ Terril, *The New Chinese Empire*, S. 327.

¹⁴⁵ Kadeer lebt nunmehr im US-Exil. Ihre zurückgelassenen Kinder sind mittlerweile Ziele der Verfolgung. Amnesty International, Jahresbericht 2003, S. 158, Briefe gegen das Vergessen, Oktober 2002; Wacker, *China und die Terroranschläge des 11.9.*; www.1.cs.columbia.edu/~noemie/ordering/eval/china.html; Xinhua vom 12.08.2003, www.chinadaily.com.cn/en/doc/2003-08/12/Content_254135.htm; http://www1.chinadaily.com.cn/en/focus/mili_pics.html; Radical Party: *Xinjiang Separatists Reject Chinese Terror Charge* vom 30.01.2002, http://coranet.radicalparty.org/pressreview/print_right.php?func=detail&par=1900; Chung, Chien-peng: *China's „War on Terror“: September 11 and Uighur Separatism*. In: *Foreign Affairs* Juli/August 2002, www.foreignaffairs.org/20020701facomment8515/chien-peng-chung/china-s-war-o05.02.2004; CNN vom 19.02.2003, www.cnn.com/2003/WORLD/asiapcf/east/02/19/china.terror.ap/; ai-Journal Heft 3/2004, S. 1.

¹⁴⁶ Amnesty International, *Urgent Action* vom 13.05.2005, *Kampagnen und Aktionen*, <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/216>.

Bewegung seien auch die Islamische Partei Ostturkestans (*Xärki Turkistan Islam Partiyesi*), die Revolutionäre Partei Ostturkestans (*Xärki Turkistan Inkilawi Partiyesi*), die Partei der Grauen Wölfe Ostturkestans (*Xärki Turkistan Bozkurt Partiyesi*) und die Ostturkestanische Befreiungsfront (*Xärki Turkistan Azatlik Fronti*) aktiv. Durch ein bilaterales Abkommen mit der Türkei sowie das Shanghai 5-Abkommen mit Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan könnten Uighuren, die in diese Länder entkommen seien, an China wieder ausgeliefert werden.¹⁴⁷

b) Tibet

In den Medien sind Berichte zu Menschenrechtsverletzung in Tibet häufig. Positiv zu vermerken sind sicherlich gewisse Verbesserungen der Situation. Das Tibet Information Network (TIN) zählte noch 1996 rund 800 politische Gefangene in Tibet. Zwischen 1997 und 2001 sei die Zahl erheblich gesunken. Der Hauptgrund hierfür sei, dass eine große Anzahl der Betroffenen ihre Haftstrafe verbüßt hätte. Auch seien insgesamt im tibetischen Kernland weniger neue Verhaftungen zu verzeichnen. Im Januar 2004 seien 145 Tibeter aus politischen Gründen inhaftiert worden. Die Hälfte von ihnen werde im berüchtigten Drapchi-Gefängnis in Lhasa festgehalten, das kürzlich in ‚Gefängnis der Autonomen Region Tibet‘ umbenannt wurde. Möglich ist laut TIN, dass in der Zahl 145 nicht alle politischen Gefangenen erfasst sind; es könnten zehn oder 20 mehr sein. Neun der politischen Gefangenen sind Frauen, mehrheitlich Nonnen. Zwei Drittel der betroffenen Männer sind Mönche, ehemalige Mönche oder ‚Tulkus‘.¹⁴⁸

Als Risikogruppen gelten nach Professor Colin Mackerras, dem Tibet-Beauftragten des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, politische Dissidenten, Frauen im Rahmen erzwungener Abtreibung oder Sterilisation sowie Personen, die bei ihrem Versuch, die Volksrepublik China zu verlassen, von den Behörden aufgegriffen wurden.¹⁴⁹

2.) Religiöse Unterdrückung

Die wichtigsten Religionen Chinas sind der Buddhismus, der Islam, das Christentum, der Daoismus, der zum Teil mit dem Schamanismus verbunden ist, und die Dongba-Religion des Naxi-Volkes. Die Hui, Uighuren, Kasachen, Kirgisen, Tataren, Usbeken, Tadschiken, Dongxiang, Salar und Bonan zählen zum Islam. Die Tibeter, Mongolen, Lhoba, Moinba, Tu and Yugur bekennen sich zum tibetischen Buddhismus, d.h. Lamaismus, während die Dai, Blang and Deang zum Hinayana oder Südlichen Buddhismus gehören. Einige Angehörige der Völker Miao, Yao und Yi sind Christen. Han-Chinesen gehören dem Buddhismus, Christentum oder Daoismus an.¹⁵⁰

¹⁴⁷ Göring, Problematische Punkte im Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Volksrepublik China hrg. vom Auswärtigen Amt August 2002. Nähere Angaben zu uighurischen Organisationen in <http://www.uyguramerican.org/Uygurorganiz.html>.

¹⁴⁸ <http://www.tibet.de/tib/tibu/2004/tibu69/aktuell.html>. Ein Tulku ist in der tibetischen Religionsauffassung ein wiedergeborener Lama.

¹⁴⁹ Mackerras, People's Republic of China. Background Paper on the Situation of the Tibetan Population, S. 26 ff.

¹⁵⁰ Cambridge Encyclopedia of China, S. 287 ff. Religions; Curzon, China, S. 262 f.; Guter, Lexikon zur Geschichte Chinas, S. 350 Naxi-Nationalität;

Die Situation der Religion in China muss im politischen Kontext betrachtet werden. Zunächst ist nämlich offensichtlich, dass Artikel 36 der Verfassung die Glaubensfreiheit zusichert und dabei ausdrücklich das Recht auf eine atheistische Anschauung impliziert. Zugleich ist aber auch *de iure* allein durch die Berufung auf die Führung der Kommunistischen Partei in der Präambel der Verfassung und *de facto* von einer KP-Herrschaft auszugehen, was zur Folge hat, dass die sich in ihren Statuten zum Atheismus bekennende Partei im Staat das Sagen hat.

Die nun weit über fünf Dekaden herrschende kommunistische Herrschaft unterdrückte in der Vergangenheit in mehreren Phasen religiöse Vereinigungen und ihre Angehörigen. Dies betraf grundsätzlich alle geistigen Orientierungskreise außerhalb der KP. Vom Ausland als Religionen angesehen, existieren nämlich in der Kultur Chinas alte Denkrichtungen, die aber tatsächlich nur zum Teil als Religion zu definieren sind. So ist der Konfuzianismus in erster Linie eine Philosophie, in der zwar religiöse Elemente nicht verneint, aber nicht als zentral betrachtet werden. Er stellt einen Zusammenhang zwischen kosmischer Ordnung und der persönlichen Haltung der Menschen her, die von Moral geprägt sein und ein harmonisches zwischenmenschliches Miteinander zu gewähren hat. Unterschiedliche spirituelle Schulen auf der Qigong-Basis, wozu auch Falun Gong gehört, unterscheiden sich vom Konfuzianismus durch transzendente Elemente, verstehen sich selbst dagegen nicht als Religion und sind entweder überhaupt nicht oder nicht ausschließlich auf die Verehrung übernatürlicher Mächte gerichtet. Die alte Volksreligion Chinas, der mit ihr im Laufe der Geschichte eng verbundene Daoismus und der aus Indien stammende, zur Zeit um Christi Geburt nach China gekommene Buddhismus sind dagegen als Religionen im engeren Sinne zu betrachten, weil sie übernatürliche Mächte verehren, zu denen Geister, Heilige und Götter gehören. Der als ‚atheistische Religion‘ bezeichnete Buddhismus kennt in seiner Kernrichtung ursprünglich keine Gottheiten, sondern nur durch intensive Bemühung von Güte und Askese in immer höhere Stufen gelangende Heiligkeiten, von denen die höchsten als Buddhas bezeichnet werden. Diese unterschiedlichen Denkrichtungen von Philosophie, Spiritualität und Religion standen sich mit großer Toleranz gegenüber, sodass sie von den meisten Chinesen in gleicher Weise geachtet wurden. Dies förderte den Synkretismus im Land, von dem lediglich Moslems und Christen nicht betroffen sind.¹⁵¹

Die Propagierung des Atheismus ging mit der 1926 erfolgten Gründung und der Machtübernahme der Kommunistischen Partei Chinas im Jahr 1949 einher. Es folgten der Aufbau einer Quasi-Religion in Gestalt des Maoismus, die Missachtung und Bekämpfung aller traditionellen Denkrichtungen und schließlich deren Verbot. In nachmaoistischer Zeit wurden zwar Konfuzianismus, Daoismus, Islam, Katholizismus und Protestantismus wieder geduldet und zugelassen sowie als fünf Religionsgemeinschaften geführt, doch waren sie in ihrer Ausübungsfreiheit starken Reglements unterworfen. Auch wurden verschiedene Qigong-Schulen wieder erlaubt. Enteigneten Religionsgemeinschaften gab die Staatsführung zudem ihre Sakralbauten zurück und ließ sie oftmals auf Staatskosten renovieren. Ferner wurde es wieder möglich, Priester auszubilden und religiöse Sitten zu pflegen.¹⁵²

<http://www.china.org.cn/english/features/China2004/106453.htm>;
<http://www.naxidongba.com/En/Dongba.html>.

¹⁵¹ Weyrauch, Fluchtziel Deutschland, S. 77 f.

¹⁵² Weyrauch, Fluchtziel Deutschland, S. 78; Baumann, Peter: Die katholische Kirche in China, www.kath.ch/skz/skz-2000/welt/welt26.htm; Heberer, Thomas: Falungong - Religion, Sekte

Der sich noch immer als atheistisch verstehende Staat kontrolliert die von ihm zugelassenen Religionsgemeinschaften. Er nimmt sich zudem auch das Recht, solche Gemeinschaften zuzulassen oder zu verbieten. Zudem definiert er, was als Religion zu betrachten ist. So benutzt die chinesische Religionspolitik für kleinere Religionsgemeinschaften, philosophische Vereinigungen und spirituelle Gruppen das Pejorativum ‚Kult‘ (*xiejiao*). Hierfür wurde eigens eine ‚Chinesische Anti-Kult-Vereinigung‘ unter dem Institut für Wissenschaft und Technik gegründet, der überwiegend Naturwissenschaftler, aber auch je ein Vertreter der staatlich kontrollierten katholischen und buddhistischen Vereinigungen angehören. Somit sind nicht nur von staatlich-atheistischer Seite, sondern auch seitens religiöser Konkurrenzvereinigungen Personen außerhalb der einzuschätzenden Religionsgemeinschaften und spirituellen Gruppen dazu bevollmächtigt, die ihnen fremden Denk- und Empfindungsweisen einzuschätzen, ob diese als üble Kulte zu bezeichnen, und sie somit staatlicher Verfolgung preiszugeben sind.¹⁵³

Vorwürfe an der Religionspolitik seitens der USA wies die chinesische Regierung in einer Sprache zurück, die nicht unbedingt diplomatischen Gepflogenheiten entsprach: „Außerdem redet der US-Bericht Unsinn über 30 Millionen Christen, die ihre Messe in ‚Hauskirchen‘ feiern. Tatsächlich gibt es keine ‚Hauskirchen‘ in China. Christen organisieren normalerweise ihre religiösen Rituale in Familien, die nur Haustreffen genannt werden. Christen, die an Haustreffen teilnehmen, nehmen auch an den Treffen in Kirchen teil. Eine Ausnahme machen zu alte oder gebrechliche Personen. Haustreffen sind lediglich eine Ergänzung zu Kirchentreffen. Die chinesische Regierung respektiert Haustreffen und würde niemals eingreifen. Die Behörde bittet auch nicht die Gläubigen, diese Art von Aktivitäten zu registrieren. Auch würde sie in diese Aktivitäten weder eingreifen noch sie beschränken. (...) Unter der chinesischen Verfassung genießt jeder Chinese gleiche Rechte und Pflichten nach dem Gesetz, und jede Person, die eine Straftat verübt, ist unabhängig ihres religiösen Glaubens Objekt der Strafverfolgung. Keine einzige Person wurde oder wird verhaftet oder eingesperrt aufgrund ihres religiösen Glaubens oder ihrer legalen religiösen Aktivitäten.“¹⁵⁴

oder Kult? Eine Heilsgemeinschaft als Manifestation von Modernisierungsproblemen und sozialen Entfremdungsprozessen, www.religio.de/dialog/400/23_16-24.htm, auch in Duisburger Arbeitspapiere Nr. 36 (2001),

<http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/download/doc/paper36.pdf>;

Landwehr, Andreas: China verschärft Vorgehen gegen religiöse Gruppen, dpa vom 14.02.2002;

http://www.missio-aachen.de/menschen-kulturen/laender/asien/china/china_priester.asp;

The International Religious Freedom Report 2003 vom 18.12.2003, www.state.gov/g/drl/rls/irf/2003/100000relig.htm; 100.000 religiöse Stätten, 300.000 Geistliche, 3.000 religiöse Organisationen, 74 Ausbildungszentren. Die gleiche Zahl findet sich ein Jahr später in The International Religious Freedom Report vom 15.09.2004, <http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35396.htm>.

¹⁵³ Kupfer, Kristin: „Geheimgesellschaften“ in der VR China: Spirituell-religiöse Bewegungen seit 1978 – Entstehung, Entwicklung und Interaktion mit dem Staat. Vortrag auf der 3. Brühler Tagung junger Asienexperten, Mai 2001,

www.chinafokus.de/wissenschaft/bruehlertagung/3kupfer/fussnoten.php; www.anticult.org.

¹⁵⁴ Büro für Religionsangelegenheiten des Staatsrates vom 14.10.1999, <http://www.china-embassy.org/eng/zt/zjxy/t36496.htm>.

Die Realitäten sprechen allerdings gegen diese Behauptungen. Seit Jahrzehnten findet nun diese Verfolgung religiöser und spiritueller Gruppen, die sich außerhalb staatlicher Kontrolle bewegen, mit unterschiedlicher Intensität statt. Trotz aller wirtschaftlichen und touristischen Öffnungen Chinas nimmt der Druck auf solche Gemeinschaften in den letzten Jahren wieder zu. Hierzu gehören Repressionsmaßnahmen beginnend gegen christliche Kirchen und Qigong-Gruppen im Jahr 1999, verstärkt aber auch ab August 2000. ¹⁵⁵

Zwischen November 2000 und Januar 2002 sollen allein im Raum Wenzhou (Provinz Zhejiang) nach unterschiedlichen Angaben zwischen 450 und 3.000 religiöse Stätten zerstört worden sein. ¹⁵⁶

Für die Hauptstadt Beijing wurden dagegen zwischenzeitlich die Restriktionen für volkreli-giöse Aktivitäten durch den örtlichen Ständigen Ausschuss des Volkskongresses gelockert. In Beijing sollte es danach erlaubt sein, Weissagemethoden anzuwenden, Glückst-äbchen zu werfen, physiognomische Merkmale zu lesen oder Exorzismus zu betreiben. ¹⁵⁷ Dass diese Lockerung von Einschränkungen des religiösen Lebens tatsächlich umgesetzt wurde, konnte der Verfasser im gleichen Monat in Beijing beobachten.

Im Gegensatz dazu haben sich die Behörden der östlichen Provinzen Zhejiang und Jiangsu in den vergangenen Jahren in der Bekämpfung von Untergrundkirchen und nicht gemeldeter Tempel hervorgetan. Hunderte religiöser Stätten wurden geschlossen oder zerstört. ¹⁵⁸

Im Jahr 2004 wurde die Religiosität in noch größerem Maße von der kommunistischen Führung des Landes bekämpft. Der Grund hierfür ist angesichts zahlreicher Demonstrationen unzufriedener Bauern, Arbeiter und Arbeitsloser die Angst vor einer Rebellion in Verbindung mit religiösen Elementen. ¹⁵⁹

Anlass für eine große Kampagne gegen religiöse Handlungen war ein Tempelbrand in der Stadt Wufeng (Provinz Zhejiang) am 15.02.2004. Hierbei kamen 40 meist ältere Frauen ums Leben. Als Grund für die Katastrophe wurden „kultartige, abergläubische Aktivitäten“ genannt. ¹⁶⁰

Dieser Kampf wird zum Teil ideologisch geführt. So hat die Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei im Mai 2004 eine vertrauliche Instruktion erlassen, wonach eine neue Strategie zur Eindämmung der Religion und Ausrottung des Aberglaubens sowie zur Verbreitung des Atheismus zu entwerfen sei. Das Dokument, gewandt an Regierung, Partei und Erziehungsinstitutionen aller Hierarchieebenen, wendet sich gegen eine Verwestlichung und Desintegration unter dem Deckmantel der Religion. Dabei solle das Internet zur Quelle der ethischen Erziehung genutzt werden. Es gehe darum, jegliche Form des Aberglaubens auszurotten sowie die „Dogmen des wissenschaftlichen Denkens“ und des Materialismus zu propagieren. Diese Sorge um den ideologischen Bestand der Partei scheint

¹⁵⁵ China aktuell, August 2000, S. 885 f.

¹⁵⁶ China aktuell, Januar 2001, S. 14.

¹⁵⁷ China aktuell, Juli 2002, S. 734.

¹⁵⁸ China aktuell, November 2003, S. 1327, Februar 2004, S. 133; Landwehr, Andreas: China verschärft Vorgehen gegen religiöse Gruppen, dpa vom 14.02.2002.

¹⁵⁹ Malek, Geduldiges Warten auf bessere Zeiten? S. 130.

¹⁶⁰ China aktuell, Februar 2004, S. 133.

nach neueren Erkenntnissen in Folge von Befragungen innerhalb der Mitglieder der KP berechtigt. Danach sind – wohlgemerkt innerhalb einer atheistischen und sogar religionsfeindlichen Partei – nach Angaben der Zeitschrift Zhengming vom September 2004 von den durch die politische Führung erfassten 50 Millionen Christen 10,6 Millionen zugleich Mitglieder der Partei, die wiederum 60 Millionen Mitglieder habe. Jedes Jahr würden der Quelle zufolge 300.000 Mitglieder in die protestantische oder katholische Kirche eintreten.¹⁶¹ Ein Sechstel der KP-Mitglieder sind somit Christen!

Im August 2004 entstand für die Zwecke der Eindämmung der Religion ein neues Amt, nämlich das *„Zhongyang zongjiao shiwu gongzuo bangongshi“*, das Zentrale Büro für die Arbeit an den Religionsangelegenheiten, dessen Verhältnis zum *Guojia zongjiao shiwu*, dem Nationalen Büro für Religionsangelegenheiten, noch unklar ist. Ein Dokument dieses neuen Büros vom 12.08.2004 regelt die „Grundsätze und Haltung gegenüber der Frage des religiösen Glaubens bei Parteimitgliedern und Parteikadern“. Danach ist es Mitgliedern der KP verboten, heimlich einer Religionsgruppe beizutreten. Sie sind zugleich verpflichtet, Fälle von heimlichen Religionsbeitritten von anderen Mitgliedern zu melden. Ein Dokument vom 17.08.2004 untersagt chinesischen Religionsgemeinschaften in Abhängigkeit zu ausländischen Organisationen zu geraten. Ferner sei es verboten, unter dem Deckmantel religiöser Tätigkeiten politisch-soziale Aktivitäten durchzuführen, gegen Gesetze zu verstoßen, zum Verstoß gegen Gesetze aufzufordern und in den Partei-, Staats- und Rechtsstrukturen zu missionieren und eigene Strukturen aufzubauen sowie unter den eigenen Gläubigen politische Organisationen zu entwickeln. In diesem Dokument wird berichtet, der Einfluss illegaler Religionsgruppen habe sowohl in den Städten als auch in ländlichen Gebieten an Stärke gewonnen. Einige Religionsangehörige hätten sogar die Macht in Partei- und Regierungsstellen sowie im Justizwesen erlangt. Dies sei darin erkennbar, dass im Namen der Religion bestimmte gesellschaftliche Schichten geschützt werden, die mit den Gegebenheiten nicht zufrieden seien, um feindliche Aktivitäten zu organisieren. Die Infiltration im Land wiege auf und provoziere Protestbewegungen.¹⁶²

Ein weiteres Dokument des besagten Büros vom 21.08.2004 verbietet religiöse Aktivitäten und Zeremonien an Universitäten. Ferner verbietet es universitäre Bauten, die in der Architektur religiöse Elemente beinhalten. Soweit bekannt würde, dass Lehrkörper und Studenten zugleich der Partei und einer Religionsgruppe angehörten, sollten diese aus der KP ausgeschlossen werden.¹⁶³

Seit 01.03.2005 existiert ein neues Religionsgesetz, das grundsätzlich die staatliche Kontrolle und Steuerung der Religionsgemeinschaften fortschreibt. So kritisiert neben anderen Menschenrechtsorganisationen beispielsweise die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM): „Zwar werden die Eigentumsrechte religiöser Organisationen durch das neue Gesetz gewährleistet und es dürfen Sozialeinrichtungen wie Kliniken und Schulen gegründet werden, dies gilt jedoch im Rahmen der beibehaltenen Pflicht zur amtlichen Registrierung von religiösen Institutionen nur für staatlich anerkannte Organisationen. Publikationen mit religiösem Inhalt unterliegen nach wie vor strengen Richtlinien, Kontakte oder gar Pilgerfahrten ins Ausland sind immer noch verboten. Nach Einschätzung der IGFM zementiert das neue Gesetz zur Religionsfreiheit den unsicheren Status von Religi-

¹⁶¹ Malek, Marxismus und Atheismus versus Religionsfreiheit, S. 195 f.

¹⁶² Malek, Roman: Marxismus und Atheismus versus Religionsfreiheit, S.196 f.

¹⁶³ Malek, Marxismus und Atheismus versus Religionsfreiheit, S. 197.

ongemeinschaften in China. So heißt es im Artikel 3 des neuen Gesetzes: ‚Religiöse Körperschaften, religiöse Zusammenkünfte und die Gläubigen müssen hinter der Verfassung, den Gesetzen und Vorschriften stehen, um die nationale Einheit, die Harmonie zwischen den nationalen Minderheiten und die gesellschaftliche Stabilität zu gewährleisten.‘ Zudem werde der staatlichen Schutz ‚normaler‘ religiöser Aktivitäten gewährleistet, wobei die Kategorie ‚normal‘ nicht konkreter definiert wird. Somit wird den verantwortlichen Behörden ein enormer Spielraum für willkürliche Urteile und Maßnahmen eröffnet bzw. erhalten.“¹⁶⁴

a) Religionspolitik gegenüber Moslems (Xinjiang)

In der Autonomen Uighurischen Region Xinjiang (*Xinjiang Uygur Zizhiqu*) geht die chinesische Staatsführung im Rahmen der Terrorbekämpfung gegen islamische Gruppen vor. Gleiches gilt für die in regelmäßigen Wellen fortgesetzte Antikriminalitätskampagne ‚Hart zuschlagen‘, in der sich dieses staatliche Handeln fortsetzt. Diese Politik zur angeblichen Bekämpfung von ethnischen Separatisten, Terroristen und religiösen Extremisten geht mit Schließungen von Moscheen und politischen Schulungen für islamische Geistliche und Gläubige einher. Innerhalb dieses Vorstoßes kommt es häufig zu Verhaftungen und anderen staatlichen Sanktionen.¹⁶⁵

Unabhängig von separatistischen Tendenzen in Xinjiang ist die Situation der Hui, jener Volksgruppe hanchinesischer Ethnie mit einer Tradition endogamer Abschottung gegenüber nichtislamischen Chinesen. Hauptsächlich in der Autonomen Region Ningxia-Hui, aber auch in anderen Provinzen bilden die Hui eine wichtige Bevölkerungsgemeinschaft, die oft mit den turkmenischen Völkern Xinjiangs verwechselt werden. Die Zahl der Hui beträgt nach unterschiedlichen Angaben 8 bis 10 Millionen Angehörige.¹⁶⁶

Ende Oktober 2004 kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen einem Dorf der Hui und einem Dorf anderer Hanchinesen in der Provinz Henan, wobei es zu 148 Todesfällen kam. Zwar mögen nichtreligiöse Gründe Auslöser für den Streit gewesen sein, doch fühlten sich die Hui schon sehr lange von den Han wegen ihrer Religionszugehörigkeit diskriminiert.¹⁶⁷ Obwohl den Hui nämlich nachgesagt wird, im Grunde seien sie loyal zum chinesischen Staat, kam es doch in den letzten Jahren zwischen Hui und Han besonders in Yunnan zu Gewalttätigkeiten mit Todesfolge.¹⁶⁸

¹⁶⁴ Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Pressemitteilungen vom 17.05. und 02.06.2005.

¹⁶⁵ Amnesty International Jahresbericht 2003, S. 156; vgl. bereits zuvor laut Menschenrechtsdebatte im Deutschen Bundestag, 14. Wahlperiode, 95. Sitzung vom 23.03.2000; Gesellschaft für bedrohte Völker: China – Menschenrechtsslage dramatisch, S. 8.

¹⁶⁶ Gladney, Muslim Chinese, S. 22 ff.

¹⁶⁷ Time Asia Magazine vom 15.11.2004.

¹⁶⁸ Forbes, The Hui – China’s most loyal Muslims, http://www.cpamedia.com/politics/hui_muslims_in_china/.

b) Religionspolitik gegenüber Buddhisten

Eine im Grunde genommen positive US-amerikanische Einschätzung zur Behandlung des Buddhismus durch die Behörden der Volksrepublik China wird bereits in der Darstellung des tibetischen Lamaismus relativiert und ist in sich widersprüchlich. Die International Religious Freedom Reports 2003 und 2004 des Department of State beklagen nämlich die eingeschränkte Religionsfreiheit in Tibet.¹⁶⁹ Nicht nur das Bekenntnis zum Dalai Lama führt für tibetische Gläubige zur Verfolgung. Die politische Führung schränkt seit Jahren den Einfluss des religiösen und weltlichen Oberhauptes der Tibeter ein und hat aktiv die Wahl des Panchen Lama behindert. Der von den Tibetern als legitimer Nachfolger des verstorbenen Panchen Lama angesehene Jugendliche wurde mutmaßlich von den chinesischen Behörden entführt und versteckt gehalten. An seiner Stelle wurde ein anderes Kind als Panchen Lama eingesetzt.¹⁷⁰

Um gegen ‚Separatisten‘ vorzugehen, werden seit Mai 2006 Kampagnen in tibetischen Klöstern zur ‚patriotischen Erziehung‘ durchgeführt, gegen die sich Mönche und Nonnen wenden.¹⁷¹

Abgesehen von früheren Verfolgungsbewegungen, die die religiöse Kultur Tibets trafen, waren die beiden letzten Dekaden von religiöser Verfolgung geprägt. So wurden auch in den 80er und 90er Jahren Tausende von Mönchen und Nonnen aus ihren Klöstern vertrieben und gezwungen, sich im Rahmen von Umerziehungsmaßnahmen vom Dalai Lama zu distanzieren. Diese Verfolgung setzt sich bis in die heutige Zeit fort. Im Dezember 2003 wurde beispielsweise der Religionslehrer und geistliche Würdenträger Tenzin Deleg Rinpoche wegen Anstiftung zum Separatismus zu einer Todesstrafe auf zweijährige Bewährung verurteilt. Dass eine solche politisch motivierte Straftat tatsächlich von ihm begangen worden sei, wurde von ausländischen Beobachtern bezweifelt. Sie vermuteten, es ginge der Anklage vielmehr darum, den Rinpoche wegen seiner religiösen Aktivitäten und seines sozialen Engagements zu bestrafen und somit seine Bedeutung herabzusetzen.¹⁷²

¹⁶⁹ U.S. Department of State: The International Religious Freedom Report 2003 vom 18.12.2003, www.statedepartment_religiou/2003, S. 14, 2004 vom 15.09.2004, <http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35396.htm>, , vom 28.02.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>.

¹⁷⁰ Gesellschaft für bedrohte Völker: China – Menschenrechtsslage dramatisch, S. 10.

¹⁷¹ Tibetan Centre for Human Rights and Democracy, Presseerklärungen „In den Klöstern Tibets wird erneut die „patriotische Erziehung“ eingeführt“ vom 12.10.2005, „Schweigender Protest im Kloster Drepung als Antwort auf die rigorose Durchführung der patriotischen Erziehung“ vom 29.11.2005, Sechster jährlicher Länderbericht des US-Außenministeriums zu China“ vom 09.03.2006, „Friedliche tibetische Dissidenten erneut Zielscheibe systematischer chinesischer Kampagnen“ vom 17.05.2006.

¹⁷² Gesellschaft für bedrohte Völker: China – Menschenrechtsslage dramatisch, S. 10; Amnesty International, Jahresbericht 2003, S. 158, Justizirrtum? – Der Prozess gegen Tenzin Deleg Rinpoche und weitere damit verbundene Verhaftungen.

c) Religionspolitik gegenüber Christen

aa) Die zugelassenen christlichen Glaubensgemeinschaften

In der Volksrepublik China sind 28 Millionen Gläubige in den offiziell zugelassenen Gemeinschaften registriert. Dabei bestehen Einschränkungen selbst für offiziell zugelassene christliche Religionsgemeinschaften. So fühlt sich zum Beispiel die vom Staat genehmigte und kontrollierte Religionsgemeinschaft der ‚Patriotische Vereinigung der Chinesischen Katholischen Kirche‘ mit einigen Millionen Gläubigen katholischen Traditionen verpflichtet, darf jedoch nicht die Autorität und den kirchenpolitischen Primat des Papstes anerkennen.¹⁷³

Eine offizielle Anerkennung protestantischer Gemeinden ist stets an die Zugehörigkeit zur protestantischen ‚Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung‘ bzw. zum ‚Chinesischen Christenrat‘ gebunden. Eine Ausnahme machen die russisch-orthodoxen Christen in ihrer Gemeinde in Harbin, die keine Zwangsmitgliedschaft in einer solchen Organisation haben.¹⁷⁴

Nach Angaben von He Guanghu, Professor an der Philosophischen Abteilung der angesehenen Renmin Daxue (Volksuniversität) in Beijing, hat das Christentum unter chinesischen Intellektuellen in stark zunehmendem Maße Einfluss. Dies sei mit einer liberalen Einstellung gepaart, die im Gegensatz zu einem lautstarken Nationalismus und zu einer „arroganten Neuen Linksbewegung“ stehe. Ende der 1980er Jahre sei das Interesse der Intellektuellen am Christentum gewachsen. Heute seien insbesondere Intellektuelle zwischen 30 und 50 Jahren vom Christentum angezogen. Diese gehörten damit zu zwei Generationen, nämlich zur älteren, streng maoistisch erzogenen, die auf der Suche nach Spiritualität sei, und zur jüngeren, die ursprünglich zum Teil zynisch und wenig von Idealen geprägt gewesen sei.¹⁷⁵

Nimmt man diese Aussage von He Guanghu innerhalb einer mutigen Rede im China-Zentrum St. Augustin vom 15.06.2001 als Indiz für starke Religionsaktivitäten in Akademikerkreisen an, so ist angesichts der Aussagen der erwähnten Dokumente zur restriktiven Behandlung von Religionsgemeinschaften vom 12.08., 17.08. und insbesondere vom 21.08.2004 zu erwarten, dass in näherer Zukunft auch in zugelassenen christlichen Vereinigungen besonders repressive Maßnahmen folgen.¹⁷⁶

¹⁷³ U.S. Department of State: The International Religious Freedom Report 2003, vom 18.12.2003, www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35396.htm, 2004 vom 15.09.2004, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>.; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.01.2000.

¹⁷⁴ U.S. Department of State: The International Religious Freedom Report 2003 vom 18.12.2003, www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35396.htm, S. 3, 2004 vom 15.09.2004, <http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35396.htm>.

¹⁷⁵ He, Ursachen und Merkmale des wachsenden Interesses am Christentum unter den chinesischen Intellektuellen, S. 222 ff.

¹⁷⁶ Malek, Roman: Marxismus und Atheismus versus Religionsfreiheit, S. 196 f.

bb) Christliche Untergrundgruppen

Grundsätzlich müssen vatikanisch orientierte Katholiken bzw. nicht in der Drei-Selbst Bewegung oder im Christenrat organisierte Protestanten, die sich in ‚Hauskirchen‘ treffen, mit Verfolgung rechnen. Während Schätzungen zufolge den 28 Millionen Menschen, die in den offiziell zugelassenen christlichen Kirchen registriert sind, 70 Millionen nichtregistrierte Gläubige gegenüberstehen, die ihren Glauben in sogenannten ‚Hauskirchen‘ ausüben, wird dieses Ungleichgewicht nicht zum Anlass einer religionspolitischen Kurskorrektur der Staats- und Parteiführung angesehen. Im Gegenteil, hierzu reagiert der Staat mit wachsender Repression auf das Erstarken solcher Untergrundgemeinden. Im Januar 2004 begann wieder eine Welle von Verhaftungen von Priestern und Gläubigen aus nicht registrierten Religionsgemeinschaften zeitgleich mit der Sitzungsperiode der jährlich stattfindenden Nationalen Religiösen Arbeitskonferenz.¹⁷⁷

aaa) Vatikantreue Katholiken

Während die chinesischen Kommunisten seit den 1950er Jahren eine von Rom unabhängige katholische Hierarchie in Gestalt der Patriotischen Vereinigung der Chinesischen Katholischen Kirche förderten, wurden romtreue Katholiken, besonders die Geistlichen, hart verfolgt. Die KP-abhängige katholische Kirche weihte noch im Januar 2000 gegen den Willen Roms fünf Bischöfe, worauf im Oktober der Vatikan mit der Seligsprechung von 120 Gläubigen reagierte, die in China meistens durch die Hand von Kommunisten zu Tode gekommen waren.¹⁷⁸

Unter den Auseinandersetzungen zwischen chinesischem Staat und Vatikan litt die Attraktivität des katholischen Glaubens in den letzten fünf Dekaden keinesfalls. Die Zahl der Untergrundkatholiken, die in ‚Hauskirchen‘-Gemeinden locker organisiert sind, hat sogar nach unterschiedlichen Schätzungen die der Patriotischen Vereinigung der Chinesischen Katholischen Kirche bereits weit übertroffen. 6 bis 8 Millionen Untergrundkatholiken, anderen Quellen zufolge sogar über 12 Millionen, stehen den offiziellen Angaben entsprechend nur 5 Millionen Katholiken der Patriotischen Kirche gegenüber.¹⁷⁹

Derzeit sind sämtliche katholische Bischöfe in Haft, in Hausarrest, unter behördlicher Beobachtung oder in Verstecken. Zwanzig Priester sind in Haft, weil sie sich zum Vatikan bekennen.¹⁸⁰ Darunter befinden sich Su Zhiming, Bischof von Baoding, der 1997 verhaftet

¹⁷⁷ China aktuell, August 2000, S. 885 f., November 2003, S. 1327 ff., Februar 2004, S. 133; U.S. Department of State: The International Religious Freedom Report 2003 vom 18.12.2003, www.statedepartment_religiou/2003, S. 3, 2004 vom 15.09.2004, <http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35396.htm>; Amnesty International: Jahresbericht 2003, S. 154; Gesellschaft für bedrohte Völker, China – Menschenrechtslage dramatisch, S. 11; Balleis, Peter: Auferstanden aus Verfolgung, <http://www.missionsprokur-jesuiten.de/China%20-%20Auferstanden%20aus%20Ruinen2.pdf>; http://www.dominikaner-mission.de/china/verfolgung_kirche.php; Asiaweek vom 17.03.2004.

¹⁷⁸ ERF Schweiz vom 27.09.2001, <http://www.erf.ch/themen/art444.html>.

¹⁷⁹ Friedrich, Stefan: Christen in der Volksrepublik China. Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 14.05.2003, http://www.kas.de/publikationen/2003/4593_dokument.html; Internationale Gesellschaft für Menschenrechte: Verfolgte chinesische Christen müssen Diskriminierung, Demütigung, Zwangsarbeit und Folter ertragen. Pressemitteilung vom 22.07.2003.

¹⁸⁰ AFP vom 09.03.2004.

wurde. Dessen Vertreter, An Shuxin, war bereits 1996 verhaftet worden. Han Dingxiang, Untergrundbischof von Yongnian, kam 1999 in Haft, Bischof Shi Enxiang aus Yixian, wie alle vorgenannten Diözesen in der Provinz Hebei, wurde im April 2003 festgenommen. Sie sind allesamt noch in Haft. Han Dingxian, der unter Hausarrest lebte verschwand zudem spurlos im Januar 2006. Am 05.03.2004 wurde Bischof Wei Jingyi aus Qiqihar, Provinz Heilongjiang, in Haft genommen. Drei Bischöfe aus der Provinz Hebei wurden für kurze Zeit festgehalten. Es handelt sich zunächst um Jia Zhiguo, Bischof von Zhengding, der am 05.04.2004 in Haft genommen wurde. Zhao Zhendong, der Bischof der Diözese Xuanhua, wurde am 27.05.2004 inhaftiert. Hao Jinli, Bischof von Xiwanzi, kam am 02.06.2004 für zehn Tage in Verwahrung.¹⁸¹

Zur Haltung der Staatsführung der Volksrepublik China gegenüber den vatikantreuen Katholiken in China erklärte das chinesische Außenministerium am 15.04.2004 ähnlich wie in den Vorjahren, China wünsche diplomatische Beziehungen zum Vatikan. Allerdings müsse dieser die Beziehung zu Taiwan abbrechen und dürfe sich nicht in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischen. Aus der zuvor ausgeführten Verhaftung romtreuer und vom Vatikan geweihten Bischöfe ist zu schließen, dass allein schon die päpstliche Weihe ohne Zustimmung der chinesischen Ämter für Religionsangelegenheiten und die Patriotische Vereinigung der Chinesischen Katholischen Kirche als ‚Einmischung in innere Angelegenheiten‘ angesehen wird.¹⁸²

Auch im Jahr 2006 weihte die Patriotische Vereinigung der Chinesischen Katholischen Kirche gegen kanonisches Recht drei Bischöfe.¹⁸³

Nach dem Tod von Papst Johannes Paul II. hätte es zu einer Annäherung zwischen Vatikan und dem chinesischen Staat kommen können, wenn sich die Lage der Katholiken in China deutlich gebessert hätte. Es wäre zu erwarten gewesen, dass Papst Benedikt XVI. geheimdiplomatisch Vorkehrungen hierfür getroffen hatte. Die vorgenannten Ereignisse sprechen allerdings gegen eine Verbesserung der Lage.¹⁸⁴

bbb) Protestantische Hauskirchen

Drei führende Vertreter protestantischer Hauskirchen wurden im Januar 2003, während in Chinas Hauptstadt die Nationale Religiöse Arbeitskonferenz stattfand, in der Provinz Henan verhaftet. Es handelt sich dabei um die 58 Jahre alte Deborah Xu (Xu Yongling), die am 24.01.2002 in Nanyang inhaftiert wurde und bereits zuvor schon mehrfach wegen ihres Glaubens in Haft war, den 41-jährigen Qiao Chunling, der in Luoyang verhaftet wurde, und den 35-jährigen Zeng Guanbo, dessen Verhaftung in Deng¹⁸⁵ erfolgte, dem aber zwei Tage nach der Festnahme die Flucht gelang. Zwei weiteren führenden Repräsentanten protestantischer Hauskirchen wurde am 23.01.2004 in einer Anklage der Verrat von Staatsgeheimnissen vorgeworfen. Der Kirchenhistoriker und langjährige Anhänger der Demokra-

¹⁸¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.01.2006; Cardinal Kung Foundation, <http://www.cardinalkungfoundation.org/index2.html#State%20Control>.

¹⁸² China heute XXIII (2004), Nr. 3 (133), S. 68.

¹⁸³ Radio Vatikan vom 04.05.2006.

¹⁸⁴ Daran ändern auch die neuerlichen Verhandlungen nicht viel.

¹⁸⁵ Die Ortsangabe ‚Deng‘ ist vermutlich falsch. Es war wahrscheinlich Dengfeng.

tiebewegung Liu Fenggang und der Arzt Xu Yonghai sollen danach Informationen über Kirchenzerstörungen in der Stadt Hangzhou durch die Behörden im Sommer 2003 gesammelt und als ‚Staatsgeheimnisse‘ Organisationen im Ausland weitergegeben haben.¹⁸⁶

Im Juli und August 2003 sollen nämlich mindestens elf nicht offiziell registrierte Kirchen oder als solche benutzte Privathäuser in Hangzhou von den Behörden zerstört und rund 300 Gläubige und Priester verhaftet worden sein.¹⁸⁷

Seit August 2003 wurden nach einer Meldung von Christianity Today vom 13.01.2004 über 100 Kirchen in der Gegend der Millionenstadt Wuxi in der Provinz Jiangsu abgerissen. Im Juli 2003 verhafteten Staatssicherheitsorgane drei Priester von Hauskirchen in der Stadt Xiaoshan. Als Rechtsanwalt Xiao Biguan die Misshandlung seines Mandanten, des Kirchenführers Gong Shengliang in der Haft beklagt hatte, wurde er am 26.09.2003 in Haft genommen. Am 02.09.2003 nahm man 170 Protestanten während eines Gottesdienstes in Nanyang/Provinz Henan, fest. Nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker werden wegen ihres Glaubens inhaftierte Christen im Polizeigewahrsam oder im Gefängnis regelmäßig gefoltert.¹⁸⁸

Zum Jahresende 2004 wurde Zhang Rongliang, der Führer einer der größten Untergrundkirchen namens ‚China für Christus‘ und Leiter der protestantischen ‚Mutterkirche von Fangcheng‘, in seinem Heimatdorf Xuzhai in der Provinz Henan festgenommen. Zhang hatte insgesamt schon zwölf Jahre in Haft verbracht und ist der Verfasser des Buches ‚Hauskirchen in China – ein Glaubensbekenntnis‘.¹⁸⁹

ccc) Christliche Sekten

Zur staatlichen Definition der ‚Kulte‘, denen eine Anerkennung als Religionsgemeinschaft verwehrt ist, gehören zahlreiche christliche Sekten, wie zum Beispiel die ‚Rufer‘ (Ritual des Urschreis zur Erlösung), die Gruppe des ‚Gesalbten Königs‘ (Endzeitlehre, Schaffung eines himmlischen Reiches), die ‚Lehre der Obersten Gottheit‘ (Endzeit- und Erlösungslehre, Schaffung eines göttlichen Reiches), die ‚Lehre des Östlichen Blitzes‘ (Reinkarnation Jesu Christi in Gestalt einer Frau), die ‚Lehre des weiblichen Christus‘ (Weiblicher Christus), ‚Allmächtige Gottheit‘, die Gruppe der ‚Drei-Klassen-Diener‘, die ‚Administration des chinesischen Kontinents‘, die ‚Kirche des Kalten Wassers‘, die ‚Alles-gemeinsam-benutzen-Gruppe‘ (Leben in christlicher Kommune), die ‚Lehre der Wirksamkeit‘, die ‚Wahre-Jesus-Kirche‘, der ‚Weg der Auferstehung‘, die ‚Lehre der Wiedergeburt‘ (Ritueller lautes Weinen), die ‚Lehre des Elija‘ (Schaffung eines Himmlischen Reiches), die ‚Jüngerge-

¹⁸⁶ U.S. Department of State: The International Religious Freedom Report 2003 vom 18.12.2003, www.statedepartment_religiou/2003, S. 3, 2004 vom 15.09.2004, <http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35396.htm>; Amnesty International: Jahresbericht 2003, S. 154; Gesellschaft für bedrohte Völker: China – Menschenrechtsslage dramatisch, S. 11; Balleis, Peter: Auferstanden aus Verfolgung, <http://www.missionsprokur-jesuiten.de/China%20-%20Auferstanden%20aus%20Ruinen2.pdf>; http://www.dominikaner-mission.de/china/verfolgung_kirche.php; Asiaweek vom 17.03.2004.

¹⁸⁷ AP vom 25.02.2004.

¹⁸⁸ Gesellschaft für bedrohte Völker: China – Menschenrechtsslage dramatisch, S. 11.

¹⁸⁹ Amnesty International, Urgent Action vom 14.12.2004.

meinschaft', die ‚Christliche Lehre von Lin Youlai‘ (Freikauf von Sünden durch Ablassbriefe), der ‚Weg des Yao-Reiches‘, ‚Vater Geist, Mutter Geist‘ (Leben in der Kommune), die ‚Einzigartige Lehre‘, die ‚Chinesische Evangelische Gemeinschaft‘, das ‚Umfassende Evangelium von Blut, Wasser und Heiligem Geist‘ sowie die ‚Propagandakirche der Welt-Elija-Evangelisten‘. Soweit solche Aktivitäten durch die chinesischen Behörden ermittelt werden konnten, kam es zu Verhaftungen und Freiheitsstrafen.¹⁹⁰

Im Falle der Südchinesischen Kirche wurde dagegen innerhalb eines überraschenden Revisionsurteils des Volksgerichts der Provinz Hubei der Vorwurf eines illegalen Kultes fallengelassen. Bei dieser 1991 von Gong Shengliang ins Leben gerufenen Kirche handelt es sich um eine Vereinigung mit 50.000 Anhängern in zehn Provinzen. Gong selbst war zunächst im Dezember 2001 von einem Gericht in Jingmen zum Tode verurteilt worden. Tatvorwurf war die Behauptung, er habe sich seines Glaubens bedient, um geltende Gesetze zu umgehen. In einer geheimen Gerichtsverhandlung befand das Gericht ihn zudem der Beihilfe zur Vergewaltigung und der 14-fachen Körperverletzung für schuldig. Um diesen Tatvorwurf erhärten zu können, nahm die Polizei mehrere junge weibliche Mitglieder der Gemeinde fest, um sie so lange zu treten, schlagen, sie mit Elektroschocks zu foltern und sie sexuell zu missbrauchen, bis sie gegen ihren Kirchenführer aussagten. Als sie ihre erpressten Aussagen widerriefen, wurden sie in Arbeitslager eingewiesen.¹⁹¹

Dass diese Gerichtsentscheidung eher eine Ausnahme war, zeigen die erwähnten Verfolgungsmaßnahmen gegen christliche Vereinigungen im Jahr 2003 und 2004, zu denen gewiss auch Sekten gehörten.

d) Qigong-Schulen

Unter den unterschiedlichen Qigong-Schulen sind Zhang Gong, Guo Gong, Zhong Gong als ungesunde Kulte von der chinesischen Führung gebrandmarkt. Ihre Anhänger werden verfolgt und verhaftet. Mit größter Härte geht die Führung jedoch gegen Falun Gong vor. Im Juli 1999 als ketzerische Organisation verboten, durchlief diese Gruppierung größte Verfolgung. Zehntausende von Falun Gong-Anhängern blieben seitdem in Haft. Die meisten von ihnen mussten in Lagern die Umerziehung durch Arbeit über sich ergehen lassen. Einige wurden zur härteren Bestrafung in Gefängnisse gebracht oder als angebliche Kranke in psychiatrische Krankenhäuser eingewiesen. Bis zu 500 Personen sollen durch Misshandlungen in der Haft ums Leben gekommen sein. In mehreren Dokumentationen von Falun Gong wird über schwerste Folterungen berichtet.¹⁹²

¹⁹⁰ China aktuell, August 2000, S. 885 f.; Kupfer, Christlich inspirierte, spirituell-religiöse Gruppen in der VR China seit 1978. 2002 Nr. 4 – 5, S. 119 ff., Nr. 6, S. 169 ff., 2003 Nr. 1 – 2, S. 27 ff., Nr. 3, S. 81 ff.

¹⁹¹ China aktuell, Oktober 2002, S. 1120. Allerdings blieb Gong Shengliang weiter in der Stadt Jingzhou/Provinz Hubei in Haft, wo er gefoltert wurde. Zuvor war sein Todesurteil aufgehoben worden. Vgl. Amnesty International, Urgent Action vom 11.06.2003; Spiegel Online vom 16.08.2005, <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,369287,00.html>.

¹⁹² Amnesty International, Jahresbericht 2003, S. 154; Gesellschaft für bedrohte Völker: China – Menschenrechtslage dramatisch, S. 12; U.S. Department of State: The International Religious Freedom Report 2003, Dec. 18, 2003, www.statedepartment_religiou/2003, S. 14, 2004 vom 15.09.2004, <http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35396.htm>; Johnson, A Portrait of the Unre-

aa) Falun Gong

Der 1951 in Gongzhuling/Provinz Jilin geborene Forstangestellte Li Hongzhi wurde bereits früh spirituell von buddhistischen und daoistischen Lehrern unterwiesen. Von 1984 an entwickelte er Falun Gong, eine spirituelle, auf Meditation beruhende Übung, in die Körper und Geist einbezogen werden. 1992 trat er zum ersten Mal als Falun Gong-Lehrer in der Öffentlichkeit auf. Lis Werk ‚*Zhuan Falun*‘ erschien im Jahr 1992 und verbreitete sich zusammen mit der Lehre rasch im gesamten Land. Möglich war dies unter anderem dadurch, dass dies zum Teil über staatliche Medien geschah.¹⁹³

In *Zhuan Falun* führt Li aus, er habe wissenschaftlich nachgewiesen, dass die Menschheit bereits 81 Mal total vernichtet worden sei und belegt dies mit Schilderungen, die eher den Mystiker als den Empiriker erkennen lassen: „Die Archäologen haben auf der Erde eine Kreatur entdeckt, die ‚Trilobit‘ heißt. Er lebte in der Zeit zwischen 600 Millionen und 260 Millionen Jahren vor uns. Danach starb diese Kreatur aus. Ein amerikanischer Wissenschaftler hat ein Fossil mit einem Trilobiten entdeckt. Auf dem Fossil gibt es eine Fußspur. Daran ist noch zu erkennen, dass ein Mensch mit dem Schuh darauf gesetzt hat. Treibt das nicht mit den Historikern Scherze? Wie konnte es vor 260 Millionen Jahren nach der Evolutionstheorie Darwins denn Menschen geben?“¹⁹⁴

Nach Li Hongzhi gibt es in Berufung auf buddhistische und daoistische Lehren ein ‚Himmelsauge‘ oberhalb der Stelle zwischen den Augenbrauen, mit dem Vorgänge sichtbar würden, die es mittels der ‚fleischlichen Augen‘ nicht wahrnehmen könnten.¹⁹⁵

Mit den Qigong-Übungen sei es möglich, Krankheiten zu heilen und darüber hinaus sich selbst zu kultivieren.¹⁹⁶

Li bietet deshalb seinen Schülern Qigong-Übungen an, mit der diese Kultivierung stufenweise erreicht werden kann.¹⁹⁷

In einer Bewertung von Falun Gong rechnet der Ostasienwissenschaftler Thomas Heberer Falun Gong nicht den Religionen zu. Dies entspricht auch dem Selbstverständnis der Falun Gong-Bewegung.¹⁹⁸

Vielmehr betrachtet Heberer Falun Gong als eine Art Religionsersatz bzw. als religiöse Revitalisierungsbewegung. Die Ursache für das Aufblühen von Falun Gong liege in den

formed Side of China; Falun Dafa: A Witness to History. (Ohne Ortsangabe) 2001; The Falun Gong Report 2003; World Organization to Investigate the Persecution of Falun Gong.
¹⁹³ Penny, S. 643 ff. Li, Zhuan Falun, S. 349 ff.; ders., Falun Gong, Vorwort „Über Meister Li Hongzhi“, Neue Zürcher Zeitung vom 27.04.1999, China Daily vom 15.08.1999, <http://www.mingjing.org.cn/e-falun/why/why56.htm>; Renmin Ribao vom 29.07.1999, english.people.com.cn/english/199907/29/enc_19990729001007_HomeNews.html; www.falunworld.com/sacbee010719.htm.

¹⁹⁴ Li, Zhuan Falun, S. 19, 21.

¹⁹⁵ Li, Zhuan Falun, S. 45 ff.; ders., Falun Gong, S. 20 ff.

¹⁹⁶ Li, Zhuan Falun, S. 124 ff.; ders., Falun Gong, S. 27 ff., 46 ff., 59 ff.

¹⁹⁷ Li, Falun Gong, S. 93 ff.

¹⁹⁸ Heberer, Falun Gong – Religion, Sekte oder Kult?, http://www.religio.de/dialog/400/23_16-24.htm sowie www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/download/doc/paper36.pdf. ; Deutscher Falun Dafa Verein, Über Falun Dafa. 4-seitige Schrift.

Modernisierungsprozessen Chinas, in Auflösungserscheinungen, wachsender Gefühlskälte in der Gesellschaft und der Marginalisierung bestimmter Gruppen. Diese suchten ihre Enttäuschung durch die Herstellung innerer Erlösung und inneren Glücks durch Qigong zu kompensieren.¹⁹⁹

Keith, Lin und Penny gehen davon aus, dass Li Hongzhi vermeiden wollte, Falun Gong als Religionsgemeinschaft zu bezeichnen, da in diesem Fall eine Registrierung unter religionsfeindlichen Bedingungen unvermeidlich gewesen wäre.²⁰⁰

Sicherlich ebenso wichtig für die Verbreitung von Falun Gong war die Option, durch ihre Qigong-Übungen die Gesundheit zu stabilisieren und bestehende Krankheiten in Eigeninitiative zu heilen.²⁰¹

Dies war gerade für ärmere Gesellschaftsschichten eine Notwendigkeit, da die Kosten für eine Krankenbehandlung gestiegen und die Krankenversorgung auf dem Land schlechter geworden waren.²⁰²

Diese Faktoren führten zu einem raschen Anwachsen der Falun Gong-Bewegung. Gegen Ende der 90er Jahre waren Falun-Praktizierende ein häufiger Anblick auf öffentlichen Plätzen, und die Anhängerschaft wuchs in die Millionen. Nach Falun Gong-Angaben waren dies 100 Millionen, regierungsamtlichen Stellen zufolge immerhin zwei Millionen.²⁰³

Nachdem sich im Jahr kritische Medienberichte und Falun Gong-Demonstrationen gegen diese Erscheinungen häuften, kam es am 25.04.1999 zu einer Massendemonstration mit mehr als 10.000 Falun Gong-Praktizierenden vor dem Partei- und Regierungssitz *Zhongnanhai* in Chinas Hauptstadt Beijing, die allerdings nichts anderes taten, als ihre Meditationsübungen abzuhalten.²⁰⁴

Psychologisch betrachtet muss dieses Auftreten einer solch großen Menschenansammlung quasi direkt vor der Haustür traumatische Wirkung hervorgerufen haben. Dies gilt zunächst einmal in Bezug auf die Masse von Protestierenden, sehr wohl aber auch auf die räumliche Nähe zum Machtzentrum des Landes. Von großer Bedeutung war zudem der Überraschungseffekt. Selbst den Geheimdiensten war nämlich ein Treffen dieser Art nicht bekannt gewesen. Der durchaus geschichtsbewussten kommunistischen Führung des Landes muss der Überraschungscoup zudem Erinnerungen unterschiedlicher historischer Vorgänge wie Rebellionen, Revolutionen und Dynastiebeendigungen infolge der Untergrundaktivität von Geheimorganisationen oder aus jüngerer Zeit die Demonstrationen auf dem benachbarten Tian'anmen-Platz 1989 hervorgerufen haben. Selbst sich zeitweise

¹⁹⁹ Heberer, Falun Gong – Religion, Sekte oder Kult?.

²⁰⁰ Keith/Li, S. 630; Penny, S. 643 ff.

²⁰¹ Solche Meldungen sind noch immer bei Falun Gong-Praktizierenden in Verbreitung. Vgl. www.chinaintern.de/article/aussergewoehnliche-Phaenomene/1086896940.html www.minghui.de/articles/200408/15796p.html; www.falundafa.ch/de/Presse/propaganda.htm; www.igfm-muenchen.de/appelle/appelle.html; de.yuanming.info/articles/200411/20292.html.

²⁰² Heberer, Thomas: China – Der Markt sprengt das alte Sozialsystem. In: Der Überblick 1/2001, <http://www.der-ueberblick.de/archiv/200101/200101.054/content.html>.

²⁰³ www.faluninfo.de/298.0.html; www.minghui.de/articles/200402/10779p.html; Heberer: Falun Gong – Religion, Sekte oder Kult.

²⁰⁴ International Herald Tribune vom 26.04.1999 (Demonstrationen in Tianjin und Xi'an); Tageszeitung vom 26.04.1999; dpa vom 26.04.1999, Neue Zürcher Zeitung vom 27.04.1999.

durch Untergrundtätigkeit an die Macht gekämpft habend, müssen sich die Herrscher im ummauerten *Zhongnanhai*-Viertel in diesem Moment in höchster Gefahr gewähnt haben.

Denn schon am 26.04.1999 stufte die KP Falun Gong als illegale Organisation ein.²⁰⁵ In der Folgezeit griffen die Medien Falun Gong verstärkt als Sektenbewegung an. Die Falun Gong-Bewegung reagierte darauf mit neuen Protestversammlungen.²⁰⁶ Am 21.06.1999 fanden in 30 Städten bzw. in 12 Provinzen Chinas gleichzeitig Falun Gong-Proteste mit mehr als 100.000 Beteiligten statt, nachdem einen Tag zuvor rund 100 führende Anhänger festgenommen worden waren.²⁰⁷ Am 22.06.1999 erklärte das Ministerium für öffentliche Sicherheit Falun Gong als Gefahr für die Gesellschaft und verbot die öffentliche und private Ausübung. Mitgliedern der Kommunistischen Partei Chinas wurde zudem parteiintern verboten, Falun Gong zu praktizieren. Zur gleichen Zeit kam es zu einer groß angelegten Verhaftungswelle in ganz China, die Tausende Falun Gong-Anhänger betraf. Das Staatliche Amt für Presse und Publikationen, das Ministerium für öffentliche Sicherheit, die Staatsverwaltung für Industrie und Handel, die Allgemeine Zollverwaltung und die Staatliche Führungsgruppe zur Beseitigung von Pornografie erließen am 26.06.1999 ein Zirkular über die Konfiskation und Zerstörung von Material zu Falun Gong.²⁰⁸ Trotz dieser Verhaftungswellen demonstrierten immer wieder Falun Gong-Anhänger vor dem Regierungsviertel, welche wiederum verhaftet wurden.²⁰⁹

Zur koordinierten Verfolgung von Falun Gong war bereits schon am 10.06.1999 innerhalb des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas das Büro 610 eingerichtet worden. Diese Abteilung erhielt ohne Rechtsgrundlagen aus Verfassung und Gesetzen sämtliche Kompetenzen durch das Recht auf Erteilung von Weisungen, die Koordination und Überprüfung „im Kampf gegen Falun Gong und andere Kulte“, was das Recht beinhaltete, den Polizeibehörden und Ämtern für öffentliche Sicherheit Direktiven zu geben.²¹⁰

Die Berichte über Verhaftungen, Folter und Todesfälle infolge von Misshandlung von Falun Gong-Anhängern in der Folgezeit sind vielfältig. Bis zum Jahr 2004 kam es zu 960 Todesfällen.²¹¹ Innerhalb der ersten 19 Monate nach dem Falun Gong-Verbot waren etwa 50.000 Anhänger verhaftet, die Hälfte davon in Arbeitslager und 800 in psychiatrische Anstalten eingewiesen sowie 242 zu Haftstrafen verurteilt. Soweit hohe Funktionäre von Staat und Partei oder Armeeingehörige von Verhaftungen betroffen waren, wurden sie mit Haftstrafen von bis zu 18 Jahren belegt.²¹²

Schilderungen von Falun Gong-Anhängern über selbst erlittene Misshandlungen decken sich inhaltlich mit Medienberichten und Fotos, welche zum Teil von Sicherheitsorganen zu

²⁰⁵ Neue Zürcher Zeitung vom 27.04.1999.

²⁰⁶ Neue Zürcher Zeitung vom 07.06. und 22.07.1999.

²⁰⁷ dpa vom 21.06.1999.

²⁰⁸ Xinhua vom 26.06.1999 nach Human Rights Watch China, http://www.hrw.org/reports/2002/china/China0102-02.htm#P368_60692.

²⁰⁹ dpa vom 30.10.1999.

²¹⁰ World Organization to Investigate the Persecution of Falun Gong, Investigation Report, S. 47 ff.

²¹¹ Falun Dafa, A Witness to History, S. 21; Zheng, Die völkerrechtliche Beurteilung der Verfolgung von Falun Gong seit 1999, S. 152 ff. .

²¹² Zhou, „Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit und Nachsicht“, <http://www.uni-potsdam.de/u/mrm/mrm14-2.htm>.

Dokumentationszwecken gemacht wurden und ins Ausland gelangten. Zu diesen in zahlreichen Falun Gong-Publikationen dargestellten Foltermethoden gehörten das regungslose Stehen oder Sitzen über mehrere Tage, lang anhaltende zu Verkrampfung und Schmerzen führende Körperhaltungen, körperliche Tätigkeiten bis zur Erschöpfung, das Aussetzen der Betroffenen in Hitze und Kälte, Schlaf- und Nahrungsentzug, Verbot der Toilettenbenutzung oder Reinigung, das Begießen mit heißem oder kaltem Wasser, das Tragen von Hand- und Fußschellen über längere Zeit, das Eintauchen in Wasser, das Aufhängen an den Händen, die Verbrennung mit Dornenpflanzen, Schläge, Elektroschläge u.a. Daneben kam es zu sexuelle Gewaltanwendungen, dem Verabreichen von Drogen, besonderer Gewaltanwendung gegen Schwangere und Stillende, der Trennung von Kind und Eltern, erzwungene Scheidungen oder dem Zwang gegenüber Personen, an der Verfolgung ihres Ehepartners mitzuwirken.²¹³

Solche stets mit großer Distanz und Vorsicht zu behandelnden Vorwürfe wurden vom Verfasser überprüft. In diesem Zusammenhang führte der in Befragungstechnik geübte Verfasser mehrere Gespräche mit Frau Xiong Wei, die nach langjährigem Deutschland-Aufenthalt und Tätigkeit für ein deutsches Unternehmen in Beijing als Falun Gong-Anhängerin festgenommen wurde und in verschiedenen Haftanstalten leben musste, bis sie auf Bemühen der deutschen Bundesregierung freigelassen wurde und nach Deutschland ausreisen durfte. Frau Xiong schilderte nach kritischer Überprüfung glaubhaft, dass sie nach ganztägiger Akkordarbeit Nachtverhören ausgesetzt wurde und sie bei Ganztagesverhören stets in der gleichen Körperhaltung regungslos hocken musste. Während ihrer Periode durfte sie nicht die mit sich geführte Damenbinde anlegen. Man schlug sie, verweigerte ihr Flüssigkeitsaufnahme und den Gang zur Toilette. In sogenannter ‚Fliegerposition‘ stehend, den Kopf nach unten gegen die Wand gedrückt und die Arme auf dem Rücken nach oben haltend, versuchten die Gefängnisbediensteten von ihr eine Erklärung gegen Falun Gong abzapressen. Als Schikane musste Frau Xiong Dauersportübungen z.B. Kniebeugen machen oder war der Gewalt drogenabhängiger Mitgefangener ausgesetzt. Andere Falun Gong-Insassen mussten Dauerstehen, bis das Volumen der Unterschenkel sichtbar zunahm, wurden Lautsprecherlärm über längere Zeit ausgesetzt oder mit Elektroschlagstöcken gequält. Eine Wachhabende, die sich an Folterungen mit besonderem Eifer beteiligt hatte, wurde sogar befördert.

Dass auch Familienangehörige von Falun Gong-Praktizierenden Opfer von Benachteiligungen und Verfolgungen, darüber hinaus sogar von schweren Folterungen wurden, ist nicht nur durch Falun Gong-Quellen belegt.²¹⁴

Bemerkenswert ist der Fall einer versuchten Selbstverbrennung durch angebliche Anhänger von Falun Gong am 23.01.2001, der von den chinesischen Medien über etliche Wochen behandelt wurde und die Gefährlichkeit des ‚Kults‘ beweisen sollte. Abgesehen von einem Dementi von ausländischen Falun Gong-Medien erscheint es zweifelhaft, dass sich wirklich Falun Gong-Anhänger vor laufenden Kameras auf dem Tian’anmen-Platz anzündeten. Zunächst fiel es Falun Gong-Anhängern auf, dass deren Meditationshaltungen während der Selbstverbrennung nicht dem Falun Gong-Standard entsprach. Weiterhin konnte Philipp Pan, Korrespondent der Washington Post, bei der Recherche zu einer Teil-

²¹³ Falun Gong Human Rights Working Group: The Falun Gong Report 2003, S. 17 ff.

²¹⁴ Falun Gong Human Rights Working Group: The Falun Gong Report 2003, S. 17 ff.; Telefonate des Verfassers mit den Rechtsanwälten Gao Zhisheng und Zhang Jiankang.

nehmerin an der Selbstverbrennung ermitteln, dass diese in ihrem Heimatdorf niemals als Falun Gong-Praktizierende aufgefallen war, was im Widerspruch zu der zuvor nach außen getragenen Haltung einer Falun Gong-Anhängerin steht. Die Beobachtungskamera auf dem Tian'anmen-Platz, die diese Szene aufgenommen haben soll, zeigte zudem kein feststehendes Bild, sondern folgte den Polizisten zu den brennenden Personen. Schließlich kam erst nach zwei Stunden der Rettungswagen, der üblicherweise nur zwanzig Minuten benötigt, diesen Platz zu erreichen.²¹⁵

Gründe für die Verfolgung von Falun Gong sieht Thomas Heberer in deren Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben, der systembedrohend sei. Historisch gesehen sei ein Entweichen in die Kontemplation immer ein Ausdruck einer gesellschaftlichen Krise. Die Geschichte zeige, dass solche Bewegungen häufig zu einem organisatorischen Zusammenschluss neigten. Solche Qigong-Aktivitäten hätten zugleich die Herausbildung sozialer Netzwerke geführt und seien eine latente Gefahr für das herrschende System.²¹⁶

Davon scheint Falun Gong allerdings noch weit entfernt, da sich diese Qigong-Schule als apolitisch versteht und ihr Gründer Li Hongzhi nicht seine Empfehlung vom 20.04.1994 widerrief, die Gesetze des jeweiligen Landes zu respektieren und sich nicht politisch zu engagieren. Dies schließt allerdings nicht aus, dass Falun Gong über seine Verfolgung informiert und die KP-Führung Chinas hierfür verantwortlich macht.²¹⁷

bb) Andere Qigong-Schulen

Zhong Gong wurde 1990 von Zhang Hongbao gegründet. Bei den Übungen dieser Schule werden klassische Qigong-Elemente mit Atemübungen und traditionellen chinesischen Lehren verbunden.²¹⁸

Zhang, der Sympathien mit der Demokratiebewegung hegte, verkündete bei Gründung seiner Bewegung, der Marxismus sei unwissenschaftlich. Dies allein führte zu einer Untersuchung von Zhong Gong und der Überwachung Zhangs. Seine Vereinigung geriet damit immer stärker ins Fadenkreuz staatlicher Ermittlungen, die das Ziel verfolgten, diese Vereinigung zu vernichten. Als feudale Geheimgesellschaft oder reaktionäre abergläubische Sekte gebrandmarkt, wurde sie schließlich 1997 vom Ministerium für öffentliche Sicherheit verboten.²¹⁹

²¹⁵ Falun Gong Human Rights Working Group: The Falun Gong Report 2003, S.91 ff.; Falun Dafa: A Witness to History. Ohne Orts- und Jahresangabe, S. 31 f.

²¹⁶ Heberer, Falun Gong – Religion, Sekte oder Kult? http://www.religio.de/dialog/400/23_16-24.htm sowie www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/download/doc/paper36.pdf.

²¹⁷ Li Hongzhi: Falun Gong. Der Weg zur Vollendung, S. 152. Falun Gong errichtete zu diesem Zweck der Information eine Medienstruktur und kooperiert mit der Opposition. Größere Aktionen waren die Kampagne „Bring Jiang to Justice“ (Anklage des ehem. Staats- und Parteichefs Jiang Zemin), die Veröffentlichung der „Neun Kommentare über die KP Chinas“, die „Tui Dang“-Aktion zum Parteiaustritt, ein weltweiter Hungerstreik und die Kampagne gegen die Organentnahme inhaftierter Falun Gong-Häftlinge.

²¹⁸ www.apologeticsindex.org/z02.html.

²¹⁹ Schneppen; China Persecutes and Cracks Down on Zhong Gong, http://tianhuaculture.net/eng/b1_1_4.htm.

Allein im Jahr 2000 wurden 600 Zhong Gong-Anhänger verhaftet. Umgerechnet 95 Millionen US Dollar und 3.000 Geschäfte, die den 400.000 Zhong Gong-Praktizierenden gehörten, beschlagnahmten die chinesischen Behörden.²²⁰

Im Jahr 2001 erhielt der in China verfolgte und bereits 1994 ins Ausland geflohene Gründer von Zhong Gong, Zhang Hongbao, Asyl in den USA.²²¹

Im Jahr 1999 wurden weitere zwei Qigong-Gruppen, Cibeigong in der zentralchinesischen Metropole Wuhan/Provinz Hubei und Guogong in der südwestlichen Provinz Sichuan als Kulte bezeichnet und Verfolgung ausgesetzt. Xiao Yun, der Gründer von Cibeigong, sowie drei Führer der Guogong wurden Ende Oktober 1999 verhaftet und unter Anklage gestellt.²²²

Die Elemente aus Qigong und der Kylin-Philosophie der Zhong Gong des Zhang Hongbao vereinigende Zhang Gong-Bewegung gilt ebenfalls als Kult. Vier ihrer Führungspersönlichkeiten in der Provinz Jiangsu, nämlich der 45-jährige Huang Wangping, der 28-jährige Qin Zhaoyang, der 38-jährige Zhai Xuehai und der 41-jährige Dong Jialan, wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.²²³

e) Daoistische Gruppierungen

Obwohl tief in der chinesischen Kultur verwurzelt, war der Daoismus als Religion gleich nach der Machtübernahme der Kommunisten im Jahr 1949 größter Verfolgung ausgesetzt. Ähnlich anderen Religionsvereinigungen wird der Daoismus einerseits staatlich geduldet, kontrolliert und gesteuert, andererseits verfolgt, soweit sich Gläubige aus dem engen Rahmen der staatlichen Vorgaben entfernen.

aa) Die zugelassene daoistische Religionsgemeinschaft

In der Volksrepublik China existieren 1.500 daoistische Tempel.²²⁴ Die Daoistische Vereinigung Chinas wurde 1956 gegründet, 1957 registriert und hat ihren Sitz im *Beiyunguan* (Tempel der Weißen Wolke) in Beijing. Entsprechend ihrer Zielsetzung ist die Vereinigung von der Volksregierung Chinas geführt und hat die Aufgabe, alle Daoisten des Landes zu vereinen, das Land und den Daoismus zu lieben, die Verfassung, Gesetze, Regeln und die Politik des Landes zu beachten, das Erbe des Daoismus zu pflegen sowie geistliche Angelegenheiten auszuüben. Die Daoistische Vereinigung Chinas nimmt das Recht und die Interessen des daoistischen Kreises in Anspruch, steht der Volksregierung zur Seite, die Politik des freien Glaubens umzusetzen. Sie fördert die gegenseitige Anpassung von

²²⁰ http://www.democracy.org.hk/EN/apr2000/mainland_04.htm.

²²¹ Reuters vom 15.06.2001. Auch in Deutschland wird Zhong Gong als staatlich verfolgte Religionsgemeinschaft angesehen. Das Verwaltungsgericht Göttingen gewährte einem Zhong Gong-Anhänger am 14.01.2005 Abschiebungsschutz, dpa vom 14.01.2005, VG Göttingen Az. 2 A 211/04.

²²² Reuters vom 02.11.1999.

²²³ Prima News (Russland) vom 29.12.2000, <http://www.prima-news.ru/eng/news/news/2000/12/29/19482.html?print>.

²²⁴ <http://www.china.org.cn/english/features/China2004/106453.htm>.

Daoismus und sozialistischer Gesellschaft. Hierzu will sie sich beim Aufbau der sozialistischen Modernisierung einbringen und sich beim Erhalt der gesellschaftlichen Stabilität, der Vereinigung des Landes und des Weltfriedens engagieren. Insbesondere steht die Vereinigung im Gegensatz zu illegalen Aktivitäten im Namen des Buddhismus.²²⁵

Es ist erkennbar, dass eine Vereinigung, die sich selbst so stark an die politische Führung bindet und andere daoistische Verbände, die diese Bindung ablehnen, als illegale Gruppierungen bekämpft, selbst nicht mit Verfolgung rechnen muss. Nur aus diesem Grund ist deshalb der Einschätzung der US-amerikanischen Regierung zuzustimmen, der Daoismus würde in China nicht verfolgt.²²⁶

bb) Daoistische Untergrundgruppen

Zu den staatlich verfeindeten ‚Kulten‘ zählen verschiedene Schulen des Daoismus, die nicht zur offiziellen Daoistischen Vereinigung gehören. In diesem Zusammenhang ist die Einschätzung des US-State Departments zu Daoisten „Official tolerance for Buddhism and Taoism has been greater than that for Christianity“ als unzutreffend zu betrachten. Gerade daoistische Sekten wie die Yiguan Dao (Weg des alles durchdringenden Prinzips) oder Huangtian Dao (Weg des Gelben Himmels) werden besonders stark verfolgt. Während in den 50er Jahren Christen überwiegend langjährige Haftstrafen verbüßten, wurden Yiguan Dao-Anhänger nach ihrer Verhaftung meist hingerichtet. Noch in den 90er Jahren gab es Verhaftungen von Yiguan Dao-Gläubigen. Der Grund für die härtere Verfolgung ist geschichtlich bedingt, da gerade Yiguan Dao mehrfach an revolutionären Bewegungen beteiligt war.²²⁷

3.) Opposition

Eine Opposition sieht das politische System der Volksrepublik China nicht vor. Zwar existieren legale Vereinigungen außerhalb der Kommunistischen Partei Chinas, wie das Revolutionäre Komitee der Chinesischen Guomindang, die Chinesische Demokratische Liga, die Chinesische Vereinigung für den Demokratischen Nationalen Aufbau, die Chinesische

²²⁵ <http://www.eng.taoism.org.hk/daoist-world-today/contemporary-daoist-organizations/pg6-1-1.asp>.

²²⁶ U.S. Department of State: The International Religious Freedom Report 2003 vom 18.12.2003, www.statedepartment_religiou/2003, S. 4, 2004 vom 15.09.2004, <http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35396.htm>.

Bei seinen Besuchen im Baiyunguan sowie anderen daoistischen Tempeln Chinas stellte der Verfasser Fragen zu anderen daoistischen Gruppierungen, ihren Glaubensinhalten und Praktiken, worauf die zunächst freundlichen daoistischen Mönche ohne Ausnahme unwirsch reagierten. Unkommentiert belässt der Verfasser Einschätzungen religiöser Beobachter, es handele sich hierbei nicht um wirkliche Mönche, sondern Staatsangestellte.

²²⁷ Kupfer, „Geheimgesellschaften“ in der VR China: Spirituell-religiöse Bewegungen seit 1978, www.chinafokus.de/wissenschaft/bruehlertagung/3kupfer/fussnoten.php; U.S. Department of State: The International Religious Freedom Report 2003 vom 18.12.2003, www.statedepartment_religiou/2003, S. 4, 2004 vom 15.09.2004, <http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35396.htm>; ausführlich zu Yiguan Dao: Weyrauch, Gutachten zur Yiguan Dao-Sekte für das Verwaltungsgericht Leipzig vom 23.05.2002 zu Az. A 4 K 31298/96; Weyrauch, Yiguan Dao.

Vereinigung zur Förderung der Demokratie, die Chinesische Partei für das Öffentliche Interesse, die Gesellschaft Dritter September, die Taiwanesische Demokratische Selbstregierungsliga und die Gesamtchinesische Vereinigung für Industrie und Handel, doch stehen diese ausdrücklich unter der Führung der KP. Weitere Parteien sind dagegen verboten. Es ist ebenfalls streng untersagt, sich innerhalb dieser Parteien und ihrer Unterorganisationen gegen die vorgegebene Linie des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zu stellen. Willensbildung und Entscheidungsmacht an der Basis solcher Organisationen sind nicht vorgesehen. Auch bei inzwischen möglichen Lokalwahlen steht das Ergebnis meist fest, selbst wenn Funktionen ausgeschrieben, mehrere Kandidaten zugelassen und die Wahlprozedur eingeleitet wurde.²²⁸

Abweichler innerhalb der zugelassenen Organisationen werden somit Verfolgung ausgesetzt. Dies ist beispielsweise innerhalb der letzten Dekade durch die aufsehenerregende Behandlung der früheren KP-Mitglieder Gao Yu und Dai Qing nachweisbar, die sich in ihren Veröffentlichungen über Interna des früheren KP-Chef und Staatspräsidenten Jiang Zemin bzw. das Drei-Schluchten-Staudammprojekt ausgesprochen hatten.²²⁹

Dass selbst ein früherer KP-Vorsitzender nach seiner Entmachtung Verfolgungen ausgesetzt sein kann, zeigt das Beispiel von Zhao Ziyang, der fünfzehn Jahre lang bis zu seinem Tod am 17.01.2005 unter Hausarrest leben musste, weil er sich 1989 mit den protestierenden Studenten solidarisiert hatte.²³⁰

Seit 1978, verstärkt aber seit 1991 haben sich verschiedene politische Gruppen in China etabliert, die im Widerspruch zur Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas stehen. So gründete beispielsweise der zwanzigjährige Student Wang Dan 1988 in der Hauptstadt Beijing einen ‚Demokratischen Salon‘, der Impulse der unterdrückten Demokratiebewegung der Jahre 1978 und 1979 sowie der Studentendemonstrationen von 1986 und 1987 aufnahm. In diesem Zirkel wurden Informationen ausgetauscht, Skizzen einer demokratischen Gesellschaft kreiert und die Werke von Rousseau, Montesquieu und Popper diskutiert.²³¹

Folgende Oppositionsorganisationen sollen inzwischen gegründet worden sein:

Liberaldemokratische Partei	1991	Beijing ²³²
Chinesische Fortschrittsallianz	1990	Beijing, Tianjin

²²⁸ Heilmann, Modernisierung ohne Demokratie? S. 191, 194; Weyrauch, Fluchtziel Deutschland, S. 88 ff.

²²⁹ International Institute of Social History Archives: Democratic opposition in China, Period 1976 – 1997, <http://www.iisg.nl/archives/gias/d/10825126.htm>; Heilmann, Sebastian: Die Protestbewegung von 1989, www.chinapolitik.de/china/pubs/china_polsys/polsys6.pdf; zu Gao Yu: Xinhua vom 23.12.1994, zitiert nach Deutsche Welle Monitor Dienst vom 27.12.1994; dpa vom 12.11.1994; Süddeutsche Zeitung vom 14.11.1994; International Herald Tribune vom 05.01.1995; zu Dai Qing: <http://www.im.org/programs/threeg/index.shtml>.

²³⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.01.2005; Die Welt vom 19.01.2005.

²³¹ Domes/Näth, China im Aufbruch, S. 70.

²³² Hongkong Voice of Democracy vom 24.12.1998, http://www.democracy.org.hk/pastweek/dec20_26/recent_arrest_new.htm.

Sozialdemokratische Partei	1991	mehrere Provinzen
Demokratische Fortschrittspartei	?	Fujian
Gewerkschaft ‚Solidarität‘	?	Shandong
Friedenscharta	1993	Beijing
Vereinigung für Menschenrechte	1993	Shanghai
Vereinigung zum Schutz der Arbeitsrechte	1994	Beijing
Gerechtigkeitspartei (uighurisch)	1987	Xinjiang
Islamische Partei Ostturkestans (uighurisch) Xärki Turkistan Islam Partiyesi	?	Xinjiang ²³³
Revolutionäre Partei Ostturkestans (uighurisch) Xärki Turkistan Inkilawi Partiyesi	?	Xinjiang
Ostturkestanische Partei der Grauen Wölfe (uighurisch) Xärki Turkistan Boskurt Partiyesi	?	Xinjiang
Ostturkestanische Befreiungsfront (uighurisch) Xärki Turkistan Azatlikh Front	?	Xinjiang ²³⁴
Unabhängigkeitspartei (mongolisch)	1987	Innere Mongolei
Komitee für Selbstverwaltung (mongolisch)	?	Innere Mongolei ²³⁵
Liberaldemokratische Partei (neu)	1995	Wuhan/Provinz Hubei ²³⁶
Demokratische Partei Chinas	1998	mehrere Provinzen, zuerst in der Provinz Zhejiang ²³⁷
Guomindang (Neugründung)	2005	mehrere Provinzen ²³⁸

²³³ Heilmann, Das Potential für soziale politische Unruhen in der Volksrepublik China, S. 476 ff.

²³⁴ Göring, Problematische Punkte im Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Volksrepublik China hrg. vom Auswärtigen Amt August 2002, hier betreffend Xinjiang und die Uighuren. Nähere Angaben zu uighurischen Organisationen in <http://www.uyguramerican.org/Uygurorganz.html>.

²³⁵ Heilmann, Das Potential für soziale politische Unruhen in der Volksrepublik China, S. 476 ff.

²³⁶ Süddeutsche Zeitung vom 6./7.05.1995.

²³⁷ <http://www.freechina.net/cdp/>. Xu Wenli lebt seit seiner Freilassung am 24.12.2002 in den USA, vgl. China aktuell, Januar 2003, S. 12.

Im Unterschied zu den vorgenannten politischen Gruppierungen wurde bei der Gründung der Demokratischen Partei Chinas der Versuch unternommen, diese Partei legal bei den chinesischen Behörden unter Angabe ihrer Gründungsmitglieder registrieren zu lassen. Dies führte zur Verhaftung der Gründungsmitglieder. Nachdem diese nämlich im Oktober 1998 vergeblich versucht hatten, die ‚Demokratische Partei Chinas‘ zu gründen und zu registrieren, wurde ihr Mitgründer Xu Wenli erneut inhaftiert. Auch die prominenten Gründungsmitglieder Qin Yongmin und Wang Youcai sowie 200 weitere Personen, die zu dieser neuen Partei gehörten, wurden innerhalb zweier Wochen nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad in 12 chinesischen Provinzen inhaftiert. Mehrere Dutzend unter ihnen wurden eilig zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Dass die Demokratische Partei damit nicht ausgelöscht war, zeigen weitere Verhaftungen. Hierzu gehören die von Zhao Changqing, Ou Dai Xuezhong, Han Lifa, Sang Jiancheng, He Depu und Jiang Lijun im Jahr 2003. He Depu wurde als Mitbegründer der Demokratischen Partei Chinas zu acht Jahren Haft verurteilt. Neben der Verbreitung kritischer Beiträge im Internet wurde ihm die ‚Untergrabung der Staatsgewalt vorgeworfen.²³⁹

Nicht nur organisierte Oppositionstätigkeit, sondern auch die einzelner Personen führt seit Jahrzehnten zu behördlicher und gerichtlicher Verfolgung. Bereits vor Gründung der Volksrepublik China 1949 verfolgte die Führung der Kommunistischen Partei Chinas Abweichler in den eigenen Reihen und Kritiker außerhalb der Partei. Im Rahmen mehrerer Wellen wurden im großen Maßstab Gegner verhaftet und sogar getötet. So ermunterte 1956 Mao Zedong in der ‚Hundert-Blumen-Bewegung‘ zu Kritik, ließ aber dann die sich selbst enttarnten Kritiker in der darauf folgenden ‚Anti-Rechts-Kampagne‘ verfolgen. Nach Maos Tod 1976 versuchte Deng Xiaoping seine Macht gegen Altmaoisten zu festigen, indem er demokratische Aktivisten zur öffentlichen Kritik am Maoismus aufforderte. Als diese sich aber gegen eine neue Diktatur unter Deng wandten, wurden auch sie verfolgt. Deng ließ zudem die demokratische Bewegung des Jahres 1989 mit militärischer Gewalt zerschlagen. Die Väter der Demokratiebewegung der 70er Jahre, nämlich Wei Jingsheng und der bereits erwähnte Xu Wenli, wurden ebenso wie Wang Dan, Studentenfürher von 1989, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.²⁴⁰ Einzeln auftretende Demokraten aus jüngerer Zeit waren Li Wangyang, der bereits zwischen 1990 und 1996 in Haft gewesen war und am 20.09.2001 zu zehn Jahren Haft erneut verurteilt wurde, sowie Mu Chuan, der am 14.08.2001 unter der Beschuldigung des geplanten Sturzes der Regierung verhaftet und zu einer Haftstrafe verurteilt wurde.²⁴¹

Wichtige Impulse für Chinas Opposition gehen von Exilorganisationen aus. Mit Gründung der kommunistischen Volksrepublik China im Jahr 1949 geriet das chinesische Festland für die nächsten drei Dekaden in die Isolation. Jegliche Opposition im Land wurde mit aller Härte verfolgt. Soweit es Bürgern der Volksrepublik China gelang, aus dem Land zu flie-

²³⁸ Huang Hua Gang Magazine vom 24.04.2005. Diese Neugründung erfolgte zeitgleich mit dem Festlandbesuch ranghoher Guomindang-Funktionäre um Lian Zhan. Die Gründer waren mit diesem Besuch und der Haltung der Guomindang auf Taiwan gegenüber den Machthabern der Volksrepublik nicht einverstanden.

²³⁹ World Organisation against Torture vom 30.06. und 05.08.2003, <http://www.ecoi.net/doc/de/CN/content/5/9593-9634>.

²⁴⁰ Informationen zur politischen Bildung: China, S. 49.

²⁴¹ Amnesty International, Pressemitteilung vom 14.08.2001, sowie Schrift ‚Conviction and continuing ill-health of Li Wangyang China‘ vom 04.10.2001.

hen, gelangten sie mehrheitlich über Drittstaaten, Hongkong oder die in der Taiwan-Straße liegenden und von der Republik China neben der Hauptinsel liegenden Archipele Jinmen (Quemoy) und Mazu (Matsu) nach Taiwan. Die dort herrschende Guomindang wurde für diese Flüchtlinge bis in die achtziger Jahre zu einer bedeutenden Exilorganisation. Die Regierung der Republik China beherrschte in den ersten Jahrzehnten nicht nur den Luftraum über der Insel Taiwan und der Taiwan-Straße, sondern auch zum Teil über dem chinesischen Festland. Somit konnten auch in den entlegenen Regionen Propagandaflugblätter abgeworfen und Spione eingesetzt werden.²⁴²

Nach der Besetzung Tibets durch die kommunistische Volksbefreiungsarmee Mao Zedongs im Jahr 1950, einem erzwungenen Abkommen zur ‚freiwilligen‘ Rückkehr Tibets zum chinesischen Mutterland im Jahr 1951 und die Niederschlagung eines tibetischen Aufstandes 1959 verließen Tausende Tibeter ihr Land und ließen sich hauptsächlich in Indien nieder, wo auch der Dalai Lama Zuflucht fand. In Folge wurden nicht nur eine tibetische Exilregierung in Dharamsala gebildet, sondern auch etliche Exilorganisationen mit politischen und humanitären Zielen gegründet.²⁴³

In der Umgebung der Exilregierung im indischen Dharamsala handelt es sich hierbei um das Tibetan Institute of Performing Arts, das Central Institute of Higher Tibetan Studies, den Library of Tibetan Works & Achieves, das Institute of Buddhist Dialectics, das Norbulingka Institute, Tibetan Children's Village, Tibetan Homes Foundation, Tibetan Medical & Astro. Institute und das Tibet House in New Delhi.²⁴⁴

Stark politisch orientierte und sich für ein unabhängiges Tibet einsetzende Exilgruppierungen sind die Tibetische Frauenvereinigung²⁴⁵ und der Tibetan Youth Congress²⁴⁶. Die tibetischen Exilgruppen verfügen über ein dichtes Netzwerk und Vereinigungen, die das tibetische Unabhängigkeitstreben unterstützen. Durch die Nutzung moderner Kommunikationstechnik sind sie im Internet vertreten. Hierzu gehören weltweit :

Official Web Site of the Tibetan Government-in-Exile²⁴⁷, Tibetan Government in Exile's Official Web Site (London)²⁴⁸, Tibet Information Network (TIN)²⁴⁹, Free Tibet Campaign (FTC) - UK²⁵⁰, International Campaign for Tibet (ICT) - Save Tibet²⁵¹, Tibet Justice Cen-

²⁴² http://www.globalsecurity.org/military/ops/quemoy_matsu.htm;
<http://www.globalsecurity.org/military/world/taiwan/nsa.htm>.

²⁴³ Office of His Holiness the Dalai Lama, Thekchen Choeling, P.O. Mcleod Ganj, Dharamsala 176 219, Indien, Tel: 0091-1892-221343, Fax: 0091-1892-221813; Tibetische Exilregierung: The Kashag, Central Tibetan Secretariat, Gangchen Kyishong, Dharamsala 176215, Indien, Tel: 0091-1892-224914, Fax: 0091-1892-222713, E-Mail: kashag@gov.tibet.net.

²⁴⁴ Adressen der Tibetischen Regierungsbehörden und anderer Institutionen oder Organisationen bei <http://www.tibet.com/Address/dasa.html>.

²⁴⁵ Tibetan Women's Association, Central Executive Committee, Bhagsunath Road, P.O Mcleod Ganj, Dharamsala-176219, Kangra (H.P) Indien, Tel: 0091-1892-221527,221198, Fax: 0091-1892-221528, E-Mail: tibwomen@yahoo.com; <http://www.tibetanwomen.org/>.

²⁴⁶ Tibetan Youth Congress, Central Executive Committee, P.O. Mcleod Ganj, Dharamshala-176219 (H.P.), Indien, Tel: 0091-1892-221554/221239 Fax: 0091-1892-221849, E-Mail: tyc@vsnl.com; <http://www.tibetanyouthcongress.org/>.

²⁴⁷ <http://www.tibet.net/>.

²⁴⁸ <http://www.tibet.com/>.

²⁴⁹ <http://www.tibetinfo.net/>.

²⁵⁰ <http://www.freetibet.org/>.

ter (Lawyers) ²⁵², Addresses of Tibet Support Groups ²⁵³, Addresses of Tibetan Government Offices ²⁵⁴, Milarepa Fund - for Tibetan Independence ²⁵⁵, Tibetan Centre for Human Rights and Democracy (TCHRD in Dharamsala) ²⁵⁶, TCHRD - Press Releases ²⁵⁷, Independent Tibet Network ²⁵⁸, Kalachakra for World Peace (Graz 2002) ²⁵⁹, Students for a Free Tibet (SFT) ²⁶⁰, Tibet Online Resource Gathering (O.R.G.) ²⁶¹, Friends of Tibetan Women's Association (FOTWA) ²⁶², Educating the Children - Tibetan Children's Fund ²⁶³, Rangzen Means Independence ²⁶⁴, Xizang Zhiye - Tibet Pages in Chinese English ²⁶⁵, Gu-Chu-Sum Movement of Tibet - for prisoners of conscience ²⁶⁶, Norbulingka Institute - preservation of Tibetan culture ²⁶⁷, Tibetan Solidarity Alliance Blue Book ²⁶⁸, Virtual Tibet Museum ²⁶⁹, Tibet World ²⁷⁰, und Tibet Fund ²⁷¹.

Auf nationaler Ebene arbeitend finden sich folgende Gruppen als Homepages im internet vertreten:

Tibet Support Groups in England/UK, Tibet Society UK, Netfriends of Tibet (Schweden), Stiftelsen Tibet-Projekt (Schweden), Committee of 100 for Tibet (USA), Canada Tibet Committee, U.S. Tibet Committee, Tibet Center in New York City, Tibet Center in New York City - About, Tibetan Community in Britain, Australia Tibet Council (Australien), France-Tibet, Solidarité Tibet (Frankreich), Tibetan Aid Project (USA), Tibet Domani Association (Italien), Worldbridges Tibet, Himalayan Art (USA), Europe helps Tibet (Deutschland), Tibet Support Groups in Germany, Tibet Support Group Germany, Tibetisches Zentrum (Deutschland). ²⁷²

Die tibetischen Exilgruppen, die zum Teil fest verwoben mit Unterstützern anderer Nationalitäten sind, sind einhellig gegen die chinesische Besatzungsmacht eingestellt. Es mag zwar Differenzen um die Frage um die vom Dalai Lama progagierte Autonomie in einem chinesischen Staatsverband bzw. den von großen Teilen des Tibetan Youth Congress angestrebten Separatismus von China oder um die Frage der Selbstverteidigung mit Gewalt

251 <http://www.savetibet.org/>.
 252 <http://www.tibetjustice.org/>.
 253 <http://www.tibet.com/Address/tsg.html>.
 254 <http://www.tibet.com/Address/dasa.html>.
 255 <http://www.milarepa.org/>.
 256 <http://www.tchrd.org/>.
 257 <http://www.tchrd.org/press/>.
 258 <http://www.tibettruth.com/indextibet.html>.
 259 <http://www.kalachakra-graz.at/>.
 260 <http://www.studentsforafreetibet.org/>.
 261 <http://www.tibet.org/index.html>.
 262 <http://www.fotwa.org/>.
 263 <http://www.wopr.com/wwinfo/DenverPost.html>.
 264 <http://www.rangzen.com>.
 265 <http://www.xizang-zhiye.org/xz/index.html>.
 266 <http://www.guchusum.org>.
 267 <http://www.norbulingka.org/>.
 268 http://www.tibetfund.org/site/blue_book/blue_book_main.html.
 269 <http://www.thetibetmuseum.org/>.
 270 <http://www.tibetworld.com/>.
 271 <http://www.tibetfund.org/>.
 272 <http://www.betterworldlinks.org/book37.htm>.

geben. Einig ist man jedoch, dass Tibetern die Menschenrechte zu gewähren sind und in Tibet demokratische Verhältnisse herrschen sollten.

Die relativ frühe Unterstützung tibetischer Exilgruppen im Ausland fand bei hanchinesischen Oppositionsbewegungen im Ausland keine Entsprechung. Abgesehen von Oppositionsgruppen, die hauptsächlich von Hanchinesen getragen waren, die eine Verbindung zu Taiwan pflegten, und tibetischen Bewegungen, bestand nämlich Jahrzehnte lang keine originäre festlandchinesische Oppositionsvereinigung im Exil. Erst im Jahr 1982 gründete der Wissenschaftler Dr. Wang Bingzhang die Zeitschrift ‚Beijinger Frühling‘ (*Zhongguo zhi Chun*) in New York. Daraus entstand im Jahr 1983 die Chinese Association for Democracy (CAD, *Zhongguo minzhu tianjie lianmeng*).²⁷³

Nach dem Tod des durch Deng Xiaoping entmachteten KP-Chefs Hu Yaobang kam es ab 15.04.1989 zu Demonstrationen in China, denen sich Millionen Bürger anschlossen. Als der neue, ebenfalls liberale KP-Chef dafür von Deng verantwortlich gemacht und gleichsam entmachtete wurde, ließ Deng durch die militärische Niederschlagung dieser Volksbewegung die demokratischen Tendenzen dieser Zeit auf dem chinesischen Festland stoppen. In der Folge entstanden im Ausland demokratische Organisationen unter chinesischen Studenten, Wissenschaftlern und Geschäftsleuten. Die wichtigsten von ihnen war die 1989 gegründete Föderation für ein demokratisches China (FDC, *Minzhu Zhongguo zhenxian*). Als eine Abspaltung der FDC trat 1993 die Allianz für ein demokratisches China (ADC, *Minlianzhen*) in Erscheinung, Hinzu kam eine ‚Partei der Freiheit und Demokratie in China‘ (*Zhongguo ziyi minzhu dang*) die mit den anderen genannten Gruppierungen zum Teil untereinander, zum Teil aber auch durch Personalunionen verbunden waren. Diese Organisationen, die im Laufe ihrer Existenz Fraktionierungen, Fusionen und internen Streit erlebten, existieren noch heute, haben aber viel an Bedeutung eingebüßt.²⁷⁴

Zur Zeit existieren folgende Exilorganisationen:

Name:	Sitz:	Organ:
Chinesische Allianz für Demokratie <i>Zhongguo Minzhu Tuanjie</i>	Lexington, USA	<i>Zhongguo zhi Chun</i> /China Spring bis 1993 ²⁷⁵
Föderation für ein	Paris	<i>Minzhu Zhongguo</i> /Demokratisches

²⁷³ Ding, Politische Opposition in China seit 1989, S. 50, 207; Mathews, Giles: From Dumplings to Democracy, <http://olim.com/Journalism/Texts/Commentary/Democracy.htm>; Zur Entführung von Dr. Wang Bingzhang in Vietnam, seiner Auslieferung an China und seine Haft vgl. China aktuell, Februar 2003, S. 141; Menschenrechte Heft 1/2004, S. 7; <http://www.igfm.de/APPELLE/wangBingzhangF.htm>; <http://www.freechina.net/2004/FCMnews/00010.htm>; <http://www.freechina.net/2004/FCMnews/00010.htm>; http://wangbingzhang.us/appeal/article0003_en.htm; Amnesty International, Urgent Action vom 23.08.2002.

²⁷⁴ Ding, Politische Opposition in China seit 1989, S. 59 ff.

²⁷⁵ Beijing Spring, P. O. Box 520709, Flushing, New York 11352, USA. Tel: 001-718-661-9977; Fax: 001-718-661-9922; E-Mail: editor@bjs.org, home: <http://beijingspring.com/big5bjs/bjs/aboutbjs.htm>.

demokratisches China <i>Minzhu Zhongguo Zhenxian</i>		China ²⁷⁶
Allianz für ein demokratisches China/Partei für Freiheit und Demokratie in China <i>Minlianzhen/Zimindang</i>	Los Angeles, Oakland	<i>Zhongguo zhi Chun</i> /China Spring seit 1993 ²⁷⁷
Partei für Freiheit und Demokratie in China <i>Zhongguo ziyou minzhu dang</i>	New York	Free China Forum (Internet) ²⁷⁸
Christlich-demokratische Allianz Chinas <i>Zhongguo Jidu Minzhu Tongmen</i>	Valladolid/Spanien	
Demokratische Partei Chinas <i>Zhongguo Minzhudang</i>	New York	<i>Tansuo</i> /Erforschungen
Partei für Bürgerrechte in China <i>Zhongguo Minquandang</i>	Los Angeles	
Partei für Demokratie und Gerechtigkeit in China <i>Zhongguo minzhu zhengyi dang</i>	New York	<i>Zhengyidang</i> /Internet
Human Rights in China <i>Zhongguo Renquan</i>	New York	China Rights Forum ²⁷⁹
Center for modern China <i>Dangdai Zhongguo Yanjiu Zhongxin</i>	Princeton	Dangdai Zhongguo Yanjiu
China Strategic Institute	Washington	China Backgrounder, China Watch, China Strategic Review, China Issue Papers

²⁷⁶ FDC / Federation for a democratic China, World Headoffice, Bat 4 30 Et L 302, 1 Rue de la Noue, 93170 Bagnolet, Frankreich, Tel: 0033-1-49889590, Fax: 0033-1-49889576; FDC / Föderation für ein demokratisches China in der Bundesrepublik Deutschland e.V. c/o Liangyong Fei, Karolinenstr. 45/II, D - 90402 Nürnberg, Tel: 0049-911-223820, Fax: 0049-911-2448077.

²⁷⁷ Alliance for a democratic China, P.O. Box 352, Oakland, CA 94607, http://www.svdc.org/files/baoge_010498.html.

²⁷⁸ E-Mail: fcf@freechina.net, home: <http://www.freechina.net/fcf>.

²⁷⁹ Human Rights in China, 350 Fifth Avenue, Suite 3309, New York, NY 10118, U.S.A., Tel: 001-212-239-4495, Fax: 001-212-239-2561, E-mail: hrichina@hrichina.org, home: www.hrichina.org.

Beijing Spring <i>Beijing zhi Chun</i>	New York	Beijing zhi Chun ²⁸⁰
Press Freedom Guardian <i>Xinwen Ziyou Daobao</i>	New York	Press Freedom Guardian
Laogai Research Center	Washington	zahlreiche Publikationen ²⁸¹
Democracy for China Fund	Newton, Mass.	
China Labour Bulletin	Hongkong	China Labour Bulletin ²⁸²
Weltvereinigung chinesischer Arbeiter ²⁸³	New York	

Der 1997 zum zweiten Mal aus langjähriger Haft entlassene und zur Ausreise in die USA genötigte Wei Jingsheng, dem das Attribut ‚Vater der chinesischen Demokratiebewegung‘ verliehen wurde, ist seit 1998 Vorsitzender der von ihm gegründeten Overseas Chinese Democracy Coalition (OCDC) mit Sitz in Washington. Nach Wei benannt und mit ihm verbunden ist zudem die Wei Jingsheng Foundation, ebenfalls in der US-Hauptstadt. ²⁸⁴

Trotz dieser Verselbständigung der festlandchinesischen Exilopposition besteht auch heute noch ein Einfluss von Taiwan. Obgleich die heutige Regierung Taiwans innerhalb ihrer Ablehnungspolitik einer Wiedervereinigung nicht mehr die Demokratiebewegung Chinas unterstützt, fließen noch immer Spenden an diese Organisationen im Exil. Zudem fungieren in Taiwan wohnhafte Geschäftsleute und Touristen als Mittelsmänner zwischen Exilgruppen und ihrer Gefolgschaft in China. ²⁸⁵

Im Vergleich zu tibetischen und hanchinesischen Exilgruppen erhalten die uighurischen Gruppen im Exil, wozu in erster Linie die ‚Osttürkistanische Union‘ gehört, weniger Auslandsunterstützung. Sie ist in Deutschland als ‚Osttürkistanische Union in Europa e.V.‘ behördlich registriert. Weiterhin bestehen als uighurische Vereinigung daneben noch der ‚Ostturkestanischer Nationalkongress e.V.‘ und in Verbindung zu anderen Minderheiten das ‚Komitee der Allianz zwischen den Völkern Tibets, der Inneren Mongolei und Ostturkestans‘. ²⁸⁶

²⁸⁰ Beijing Spring, P. O. Box 520709, Flushing, NY 11352, USA. Tel: 001-718-661-9977; Fax: 001-718-661-9922; E-Mail: editor@bjs.org; <http://beijingspring.com/big5bjs/bjs/aboutbjs.htm>.

²⁸¹ Aktuell: www.laogai.org.

²⁸² China Labour Bulletin, P.O. Box 11362, General Post Office, Hongkong. Tel.: (852)27802187, http://www.china-labour.org.hk/iso/imprisoned_detainee.adp.

²⁸³ Sämtliche Angaben zu chinesischen Exilorganisationen bei Ding, S. 82 f.; <http://www.politicalresources.net/china.htm>.

²⁸⁴ <http://www.chinasupport.net/buzz65.htm>; <http://www.moreorless.au.com/heroes/wei.html>; www.weijingsheng.org.

²⁸⁵ Morris, Taiwan Business in China Supports Opposition, Asia Times Online vom 04.02.2004, <http://www.atimes.com/atimes/China/FB04Ad04.html>.

²⁸⁶ Uyghur Organizations Around the World, www.uyghuramerican.org/Ughurorganiz.html.

Verstärkt seit den Anschlägen in den USA vom 11.09.2001 auf das World Trade Center benutzen Medien und Politiker in China gegenüber solchen Autonomisten oder Sezessionisten nicht mehr Begriffe wie Nationalisten, Separatisten oder Konterrevolutionäre, sondern zur Rechtfertigung ihrer Politik in Xinjiang das Etikett ‚Terroristen‘. Daraus ist keinesfalls zu schließen, dass der pauschalisiert eingesetzte Begriff des Terrorismus auch im Einzelfall völlig grundlos benutzt wird.²⁸⁷ Die Tatsache, dass das Auswärtige Amt wegen terroristischer Gefahren von Reisen in die Autonome Region Uygur-Xinjiang abrät, zeigt die Bedeutung uighurischer Terrorgruppen innerhalb des chinesischen Staatsverbands.²⁸⁸

Tatsächlich gab es in den letzten Jahren etliche terroristische Anschläge seitens uighurischer Unabhängigkeitsbewegungen. Zu Beginn des Jahres 1992 kam es beispielsweise in Urumqi zu Bombenanschlägen auf zwei Busse, bei denen drei Menschen starben. Im Februar folgten Dutzende blutiger Anschläge. Vom 5. bis 8.02.1997, fünf Jahre nach den Anschlägen von 1992, brach etwa ein dreitägiger Aufstand in Yining aus, wobei sieben Personen starben und 200 verletzt wurden. Am 25.02.1997 wurden in Urumqi drei Busse in die Luft gesprengt mit neun Toten und 68 Verletzten. Eine von der Staatsführung herausgegebene Dokumentation zählt von 1991 bis 2000 mehr als 200 Anschläge, Attentate, Brandstiftungen und Entführungen auf, bei denen 162 Personen starben und 440 verletzt wurden. In diesem Kontext darf allerdings nicht verkannt werden, dass nur ein Bruchteil der autonomistisch oder sezessionistischen Opposition Xinjiangs Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele betrachtet. Dies versucht Chinas Führung zu verschweigen.²⁸⁹

Noch immer ist der im Raum Würzburg lebende Erkin Alptekin die größte Autorität unter den Exil-Uighuren. Pazifistisch und weltoffen versucht der Sohn der Legende der uighurischen Freiheitsbewegung Isa Yussuf Alptekin die Uighuren im Ausland wie auch unter chinesischer Herrschaft zu einem modernen Politikkonzept zu führen und die Fremdherrschaft zu überwinden.²⁹⁰

Obwohl die Volksrepublik China das Bekenntnis zu den Menschenrechten in ihre Verfassung des Jahres 2004 aufgenommen hat, eine ‚Chinesische Gesellschaft für Menschenrechtsstudien‘²⁹¹ gegründet hat und in zahlreichen offiziellen Publikationen wie einer eigenen Website ‚Menschenrechte‘ zu diesem Thema Stellung nimmt, sind unabhängige Men-

²⁸⁷ Nach einer Mitteilung der Uyghur American Association zählte die chinesische Regierung vier uighurische Gruppierungen: „The four organizations identified are the East Turkestan Islamic Movement (ETIM), the Eastern Turkestan Liberation Organization (ETLO), the World Uyghur Youth Congress (WUYC), and the East Turkestan Information Center“.
http://www.uyghuramerican.org/press_releases/uaa_statement_on_china_s_identification_of_uyghur_groups_and_individuals_as_terrorists; China aktuell, Dezember 2003, S. 1442.

²⁸⁸ Reiseinfos@personalpool.auswaertiges-amt.de vom 13.07.2004.

²⁸⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.09.2000; Welt vom 23.01.2002.

²⁹⁰ Far Eastern Economic Review vom 15.07.2004, S. 30 ff. Der Verfasser steht seit Jahrzehnten in engem Kontakt zu Alptekin und betrachtet ihn als potentiellen Dialogpartner kommender chinesischer Machthaber.

²⁹¹ China Society For Human Rights Studies, Intercontinental Pan-Chinese Network Information Co., Ltd., Catchet Building, Haidian District, Beijing 100088, Tel: 008610-82008382, Fax: 008610-82008118, E-Mail: webmaster@humanrights-china.org, Homepage: <http://www.humanrights-china.org/>. Diese Gesellschaft wird von ausländischen Beobachtern lediglich als Propagandaprodukt angesehen. Vgl. Lorenz, Zartes Pflänzchen, S. 25.

schenrechtsverbände verboten. Einzelne Menschenrechtler werden in China seit 1978 systematisch verfolgt. Dies gilt *pars pro toto* für Li Hai, der am 18.12. 1996 zu neun Jahren Haft verurteilt wurde. Er versuchte, Informationen über politische Gefangene zusammenzustellen, die bei der Niederschlagung der Demokratiebewegung von 1989 festgenommen worden waren. Diese Tätigkeit wurde als Verstoß gegen Gesetze zum Schutz von ‚Staatsgeheimnissen‘ gewertet.²⁹²

Der Versuch der Eröffnung eines Menschenrechtszentrums durch die langjährigen Menschenrechtsaktivisten Liu Jingsheng und Li Weiping wurde am 18.04.2005 durch Polizisten gewaltsam unterbunden.²⁹³

Auch Mahner für eine bessere Gesundheitsversorgung wurden in den letzten Jahren inhaftiert, weil Themen wie die Immunschwächekrankheit AIDS und die Lungenkrankheit SARS in China lange Zeit als Tabu galten. Opfer von Freiheitsentziehungen waren im Jahr 2004 der AIDS-Aktivist Hu Jia sowie der Militärarzt Jiang Yanyong, der sich um die Aufklärung der Ursachen von SARS bemüht hatte. Beide waren zudem in Ungnade gefallen, weil sie Sympathie für die Demokratiebewegung hegten und eine Neubewertung der Bewegung von 1989 forderten. AIDS-Aktivist Dr. Wan Yanhai war bereits im Jahr 2002 verhaftet worden, weil er sich um AIDS-Aufklärung sowie die Rechte von Schwulen und Lesben eingesetzt hatte.²⁹⁴

Dass selbst Anwälte in Ausübung gesetzlicher Pflichten Verfolgungen ausgesetzt sein können, zeigen Beispiele wie das des Rechtsanwalts Xu Jian, der im Juli 2000 Arbeitern einer Fabrik Rechtshilfe gewährte. Xu wurde wegen Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft sowie Verbreitung von Gerüchten und Falschmeldungen zum Zweck der Zerstörung des Staates im Jahr 2000 zu einer Haftstrafe im Chifeng-Gefängnis/Innere Mongolei verurteilt. Opfer von Arbeitsunfällen vertrat Rechtsanwalt Zhou Litai, bis er im Dezember 2001 Berufsverbot erhielt. Der Rechtsanwalt Xiao Biguang wurde am 26.09.2003 verhaftet, weil er sich gegenüber ausländischen Medien über die Misshandlung seines Mandanten, des Kirchenführers Gong Shengliang, in der Haft beklagt hatte.²⁹⁵

Ebenso im Jahr 2003 wurde der Shanghaier Rechtsanwalt Zheng Enchong wegen „illegalen Besitzes von Staatsgeheimnissen“ zu einer Haftstrafe verurteilt. Zheng hatte über 500 Mandanten vertreten, die im Zuge eines Stadtentwicklungsplans aus ihren Häusern vertrieben worden waren.²⁹⁶

²⁹² http://home.arcor.de/tu.amnesty/laender_kurz_info_china.html.

²⁹³ Mitteilung Martin Lessenthin auf der Pressekonferenz der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte vom 02.06.2005.

²⁹⁴ China aktuell, Juli 2004, S. 729 f.; Epoch Times vom 06.06.2004; Süddeutsche Zeitung vom 03.06.2004; Amnesty International Urgent Action vom 29.08.2002.

²⁹⁵ China Labour Bulletin, http://www.china-labour.org.hk/iso/imprisoned_detainee.adp; www.gfbv.de/download/china2004.pdf; <http://www.igfm-muenchen.de/china/Waffenembargo/GfbVChina-ReportApril04.html>; Jenkins, Altruistic lawyer ordered to stop practising.

²⁹⁶ World Organisation Against Torture: Public prosecution against Mr. Zheng Enchong vom 22.08.2003, <http://www.asyl.net/Laenderinfo/China.html>; www.menschenrechtsverteidiger.de/docs/HRD-Aktion-China-ZhengEnchong-Aug2004; www.democracy.org.hk/EN/2003/nov/news_02.html; www.amnesty.org.uk/images/ul/a/address_labelsZheng_Enchong.doc.

Bauern, die von Behördenwillkür und ungesetzlichen Enteignungen betroffen waren, hatte Rechtsanwalt Li Boguang zur Seite gestanden. Er wurde am 14.12.2004 verhaftet.²⁹⁷

Um zu verhindern, dass der Rechtsanwalt Guo Guoting den Autor Shi Tao vor Gericht vertreten konnte, dem die Enthüllung von Staatsgeheimnissen vorgeworfen worden war, wurde Ende Februar 2005 der Anwalt selbst verhaftet. Guo hatte zuvor die Dissidenten Huang Jinqiu, Yang Tianshui und Zhang Lin, die Falun Gong-Praktizierenden Qu Yanlai, Chen Guanghui und Lei Jiangtao vertreten.²⁹⁸

Rechtsanwalt Gao Zhisheng verlor im Jahr 2005 seine Zulassung als Rechtsanwalt, nachdem er sich für demokratische Ziele und gegen die Verfolgung von Falun Gong eingesetzt hatte. Seitdem steht er unter ständiger Bewachung mehrerer Personen. Selbst seine Familie ist davon betroffen. Gao schilderte in einem Telefonat mit dem Verfasser, dass sogar seine zwölfjährige Tochter beim Verlassen des Hauses von vier Männern begleitet werde, die sie belästigten, anrempelten oder ihr auf den Fuß träten. Gao selbst wurde bereits mit dem Tode bedroht. Zudem gab es einen Mordanschlag, dem er entgehen konnte. In der Folge versteckte sich Gao mit seiner Familie für kurze Zeit.²⁹⁹

Über schwere Behinderungen und Einschüchterungen ihrer anwaltlichen Tätigkeit berichtete auch Zhang Jiankang. So war es ihm nicht nur per Dekret des Justizministeriums verboten, Falun Gong-Praktizierende zu verteidigen, sondern er wurde bei zwei laufenden Verfahren Inhaftierter an der Verteidigung durch Zugangsverweigerungen behindert. Vor dem 4. Juni 2006, dem Jahrestag des Tian'anmen-Massakers von 1989 sei er von Polizisten verhaftet und an einen anderen Ort gebracht worden.³⁰⁰

Freie Gewerkschaftler sind gleichfalls Verfolgung ausgesetzt. Das Gewerkschaftsverständnis der Volksrepublik China wird durch folgendes Zitat der staatseigenen Station ‚China Radio International‘ deutlich: „Im Gewerkschaftsgesetz der VR China sind die Grundeigenschaften und Hauptaufgaben der chinesischen Gewerkschaft festgelegt: Die chinesische Gewerkschaft ist eine von Angestellten und Arbeitern freiwillig gebildete Massenorganisation der Arbeiterklasse. Sie ist zugleich eine wichtige Gesellschaftssäule der Staatsmacht. Sie vertritt die Interessen der Angestellten und Arbeiter und schützt ihre legitimen Rechte und Interessen. Das ist die Basispflicht der chinesischen Gewerkschaft. Die chinesischen Gewerkschaftsorganisationen arbeiten unabhängig und selbständig nach dem ‚Gewerkschaftsgesetz der VR China‘ und dem ‚Statut der Chinesischen Gewerkschaft‘. Im Rahmen dieser gesetzlichen Regeln üben sie ihre Befugnisse aus und kommen

²⁹⁷ <http://xiucaidai.org/XiuCai/XiuCaiNo53.pdf>.

²⁹⁸ Defenders at Risk, S. 1, 3Wei Jingsheng Foundation, Pressemeldung vom 27.02.2005; dpa vom 02.03.2005; Spiegel Online vom 02.03.2005, <http://www.spiegel.de/netzwelt/politik/0,1518,344338,00.html>; Amnesty International, People's Republic of China – Human Rights.

²⁹⁹ Gespräch des Verfassers mit Rechtsanwalt Gao Zhisheng am 11.06.2006, 14.00 – 16.10 Uhr. BBC News vom 07.03.2005, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/asia-pacific/4326341.stm>; Wei Jingsheng Foundation, Pressemitteilung vom 30.04.2006; China Information Center, Pressemitteilung vom 04.11.2005 und vom 13.01.2006; Gao Zhisheng, Frage der Nation, Die Neue Epoche vom 06.01.2006 und vom 13.01.2006; Die Welt vom 27.02.2006.

³⁰⁰ Telefonat des Verfassers mit Rechtsanwalt Zhang Jiankang am 12.06.2006, 9.00 – 10.20 Uhr.

ihren Pflichten nach.“³⁰¹ Dieses Zitat, wonach die Einheitsgewerkschaft Chinas eine Massenorganisation sei, also eine von der KP abhängige Vereinigung im Sinne des Leninischen Begriffs vom Transmissionsriemen der Partei, zeigt, dass in China grundsätzlich nur der ‚Gesamtchinesische Gewerkschaftsbund‘, eine Unterorganisation der Kommunistischen Partei Chinas, erlaubt ist. Nach chinesischen Medienberichten haben 1,2 Millionen Unternehmen eine Gewerkschaftsbeteiligung, wovon 635.000 „paritätische Konsultationen und kollektive Verträge“ eingerichtet hätten.³⁰²

Obwohl China eines von 178 Mitgliedsstaaten der International Labour Organization ist und 23 Verträge dieses Gremiums ratifizierte, garantiert das Land in seinem Gewerkschaftsgesetz sowie in seiner Verfassung kein Streikrecht. Stattdessen verschwinden Streikführer spurlos.³⁰³

Auch das politische System und die Führung der KP nicht in Frage stellende Berufsverbände sowie wissenschaftliche Organisationen und Vereine sind bereits seit Jahren in hoher Zahl behördlich registriert. Im Jahr 2002 waren dies 133.000 Vereinigungen, davon 1.712 auf nationaler Ebene, 20.069 auf Provinzebene und 52.386 auf kommunaler Ebene.³⁰⁴

Eine von der kommunistischen Führung unabhängige Berufsvertretung wird dagegen nicht geduldet. So wurden freie Gewerkschaften und ihre Anhänger wie Han Dongfang oder Qin Yongmin mit aller Unnachgiebigkeit verfolgt. Auch weniger bekannte Persönlichkeiten wie lokale Arbeiterführer waren in jüngster Zeit harter Bestrafung ausgesetzt. Zwei chinesische Arbeiterführer, die im Jahr 2002 friedliche Proteste organisiert hatten, wurden wegen ‚Subversion‘ verurteilt. Gegen Yao Fuxin verhängte das Gericht in der nordöstlichen Stadt Liaoyang sieben Jahre Haft. Xiao Yunliang musste für vier Jahre ins Gefängnis. Die beiden Arbeiterführer hatten in der traditionellen Schwerindustrieregion zu Protesten aufgerufen, nachdem Staatsbetriebe und Behörden Arbeitslosengelder über Monate hinweg schuldig geblieben waren. Zehntausende Menschen waren deshalb wochenlang auf die Straße gegangen. Das ‚China Labour Bulletin‘ dokumentiert die Tatvorwürfe und die Bestrafung von Arbeiterführern an folgendem Beispiel: Nach dreieinhalb Jahren Haft wurden am 11.11.1997 Li Wenming und am 03.12.1997 Guo Baosheng aus dem Gefängnis entlassen. Beide hatten im Jahr 1994 versucht, in der vor Hongkong gelegenen Sonderwirtschaftszone Shenzhen eine unabhängige Vereinigung für die rechtlosen und sozial nicht abgesicherten Wanderarbeiter zu gründen. Nach China Labour Bulletin werden Arbeiter, die für unabhängige Gewerkschaften eintreten, inhaftiert oder in Umerziehungslager eingewiesen. Kriterien für die Einweisung sind Auffälligkeit, Arbeitsverweigerung, Störung der Arbeitsdisziplin oder Unruhestiftung.³⁰⁵

³⁰¹ <http://de.chinabroadcast.cn/21/2004/03/26/1@7654.htm>.

³⁰² China aktuell, November 2002, S. 1238.

³⁰³ Pressemitteilung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte vom 31.05.2005.

³⁰⁴ Heberer, Zwischen Krise und Chance, S. 402; U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices 2003 vom 25.02.2004, S. 20, www.state.gov/2003.htm, vom 28.02.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>.

³⁰⁵ China aktuell, Januar 2003, S. 11; Forster-Latsch, Helmut: Gespräch mit Han Dongfang, <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune3-98/zzhangdo.htm>; CNN vom 17.12.1998, <http://www.cnn.com/WORLD/asiapcf/9812/17/china.dissidents.02/>; <http://www.china-labour.org.hk>;

Die Verfolgung von Arbeiterführern setzt sich auch noch bis in die Gegenwart fort. Nach Angaben von Amnesty International drohen weiterhin Strafen bis zu lebenslänglicher Haft für unabhängige Gewerkschaftstätigkeiten. Das China Labour Bulletin benennt 25 inhaftierte Arbeiterführer und Gewerkschaftler, die zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Es handelt sich dabei um Cai Guangye, Di Tiangui, Guo Yunqiao, He Chaohui, Hu Shigen, Kang Yuchun, Li Bifeng, Li Wangyang, Liu Jingsheng, Wang Changchun, Wang Fanghua, Wang Guoqi, Wang Heping, Wang Ligu, Wang Miaogen, Wang Qun, Xu Jian, Xu Wangpin, den bereits erwähnten Yao Fuxin, Yao Guisheng, Yue Tianxiang, Zhang Jun, Zhang Shanguang und Zhu Wanhong.³⁰⁶

Falls eine Organisation als unabhängigen Arbeiter- und Bauernvereinigungen geführt wird, stellt dies ein Delikt dar. Bereits die Forderung nach einer unabhängigen Vertretung der Arbeiter und Bauern in Form freier Gewerkschaften waren für die Verhaftung des Publizisten Chen Shaowen am 06.08.2003 ausreichend.³⁰⁷

Die Volksregierungen verschiedener Großstädte verbieten in der Regel die Ansiedlung von für Gesamtchina weit über 100 Millionen geschätzten Wanderarbeitern, um sie nicht zu einem für den Bestand der kommunistischen Herrschaft gefährdenden Faktor werden zu lassen. Diese Binnenmigranten werden aus den Städten verbannt, bei Missachtung festgenommen, in Internierungslagern festgehalten und in ihre Heimatprovinzen deportiert. Die bisherige Praxis der Internierung stieß aufgrund von Todesfällen auf Kritik. Im Jahr 2003 erklärte der Staatsrat eine Annullierung der Maßnahmen für die Internierung und Deportation von städtischen Landstreichern und Bettlern und entwarf am 18.07. neue Vorschriften über die Hilfe von Heimatlosen und „Vagabunden“ in Städten. Am 01.08.2003 trat ein Gesetz über Internierungslager in Kraft, das Folter in solchen Lagern formal untersagte.³⁰⁸

Inzwischen sind zur Opposition auch solche Personen und Gruppen zu zählen, die sich für Wohn- und Besitzrechte einsetzen. Grund ihrer Aktivitäten sind die Besitzentziehungen von bäuerlichem Land und Wohnraum durch örtliche Behörden. Aus diesem Grund wurde beispielsweise Gao Lading im Januar 2005 vom Mittleren Volksgericht von Yulin zu 15 Jahren Haft verurteilt. Er hatte zuvor zwei Jahre lang im Dorf Sanchawan/Provinz Shaanxi eine Kampagne gegen Landwegnahme und Enteignung geführt. Auch der Journalist Li Boguang wurde am 14.12.2004 eingesperrt, weil er Bauern geholfen hatte, eine angemessene Entschädigung für konfisziertes Land zu erhalten. Ye Guozu wurde am 18.12.2004 verhaftet. Er hatte sich gegen Zwangsräumungen im Zusammenhang mit geplanten Bauten für die Olympiade 2008 gewandt.³⁰⁹

<http://www.infineon.igmetall.de/?topic=6&commentid=71> vom 10.05.2003; Amnesty International Urgent Action vom 08.06.2004 wegen Gesundheitszustand von Xiao Yunliang in Haft; Jochen Graebert, Bericht über Beschwerden enteigneter Bauern und Behördenrepression in ARD-Weltspiegel vom 13.03.2005.

³⁰⁶ Breucking, S. 2; China Labour Bulletin, http://www.china-labour.org.hk/iso/imprisoned_detainee.adp.

³⁰⁷ Amnesty International, Jahresbericht 2003, S. 155.

³⁰⁸ Beijing Rundschau Nr. 40, <http://www.bjrundschau.com/2003-40/2003.40-sifa-1.htm>; ZDF heute vom 23.06.2003, <http://www.heute.t-online.de/ZDFheute/artikel/21/0,1367,POL-0-2052213,00.html>.

³⁰⁹ Amnesty International, People's Republic of China – Human Rights Defenders at Risk, S. 4 f.

4.) Familienplanungspolitik

Im Menschenrechtsdialog mit China sowie in den Menschenrechtsberichten ist stets die staatliche Familienplanungspolitik ein Kritikpunkt. Dabei wird nicht übersehen, dass die politische Führung des Landes berechtigt und im Interesse der Zukunft der Bevölkerung verpflichtet ist, Maßnahmen zur Verlangsamung des Bevölkerungswachstums zu verordnen. Nach der Familienplanungspolitik darf eine Frau jeweils nur ein Kind bekommen. Dieses in den Städten weitgehend beachtete und erreichte Ziel der Regierung hat als neueste Rechtsgrundlage das am 01.09.2002 in Kraft getretene ‚Bevölkerungs- und Familienplanungsgesetz‘. Neben Geldbußen sieht das Gesetz auch den vorübergehenden Verlust des Arbeitsplatzes vor. Die Durchsetzung des Gesetzes erfolgt durch Kontrolle der betroffenen Personen auf mögliche Schwangerschaften sowie Sterilisationen und Abtreibungen unter Zwang.³¹⁰

Die deutsche Rechtsprechung geht davon aus, dass in China erzwungene Schwangerschaftsabbrüche und Sterilisationen keine politische Verfolgung darstellen.³¹¹

Im Ausland werden solche Zwangsmaßnahmen gleichfalls im allgemeinen nicht mehr als Verfolgungshandlungen angesehen. Insbesondere in den USA findet seit 2002 ein Umdenken statt. Der Asylantrag eines Paares, das aus China floh, da erzwungene Sterilisation und Abtreibung drohten, wurde nun vom Gericht in Florida abgelehnt. Sie waren 1998 aus China geflohen, nachdem die Frau zu einem Schwangerschaftstest gezwungen worden war. Ihr wurde angekündigt, dass auch in Zukunft weitere Tests folgen würden; sollte sie schwanger sein, würde sie zu einer Abtreibung gezwungen werden. Ihr Freund müsse außerdem damit rechnen, gegen seinen Willen sterilisiert zu werden. Das Paar floh, als die Repressalien zunahmen. Die junge Chinesin sei verfolgt worden, da sie einem erzwungenen Programm zur Bevölkerungskontrolle Widerstand leistete, meinte ihr Anwalt. Das Gericht gab an, dass keine Beweise dafür vorlägen, dass sie tatsächlich verfolgt worden sei oder dass es sich um eine begründete Angst handle. Man könne nicht konstatieren, dass die Behandlung der jungen Chinesin "extrem grausam oder unmenschlich" gewesen sei oder diese bei ihrer Rückkehr eine solche Behandlung zu erwarten habe.³¹²

Nach Angaben der in New York ansässigen ‚Menschenrechtsorganisation Human Rights in China‘ wurde eine Frau namens Mao Hengfeng wegen Petitionen gegen die Ein-Kind-Politik zu einer achtzehnmonatigen Haftstrafe in einem Arbeitslager verurteilt, wo sie sogar gefoltert wurde.³¹³

Berichte, innerhalb der Umsetzung der Familienplanungspolitik würden auch Neugeborene getötet, wenn für ihre Zeugung keine behördliche Genehmigung vorliege, reißen nicht ab. Besonders von tibetischer Seite kommt die Kritik, auch ethnische Gesichtspunkte würden dabei eine Rolle spielen: „Dr. Blake Kerr bereiste 1987 Tibet während vier Monaten und

³¹⁰ US Department of State: Country Report on Human Right Practices 2003 vom 25.02.2004, S. 14.

³¹¹ VG Leipzig vom 11.02.1994, A 7 K 1495/93; VG Ansbach vom 26.10.1995, AN 4 K 93.42446; OVG Koblenz vom 13.12.1995, 11 A 13385/95; VG Chemnitz vom 21.02.1996, A 8 K 31276/94; VGH Mannheim vom 30.07.1998, A 6 S 3272/96; VGH München vom 03.11.2003, 2 ZB 03.30515.

³¹² Katholischer Nachrichtenservice nach http://www.human-life.ch/news/p_news/meld_105.htm.

³¹³ Neue Zürcher Zeitung vom 07.10.2004; Amnesty International Urgent Action vom 06.10.2004.

konnte insgesamt 92 Berichte zusammenstellen, die von betroffenen Tibeterinnen stammen. Zwei Drittel dieser Frauen wurden gleich nach der Abtreibung sterilisiert. Von seinen weiteren zwei Tibet-Besuchen hat er 400 Berichte mitgebracht. Darin wird festgehalten, daß beispielsweise in Amdo, im Nordosten Tibets, ein chinesisches Geburtenkontrollteam während zwei Wochen in der Nähe eines Klosters ein Zelt aufgestellt hatten und alle Frauen des Dorfes zur Untersuchung einberief. Wer sich dem entgegensetzte, müsse mit schweren Folgen rechnen. Alle schwangeren Frauen mussten abtreiben und wurden gleich danach sterilisiert, und jede gebärfähige Frau wurde von Anfang an sterilisiert: "Wir sahen viele Mädchen weinen, hörten ihre Schreie, als sie darauf warteten, bis sie an die Reihe kamen, um ins Zelt zu gehen. Und wir sahen den wachsenden Haufen von Föten vor dem Zelt, der furchtbar roch. Die Geburtenkontrolle trommelt in diesen Dörfern keine chinesischen Frauen zusammen."³¹⁴

III. Leichen ohne Augäpfel Methoden von Menschenrechtsverletzungen

Wie in anderen Ländern sind in China als gesetzlich vorgesehene Strafen die Geldstrafe, Freiheitsstrafe und leider auch die Todesstrafe für bestimmte Delikte angedroht. Darüber hinaus existieren weitere Sanktionen, sowohl gesetzlich vorgesehen als auch als nicht gesetzlich vorgesehene Praxis.

1.) Rechtswidrige Freiheitsentziehungen

Das chinesische Recht sieht Freiheitsentziehungen grundsätzlich nur als Rechtsfolge von Straftaten oder zum Zweck der Strafverfolgung vor. Dennoch kommt es auch zu Freiheitsentziehungen, die weder auf dem Strafgesetz noch auf dem Strafprozessgesetz begründet sind. Ein bekanntes Beispiel ist die fünfzehnjährige Freiheitsentziehung von Zhao Ziyang. Der am 17.01.2005 verstorbene KP-Chef war im Mai 1989 unter Hausarrest gestellt worden, nachdem er aufgrund seiner Sympathie mit den protestierenden Studenten durch den Parteipatriarchen Deng Xiaoping entmachtet worden war. Nur mit Sondergenehmigung konnte Zhao bis zu seinem Tode sein Haus verlassen oder Freunde empfangen. Trotz vorangegangener polizeilichen Beschränkung von Zhaos Freizügigkeit und jahrelangem Verschweigen seiner Existenz durch die chinesischen Medien erwähnte die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua am 16.01.2005 überraschend in einer Meldung dessen Gesundheitszustand, wonach es ihm besser gehe. Einen Tag später meldete die Nachrichtenagentur den Tod des „Genossen Zhao Ziyang“. Nach Zhaos Tod im Krankenhaus wurde dessen Wohnhaus im Beijinger Fuqiang-Hutong Nr. 6 von Polizisten abgeriegelt. Am 19.01.2005 hinderten Polizisten die Trauergäste am Betreten von Zhaos Haus, in dem der frühere KP-Chef von seiner Familie aufgebahrt wurde. Zhaos früherer Sekretär Bao Tong wurde von der Polizei festgehalten, Baos Frau sogar von Polizisten geschlagen und zu Boden geworfen.³¹⁵

³¹⁴ http://www.tibet-initiative.de/frames.html?Seite=/Kap4/Kap4_3.html.

³¹⁵ Xinhua vom 16.01. und vom 17.01.2005; Landwehr, Zhao Ziyang – Der Tod als Befreiung, dpa vom 17.01.2005; Kolonko, Der Parteichef im Hausarrest; Epoch Times vom 19.01.2005, <http://english.epochtimes.com/news/5-1-18/25798.html>, Ehrling, Ein Toter, der Chinas Führung Angst macht.

Ding Zilin, eine der führenden Köpfe der ‚Tian’anmen-Mütter‘, die für eine Aufklärung der Ereignisse des Massakers vom 04.06.1989 kämpfen, wurde am 27.01.2005 unter Hausarrest gestellt, weil sie die Erlaubnis zum Besuch des Hauses von Zhao Ziyang beantragt hatte, dem sie ihren letzten Respekt erweisen wollte.³¹⁶

Gleiches gilt für den AIDS-Aktivist Hu Jia, den Demokraten und Arbeitsrechtsverfechter Zhang Lin und den gegen Hausenteignungen kämpfenden Xu Zhengqing, die nicht nur an der Teilnahme an der Trauerfeier für Zhao Ziyang gehindert wurden, sondern auch Ende Januar verhaftet wurden.³¹⁷

Nicht zum Zweck der Verfolgung krimineller Taten ausgeführte Festnahmen sind häufig nachweisbar. Allerdings gibt die chinesische Staatsführung davon nur einen Teil zu, da sie davon ausgeht, dass die Verfolgung aus politischen Gründen zugleich eine Verfolgung kriminellen Unrechts sei. So wurden Zehntausende Personen jährlich willkürlich deshalb festgenommen oder inhaftiert, weil sie ihre Meinung kundtaten, ihren Glauben praktizierten oder das Recht auf Versammlungsfreiheit wahrgenommen hatten. Fragwürdig ist auch die Praxis der Kriminalitätsbekämpfungskampagnen. Hier werden Quoten, die auf Kriminalitätsschätzungen beruhen, für Verhaftungen festgelegt. Die Sicherheitskräfte verhaften dann unter Anwendung von Gewalt, um die Quoten zu erfüllen, wobei auch Unschuldige ihre Freiheit verlieren.³¹⁸

Der Hongkonger Abgeordnete He Weitu (Hongkonger Demokratische Partei) befand sich kurz vor seiner Wiederwahl in der Stadt Dongwan/Provinz Guangdong, als er unter dem Vorwand, eine Prostituierte in sein Zimmer bestellt zu haben, am 13.08.2004 verhaftet wurde. Als He dies abstritt und seine Unterschrift unter diversen vorformulierten Geständnissen verweigerte, drohten ihm Polizisten an, im Falle seiner Weigerung würde er wegen Vergewaltigung angeklagt. Nachdem er unter diesem Druck schließlich die Dokumente unterzeichnet hatte, wurde He zu einem halben Jahr Arbeitslagerhaft verurteilt, obwohl Freier für ihren gekauften Sex üblicherweise 15 Tage Haft oder eine Geldstrafe erhalten. Innerhalb der Haft hatte He Weihnachtsbäume für den Export in die USA zu dekorieren. Seine Wiederwahl wurde durch diese auf fingierten Anschuldigungen beruhende Bestrafung verhindert. Als Folge der Haftbedingungen erkrankte He. Durch verspätete Behandlung, die ihm zunächst verweigert worden war, leidet er heute an Leberzirrhose.³¹⁹

Auch die nach Arbeit suchenden Millionen Binnenmigranten Chinas sind stets von willkürlichen Verhaftungen bedroht. Für sie existieren auf der Rechtsgrundlage einer freiheitsentziehenden Maßnahme unter der Bezeichnung ‚Gewahrsam und Repatriierung‘ sogar Internierungslager, um sie festzuhalten und sie in ihre Heimatregionen abzuschicken. Dabei kann es jedoch auch vorkommen, dass sie an Fabriken, Agrarbetriebe oder Bordelle verkauft werden.³²⁰

³¹⁶ Amnesty International, People’s Republic of China – Human Rights Defenders at Risk, S. 2 f.; Amnesty International: Women human rights defenders at risk, S. 2.

³¹⁷ Amnesty International, People’s Republic of China – Human Rights Defenders at Risk, S. 3.

³¹⁸ Amnesty International, Jahresbericht 2003, S. 151 ff.; Süddeutsche Zeitung vom 06.11.2002.

³¹⁹ Zhou, Der Wahlkandidat in der Rosenfalle, Die neue Epoche vom 09.02.2005, <http://dieneueepoche.com/Nachricht.33+M5bf0987b2b2.0.html>.

³²⁰ Amnesty International, Jahresbericht 2003, S. 156; www.heute.t-online.de/ZDFheute/artikel/21/0,1367,POL-0-2052213,00.htm; http://www.g26.ch/migratio_facts_01.html;

In den letzten Monaten kommt es in Chinas Hauptstadt Beijing vermehrt zu Festnahmen von Petenten. Die Parlamentskammer ‚Nationaler Volkskongress‘ hatte zur Aufnahme und Bearbeitung von Beschwerden gegen Behörden und ihre Vertreter ein Petitionsbüro eingerichtet, das zunächst frei besucht werden konnte. Inzwischen verhaften aber Beijinger Polizisten oder eigens angereiste Polizisten aus den Provinzen die Petenten, die nichts anderes als ihr zugesichertes Recht wahrnehmen.³²¹

Unter den neueren Festnahmen von Dissidenten ist die des früheren Mitarbeiters von Oppositionsführer Wei Jingsheng in den USA, Zhang Lin, besonders interessant. Aus den USA zurückgekehrt, nahm die Polizei Zhang in Bengbu/Provinz Anhui zu Hause fest. Dabei wurde auch von den Polizisten sein Computer beschlagnahmt. Die Polizisten drohten schließlich der Frau Zhangs, wenn sie damit fortfahre, Unsinn zu reden und zu schreiben, würden sie sie nicht freundlich behandeln. Zhang hatte bereits zuvor acht Jahre in Haft verbracht.³²²

Noch immer halten rechtswidrige Freiheitsentziehungen in Zusammenhang mit der Verfolgung von Falun Gong an. Ein Beispiel ist die wiederholte Inhaftierung der 37-jährigen Gao Rongrong in Shenyang/Liaoning am 06.03.2005. Nach Folterungen starb sie in der Universitätsklinik der Stadt am 16.06.2005.³²³

Liu Yawen, die am 31.03.2005 VCD-Datenträger zu Falun Gong in Beijing verteilt hatte, wurde hierbei ebenfalls verhaftet. Ihr Verbleib ist unbekannt.³²⁴

2.) Unfaire Strafverfahren

Im Mai 2004 hat China überraschenderweise eine Untersuchung zu Menschenrechtsverletzungen durch Strafvollzugsbeamte angekündigt. „Einige Beamte in Regierungsbehörden haben bei der Ausübung ihrer Befugnisse Menschenrechte verletzt“, zitierte danach die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua den stellvertretenden Generalstaatsanwalt Wang Zhenchuan. Die Ermittlungen würden sich auf insgesamt fünf Bereiche konzentrieren: Folter bei Verhören, Misshandlung von Häftlingen, Gewalt bei der Erhebung von Beweismitteln, illegale Durchsuchungen und Inhaftierungen sowie Vernachlässigung von Gefangenen mit Todesfolge. Die Untersuchung solle im Juni 2005 abgeschlossen werden, berichtete Xinhua. Es wurde nicht bekannt gegeben, in wie vielen Fällen gegen Beamte ermittelt werde.³²⁵

Als Teil des Strafverfahrens ist die Strafvollstreckung besonderer Kritik unterworfen. Hierbei werden zunächst die Haftbedingungen als menschenunwürdig bezeichnet. Selbst neu errichtete Justizvollzugseinrichtungen Chinas sind von Enge und Überbelegung geprägt. Sanitäre Anlagen sind zwar vorhanden, sind aber aus Gründen der Überbelegung unzu-

³²¹ dpa vom 07.03.2005; Lorenz, Zartes Pflänzchen, S. 24; Strittmatter, Der Zorn der Betrogenen; Jochen Graebert, ARD-Weltspiegel vom 13.03.2005.

³²² Yang, Zhang Lin is in danger.

³²³ Die neue Epoche vom 23.06.2005, <http://dieneueepoche.com/Nachricht.33+M5fb7e8a8f3a.0.html>.

³²⁴ Amnesty International, Urgent Action vom 22.04.2005.

³²⁵ <http://www.investchina.com.cn/german/115172.htm>.

reichend. Die Inhaftierten haben Zwangsarbeit zu verrichten, wobei sie bis zur Erschöpfung ihr Pensum zu verrichten haben. Bei Nichterreichen des Arbeitssolls, Verstößen gegen Regeln oder aus Willkür der Aufseher sind Misshandlungen häufig. Die Produkte der Zwangsarbeit sind häufig Exportgüter, wie Spielzeug, Textilien, Schuhe oder Werkzeug, die zu Dumpingpreisen angeboten werden können. Schlaf und Erholung sind wie Freizeit und Freigang knappe Phasen im täglichen Gefängnisleben. Oppositionelle oder Gläubige sind Gehirnwäsche sowie besonderen körperlichen und psychischen Belastungen ausgesetzt. Bewusst wurden in jüngster Vergangenheit zum Teil Frauen in Männerzellen gesperrt, wo sie Massenvergewaltigungen ausgeliefert waren. Regelmäßige mündlich vorgelegene und schriftlich abgefasste Selbstkritik wird von den Gefangenen abverlangt, um ihre Persönlichkeit zu verändern. Auch hinsichtlich der medizinischen Versorgung gibt es Kritik.³²⁶

Dieser Realität stehen stark propagandistisch gefärbte Berichte gegenüber, wonach Feierlichkeiten in Gefängnissen abgehalten und innerhalb von Pilotprojekten Gefangenen eines Arbeitslagers in Gansu Gehaltzahlungen zuständen.³²⁷

Die Oberste Volksstaatsanwaltschaft verkündete am 25.11.2003, sie werde neue Maßnahmen zum Schutz von Untersuchungshäftlingen anordnen. Hierbei gehe es um die Einhaltung des gesetzlichen Höchststrahmens der Untersuchungshaftzeit und um die Verbesserung der Haftbedingungen.³²⁸

3.) Hinrichtungen

Die von Amnesty International dokumentierten Hinrichtungen weltweit werden zu 86 Prozent in China vollstreckt.³²⁹ Nach Auskunftslage verhängen chinesische Gerichte exzessiv die Todesstrafe, die gleichfalls exzessiv vollstreckt wird.³³⁰

Berichte eines beliebigen Zeitraumes offenbaren bereits eine große Zahl registrierter Hinrichtungen oder Todesurteile. Der Verfasser überprüfte Meldungen zwischen Mitte Oktober und Mitte November 2004. Meist beruhen diese Sanktionen auf Kapitalverbrechen, können aber auch für weniger schwere Straftaten gelten. Am 15.10.2004 wurden in Beijing

³²⁶ Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Pressemitteilung 01.08.2001, <http://www.igfm.de/pm/pm2001/pm0108/p010815c.htm>; www.igfm.de/pm/pm2003/pm0312/p031229c.htm; The Sydney Morning Herald vom 29.12.2001, zitiert in <http://www.umwaelzung.de/aarchiv/aaktuell2880.html>; www.chinafokus.de/buch/themenfinder.php?kaid%5B%5D=40; www.dir4u.de/china/243_business_in_china.html; www.china-in-the-news.de/2004/10/folterdemtigung-und-gehirnwsche; www.igfm-muenchen.de/china/Laogai/Laojiao-laogai.html; www.woek.de/pdf/glob_studie_spielzeugindustrie.pdf; members.blackbox.net/Clemens.Czurda/gew/china/TUN_ChinaWangyang.html; regelmäßig: www.cicus.org und www.laogai.org.

³²⁷ China aktuell, September 2003, S. 1075.

³²⁸ China aktuell, November 2003, S. 1326.

³²⁹ Pleiter, Heiliger Weg, S. 30 f.; http://www.amnestyusa.org/abolish/world/china/fact_sheet.html; Der Standard vom 20.04.2006, <http://www.derstandard.at/?url=/?id=2418726>; Spiegel Online vom 20.04.2006, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,412078,00.html>.

³³⁰ web.amnesty.org/library/Index/ENGASA170352003.

die drei Kidnapper des chinesischen Schauspielers Wu Ruofu zum Tode verurteilt. Wegen der Entführung und des illegalen Waffenbesitzes wurden die überführten Täter Wang Lihua, Wang Qingxiao und Dong Limin für schuldig befunden. Die drei Verurteilten sollen außerdem bereits im vorigen Jahr den ebenfalls entführten Wang Hui ermordet haben, nachdem sie von dessen Familie 3 Mio. Yuan (362.000 US Dollar) für seine Freilassung erhielten. Am 19.10.2004 forderte die Staatsanwaltschaft für den Mord an einer vierköpfigen Familie in Fukuoka (Japan) im Juni vergangenen Jahres die Todesstrafe. Yang Ning, 24, und Wang Liang, 22, hatten die Tat vor Gericht gestanden. Am 20.10.2004 wurde die 32-jährige Xiuqin hingerichtet, nachdem sie am 01.07.2003 mit 15 Kilo Heroin in der Hauptstadt Beijing festgenommen worden war und sie bei der Gerichtsverhandlung weiter gestanden hatte, dass in den letzten Jahren mehrer Kilo durch ihre Hände gegangen seien. Als einer ihrer Abnehmer verhaftet wurde, kam ihr die Polizei auf die Spur. Im Januar dieses Jahres wurde sie deshalb zum Tode verurteilt. In der Provinz Hubei wurde Chen Xiaomei am 29.10.2004 wegen zehnfachen Mordes hingerichtet. Am 21.10.2004 hatte Chen Xiaomei Rattengift in das Totenmahl für ihren eben verstorbenen Ehemann gemischt. Zehn Menschen waren durch das Gift ums Leben gekommen, weitere 23 wurden schwer verletzt. Als Grund vermutete die Polizei einen lange gehegten Groll auf Verwandte. Ein Angestellter der chinesischen In- und Exporteinheit Unicom wurde wegen der Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 5,77 Mio. Yuan am 02.11.2004 zum Tode verurteilt. Huang Qiang ist ein weiteres Objekt des zweigleisigen, harten Kampfes gegen Korruption, der vor allem in Firmen, die mit einer der vier großen Banken Chinas zusammenarbeiten, schon viele Todesurteile nach sich gezogen hat, während Provinzfürsten meist unbehelligt ihren dunklen Geschäften nachgehen können. Am 10.11.2004 wurde der Buchhalter eines nationalen Fonds für Naturwissenschaften, Bian Zhong, wegen Unterschlagung von umgerechnet 25 Mio. Dollar zum Tode verurteilt. Er soll im Zeitraum von 1999-2003 rund 200 Mio. Yuan durch fingierte Rechnungen auf eigene Konten umgeleitet haben.³³¹

Soweit in China tatsächlich solche schweren Verbrechen durch die Todesstrafe geahndet werden, ist dies streng genommen noch kein Grund, Chinas politische Führung oder Justiz einer Menschenrechtsverletzung zu beschuldigen. Das höchste Rechtsgut, das Recht auf Leben, ist nicht zwangsläufig eine Materie der völkerrechtlich geachteten Menschenrechte. Ein uneingeschränktes Recht auf Leben des Straftäters existiert nämlich für die strafrechtliche Sanktionierung nur in wenigen Ländern. Darüber hinaus ist das Verbot der Todesstrafe völkerrechtlich lediglich in europäischen Staaten verbindlich, die die Europäische Menschenrechtskonvention sowie das Zusatzprotokoll zur Abschaffung der Todesstrafe unterzeichnet haben. Offensichtlich gehört die Volksrepublik China nicht zu diesen Ländern, darf also die Todesstrafe verhängen und vollstrecken.³³²

³³¹ <http://www.todesstrafe.de/thema/laender/china/>.

³³² Vgl. Artikel 2 Satz 2 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 04.11.1950: „Das Recht jedes Menschen auf das Leben ist gesetzlich geschützt. Abgesehen von der Vollstreckung eines Todesurteils, das von einem Gericht im Falle eines mit der Todesstrafe bedrohten Verbrechens ausgesprochen worden ist, darf eine absichtliche Tötung nicht vorgenommen werden.“ Dieser Passus wurde durch das Protokoll Nr. 6 (Abschaffung der Todesstrafe) zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (6. ZEMRK) vom 28.04.1983 aufgehoben. In diesem Zusammenhang soll auch auf das Beispiel der Hessischen Verfassung verwiesen werden, die bis zu ihrer kürzlich zurückliegenden Novellierung die Todesstrafe vorsah, obgleich diese durch das Verbot der



Hinrichtung durch Erschießen³³³

Maßgeblich ist vielmehr, ob das Verfahren der Entscheidungsfindung den Menschenrechtsstandards entspricht. Menschenrechtsorganisationen kritisieren nämlich im Hinblick auf die Todesstrafe die unfairen, politisch beeinflussten und unangemessen kurzen Strafverfahren bei mangelnder anwaltlicher Vertretung der Angeklagten. Die vorgeschriebenen Schritte der prozeduralen Rechtssicherung, wie etwa die höherinstanzliche Bestätigung eines Todesurteils, sind völlig unzureichend.³³⁴

Todesstrafe im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland auch im hessischen Recht unwirksam wurde.

333

Quelle:

http://www.umanisti.it/karl/cina02.gif&imgrefurl=http://www.umanisti.it/karl/archivio03Ingl.htm&h=146&w=200&sz=34&tbnid=DpiO_f2GZ3kJ:&tbnh=72&tbnw=98&start=14&prev=/images%3Fq%3Dexecution%2Bchina%26hl%3Dde%26lr%3D%26sa%3DN.

334

Gesellschaft für bedrohte Völker, China – Menschenrechtslage dramatisch, S. 14; Amnesty International: Jahresbericht 2004, S. 157; www.igfm-muenchen.de/appelle/2004-11-28-Tibet.rtf.



Hinrichtung eines sechzehnjährigen Mädchens ³³⁵

Dies gilt insbesondere für ‚Massenabfertigungen‘ von Todeskandidaten. Im September 2004 wurden auf diese Weise etwa 50 Personen aus Xinjiang wegen des Vorwurfes separatistischer und terroristischer Taten zum Tode verurteilt. ³³⁶

Auch zum „Schutz des sozialen Friedens“ und zur Garantierung eines „sicheren und fröhlichen Neujahrsfestes“ für die Bevölkerung wurden Ende Januar bis Anfang Februar 2005 rund 200 Menschen hingerichtet. ³³⁷

Amnesty International registrierte für das Jahr 2003 1.639 Todesurteile und 726 Hinrichtungen, für 2004 3.400. China exekutierte damit die neunfache Zahl als die aller anderen Länder zusammen. Schätzungen zufolge dürfte aber die Zahl der Hinrichtungen bei 10.000 bis 20.000 jährlich liegen. Die Vollstreckung der Todesstrafe erfolgt durch Schüsse in die Brust, in das Genick und in den Hinterkopf, wobei die Entscheidung über die Art der Erschießung maßgeblich von der Entnahme und Vermarktung von Organen des Hingetrichteten abhängig ist.

³³⁵ Daily China vom 06.04.2005, http://blog.raingrove.net/wp-content/36-publicexecution7.jpg&imgrefurl=http://blog.raingrove.net/archives/2005/04/06/36_public-execution-of-a-teenage-girl-in-china/&h=308&w=450&sz=66&tbnid=CgMIHxVW3XwJ:&tbnh=84&tbnw=124&hl=de&start=28&prev=/images%3Fq%3Dchina%2Bexecution%26start%3D20%26hl%3Dde%26lr%3D%26sa%3DN.

³³⁶ Amnesty International, Urgent Action vom 15.09.2004.

³³⁷ Süddeutsche Zeitung vom 10.02.2005.



Nach der Hinrichtung des Mädchens ³³⁸

In der Regel werden Listen von Patienten erstellt, die ein gesundes Organ benötigen. Besonders im asiatischen Ausland ist die Nachfrage nach Organen groß, die in China implantiert werden. Um frische Organe zu erhalten, werden die Transplantationen und Exekutionen zeitlich und räumlich koordiniert. Dabei soll es sogar vorkommen, dass Organe sogar von Exekutierten entnommen wurden, die im Sterben liegen, weil aus Rücksicht auf die Entnahme qualitativ guter und frischer Organe die Schussverletzung so platziert wurde, dass sie nicht sofort tödlich war. ³³⁹

Der in den USA lebende Menschenrechtler Wu Hongda wies nach, dass Chinas Regierung systematisch mit den gewinnbringenden Organen Geschäfte macht. ³⁴⁰

³³⁸ Daily China vom 06.04.2005, http://blog.raingrove.net/wp-content/36-publicexecution7.jpg&imgrefurl=http://blog.raingrove.net/archives/2005/04/06/36_public-execution-of-a-teenage-girl-in-china/&h=308&w=450&sz=66&tbnid=CgMIHxVW3XwJ:&tbnh=84&tbnw=124&hl=de&start=28&prev=/images%3Fq%3Dchina%2Bexecution%26start%3D20%26hl%3Dde%26lr%3D%26sa%3DN.

³³⁹ Laogai Research Foundation, Pressemitteilungen vom 16.10.1997, 24.02.1998, 18.01.2002, www.laogai.org/news/special.php?specialid=4; Die Welt vom 14.03.1996; Amnesty International: Jahresbericht 2004, S. 157, Pressemitteilung vom 22.03.2004; Die Zeit vom 25.03.2004; US Department of State: Country Report on Human Right Practices 2003 vom 25.02.2004, S. 4, 2004 vom 28.02.2005, S. 4; Epoch Times vom 08.06.2004; China Post vom 05.04.2005; Süddeutsche Zeitung vom 06.04.2005.

³⁴⁰ Neue Zürcher Zeitung vom 17.03.2005.

Eine entsprechende Schilderung über das Ausschlachten und Vermarkten hingerichteter Verurteilter schockiert in ihrer Detailtreue:

„Der ‚erste Mafia-Fall in Zentralchina‘ war im Fokus der Schlagzeilen seit Ende letzten Jahres. Mitglieder einer Bande unter Song Liugen wurden nach einer Serie organisierter Straftaten wie Mord, Erpressung, Raub und Bandenkriege in den Städten Xuchang und Zhengzhou der Provinz Henan überführt. Am 25.04.2005 wurde Song Liugen mit acht Bandenmitgliedern, nämlich Ma Xianzhou, Zhang Guangming, Liu Cien, Mao Haijun, Liu Wenxian, Chen Hua, Liu Qiang und Wang Mingjun, vom Mittleren Volksgericht der Stadt Xuchang zum Tode verurteilt. Direkt nach der Urteilsverkündung um 08.45 Uhr wurden sie hingerichtet.

Da die Hinrichtung sofort vollzogen wurde, kamen eine Menge Spekulationen auf. Einer Untersuchung aus erster Hand folgend, deckten für die Laogai Research Foundation tätige Forscher auf, was die Ernte von Organen hingerichteter Gefangener betraf. Vierzehn Chirurgen des Ersten Tochterkrankenhauses der Medizinischen Fakultät der Universität Zhengzhou and des Zentralkrankenhauses Xuchang nahmen an der Organentnahme teil. Von neun hingerichteten Gefangenen wurde unmittelbar nach der Hinrichtung bei vier Personen die Nieren, bei drei Personen die Netzhaut entfernt. Einer Person wurden die Nieren schon vor der Hinrichtung entnommen.

Nachdem die Gefangenen erschossen waren, wurden ihre Leichen unverzüglich in ein nahegelegenes Krematorium gefahren. Dort warteten dreizehn Chirurgen auf die Organernte. Nach Angaben des Fahrers, der für den Transport der Leichen ins Krematorium verantwortlich war, wurden die Leichen 7 und 8 verbrannt, unmittelbar nachdem sie vom Exekutionsplatz weggebracht worden waren. Die Leichen 9, 11 und 13 hatten keine Augäpfel. Arbeitern im Krematorium wurde erzählt, dass einige der Leichen für wissenschaftliche Zwecke seziiert wurden. Deshalb wussten sie nicht, ob es eine Organernte gab.

Die Organernte dauerte nicht lange. „Wir haben Erfahrung. Wir tun das seit vielen Jahrzehnten“, sagte Yang Ailing, der stellvertretende Direktor der Nierenabteilung des Zentralkrankenhauses Xuchang.

Ohne Verzug wurden die geernteten Organe zum Zweck der Transplantation an die Krankenhäuser in Xucheng und Zhengzhou geschickt. Die Organempfänger mussten 5.000 Yuan für eine Nierentransplantation bezahlen. Wenn die Empfänger mehr als diesen Betrag zahlen konnten, stellt ein Krankenhaus eine Niere eines noch lebenden Gefangenen zur Verfügung.

Das Erste Tochterkrankenhaus der Medizinischen Fakultät der Universität Zhengzhou ist das Hauptziel von Organen, die bei hingerichteten Gefangenen in der Provinz Henan geerntet wurden. Da Henan eine große Bevölkerung und deshalb mehr hingerichtete Gefangene, aber weniger Bewohner hat, die reich genug sind, um eine Nierentransplantation bezahlen zu können, verkauft das Krankenhaus manchmal auch überzählige Organe an Küstenstädte in Süd- und Ostchina.“³⁴¹

³⁴¹ China Information Center, CIC-News vom 19.05.2005.



Einer dieser Delinquenten auf dem Weg zur Hinrichtung. Seine Organe wurden unmittelbar danach entnommen.³⁴²

Dass diese Praxis schon Jahrzehnte anhält, zeigen alte Berichte aus dem Jahr 1994, die besagen, dass schon damals Hinrichtungen absichtlich verpfuscht wurden, und noch lebenden Körpern frische Organe entnommen werden konnten. Auch seien Gefangenen in der Nacht vor ihrer Erschießung die Nieren entnommen worden. Die Schussverletzung habe bestimmt, welches Organ entnommen wurde. Bei Herzschüssen habe man etwa die Augen verwendet, bei Kopfschüssen das Herz oder andere Organe im Brust- oder Bauchbereich. Jährlich seien auf diese Weise 2.000 bis 3.000 Organe von getöteten Gefangenen entnommen worden. Wenn keine Bestellungen aus Hongkong oder aus dem Ausland vorlagen, habe eine KP-Vorschrift bestimmt, dass die Organe für kranke Altkader bereitgehalten werden mussten. Die medizinischen Abteilungen mussten nach dieser Weisung

³⁴² Quelle: <http://www.cicus.org/news/index.php> vom 23.05.2005.

alle Anstrengungen unternehmen, dass „verdiente Helden der Revolution als erste in den Genuss von Organen Verurteilter kommen“ sollten.³⁴³

Der Vorwurf aus Falun Gong-Kreisen, dass inhaftierte Falun Gong-Praktizierende bei Bedarf eines Transplantationsorgans hingerichtet würden, verdichtet sich. Auch Juristen, Politiker und Menschenrechtler außerhalb der Falun Gong-Bewegung legten im Juli 2006 Beweise zu dieser Behauptung vor.³⁴⁴

Es wurde inzwischen nachgewiesen, dass Falun Gong-Praktizierende unmittelbar nach ihrer Inhaftierung im Gegensatz zu anderen Häftlingen gesundheitlich untersucht wurden. Hierzu gehören Blut- und Organfunktionsuntersuchungen. Falun Gong-Anhänger wurden in großer Zahl 1999 und 2001 in großer Zahl festgenommen. Die Zahl der Organtransplantationen stieg parallel hierzu an. Dieser Anstieg von Transplantationen deckt sich nicht mit der Zahl freiwilliger Organspenden und der Zahl der durch Justizakte erfolgten Hinrichtungen, sondern übersteigt sie erheblich. Ein Gutachten zu dem Vorwurf, Falun Gong-Praktizierende dienten als lebende Organbanken, wurde am 06.07.2006 von den beiden kanadischen Juristen David Kilgour und David Matas vorgelegt. Kilgour, früherer Staatsanwalt, Abgeordneter und Staatssekretär, wie auch Matas, ein auf Menschenrechtsfragen spezialisierter Anwalt, erhielten für ihre Recherchen keine Einreisegenehmigung der Volksrepublik China. Dennoch konnte von ihnen eine Fülle von Beweismaterial ausgewertet werden, das Grundlage dieses Gutachtens wurde. Aus der Indiziendichte schließen die Verfasser, dass die Vorwürfe zutreffen. Während zum Beispiel in Kanada für eine Organtransplantation mehrere Jahre Wartezeit nötig sind, können in China innerhalb weniger Tage passende, frische Organe übertragen werden. Im Internet seien rund 500 chinesische Krankenhäuser zu finden, die für kurzfristige Organtransplantationen Werbung machten. In diesen Werbeseiten befänden sich Grafiken über den Anstieg ihrer Transplantationspraxis seit 1999. Anrufe nachforschender Personen bei Justizbehörden und Krankenhäusern unter dem Vorwand, als Patient selbst oder für ein anderes Krankenhaus ein Organ zu benötigen, das frisch sei und möglichst von einem, seine Gesundheit pflegenden Falun Gong-Praktizierenden stammen solle, ergaben, dass das Krankenhauspersonal durchaus Kenntnis von lebenden Falun Gong-Anhänger für Organentnahmen hatten, die eigens dafür zur Verfügung standen. Andere auskunftgebende Krankenhausangehörige oder Justizbedienstete verwiesen lediglich darauf, dass dies in der Vergangenheit möglich gewesen sei oder man diese Angelegenheit nicht am Telefon besprechen wolle. Die frühere Ehefrau eines Chirurgen sagte aus, ihr Ehemann habe 2.000 Personen die

³⁴³ Weyrauch, Fluchtziel Deutschland, S. 179; Spiegel 36/1994, S. 155; Time vom 05.09.1994; Frankfurter Rundschau vom 29.08.1994, 06.05.1995; Süddeutsche Zeitung vom 30.08.1994; Die Welt vom 09.05.1995.

³⁴⁴ So insbesondere David Kilgour und David Matas nach Meldungen des kanadischen CTV, http://www.ctv.ca7ervlet/ArticleNews/story7ctvNews720060703/MP_organ_060703... vom 03.07.2006, des Express <http://www.express.de/servlet/Satellite?pagename=XP/index&pageid=100497949895...> vom 06.07.2006 und des Schweizer Fernsehens, <http://tagesschau.sf.tv/nachrichten/archiv/2006/07/07/international/39731> vom 07.07.2006.

Hornhaut der Augen entnommen. Diese Personen seien durch ein Medikament zu Tode gekommen, das einen Herzstillstand verursache. Andere Operationsteams hätten Haut, Leber, Nieren oder Herzen entnommen. Danach seien die Körper verbrannt worden. Soweit zu Tode gekommene Falun Gong-Praktizierende überhaupt von Verwandten oder anderen Zeugen gesehen werden konnten, hatten diese Öffnungen im Körper, die auf Organentnahmen hinwiesen.³⁴⁵

Inzwischen ist die Tötung von Verurteilten durch die Giftspritze eine zweite Vollstreckungsart, die in mobilen Hinrichtungseinrichtungen ihren Einsatz findet.³⁴⁶

Zur Abschreckung werden noch immer Hinrichtungen in bestimmten Regionen Chinas in der Öffentlichkeit vollzogen. Bei einigen dieser Schauhinrichtungen müssen sogar Schulkinder zugegen sein, wie zum Beispiel bei einer solchen Veranstaltung am Nationalfeiertag des Landes, am 01.10.2004, in der südchinesischen Stadt Chongqing.³⁴⁷

Nach Angaben von Amnesty International werden selbst Schwangere und Minderjährige rechtswidrig hingerichtet.³⁴⁸

Jährlich wiederholen sich in den Medien Berichte über Justizirrtümer, die durch Foltergeständnisse zustandekamen und eine Verurteilung zum Tode zur Folge hatten.³⁴⁹

Im Juli 2002 begann in Chinas Rechtsmagazinen eine Diskussion um die Todesstrafe. Den Ausschlag hierfür gaben Fälle, bei denen bereits verhängte Todesurteile durch das Engagement von Rechtsanwälten revidiert werden konnten.³⁵⁰

Die bei bestimmten Kampagnen, wie etwa gegen Kriminalität oder Falun Gong, übliche Praxis, dass Sicherheitskräfte zu besonderer Härte aufgefordert werden, führt oftmals zu schweren Körperverletzungen mit Todesfolge. Es ist sogar möglich, dass der Tod eines in Haft befindlichen Opfers von den Sicherheitskräften bewusst in Kauf genommen oder mit Absicht angestrebt wird. So starb etwa Chen Zixiu als Falun Gong-Praktizierende nach Folterungen durch Sicherheitskräfte am 21.02.2000.³⁵¹ Andere dokumentierte Fälle von nach Folterungen getöteten Falun Gong-Anhängern sind die von Lou Aiqing³⁵², Wu Lingxia, Xu Bing, Guo Ping, Zhi Guixiang, Zou Guirong, Que Fazhi, Zhao Jinhua, Mei Yulan,

³⁴⁵ David Matas/David Kilgour: Report into Allegations of Organ Harvesting of Falun Gong Practitioners in China vom 06.07.2006,
<http://investigation.redirectme.net> <<http://investigation.redirectme.net>

³⁴⁶ www.todesstrafe.de/thema/laender/china/ vom 18.01.2005.

³⁴⁷ Amnesty International vom 01.10.2004, zitiert vom China Information Center/North Virginia,
<http://www.cicus.org/news/newsdetail.php?id=3017>.

³⁴⁸ Nürnberger Zeitung vom 18.04.2005.

³⁴⁹ Amnesty International, Jahresbericht 2003, S. 157; Amnesty International, Justizirrtum? S. 3; Amnesty International, Urgent Action vom 15.10.2004; www.tibet-initiative.de/Kap1/Kap1-6/Kap1_6-2.html.

³⁵⁰ China aktuell, Juli 2002, S. 732; Bericht über Kolloquium der Universität für Politik- und Rechtswissenschaften, Beijing, über die Möglichkeit der Abschaffung der Todesstrafe, Tageszeitung vom 17.10.2005. Meldung über die Diskussion über die Einschränkung der Todesstrafe bei dpa vom 27.02.2006.

³⁵¹ Wall Street Journal vom 08.05.2000.

³⁵² Voice of America vom 02.01.2001.

Liu Guimin, Zhou Chengyu, Wang Jiqin, Zheng Fangying, Zhao Xin und Sun Hongyan.³⁵³
Nach Falun Gong-Angaben starben in der Zeit von 1999 bis 2003 über 705 Praktizierende durch Folter und 1.600 durch schlechte Haftbedingungen.³⁵⁴

Ähnliche Vorfälle wurden auch bei verfolgten Mitgliedern von christlichen Hauskirchen dokumentiert. So wurde beispielsweise eine 34-jährige Christin während eines Verhörs totgeschlagen, nachdem sie zuvor Bibeln verteilt hatte.³⁵⁵

International bekannt wurde der Tötungsversuch von neun Falun Gong-Anhängern durch im Auftrag der chinesischen Regierung handelnde Attentäter in Südafrika.³⁵⁶

4.) Zufügung von körperlichen und seelischen Schmerzen

Die Berichte über Folter in der Volksrepublik China sind vielfältig. Obwohl der Staat entsprechende Menschenrechtskonventionen ratifizierte und sie in Gesetzeswerken umsetzte, wird nach wie vor gefoltert.³⁵⁷

Dass Folter tatsächlich strafrechtlich durch Artikel 247 und 248 des chinesischen Strafgesetzes verfolgt wird, ist dabei unbestritten. Die Strafandrohung lautet auf Freiheitsentzug bis zu drei Jahren, in besonders schweren Fällen bis zu lebenslänglichem Freiheitsentzug bzw. Hinrichtung.³⁵⁸

Nach Auffassung ausländischer Politiker und Diplomaten sind in China noch keine Schritte erkennbar, die Ursachen der Folter anzugehen. Chinesische Wissenschaftler kritisierten, es gebe danach kein Recht auf Aussageverweigerung und dass Strafverfolgungsbehörden lediglich aus Kostengründen Geständnisse anstrebten, um dann nur noch erhärtende Beweise zu ermitteln. Die Regierung habe es zudem versäumt, notwendige Maßnahmen zur Überwindung institutioneller Hindernisse zu treffen. Ferner sei es noch nicht Praxis, Zugang zu Folteropfern für Verwandte, Rechtsanwälte und unabhängige medizinische Sachverständige einzuräumen und effektive Beschwerdemechanismen zu schaffen. Die Gerichtsbarkeit verlasse sich oftmals auf erzwungene Geständnisse, um zur Verurteilung zu gelangen. Hinzu kämen quantitative Zielvorgaben bei der Verbrechensbekämpfung. Zudem werde Folter als Mittel zur Strafaufdeckung und –verhinderung betrachtet.³⁵⁹

³⁵³ The Falun Gong Report 2003, S. 3 ff. unter Bezug auf Zeitungs- und Rundfunkmeldungen.

³⁵⁴ Falun Dafa, A Witness to History, S. 20; China heute XXIII (2004), Nr. 4 – 5, S. 132.

³⁵⁵ China heute XXIII (2004), Nr. 4 – 5, S. 131.

³⁵⁶ China heute XXIII (2004), Nr. 4 – 5 (134 – 135), S. 132.

³⁵⁷ Amnesty International, Jahresbericht 2003, S. 155; US Department of State, Country Report on Human Right Practices 2003 vom 25.02.2004, S. 4, 2004 vom 28.02.2005, S. 4; regelmäßig: Laogai Research Foundation, www.laogai.org/news/; www.cicus.org; Frankfurter Rundschau vom 13.03.1996; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.06.1996; dpa vom 27.08.1996; 01.09.1996, (...) dpa vom 26.05.2004; Nürnberger Nachrichten vom 06.11.2004.

³⁵⁸ U.S. Department of State, Country Report on Human Right Practices 2003 vom 25.02.2004, S. 32, 2004 vom 28.02.2005, S. 5 f.

³⁵⁹ So zum Beispiel in deutschen Publikationen der 6. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in den anderen Politikbereichen (Berichtszeitraum 01.01.2000 – 31.03.2002), S. 384 ff.,



Folterung durch Polizisten durch Einflößen von Salzwasser³⁶⁰

Eine im Jahr 2000 durchgeführte Untersuchung im Auftrag des Nationalen Volkskongress (eine von zwei Parlamentskammern) wies 221 Fälle von durch Folter erzwungenen Geständnissen und 21 durch Folter verursachte Todesfälle nach. Amnesty International konnte

www.bmj.bund.de/media/archive/267.pdf; Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 108. Sitzung, 08.06.2000: MdB Volker Neumann, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Claudia Roth, Sabine Leutheuser-Schnarrenberger, Carsten Hübner, Dr. Ludger Volmer.

³⁶⁰ Quelle: <http://web.aisex.com/pics/messages/716497.html>; Bilder von Folterungen und Hinrichtungen stammen zum größten Teil von Polizei- und Justizbehörden, die zu Dokumentationszwecken erstellt und verbotswidrig ins Ausland gelangen.

neben der Kriminalität verdächtigten Personen insbesondere auch unbeteiligte Augenzeugen von Protesten, Wanderarbeiter, Obdachlose und der Prostitution verdächtige Frauen als Folteropfer nachweisen. Zu den gängigen Foltermethoden gehörten Fußtritte, Schläge, Elektroschocks, Aufhängen an den Armen, das Fesseln in schmerzhaften Körperstellungen sowie Schlaf- und Nahrungsentzug.³⁶¹

Zudem wird das Versenken des Körpers in kaltem Wasser über längere Zeit von Falun Gong-Opfern berichtet.³⁶²

Ein Beispiel für grausame Behandlung schilderte Gyaltzen Chodon, eine 23jährige Nonne: "Sie traten mit ihren schweren Stiefeln, die mit Eisenspitzen versehen sind, auf unsere Hände, schlugen uns ins Gesicht und in den Bauch. Sie stülpten Eimer mit Urin und Kot über unsere Köpfe, die Wärter schlugen mit Stöcken auf die Eimer und brüllten vor Lachen, als die Exkremente an unseren Gesichtern und Körpern herunterliefen... Sie nahmen das Momo (Teigtasche), das unser Mittagessen sein sollte, tauchten es in den Kot und zwangen uns, es zu essen."³⁶³

In Zusammenhang mit der Verfolgung von Falun Gong ist das Schicksal der Gao Rongrong in Shenyang/Liaoning erwähnenswert. Frau Gao verlor zunächst ihren Arbeitsplatz, weil sie Falun Gong praktiziert hatte. Bei einem Appell gegen die Verfolgung wurde sie im Juli 2003 festgenommen und kam in das Longshan-Arbeitslager. Dort wurde sie am 07.05.2004 von dem Chef der 2. Brigade des Lagers, Tang Yubao, und dem Gruppenführer Jiang Zhaohua sieben Stunden lang mit Elektroschocks gequält. Sie erlitt dabei schwerwiegende, entstellende Verbrennungen im Gesicht und an anderen Körperteilen. Um weiteren Misshandlungen zu entgehen, sprang sie abends aus dem Fenster, erlitt dabei Brüche und wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. Nach einem Fluchtversuch im Oktober 2005 wurde Gao erneut gefoltert. Vom 06.03.2005 an gab es keine Nachricht mehr von ihr. Nach erneuten Folterungen im Masanjia-Arbeitslager wurde sie in die Universitätsklinik der Stadt Shenyang eingeliefert, wo sie am 16.06.2005 starb.³⁶⁴

Gerade im Umgang mit Dissidenten hat die chinesische Führung schon seit Jahren die Psychiatrie zur Zerstörung ihrer Persönlichkeit benutzt. Einem Bericht des Columbia Journal of Asian Law aus dem Jahr 2000 werden politische Abweichler in psychiatrische Kliniken ohne faires Gerichtsverfahren oder unabhängige medizinische Evaluierung gebracht. Nach Berichten von Human Rights Watch sind bereits 3.000 politische Straftäter in den letzten zwei Jahrzehnten zur Behandlung in psychiatrischen Anstalten festgehalten worden. Zudem seien 1.000 Falun Gong-Anhänger einer solchen Behandlung unterzogen worden.³⁶⁵

Für den Missbrauch der Psychiatrie steht auch exemplarisch das Schicksal des Bürgerrechtlers Wang Wanxing, der seit 1992 im Beijinger Ankang-Krankenhaus festgehalten

³⁶¹ Amnesty International, Jahresbericht 2003, S. 155.

³⁶² Falun Dafa: A Witness to History, S. 22.

³⁶³ <http://www.tibetfocus.com/zerstoerung/verhaftung&folter.htm>.

³⁶⁴ Die neue Epoche vom 23.06.2005, <http://dieneueepoche.com/Nachricht.33+M5fb7e8a8f3a.0.html>.

³⁶⁵ Munro, Judicial psychiatry in China and its political abuses, S. 1 ff.; <http://ps.psychiatryonline.org/cgi/content/full/54/10/1418-a>; Strittmatter, Meine Beweise stammen aus offiziellen Quellen.

und mittels Medikamentengaben in Lethargie gehalten wurde. Wang konnte China inzwischen verlassen und lebt mit Frau und Tochter in Frankfurt.³⁶⁶

Xue Jifeng, ein Arbeitsrechts-Aktivist, der im Dezember 1999 in Zhengzhou, der Hauptstadt der Provinz Henan, von der Polizei festgenommen wurde, weil er versucht hatte, sich mit anderen Aktivisten zu treffen. Er wurde gegen seinen Willen in die psychiatrische Anstalt von Xinxiang eingewiesen, wo man ihn bis Juli 2000 festhielt. Es ist erwiesen, dass Xue Jifeng wiederholt dazu gezwungen wurde, Psychopharmaka einzunehmen und seine Zelle mit tatsächlich geistig verwirrten Patienten teilte, die ihn nachts nicht schlafen ließen und tagsüber schikanierten. Ein anderer Arbeitsrechts-Aktivist, Cao Maobing, wurde kürzlich von der Polizei in eine Psychiatrie in der Provinz Jiangsu gebracht. Man hatte ihn verhaftet, nachdem er ausländischen Journalisten gegenüber Klagen geäußert hatte. Er wird seitdem mit Psychopharmaka und Elektroschocks behandelt.³⁶⁷

Die aus Shanghai stammende Liu Xinjuan wandte sich bei zahlreichen Aktionen gegen mangelnde Entschädigungen bei Wegnahmen von Landbesitz. Dies führte zu Zwangseinweisungen in psychiatrische Anstalten. Bereits fünf Mal innerhalb der letzten drei Jahre wurde Frau Liu in Psychiatrien eingeliefert, zuletzt am 13.06.2006. Dabei wurde sie stets bewacht und zur Einnahme von Psychopharmaka gezwungen. Ein Sprecher des letzten Krankenhauses, in dem sie festgehalten worden war, bestritt, dass sie im Patientenverzeichnis geführt worden sei.³⁶⁸

Nach Angaben von Dr. Viviana Galli und Monika Weiss von der Organisation China Mental Health Watch werde zudem die Methode der ‚Gehirnwäsche‘ angewandt. Es handele sich dabei um eine Form der Folter durch psychische Misshandlung, in der Hoffnung einen labilen Geisteszustand und geistige Verwirrung hervorzurufen. Solche Praktiken beinhalten gewöhnlich die Versuche der Einschüchterung, Gewaltandrohung, pausenlose Wiederholung immer gleicher Informationen, Schlafentzug und Essensentzug, oft verbunden mit bis zur Unerträglichkeit lauter werdenden Geräuschen über viele Stunden. Zur Unterstützung der Gehirnwäsche würden Schläge, Elektroschocks und Vergewaltigung angewandt. Den Opfern sei der Kontakt zu ihrer Familie untersagt. Sie würden im Ungewissen darüber gelassen, wann ihre Folter enden werde, ob sie auf Entlassung hoffen dürften oder ob sie dem Tod entgegengingen. Sie würden zudem jeden Augenblick überwacht. Dies alles schaffe Angst und Hoffnungslosigkeit, es zerstöre menschliche Würde und Vertrauen und führe dazu, dass die Opfer lieber sterben möchten, als weiterhin solche Folter zu ertragen. Wenn sie zuweilen fast wahnsinnig würden oder ins Delirium gerieten, sei es für sie kaum

³⁶⁶ Eppelsheim, Kein Widerstand, kein Selbstmord, keine Flucht; Times vom 13.08.2002; <http://web.amnesty.org/library/Index/ENGASA170152000?open&of=ENG-348>; www.amnesty.it/appelli/appellimese_0102.php3; www.hrw.org/reports/2002/china02/; english.epochtimes.com/news/4-6-16/22027.html; www.weijingsheng.org/report/report2004/report2004-06/WangWX040626A77-O14-058.htm; www.yangjianli.com/people/intro_wangwanxing1_en.htm - 10k; membres.lycos.fr/amnesty/tibet-22.html; www.chinasupport.net/buzz85.htm; [www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/0/C514F021009A2B05C1256CF50036F89D/\\$File/G0310553.pdf?OpenElement](http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/0/C514F021009A2B05C1256CF50036F89D/$File/G0310553.pdf?OpenElement); gb.hrichina.org/gate/gb/iso.hrichina.org/iso/article.adp?article_id=440&subcategory_id=9; www.initiative-gegen-die-todesstrafe.de/Chang.htm; www.dfat.gov.au/qwon/2002/qon_020926b.html.

³⁶⁷ Robin Munro: Chinas politisches Chaos (2001), http://www.project-syndicate.org/commentaries/commentary_text.php4?id=591&lang=5&m=series.

³⁶⁸ Tageszeitung vom 24.06.2006.

noch möglich, ihr eigenes Denken zu kontrollieren. In Phasen des Deliriums, in Unsinnsgedanken oder im traumähnlichen Zustand, einhergehend mit Halluzinationen, sei die einzige Hoffnung, die ihnen bleibe, wenigstens einige wenige Augenblicke klaren Denkens zu haben. Um wenigstens für kurze Zeit Erleichterung oder das Versprechen für eine Stunde Schlaf zu erlangen, willigten sie dann doch ein in das, was die Verfolger von ihnen auf diese Weise erpressen und in das sie nie einwilligen wollten. Die ‚Gehirnwäsche‘ produziere ein psychisches Chaos, das dann einen geistigen Zusammenbruch zur Folge hat. Diese Situation führe dazu, dass die Opfer ein Papier unterzeichneten, das sich ‚Reue-Erklärung‘ nenne und mit noch anderen ähnlichen Schriftstücken einhergehe. Dies geschehe gegen ihren eigenen Willen, nur weil sie weitere Folter nicht mehr ertragen könnten.³⁶⁹

Im August 2002 entschied die Generalversammlung der World Psychiatric Association, im Mai 2003 eine Delegation zur Evaluierung nach China zu senden, um diesen Vorwürfen nachzugehen. Dieser Besuch konnte aber nicht stattfinden, da die chinesische Regierung solche Vorwürfe bestritt und die Zusammenarbeit verweigerte.³⁷⁰

Misshandlungen durch Mitgefangene werden in chinesischen Haftanstalten häufig nicht nur geduldet sondern sogar gezielt eingesetzt. Jüngstes Beispiel hierfür ist der Fall des Mitglieds der Demokratischen Partei Chinas Wang Jinbo.³⁷¹

Manfred Novak, Sonderberichterstatter für Folter der Vereinten Nationen, besuchte vom 21.11.2005 an die Volksrepublik China und kam bei einer Pressekonferenz in Beijing zu dem Schluss, Folter sei in China noch immer "weit verbreitet". Nach zweiwöchigen Untersuchungen, den ersten eines UN-Folterinspektors in China überhaupt, sagte Novak, es hätten sich bei seinen Gesprächen viele Vorwürfe von Foltermethoden in China bestätigt. Zudem habe er Angst und Selbstzensur bei Gesprächspartnern vorgefunden, die er von Untersuchungen in anderen Ländern nicht kenne. Novak kritisierte in diesem Zusammenhang "ernste Zwischenfälle der Behinderung" seiner Arbeit in China. Er sei von der Staatssicherheit und den Polizeiorganen beschattet worden. Die vertraulichen Gespräche mit Opfern oder Familienmitgliedern seien abgehört zu haben. Auch seien Gesprächspartner daran gehindert worden, ihn zu treffen.³⁷²

5.) Umerziehung durch Arbeit

Die ‚Entscheidung des Staatsrates die Frage der Umerziehung durch Arbeit betreffend‘ von 1957 mit der Ergänzung des Jahres 1979 hat im Strafvollzug der Volksrepublik China

³⁶⁹ Diese Angaben decken sich auch mit den Schilderungen der von 2002 bis 2004 inhaftierten Falun Gong-Praktizierenden Xiong Wei. Frau Xiong teilte dem Verfasser mit, mit welchen Methoden Gehirnwäsche durchgeführt werde. Hierzu gehören neben Schlafentzug, extrem langen Zeiten des Verharrenlassens in einer Position und dem Zufügen von Schmerzen auch das Aussetzen besonders lauter Propagandasendungen.

http://www.clearharmony.de/daily/200404/20040407_zip.html;

weitere Angaben über den Missbrauch der chinesischen Psychiatrie zu politischen Zwecken: <http://ps.psychiatryonline.org/cgi/content/full/54/10/1418-a>.

³⁷⁰ Citizens Commission on Human Rights, <http://www.psychassault.org/wpa.htm>;

www.asianresearch.org/articles/2012.html; english.epochtimes.com/news/4-3-31/20674.html.

³⁷¹ Amnesty International, Urgent Action vom 05.02.2003;

³⁷² dpa vom 02.12.2005; Die Neue Epoche vom 16.12.2005.

weitreichende Folgen. Mit der Intension eingeführt, nicht straffällige Systemgegner oder Personen, die lediglich geringfügig gegen das geltende Recht verstießen, nicht nur zu bestrafen, sondern sie im Sinne der Herrschaft umzuerziehen, war es durch diese Praxis möglich, Millionen von Menschen unverhältnismäßig hart und ohne weitere Rechtsgrundlagen, wie etwa ein kodifiziertes Strafrecht, ihrer Freiheit zu berauben. In kurzen Verfahren, bei denen in der Regel eine Verteidigung unmöglich war, wurden seitdem langjährige Freiheitsstrafen verhängt. Innerhalb dieses Freiheitsentzuges mussten die Inhaftierten ‚Umerziehungsmaßnahmen‘ erdulden, die darauf gerichtet waren, sie psychisch ‚umzubauen‘. Der Wille und das Selbstbewusstsein der Betroffenen wurden durch tägliche Erniedrigung, Misshandlung und Zwangsarbeit gebrochen. Stellvertretend für zahlreiche Berichte seien die von Wu Hongda genannt. Wu verbrachte insgesamt 19 Jahre in verschiedenen Haftanstalten mit dem Ziel, umerzogen zu werden, da er sich 1956 gegen die Besetzung Ungarns durch die Sowjets ausgesprochen hatte.³⁷³

Seit Inkraftsetzung der Regelungen der Umerziehung durch Arbeit, chinesisch ‚*laodong jiaoyang*‘ oder kurz ‚*laogai*‘, wurden 3,5 Millionen Menschen in Arbeitslager eingewiesen. Zur Zeit werden nach Regierungsangaben rund 300.000 Personen in landesweit 300 Lagern umerzogen. Angaben des Jahres 1996 zufolge sollten in dieser Zeit bis zu sechs Millionen Menschen in solchen Lagern leben. Diese Zahlen werden auch in heutiger Zeit angesichts rund eintausend dokumentierter Lager aufrecht erhalten.³⁷⁴

Das chinesische Strafsystem sieht sechs verschiedene Maßnahmen zur Umerziehung durch Arbeit vor:

- Unterbringung in der ‚Reform durch Arbeit-Abteilung‘ (*laogai* oder *laodong gaizao du*) für Kriminelle, die ihren formalen Schuldspruch erhalten haben und von einem regulären Strafgericht verurteilt werden.
- Haft in ‚Gefängnissen‘ (*Jianyu*) in gleicher Funktion für verurteilte Straftäter.
- Haft in ‚Reform durch Arbeit-Einrichtungen‘ (*laojiao* or *laodong jiaoyang suo*) für Häftlinge, die ‚Administrativstrafen‘ über drei Jahre Haftzeit von Polizei oder anderen Sicherheitseinrichtungen erhalten haben. Diese Personen hatten keine gerichtliche Vernehmung.

³⁷³ Wu, Nur der Wind ist frei, ders., Wer schweigt macht sich schuldig. Nach seiner Freilassung und nachfolgenden Ausreise in die USA dokumentiert Wu in der von ihm gegründeten Laogai Research Foundation Fälle von Menschenrechtsverletzungen, <http://www.laogai.org/news/index.php>; http://www.novexcn.com/rehabilitation_t_labour.html.

³⁷⁴ Offizielle Zahlenangabe durch den Leiter des Büro für Umerziehung durch Arbeit unter dem Justizministerium, Wang Yunsheng. China Daily 02/05/2001, <http://www.china.org.cn/english/DO-e/7060.htm>: „the nearly 300 re-education through labour centres across the country have so far helped reform some 3.5 million offenders“; Hung, Veron Mei-ying: Reassessing Reeducation Through Labour. In: China Rights Forum 2/2003, <http://www.hrichina.org/public/contents/category?cid=9003>, Neue Zürcher Zeitung vom 16.01.1996, 23.01.1996; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.12.1996; Süddeutsche Zeitung vom 09.09.1996; dpa vom 25.09.2003, vom 07.12.2004; <http://www.igfm-muenchen.de/china/Laogai/Laojiao-laogai.html>.

- Unterbringung in ‚Haftzentren‘ (*kanshou suo*) für Gefangene mit kürzeren Haftzeiten, Untersuchungshäftlinge und zum Tode verurteilte Personen, die auf ihre Exekution warten müssen.
- Haft in ‚Einrichtungen für jugendliche Straftäter‘ (*shaoguan suo*).
- fortgesetzte Haft in bisherigen Haftenrichtungen, wenn festgestellt wurde, dass die betreffende Person nicht völlig umerzogen wurde (*liuchang jiuye renyuan*).³⁷⁵

Diese Laogai-Lager haben neben der Bestrafung von Kriminellen und Abweichlern auch eine ökonomische Funktion. Ein Großteil des wirtschaftlichen Erfolgs Chinas beruht auf Zwangsarbeit, indem die Insassen neben Entwürdigung, körperlicher Gewalt, räumlicher Enge und Mangelernährung auch noch Arbeit bis zur völligen Erschöpfung erdulden müssen. Die Falun Gong-Praktizierende Xiong Wei schilderte dem Verfasser im November 2004, wie sie im Jahr 2002 Zwangsarbeit in einer ‚Sammel- und Verteilungsstelle‘ im Beijinger Stadtteil Tuanhe verrichten musste: „Meine Arbeit war, Essstäbchen mit einem kleinen Zettelchen einzupacken. Jeder musste 6.000 Paar Essstäbchen einpacken. Das war das Tagessoll. Ich muss verdeutlichen, dass das das Minimum war. Auf dem Zettel stand Weisheng kuai, Yishoudu (Hygienestäbchen, sterilisiert). Um schneller arbeiten zu können, mussten wir die Zettelchen sehr schnell auseinander falten. Dafür mussten wir ein feuchtes Tuch auf das Papier legen. Dieses Tuch nutzten wir aber für alle Fälle, nämlich zum Boden putzen oder Füße zu trocknen. (...) Es war normalerweise so, dass das Tragen dieser Holzstäbchen vom ersten in den dritten Stock von jedem übernommen werden sollte. In unserer Gruppe war ich jedoch die einzige. Jede Packung hatte 25 kg. Jedesmal mussten wir zwei bis vier Mal runter und dann wieder hoch gehen. Wenn wir runter liefen, nahmen wir die fertigen Essstäbchen mit hinunter und kamen dann wieder mit rohen Stäbchen nach oben. Jeden Tag bekam ich 4-7 Mal diese Aufgabe. Die körperliche Überarbeitung ist eine Form von Strafe. (...) Am 18.04.2002 wurde ich in das Frauenzwangsarbeitslager von Tiantanghe gebracht. Das Zwangsarbeitslager war im Unterbezirk Tiantanghe in Beijinger Bezirk Daxing. In dieser Umgebung gibt es sechs bis sieben neue Gefängnisse. Es gibt Gefängnisse für Jugendliche, für Männer und Frauen. Es gibt auch Zwangsarbeitslager. Wir mussten von 06.04 Uhr an Pullover stricken. Das ging bis 21.30 Uhr, Jeder bekam eine bestimmte Menge von Pulloverteilen. Die Tätigkeit war nicht nur für die Augen, sondern auch für den Geist anstrengend. Jedesmal vor dem Mittag- oder Abendessen sah ich die Leute doppelt. Damit wollten diese Polizistinnen erstens Geld verdienen und zum zweiten uns im Kopf so stark beschäftigen. Wir mussten nämlich ständig die Maschen zählen. Das Aussehen der einzelnen Teile ändert sich auch dauernd.“

Nach Untersuchungen verschiedener Verbände gehen 60 Prozent aus Laogai-Produktion in den Export, wodurch chinesische Waren zu Dumpingpreisen angeboten werden können. Geht man davon aus, dass die regulären chinesischen Fabriklohne ohnehin nur 2 bis 5 Prozent des Einzelhandelspreises ausmachen, so ist dieses Lohnsegment durch Laogai-Arbeit auf nahezu Null reduziert, was höheren Export und höhere Gewinne zur Folge hat. Vergleicht man ferner Arbeitszeiten von bis zu 13 Stunden im Industriebereich bei für chi-

³⁷⁵ Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, München, in Berufung auf Laogai Foundation, <http://www.igfm-muenchen.de/china/Laogai/Laojiao-laogai.html>.

nesische Verhältnisse guten Löhnen zu über 17 Stunden Zwangsarbeit wie im Fall von Frau Xiong Wei, so ist das Missverhältnis zwischen Arbeitsleistung und Ertrag offensichtlich.³⁷⁶

Zu den wichtigsten Produkten gehören Armbanduhren, Brieftaschen, Bücher (oft Raubkopien), Einweg-Esstäbchen, elektrische Geräte, Feuerwerkskörper, Feuerzeuge, Flachspolster für Autositze, Fotoalben, Fußmatten für Autos, geröstete Samenkörner und Nüsse, gewebte Teppiche, Glühbirnen, handgestrickte Schals, Hochzeitskleider, Kleidungsstücke, wie zum Beispiel Pullover, Baumwollhosen, Unterwäsche, Kunstblumen, Kuscheltiere, Laternen, Lederschuhe, Lichterketten für Weihnachten, Mahjong-Spielautomaten, Modeschmuck, Plakate, Puppen, Serviettenringe, Spielwaren, Sportartikel wie zum Beispiel Fußball, synthetische Perücken, Mannequin-Perücken, Toupets für Männer, Taschen, Telefongehäuse, Verpackungen für Make-up-Schwämme, Verpackungen für Seife, Wachskerzen, Wohntextilien wie Tagesdecken, Tischdecken, Vorhänge, Kissenbezüge und Zahnstocher für Restaurants.³⁷⁷

Wiederholt hat Amnesty International im Jahr 2006 gemahnt, China möge die Strafe ‚Umerziehung durch Arbeit‘ abschaffen.³⁷⁸

6.) Kein Schutz für Flüchtlinge

Die Volksrepublik China hat zwar die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 unterzeichnet, nicht aber ratifiziert. Dies ermöglichte es den staatlichen Behörden, geflohene Bürger der Demokratischen Volksrepublik Korea ohne Prüfung ihrer Fluchtgründe zu repatriieren. Bei einer Abschiebung der Flüchtlinge droht den Nordkoreanern in ihrem Herkunftsland schwerste staatliche Verfolgung bis zur Hinrichtung. Solche Abschiebungen kamen mehrfach in der Vergangenheit vor, von denen die spektakulärsten solche waren, bei denen die Koreaner versucht hatten, in ausländische Botschaften zu gelangen.³⁷⁹

Diese Praxis steht in Widerspruch zur großzügigen Aufnahme von Flüchtlingen aus Indochina. Seit 1978 hat die Volksrepublik nämlich 299.400 Flüchtlinge chinesischer Ethnie aufgenommen und sie größtenteils in 196 staatlichen Farmen untergebracht, wo sie neben Obdach auch Arbeit fanden. Große Anerkennung seitens der Vereinten Nationen für das

³⁷⁶ Sheridan, China curbs its toy sweatshops as workers stay away; China Labour Bulletin vom 25.06.2003, http://www.china-labour.org.hk/iso/imprisoned_detainee.adp, www.china-labour.org.hk/iso/article.adp?article_id=6054&category_name=China%20Labour%20Bulletin%20in%20New%20Internationalist, August 2001, <http://www.newint.org/issue337/violent.htm>.

³⁷⁷ www.igfm.de/pm/pm2004/pm0412/p041207ch.htm;
www.chinafokus.de/buch/themenfinder.php?kaid%5B%5D=40.

³⁷⁸ Amnesty International, Abolishing „Re-education through Labour“.

³⁷⁹ US Committee for Refugees vom 22.01.2003; Neue Zürcher Zeitung vom 17.08.2001; Amnesty International, Pressemitteilungen vom 27.06.2001, 27.03.2003, 21.06.2002; Amnesty International, Koordinationsgruppe China: Kurzinfo Flüchtlinge vom 15.12.2002, AI-Journal vom 01.01.2003; Gesellschaft für bedrohte Völker: China – Menschenrechtslage dramatisch, S. 15; Médecins sans frontières vom 04.02.2002; Süddeutsche Zeitung vom 14.06.2002, 24.06.2002; World Organisation Against Torture vom 20.06.2002; Reuters vom 24.01.2005; dpa vom 24.01.2005.

chinesische Bemühen macht ein Letter of Intent zwischen der chinesischen Regierung und dem Büro des Hohen Flüchtlingskommissar deutlich.³⁸⁰

7.) Beschneidung der Meinungs- und Informationsfreiheit

Mit aller Härte geht die Führung der Volksrepublik China gegen Personen vor, die von der kommunistischen Parteiführung vorgegebenen Grenzen verletzen. In erster Linie sind davon Journalisten betroffen. Eine große Anzahl von Journalisten wurden in den letzten Jahren wegen kritischer Nachrichten verhaftet.

So wurden 1983 die Journalisten Chen Renjie und Lin Youping inhaftiert. Im September 1982 veröffentlichten sie nämlich mit einem dritten Journalisten, Chen Biling, ein Flugblatt mit der Überschrift ‚*Ziyou Bao*‘ (Freiheitsbericht), wovon lediglich 300 Exemplare in der Stadt Fuzhou/Provinz Fujian verteilt wurden. Im Juli 1983 wurden sie verhaftet und beschuldigt, mit taiwanesischen Spionageorganisationen Verbindung aufgenommen und ein konterrevolutionäres Pamphlet herausgegeben zu haben. Den amtlichen Unterlagen zufolge machten sich die Verhafteten die Mittel der ‚Propaganda und Aufwiegelung zum Sturz der demokratischen Diktatur des Volkes und des sozialistischen Systems‘ zunutze. Im August 1983 wurde Chen Renjie zu lebenslanger Haft verurteilt. Lin Youping dagegen wurde zum Tod verurteilt, die Vollstreckung der Strafe jedoch aufgeschoben. Chen Biling wurde nicht nur zum Tode verurteilt, sondern tatsächlich später hingerichtet.³⁸¹ Hu Liping, fester Mitarbeiter der Tageszeitung *Beijing Ribao* (Pekinger Tageszeitung), wurde wegen ‚konterrevolutionärer Aufwiegelung und Propaganda‘ verhaftet, unter Anklage gestellt und vom Mittleren Volksgericht der Stadt Beijing am 15.08.1990 zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Student Chen Yanbin wurde wegen der Herausgabe der Untergrundpublikation *Tieliu* (Eiserne Strömungen) über das Tian’anmen-Massaker und der Verbreitung von mehreren hundert Exemplaren des Blattes wegen ‚konterrevolutionärer Aufwiegelung und Propaganda‘ im September 1990 verhaftet und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Als Nebenstrafe wurden ihm für die ersten vier Jahre nach der Entlassung seine politischen Rechte aberkannt. Nach einer Verlautbarung des Justizministeriums sei inzwischen Chens Strafe wegen guter Führung um drei Monate herabgesetzt worden.³⁸²

Wegen ‚Gründung und Führung einer konterrevolutionären Gruppierung und Verbreitung konterrevolutionärer Propaganda‘ wurde Liu Jingsheng im Jahr 1992 verhaftet und unter Anklage gestellt. In einem nicht öffentlichen Prozess wurde er im Juli 1994 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Liu war zuvor Mitglied von gewerkschafts- und demokratiefreundlichen Gruppen gewesen, worunter sich die Liberaldemokratische Partei Chinas, der Freie Gewerkschaftsbund Chinas und die Chinesische Progressive Allianz befanden, und hatte sich in Artikeln positiv über die demokratiefreundlichen Demonstrationen von 1989 geäußert. Lius Strafe wurde wegen guter Führung drei Mal um insgesamt ein Jahr und acht Monate herabgesetzt.³⁸³

³⁸⁰ United Nations High Commissioner for Refugees, 2003 Global Review, www.unhcr.se/pdf/Global_trend_2003.pdf; United Nations High Commissioner for Refugees, Letter of Intent between the Government of the People’s Republic of China and the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees vom 08.05.1985.

³⁸¹ www.opcofamerica.org/press_freedom/articles/OPC_JailedJournalists04.pdf .

³⁸² www.reporter-ohne-grenzen.de/archiv/rb/rb24/rb24nachrichten.html .

³⁸³ www.englishpen.org/writersinprison/honorarymembers/china/liujingsheng.

Der Redakteur der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, Wu Shisen, wurde 1992 unter dem Vorwurf festgenommen, er habe ein Vorabexemplar der Rede von Präsident Jiang Zemin auf dem 14. Kongress der Kommunistischen Partei Chinas einem Journalisten der inzwischen nicht mehr existierenden Hongkonger Zeitung *Kuai Bao* (Express) zugespielt. Seine Frau Ma, Redakteurin bei der Zeitung *Zhongguo Jiankang Jiaoyu Bao* (Chinesische Gesundheitsnachrichten), wurde an demselben Tag als angebliche Komplizin Wus verhaftet. Nach einem nichtöffentlichen Prozess vor dem Mittleren Beijinger Stadtgericht wurde Wu am 30.08.1993 wegen „rechtswidriger Weitergabe von Staatsgeheimnissen an Ausländer“ zu lebenslanger Haft verurteilt. Seine Frau erhielt eine Gefängnisstrafe von sechs Jahren. Dem ursprünglichen Strafmaß entsprechend hätte sie im November 1998 entlassen werden müssen, doch liegen bislang keine Informationen über ihren Verbleib vor.³⁸⁴

Fan Yingshan druckte 1994 über 60.000 Exemplare der Zeitschrift *Remen Huati* (Beliebte Themen). Dafür verwendete Fan nach Angaben der Behörden gefälschte Druckgenehmigungen, die er angeblich von einem Redakteur der Zeitschrift *Journal of European Research* bei der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften gekauft hatte. Am 07.02.1996 wurde Fan vom Bezirksgericht Chang'an in der Stadt Shijiazhuang wegen „Spekulation und Geschäftemacherei“ zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. *Remen Huati* wurde von behördlicher Seite als „reaktionär“ eingestuft.³⁸⁵

Hua Di, der Besitzer einer Daueraufenthaltsgenehmigung für die USA und Wissenschaftler an der Universität Stanford, wurde während eines Besuchs in China im Jahr 1998 verhaftet und wegen Verrats von Staatsgeheimnissen angeklagt. Die Staatsanwaltschaft berief sich auf Artikel Huas über das chinesische Raketenabwehrsystem. Am 25. November verurteilte das Mittlere Volksgericht Nr. 1 in Beijing Hua nach einem nicht öffentlichen Prozess zu 15 Jahren Freiheitsentzug. Im März 2000 hob das Oberste Volksgericht Beijings das Urteil auf und ordnete ein Wiederaufnahmeverfahren an, was für einen so hochpolitischen Fall ungewöhnlich war. Nach der Neuverhandlung änderte das Mittlere Volksgericht Nr. 1 in Beijing das zuerst gefällte Urteil leicht ab und verhängte ein Strafmaß von 10 Jahren Gefängnis.³⁸⁶

Schriftsteller Liu Xianli wurde 1998 inhaftiert und vom Mittleren Volksgericht der Stadt Beijing wegen staatsgefährdender Tätigkeiten zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Grund für die Verhaftung war Lius Versuch, ein Buch über chinesische Dissidenten zu veröffentlichen. Zu diesen gehörte auch Xu Wenli, einer der bekanntesten politischen Gefangenen Chinas und führender Vertreter der Chinesischen Demokratischen Partei.³⁸⁷

³⁸⁴ www.globalforum.com/archives/121697.html;
www.faluninfo.net/DisplayAnArticlePrint.asp?ID=6590;
www.nautilus.org/archives/napsnet/dr/0211/NOV05.html.

³⁸⁵ <http://www.wan-press.org/rubrique640.html>.

³⁸⁶ <http://www.bdzv.de/veranstaltungen/archiv/2003/pressefr/infopaket/infopaket.htm>.

³⁸⁷ <http://www.wan-press.org/rubrique640.html>; www.bdzv.de/veranstaltungen/archiv/2000/pressefr/prison_gr.pdf; www.opcofamerica.org/press_freedom/letters/letters.php. Xu wurde am 24.12.2002 aus der Haft entlassen und ihm gestattet, in die USA auszureisen. China aktuell, Januar 2003, S. 12.

Gao Qinrong, der Reporter bei der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua wurde wegen eines Berichts über ein durch Bestechung zustande gekommenes Bewässerungsprojekt in der unter einer Dürre leidenden Ortschaft Yuncheng in der Provinz Shanxi 1998 verhaftet. Der Artikel Gaos wurde von Xinhua nie veröffentlicht, sondern erschien letztlich am 27.05.1998 in einer Sonderausgabe der amtlichen ‚Volkszeitung‘, die nur an ausgewählte Mitglieder der Parteiführung verteilt wird. Dennoch war der Bestechungsskandal spätestens im Herbst 1998 landesweit bekannt. Duan zufolge wurde Gao am 04.12.1998 verhaftet und schließlich wegen Bestechung, Unterschlagung und Zuhälterei unter Anklage gestellt. Am 28.04.1999 wurde er in einem eintägigen, nicht öffentlichen Verfahren zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt.³⁸⁸

Yue Tianxiang wurde wegen des Vorwurfs der ‚Untergrabung der Staatsmacht‘ im Jahr 1999 vom Mittleren Volksgericht der Stadt Tianshui in der Provinz Gansu zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Die mit ihm verhafteten Kollegen Wang Fengshan und Guo Xinmin wurden zu jeweils zwei Jahren Freiheitsentzug verurteilt und sind inzwischen wieder auf freiem Fuß. Als Grund für die Verhaftung der drei Journalisten im Januar 1999 nannte die Hongkonger Tageszeitung South China Morning Post die Herausgabe der Zeitschrift ‚Zhongguo Gongren GuanCha‘ (Chinesischer Arbeiter-Beobachter), die sich für die Rechte der Arbeiter einsetzte.³⁸⁹

Wu Yilong, Organisator für die verbotene Chinesische Demokratische Partei, wurde 1999 von der Polizei in Guangzhou festgenommen. Mao Qingxiang, Zhu Yufu und Xu Guang, ebenfalls führende Parteimitglieder, wurden am 04.06.1999 verhaftet, also dem zehnten Jahrestag der brutalen Niederschlagung der Demokratiekundgebungen auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Die vier Journalisten wurden später unter dem Vorwurf staatsgefährdender Tätigkeiten - unter anderem Gründung der Zeitschrift ‚Zaiye Dang‘ (Oppositionspartei) und Verbreitung demokratiefreundlicher Schriften über das Internet - vor Gericht gestellt. Am 09.11.1999 wurden sie im Sinne der Anklage für schuldig befunden. Wu erhielt eine Freiheitsstrafe von elf, Mao von acht, Zhu von sieben und Xu von fünf Jahren. Im Dezember 2002 wurde Mao, dessen Gesundheitszustand sich drastisch verschlechtert hatte, weil er seine Zelle nicht mehr verlassen durfte, in ein Krankenhaus verlegt.³⁹⁰

Der Student an der Universität Qiqihar in der Provinz Heilongjiang, Zhang Ji, wurde am 08.11.1999 wegen ‚Verbreitung reaktionärer Schriften über das Internet‘ angeklagt. Der Vorwurf lautete auf Verbreitung von Nachrichten und Informationen über die verbotene Gemeinschaft Falun Gong. Die Verhaftung Zhangs erfolgte im Zuge des harten Vorgehens der staatlichen Behörden gegen Falun Gong im Oktober 1999. Angeblich hatte Zhang über das Internet Nachrichten über die Verfolgung von Angehörigen in den USA und Kanada versandt und auch erhalten. Die eingehenden Mitteilungen habe er dann in China weitergeleitet.³⁹¹

Huang Qi wurde im Jahr 2000 wegen Artikeln, die auf der von ihm betriebenen Webseite ‚Tianwang‘ erschienen waren, von Sicherheitsbeamten verhaftet und im Januar 2001 wegen „staatsgefährdender Umtriebe“ unter Anklage gestellt. Am 14.08.2001 wurde Huangs

³⁸⁸ Reporters sans frontiers, http://www.rsf.org/article.php3?id_article=59.

³⁸⁹ www.amnesty365.org/country/china/gansu_gov.html.

³⁹⁰ www.penchinese.net/en/wipc/wuyilong.htm.

³⁹¹ www.wan-press.org/rubrique640.html.

Fall vor dem Mittleren Gericht der Stadt Chengdu in der Provinz Sichuan in nicht öffentlicher Sitzung verhandelt. Am 09.05.2003, fast zwei Jahre nach dem Prozess, wurde Huang Qi zu fünf Jahren Gefängnis mit anschließendem einjährigen Entzug der politischen Rechte verurteilt. Während der Haft hat Huang Misshandlungen erlitten und versucht, sich das Leben zu nehmen. Dies schrieb er im Februar 2001 in einem offenen Brief aus dem Gefängnis, der auf der Webseite Tianwang veröffentlicht wurde. Seit seiner Verhaftung zwei Jahre zuvor konnten ihn seine Frau, sein kleiner Sohn und andere Familienangehörige zuerst nur einmalig im November 2003, besuchen.³⁹²

Als freiberuflichen Autor über außenpolitische Themen Chinas warf man Xu Zerong Verrat von Staatsgeheimnissen und Wirtschaftsstraftaten vor. Er wurde in der Stadt Guangzhou verhaftet und 19 Monate lang ohne Verbindung zur Außenwelt gelassen, bevor er im Januar 2002 vor Gericht gestellt wurde. Das Mittlere Gericht von Shenzhen verurteilte ihn im Jahr 2000 wegen ‚Verrats von Staatsgeheimnissen‘ zu zehn und wegen ‚Wirtschaftsstraftaten‘ zu weiteren drei Jahren Gefängnis. Xu, Inhaber einer außerordentlichen Forschungsprofessur am Institut für südostasiatische Studien der Zhongshan Universität in Guangzhou, hat als freiberuflicher Autor mehrere Artikel über die chinesische Außenpolitik veröffentlicht und war Mitbegründer des in Hongkong ansässigen Wissenschaftsmagazins ‚*Zhongguo Shehui Kexue Jikan*‘ (Sozialwissenschaftliche Vierteljahresschrift Chinas). Xu war als Inhaber einer Daueraufenthaltsgenehmigung Einwohner Hongkongs. Seine Familie hat Rechtsmittel eingelegt; über den Antrag war Ende 2003 noch nicht entschieden.³⁹³

Guo Qinghai hatte mehrere Aufsätze in ausländischen Internetforen veröffentlicht, in denen er zu politischen Reformen in China aufrief. Unter dem Pseudonym Qing Song schrieb der Bankangestellte über eine Vielzahl von Themen, etwa über politische Gefangene, Umweltprobleme und Korruption. Außerdem veröffentlichte er seine Beiträge in Zeitungen in Taiwan. Im September 2000 verhaftet, stand Guo am 03.04.2001 vor dem Mittleren Volksgericht der Provinz Hebei der Subversion unter Anklage. Am 26.04.2001 wurde er schließlich zu vier Jahren Haft verurteilt.³⁹⁴

Liu Weifang wurde im Jahr 2000 von Sicherheitsbeamten des Bezirks ‚Neunte landwirtschaftliche Brigade‘ der Autonomen Region Xinjiang-Uigur in seiner Wohnung verhaftet, da er im Internet Themen wie Korruption amtlicher Stellen, die Entwicklungspolitik im Westen Chinas und Umweltprobleme behandelte. Liu wurde vom Mittleren Volksgericht des Bezirks ‚Neunte landwirtschaftliche Brigade‘ zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.³⁹⁵

Nach der Veröffentlichung mehrerer Artikel in dem Hongkonger Magazin *Qianshao* (Front) wurde der Journalist Jiang Weiping am 05.12.2000 verhaftet. Seine Beiträge hatten die schweren Korruptionsfälle im Nordosten Chinas zum Thema, in die hochrangige Amtsträger verwickelt waren. Am 25.01.2002 verurteilte ihn das Gericht zu acht Jahren Gefängnis.³⁹⁶

³⁹² Amnesty International, Appellfälle vom 26.11.2002.

³⁹³ odur.let.rug.nl/~nch/action25.htm; www.nearinternational.org/alerts/china220020301en.php.

³⁹⁴ www.bobsonwong.com/research/china/guo-sentence/.

³⁹⁵ <http://liuweifang.ipfox.com>.

³⁹⁶ www.englishpen.org/writersinprison/honorarymembers/china/jiangweiping/;
www.cpj.org/awards01/Jiang.html.

Yang Zili, Xu Wei, Jin Haike und Zhang Honghai wurden am 13.03.2003 verhaftet und am 20.04. der Subversion angeklagt. Am 29.05.2003 verurteilte der Mittlere Gerichtshof Beijings Xu und Jin zu 10 Jahren Haft. Yang und Zhang wurden wegen ähnlicher Straftatbestände zu acht Jahren Haft verurteilt. Die vier Verurteilten waren in der Gruppierung ‚*Xin Qingnian Xuehui*‘ (Neue Jugend-Studiengruppe) aktiv. Sie befasste sich mit der Erörterung politischer und sozialer Reformthemen und veröffentlichte Artikel im Internet. Yang, das bekannteste Mitglied der Gruppe, gab die Internetseite *Yangzi de Sixiang Jiayuan* (Yangzis Ideengarten) mit Gedichten, Abhandlungen und Reportagen verschiedener Autoren heraus. Brisante Themen waren dabei zum Beispiel die Auszählungsfehler bei Wahlen in ländlichen Gebieten.³⁹⁷

In einer geheimen Aktion in Shanghai wurde Liu Haofeng Mitte März 2001 verhaftet, als er gerade für die regimekritische Demokratische Partei Chinas mit einer Untersuchung der sozialen Bedingungen in ländlichen Regionen des Landes befasst war. Am 16.05.2001 wurde Liu zur ‚Umerziehung durch Arbeit‘ verurteilt, wobei sich der Bescheid des Komitees der Umerziehung durch Arbeit auf mehrere Beweismittel stützte, darunter ein Grundsatzpapier und eine Abhandlung Lius, die unter verschiedenen Pseudonymen auf der Internetseite der Demokratischen Partei erschienen waren. Zudem wurde Liu der Bildung einer kriminellen Vereinigung beschuldigt, nämlich der Gründung einer ‚Zweiten Front des Gemeinschaftssitzes der Demokratischen Partei Chinas‘.³⁹⁸

Wegen der Übermittlung von Essays an ausländische Organisationen per E-Mail wurde der freie Journalist Wang Jinbo Anfang Mai 2001 verhaftet. In seinen Abhandlungen hieß es, die chinesische Regierung solle ihre offizielle Haltung zu den Protesten des Jahres 1989 revidieren. Im Oktober 2001 wurde Wang formell der ‚Anstiftung zur Untergrabung der Staatsmacht‘ angeklagt, worauf am 13.12.2001 Wang zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde.³⁹⁹

In Urumqi wurde am 09.07.2002 Tao Haidong wegen ‚Anstiftung zur Untergrabung der Staatsmacht‘ verhaftet und unter Anklage gestellt, weil er unbequeme Aufsätze und Artikel auf in- und ausländischen Internetseiten veröffentlichte. Das Mittlere Gericht der Stadt Urumqi verurteilte Tao zu sieben Jahren Gefängnis.⁴⁰⁰

Nach der Herstellung und dem Verkauf zweier Untergrundzeitungen in Chongqing verhaftete man am 19.07.2002 Zhang Wei unter dem Vorwurf, er habe verbotene Publikationen herausgegeben. Wie die bei der Provinzverwaltung Chongqing angesiedelte Behörde für Presse und Verlagswesen, die sämtliche örtlichen Publikationen beaufsichtigt, auf ihrer Internetseite mitteilte, war Zhang Herausgeber der zwei Zeitungen ‚*Shishi Zixun*‘ (Aktuelle Ereignisse) und ‚*Redian Jiyao*‘ (Wichtiges in Kürze), in denen auch von ihm heruntergeladene Artikel aus dem Internet erschienen. Bei seiner Verhaftung beschlagnahmte die Polizei 9.700 Exemplare von *Shishi Zixun*. Am 25.12.2002 wurde Zhang vom Bezirksgericht

³⁹⁷ www.intelmessages.org/China/freeyzl/indictment.htm.

³⁹⁸ www.penchinese.net/en/wipc/liuhaofeng.htm;
www.rsf.org/rsf/uk/html/asia/cplp01/lp01/240801.html.

³⁹⁹ web.amnesty.org/library/index/ENGASA170102003?open&of=ENG-CHN. Amnesty International, Urgent Action vom 05.02.2003 wegen Übergriffen in Haft durch Mitgefangene.

⁴⁰⁰ www.democracy.org.hk/EN/2003/jan/news_09.html.

Yuzhong in Chongqing zu sechs Jahren Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 100.000 Yuan (12.000 US Dollar) verurteilt.⁴⁰¹

Der Autor Chen Shaowen wurde im August 2002 unter dem Verdacht der ‚Nutzung des Internets zur Untergrabung der Staatsmacht‘ verhaftet. Er hatte zahlreiche Aufsätze und Artikel für ausländische chinesischsprachige Internetpublikationen verfasst, darunter auch die Zeitschriften Huang ‚*Hua Gang*‘ und ‚*Minzhu Luntan*‘ (Demokratieforum).⁴⁰²

Ebenfalls im Jahr 2002 nahm Chinas Staatssicherheitsdienst den uighurischen Lehrer und Journalisten Abdulghani Memetemin in Haft, der dem in Deutschland ansässigen Informationszentrum Osttürkistan (East Turkestan Information Centre – ETIC) Artikel über uighurische Bauern zusandte, die unbezahlt für staatliche Projekte arbeiten mussten.⁴⁰³

In seinem Haus in Shijiazhuang/Provinz Hebei wurde Cai Lujun am 21.02.2003 verhaftet. Im Oktober 2003 verurteilte ihn der Mittlere Gerichtshof von Shijiazhuang wegen Subversion zu drei Jahren Gefängnis. Cai hatte unter verschiedenen Pseudonymen zahlreiche Abhandlungen verfasst, in denen er politische Reformen forderte, und über das Internet verbreitet.⁴⁰⁴

Sicherheitsbeamte nahmen Luo Changfu am 13.03.2003 zu Hause in Chongqing fest. In Folge wurde er wegen „Subversion“ unter Anklage gestellt. Am 06.11.2003 verurteilte ihn das Mittlere Gericht Nr. 1 von Chongqing zu drei Jahren Gefängnis, weil er sich vor seiner Verhaftung für die Freilassung der Internet-Autorin Liu Di eingesetzt, die bereits im November 2002 festgenommen und ein Jahr später gegen Kaution wieder freigelassen worden war.⁴⁰⁵

Der Biologielehrer Yan Jun trat in Abhandlungen auf seiner eigenen Internetseite für politische Reformen, Meinungsfreiheit und eine freie Presse ein. Deshalb wurde er am 08.12.2003 vom Mittleren Volksgericht der Stadt Xi’an in einer zwanzig Minuten dauernden Verhandlung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.⁴⁰⁶

Die Polizei verhaftete Luo Yongzhong wurde am 14.06.2003 in Changchun/Provinz Jilin als Verfasser zahlreicher Artikel im Internet. Am 07.07.2003 wurde er offiziell in Polizeigewahrsam genommen. Am 14.10.2003 verurteilte ihn das Mittlere Volksgericht der Stadt Changchun zu drei Jahren Gefängnis und zu zwei Jahren Aberkennung der politischen Rechte im Anschluss an die Haft, die am 13.06.2006 enden soll. In der Urteilsverkündung hieß es, Luo habe zwischen Mai und Juni 2003 in mehreren Abhandlungen „das sozialistische System angegriffen, zur Untergrabung der Staatsmacht angestiftet und einen negativen Einfluss auf die Gesellschaft ausgeübt“.⁴⁰⁷

⁴⁰¹ www.wan-press.org/rubrique640.html.

⁴⁰² www.e-media.at/home/meldung.asp?ID=2602.

⁴⁰³ AI-Journal 02/2004 Briefe gegen das Vergessen,
<http://2222.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/ca4>.

⁴⁰⁴ english.epochtimes.com/news/3-11-14/14610.html.

⁴⁰⁵ www.penchinese.net/en/wipc/luochangfu.htm; www.bobsonwong.com/research/china/four/.
Zu Liu Di vgl. Amnesty International, Urgent Action vom 11.12.2002.

⁴⁰⁶ www.nearinternational.org/alerts/china1320031208000000en.php;
www.penchinese.net/en/wipc/yanjun.htm.

⁴⁰⁷ www.rsf.org/article.php3?id_article=8331.

Der Internet-Autor Du Daobin wurde am 28.10.2003 verhaftet und soll sich im Gefängnis Nr. 1 von Xiaogan befinden. Ihm wird vorgeworfen, in vielen seiner Abhandlungen die offizielle chinesische Politik und soziale Fragen des Landes aufgegriffen zu haben.⁴⁰⁸

In der Stadt Anshan/Provinz Liaoning wurde der Autor und Dichter Kong Youping am 13.12.2003 verhaftet. Er hatte im Internet mehrere Artikel veröffentlicht, in denen er für demokratische Reformen eintrat.⁴⁰⁹

Unter Verdacht der Offenlegung nationaler Geheimnisse wurde der 36-jährige Dichter und Journalist Shi Tao am 24.11.2004 durch Polizisten des Büro für Nationale Sicherheit von Changsha (Provinz Hunan) in seiner Wohnung in Taiyuan (Provinz Shanxi) verhaftet. Der Ehefrau von Shi wurde hierbei mit negativen Konsequenzen gedroht, wenn sie diese Verhaftung publik machen würde.⁴¹⁰

Im April 2005 bot der uighurische Lehrer und Schriftsteller Abdulla Jamal einem Verlag in Gashi (Kashgar) sein Buch ‚Die Katastrophe an der Ölquelle‘ zur Publikation an. Unter dem Vorwurf der Schürung des Separatismus nahmen ihn die Behörden deshalb fest. Amnesty International befürchtet, dass Jamal in der Haft gefoltert wurde.⁴¹¹

Wegen ihres öffentlichen Eintretens für die Rehabilitierung der Opfer des Tian´anmen-Massakers und für eine Entschädigung der Hinterbliebenen wurden die ‚Tian´anmen-Mütter‘, insbesondere die Wissenschaftlerin und Publizistin Ding Zilin, bedroht und mit Hausarresten in ihrer Bewegungsfreiheit behindert. Der jüngste Vorfall ereignete sich zwischen dem 27.01. und dem 04.06.2005, als Frau Ding unter Hausarrest gestellt wurde, nachdem sie dem verstorbenen Partei- und Regierungschef Zhao Ziyang die letzte Ehre erweisen wollte und sich in der Folge zusammen mit ihrem Ehemann für die Freilassung der Demokraten Liu Xiaobo und Yu Jie einsetzte.⁴¹²

Im Mai 2006 äußerte Umweltaktivist Fu Xiancai in einem Interview mit der deutschen ARD zum Drei-Schluchten-Staudamm seinen Unmut über mangelnde Entschädigung. Nach dieser Erklärung wurde Fu von Schlägern dermaßen misshandelt, dass er gelähmt bleiben wird. Fu wurde am 08.06.2006 im Kreis Zigui (Provinz Hubei) nach Angaben seiner Familie „von Mitgliedern einer Schläger-Brigade überfallen und zusammengeschlagen“. Nach Angaben seiner Familie habe Fu Xiancai lebensgefährliche Verletzungen davongetragen, unter anderem eine angebrochene Wirbelsäule im Halsbereich. Eine Sprecherin des Außenministeriums erklärte nach dem Protest des Intendanten des Norddeutschen Rundfunks, China sei ein Rechtsstaat, in dem die Bürger „weit reichende Menschenrechte und Freiheiten genießen (...) Doch sollten alle Bürger die jeweiligen Gesetze und Vorschriften

⁴⁰⁸ www.dajiyuan.com; www.asiademo.org.

⁴⁰⁹ Sämtliche vorgenannte Beispiele inhaftierter Journalisten in <http://www.wanpress.org/rubrique640.html>; www.asiademo.org.

⁴¹⁰ Pressemitteilung der Wei Jingsheng Foundation vom 04.12.2004, <http://weijingsheng.org/report/report2004/report2004-12/ShiT041203detentionA89-O16-080.htm>; Amnesty International, People´s Republic of China – Human Rights Defenders at Risk, S. 1.

⁴¹¹ Amnesty International, Urgend Action vom 16.06.2005.

⁴¹² Amnesty International, Kampagnen und Aktionen vom 27.06.2005, <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/813>.

beachten.“ Ein Angebot der deutschen Botschaft in China, Fu könne in Deutschland medizinisch behandelt werden, lehnte Chinas Regierung ab.⁴¹³

Nicht nur chinesische Staatsangehörige sind Opfer von Übergriffen auf die Meinungs- und Informationsfreiheit. So wurde der Korrespondent der französischen Zeitung Libération am 15.01.2003 behindert, das Gerichtsgebäude in Liaoyang zu betreten, um den Prozess gegen Yao Fuxing und Xiao Yunliang zu beobachten, die als Arbeiterführer Demonstrationen im Frühling 2002 organisiert hatten.⁴¹⁴

Auch der koreanische Fotojournalist Jae Hyun Seok wurde von Polizeibeamten festgenommen, als er in Yantai in der Provinz Shandong am 17.01.2003 zwei Gruppen mit ungefähr 60 nordkoreanischen Flüchtlingen fotografiert hatte, die versuchten, an Bord von zwei Fischerbooten zu gehen, die zur südkoreanischen Insel Cheju und zur japanischen Insel Sasebo auslaufen sollten. Die von ihm fotografierten Flüchtlinge und ein südkoreanischer Helfer wurden ebenfalls verhaftet. Der Journalist hatte zuvor regelmäßig für die New York Times und andere Publikationen gearbeitet. Wegen Menschenhandels wurde er am 22.05.2003 von einem Gericht in Yantai zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Am 19.12.2003 wies das zuständige Gericht der Provinz Shandong die von ihm eingelegte Berufung unter Bestätigung des gegen ihn verhängten Urteils zurück.⁴¹⁵

Ein Mitarbeiter der New York Times, Zhao Yan, wurde unter dem Vorwurf der Spionage am 17.09.2004 verhaftet.⁴¹⁶

Ching Cheong, China-Korrespondent der Strait Times, der größten Tageszeitung Singapurs, wurde am 22.04.2005 bei Recherchen zum Tian'anmen-Massaker, das immerhin 16 Jahren zurücklag, in der Provinz Guangdong verhaftet.⁴¹⁷

Auch in Deutschland werden unliebsame Kritiker, darunter sowohl deutsche wie auch chinesische Falun Gong-Anhänger, von der chinesischen Staatsmacht eingeschüchtert. In insgesamt elf Ländern, darunter Deutschland, wurden nämlich Kritiker der chinesischen Herrschaft Opfer eines Telefonterrors, der vor allem zwischen 06. und 07.02.2005 in Intervallen von einigen Minuten bis zu sieben Stunden automatisch mit gleichlautenden Tonbandbotschaften in englischer und chinesischer Sprache durchgeführt wurde.⁴¹⁸

Wie aus der großen Zahl der verhafteten Journalisten erkennbar ist, die das Internet als Forum öffentlicher Meinungsbekunden nutzten, reagiert die Staats- und Parteiführung auf das neue Medium Internet mit größter Empfindlichkeit. Die Vertreter der Volksrepublik China stimmten zwar beim UN-Informationsgipfel in Bern nach langer Ablehnung der Erklärung zu, dass Informationen frei seien.⁴¹⁹

⁴¹³ dpa vom 13.06.2006, 11.18 h; Zeit vom 22.06.2006; Spiegel vom 26.06.2006.

⁴¹⁴ Lorenz/Wagner, Billig, willig, ausgebeutet, S. 88;
http://www.rsf.org/article.php3?id_article=10166.

⁴¹⁵ www.csmonitor.com/2004/0322/p06s03-woap.html.

⁴¹⁶ New York Times vom 03.06.2005; Financial Times vom 04./05.06.2005.

⁴¹⁷ Financial Times vom 04./05.06.2005; Lorenz, Star-Journalist unter Spionage-Verdacht,
<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,358497,00.html>.

⁴¹⁸ Menschenrechte Heft 1/2005, S. 12.

⁴¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.12.2003.

An der politischen Leitlinie der vorigen Regierung verändert sich jedoch bei der jetzigen Regierung noch nichts. Dies zeigt sich im verschärften Vorgehen gegen ‚Internet-Aktivisten‘.⁴²⁰

Die Zahl der Internet-Nutzer in China stieg von 8,9 Millionen im Jahr 1999 auf 17 – 20 Millionen im Jahr 2000, auf 23 Millionen im Jahr 2001, auf 46 Millionen im Jahr 2002 und schließlich auf 68 Millionen im Jahr 2003.⁴²¹ Zum Jahresbeginn 2004 sind mittlerweile 80 Millionen Chinesen Internet-Nutzer.⁴²²

Die wirtschaftliche Nutzung des Internet ist in China bereits hoch entwickelt. Sogar Spams ausländischer Unternehmen werden zunehmend von China aus versandt.⁴²³ Es handelt sich hierbei um unangeforderte Nachrichten an eine Vielzahl von Nutzern, meist zu kommerziellen Zwecken.

Die Führung der Volksrepublik China erließ in der Vergangenheit Tabus bei der Nutzung des Internets, wozu bestimmte Quellen der Meditationsbewegung Falun Gong, der Opposition, bestimmter Religionsgruppen, Menschenrechtsgruppen, kritische Nachrichten aus dem Ausland, Pornografie oder andere strafbewehrte Themen gehören.⁴²⁴

Aus diesem Grund wurden so genannte ‚Firewalls‘ zur Filterung von unerlaubten Nachrichten geschaltet. Bei der Vergabe von Lizenzen für die Suchmaschinenanbieter Google und Yahoo auf dem chinesischen Markt hatten solche Firewalls eingerichtet zu werden.⁴²⁵

So existiert beispielsweise eine Sperre für bestimmte politische, religiöse, obszöne Begriffe, Körperteile oder Personennamen. Zudem werden Nachrichten zeitversetzt zugespielt, was Zensur möglich macht. Besonders die Eingabe für Ländersuffixe macht Zensoren neugierig. Für chinesische Internet-Nutzer ist es technisch dennoch möglich, solche Firewalls zu umgehen. Deshalb vorzugsweise Japan und Republik Korea, wo chinesische Zeichen im Umlauf sind, die aber anders ausgesprochen werden und bei Eingabe mit lateinischen Zeichen nicht von Software erkannt werden. Ist also der Button auf einer Seite chinesisch beschriftet, so wird beim Anklicken die von der Filtersoftware nicht oder schlecht kontrollierbare Folgeseite durch Benutzung der latinisierten japanischen oder koreanischen Bezeichnung im Text oder auf der Webseitenbezeichnung trotz Verbots und Behinderung aufrufbar. Dies gilt etwa für die Seiten der Falun Gong-Bewegung, bestimmter Exiloppositionsgruppen oder auch der ausländischen Anbieter pornografischer Darstellungen. Häufig erreichen den Nutzer auch unaufgefordert Spams und Folgeseiten der gleichen Themenkategorie. Zudem können Nutzer mittels bestimmter Software, die Auslands-

⁴²⁰ Neue Zürcher Zeitung vom 02.04.2004; Spiegel Online vom 07.01.2004; Frankfurter Rundschau vom 12.11.2003, Die Welt vom 07.11.2003; Amnesty International, Jahresbericht 2003, S. 155.

⁴²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.05.2000, 10.02.2001, 27.06.2001, 17.11.2003; Süddeutsche Zeitung vom 10.08.2000.

⁴²² AFP vom 27.02.2004.

⁴²³ Far Eastern Economic Review vom 25.03.2004, S. 30 ff.

⁴²⁴ Far Eastern Economic Review vom 15.04.2004, S. 26 ff., vom 03.06.2004, S. 30 ff.

⁴²⁵ http://glutter.typepad.com/glutter/2004/07/news_google_and.html; www.rankforsales.com/n-at/604-seo-jun-08-04.html;
<http://bobson.wong.home.mindspring.com/research/china/google.htm>;
www.taipeitimes.com/News/biz/archives/2004/09/26/2003204441 vom 26.09.2004.

chinesen unter bestimmten Adressen kostenlos im Netz zur Verfügung stellen, verbotene Seiten unter Umgehung von Firewalls anwählen.⁴²⁶

Als Reaktion gegen die nicht mehr beherrschbare Flut von unerwünschten Internet-Nachrichten schloss die Regierung im Jahre 2001 6.000 Internetcafés. Danach folgten durch Regierung und Gesetzgebung neue Vorschriften zur Internet-Nutzung.⁴²⁷ Auch im Jahr 2004 wurden neue Restriktionen erlassen und seit Februar 8.600 Internetcafés geschlossen.⁴²⁸ Insgesamt waren es bis Ende 2004 18.000 Internetcafés, die von einer Schließung betroffen waren.⁴²⁹ Zugleich wurden Diskussionsforen geschlossen und der freie Nachrichtenaustausch im Internet unterbunden. Mittlerweile dürfen nur noch Nachrichten ins Netz gestellt werden, die von der Regierung genehmigt wurden.⁴³⁰ Opfer von Blockaden waren zudem ausländische Nachrichten-Websites, welche zeitweise geschlossen wurden, wozu die der Deutschen Welle und des Wall Street Journal gehörten.⁴³¹

Auch für das Jahr 2005 führte die Regierung ein Paket von Maßnahmen ein, die Verbreitung von Informationen zu beschneiden, was allerdings mit Jugendschutz begründet wurde, denn es gehe darum, „die ideologischen und moralischen Standards der 367 Millionen unter 18 Jahre alten Chinesen heben zu wollen.“⁴³²

Mindestens 54 Personen verbüßen gegenwärtig Haftstrafen, weil sie eines Internet-Delikts beschuldigt wurden, wie etwa der Verwaltungsangestellte Du Daobin, den man wegen der Veröffentlichung von 28 kritischen Beiträgen am 17.02.2004 verhaftete.⁴³³

Dem Vorwurf, der chinesischen Zensur in die Hände zu arbeiten und sogar für Verhaftungen mitverantwortlich zu sein, sind seit einigen Monaten die Suchmaschinenbetreiber Yahoo und Google sowie der Softwareentwickler Microsoft ausgesetzt.⁴³⁴

Oftmals in einer rechtsdefinitorischen Grauzone befindet sich die strafrechtliche Behandlung des Vorwurfes, pornografische Darstellungen verbreitet zu haben. Pornografie ist in der Volksrepublik China nach § 363 des chinesischen Strafgesetzes ein Straftatbestand. Hierbei geht es nicht nur um moralische Aspekte wie zum Beispiel bei der Strafverfolgung des Ehebruchs, sondern um die Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnung. Dies erfasst auch die Vorbildfunktion der Parteikader, für die die letzte Plenarsitzung der Disziplinarkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas Ende Dezember 2003 die revidierten ‚Vorschriften der Kommunistischen Partei Chinas zu Disziplinarmaßnahmen‘ erarbeitete.⁴³⁵

⁴²⁶ www.wujie.com (d.h. „grenzenlos“) und www.ciyouwang.com (d.h. „freies Netz“).

⁴²⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.06.2001.

⁴²⁸ China heute XXIII (2004), Nr. 3 (133), S. 67.

⁴²⁹ Malek, Marxismus und Atheismus versus Religionsfreiheit. Tendenzen der chinesischen Religionspolitik. In: China heute XXIII (2004), Nr. 6 (136), S. 195.

⁴³⁰ The Strait Times vom 27.02.2004.

⁴³¹ AFP vom 12.03.2004.

⁴³² Neue Zürcher Zeitung vom 01.03.2005.

⁴³³ Reuters vom 17.02.2004.

⁴³⁴ Reporters sans frontiers, http://www.rsf.org/article.php3?id_article=17936; Manager Magazin vom 07.06.2006, <http://www.manager-magazin.de/it/artikel/0,2828,420095,00.html>.

⁴³⁵ Voller Wortlaut in Renmin Ribao vom 19.02.2004; China aktuell Februar 2004, S. 130 f.

‚Gelbe‘, also pornografische Erzeugnisse in Printform sind über private Kleinverlage im ganzen Land im Umlauf und nur sehr schwer zu unterbinden. Gelbe Klassiker und Porzellanpüppchen mit pornografischen Darstellungen sind ebenfalls im Handel erhältlich, werden aber nicht im Verkauf behindert. In Modeschauen sind nackte Brüste ein verbreitetes Phänomen wie etwa in Paris oder Berlin, was gleichfalls nicht zum Einschreiten der Staatsmacht führt.⁴³⁶

Die Darstellung von Sexualakten unterliegt dagegen in China der Strafverfolgung in gleicher Kategorie wie Prostitution und Zuhälterei. Der kommerzielle Verleih pornographischer Videos kann gem. Artikel 363 des neuen Strafgesetzes der VR China (in Kraft seit 01.10.1997) mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren geahndet werden. In schweren Fällen kann die Freiheitsstrafe 3 bis 10 Jahre zuzüglich einer Geldstrafe betragen.⁴³⁷

8.) Einschränkung der Versammlungsfreiheit

Die in der Verfassung der Volksrepublik China verankerte Freiheit, sich friedlich zu versammeln, wurde seit Beginn der Staatsgründung unterschiedlich respektiert. Während in den ersten Jahrzehnten diese Freiheit negiert wurde, gab es zwischen 1986 und Mitte 1989 zahlreiche geduldete Demonstrationen politischen Inhalts. Seit 1991 wächst die Zahl von Versammlungen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Zum Teil werden sie von der Führung für bestimmte Zeit toleriert. Allerdings greifen Sicherheitskräfte zunehmend die Demonstranten an und verhaften einfache Demonstrationsteilnehmer sowie insbesondere ihre Organisatoren. Hierbei wird oftmals exzessive Gewalt seitens der Polizei oder anderer Sicherheitskräfte angewandt. In den Fällen von Falun Gong-Demonstrationen gab es dabei einige Todesopfer. Grundsätzlich gilt für Versammlungen, dass sie sich nicht gegen das politische System oder seine Führer richten dürfen. Bereits vorab erbetene Genehmigungen bei Behörden wurden abgelehnt, wenn erkennbar war, dass abweichende politische Meinungen kundgetan werden sollten. Versammlungen sind grundsätzlich genehmigungspflichtig, wenn die Zahl von 200 Teilnehmern überschritten wird.⁴³⁸

9.) Geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen

Trotz propagandistischer Beteuerung, Frauen seien gleichberechtigt und extralegale Übergriffe auf Frauen würden strafrechtlich sanktioniert, sind sexuell orientierte Misshandlungen und Entwürdigungen in China häufig anzutreffen. Obwohl nämlich die Artikel 43 bis 45 des Ehegesetzes häusliche Gewalt gegen Frauen verbieten, ist in 30 Prozent aller Familien Gewalt gegen Frauen anzutreffen. Hierzu gehört auch die hohe Zahl der innerehelichen sexuellen Gewalt durch den Ehemann. Auch der Zwang von Regierungsbehörden gegenüber schwangeren Frauen zu einer Abtreibung im Zuge der staatlichen Familienplanungspolitik ist ein häufiges Phänomen. Ferner sind bis zu fünf Millionen Prostituierte in China ausgebeutet, die unter Vorspiegelung der Verschaffung von Arbeitsplätzen ange-

⁴³⁶ Süddeutsche Zeitung vom 29.01.2003.

⁴³⁷ vgl. AA-Auskunft vom 11.08.1998 – Az. 514-516.80/322493 an VG Leipzig zu Az. A 4 K 30461/98.

⁴³⁸ U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices 2003 vom 25.02.2004, S. 19, 2004 vom 28.02.2005, S. 21 f..

lockt wurden. 80 Prozent leiden unter einer Hepatitis-Infektion. Zudem sind sie der Gefahr einer AIDS-Infektion ausgesetzt. Entführungen und Handel mit Frauen zum Zweck der Prostitution und zur Annahme von Ehefrauen bilden ein landesweites Problem. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht sind Frauen in China gegenüber Männern schlechter gestellt und verdienen im Schnitt 70,1 Prozent weniger. In der Bildung ist die Situation der Frauen zudem ungünstiger als die der Männer. Während nur 10 Prozent aller chinesischen Männer Analphabeten oder gering gebildet sind, beträgt diese Quote bei Frauen 25 Prozent, obgleich die Quote bei Frauen in der Altersgruppe zwischen 15 und 40 Jahren nur 4,2 Prozent beträgt. Nach Angaben der Weltbank sind 56 Prozent aller Frauenselbsttötungen oder 500 Fälle pro Tag in China anzutreffen. Vermutlich sind Diskriminierung und Gewalt die Hauptursachen hierfür.⁴³⁹

Sicherlich sind Entführungen und die Ausbeutung von Frauen wie auch die Schlechterstellung bei der Arbeit Menschenrechtsverletzungen, die nicht zwangsläufig dem chinesischen Staat zuzurechnen sind. Dies gilt allerdings nicht für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Familienplanungspolitik. In diesem Fall besteht eine Kausalität zwischen staatlicher Absicht und verübter Menschenrechtsverletzung. Zumindest mittelbar ist die chinesische Familienplanungspolitik auch für die Tötung von Mädchen ursächlich. Der Tradition entsprechend werden nämlich für den Fortbestand der Familie in China Jungen als Stammhalter den Mädchen vorgezogen. In früheren Notzeiten führte das zur Tötung neu geborener Mädchen. Dies setzt sich nicht selten auch in der heutigen Einfamilienpolitik fort. Zudem wird innerhalb der pränatalen medizinischen Versorgung zwar entgegen staatlicher Vorgaben, jedoch auf Wunsch der Familien das Ziel verfolgt, dass das einzige Kind ein Junge werden soll. Dies führt zur erhöhten Zahl von Abtreibungen weiblicher Föten. Somit kommen nunmehr 17 Prozent mehr männliche als weibliche Kinder zur Welt.⁴⁴⁰

Eine Schutzvorschrift des Strafgesetzes gegenüber Schwangeren kann mittels dieser Familienplanungspolitik zunichte gemacht werden, wie eine Meldung aus der Provinz Gansu zeigt. Danach wurde eine Gefangene namens Ma Meihua zur Abtreibung gezwungen, um sie später hinzurichten, da Hinrichtungen von Schwangeren gegen das geltende Strafrecht verstoße.⁴⁴¹

Wo der Übergriff das geringste Risiko für den männlichen Gewalttäter mit sich bringt, findet erwartungsgemäß häufig Gewalt gegen Frauen statt. Dies ist im Polizeigewahrsam und in der Strafhaft möglich und häufig anzutreffende Praxis. Soweit zusätzlich für den

⁴³⁹ U.S. Department of State, Country Reports on Human Rights Practices 2003 vom 25.02.2004, S. 32, www.statedepartment/2003.htm, 2004 vom 28.02.2005, S. 14; ältere, aber noch zutreffende Veröffentlichungen: Schüller, Zwischen Diskriminierung und Selbstverwirklichung, S. 1333 ff.; Terre des Femmes e.V., Prostitution in China; Amnesty International, Frauen in China, verfolgt, inhaftiert, misshandelt.

⁴⁴⁰ US-Asylum Law and China's One-Child-Policy; US-Department of Justice, People's Republic of China. The One-Child-Policy; U.S. Department of State, Country Reports on Human Rights Practices 1991, S. 853; <http://www.christianity.com/CC/article/0,,PTID4211%7CCCHID102759%7CCIID268916,00.html>; <http://womensissues.about.com/gi/dynamic/offsite.htm?site=http%3A%2F%2Fhome.westshore.cc.mi.us%2Fjbwolff%2Fmgac%2Fchinainfant.htm>; http://www.overpopulation.com/faq/population_control/one_child.html; http://www.gendercide.org/case_infanticide.html.

⁴⁴¹ Laogai Research Foundation, <http://www.laogai.org/news/category.php?smallcategoryid=65>; Amnesty International, Urgent Action vom 26.08.2004.

Übergriff Straflosigkeit zu erwarten ist, findet gegen Frauen sogar exzessive Gewalt statt, wie zum Beispiel bei weiblichen Falun Gong-Inhaftierten, über die berichtet wird, sie würden entkleidet, gedemütigt, vergewaltigt und an den Genitalien gefoltert.⁴⁴²

Von den durchaus häufig anzutreffenden sexuellen Misshandlungen von Gefangenen sind in China in erster Linie Frauen betroffen. Schwerste Übergriffe werden seit Jahren gegenüber tibetischen Frauen verübt. Verschiedenen Berichten zufolge werden weibliche tibetische Laien und Nonnen geschlechtsspezifischen Folterungen ausgesetzt, die noch intensiver als Folterungen bei Männern sind. Besondere geschlechtsspezifische Foltermethoden sind das Zufügen von Schmerzen und Verletzung entkleideter Frauen, wie etwa der Gebrauch elektrischer Stäbe am oder im Genitalbereich. Diese Foltermethoden und andere sexuelle Entwürdigungen werden bei männlichen Gefangenen üblicherweise nicht praktiziert. Zahlreiche Berichte von Frauen über Vergewaltigungen mit Elektrostöcken wurden inzwischen dokumentiert. Der schwerste Vorwurf chinesischen Sicherheitskräften gegenüber ist schließlich das Abschneiden der weiblichen Brüste, worüber zunehmend berichtet wird. Auch Folterungen durch das Befestigen von Elektroden an den Brüsten sind weit verbreitet. Nach der Inhaftierung der 19-jährigen Nonne Nima Tsamchoe, die an einer friedlichen Demonstration teilgenommen hatte, wurde sie auf folgende Weise misshandelt: "Hunde wurden auf uns gehetzt, als wir ganz nackt waren. Glühende Zigaretten wurden uns im Gesicht ausgedrückt. Stricknadeln wurden in unseren Mund gestoßen... Wir wurden in die Brust und die Genitalien getreten, bis sie bluteten... An Bäumen hängte man uns auf, mit elektrischen Stäben schlugen sie uns auf den bloßen Leib. Behälter mit menschlichem Urin wurden über unsere Köpfe ausgeleert. Viele von uns wurden vergewaltigt. Jedoch hielten die, die vergewaltigt worden waren, dies geheim, weil sie sich so schämten. Ich wurde mit den Beinen nach oben an einer Mauer aufgehängt und mit elektrischen Stäben in die Genitalien und in den Mund gestoßen. Danach konnte ich nicht einmal mehr zur Toilette gehen..." Auch wegen des religiösen Bekenntnisses der Nonnen gelten diese grausamen Sexualakte als besonders traumatisch. Vergewaltigte Nonnen empfinden nämlich, dass auf diese Weise ihr Zölibatsgelübde gebrochen wurde. Damit fühlen sie sich oft unwert, als Nonne weiterzuleben, und sind so beschämt, dass sie nicht in ihre Klöster zurückkehren.⁴⁴³

Auch viele, sich zu Falun Gong bekennenden Frauen wurden sexuell entwürdigt und gequält. So wurde etwa die 37-jährige Li Yinpin aus Weifang/Provinz Shandong zwangsentkleidet und an den Genitalien mit Elektroschocks gequält. Die zuvor entkleidete 20-jährige Pan Dongmei aus Dianbai/Provinz Guangdong bekam ihre Socken in Vagina und Anus gesteckt. Etliche Frauen im Frauenarbeitslager Shanxi wurden sexuell missbraucht und von Hunden gebissen. Über ähnliche, sexuell orientierte Gewaltakte gegen Frauen mit Falun Gong-Überzeugung wird auch von anderen Polizeistationen und Haftanstalten berichtet.⁴⁴⁴

⁴⁴² Johnson, A Portrait of the Unreformed Side of China; Falun Dafa, A Witness to History; The Falun Gong Report 2003; World Organization to Investigate the Persecution of Falun Gong; Amnesty International, Frauen in China, verfolgt, inhaftiert, misshandelt.

⁴⁴³ <http://www.tibetfocus.com/zerstoerung/verhaftung&folter.htm>.

⁴⁴⁴ The Falun Gong Report 2003; Blume, Endstation Bambus-Gulag, http://www.zeit.de/2001/16/politik/200116_falun.html; www.faluninfo.de/144.0html; www.de.clearharmony.net/articles/200403/15811.html; <http://www.chinaintern.de/article/-Menschenrechte/1092590040.html>.

10.) Menschenrechtsverletzungen an Kindern und Jugendlichen

Die bereits dargestellte mittelbare Verantwortlichkeit für die Tötung neugeborener Kinder als Folge der Ein-Kind-Politik gegenüber chinesischen Familien stellt die schwerste Rechtsgutverletzung an Kindern dar.⁴⁴⁵ Daneben besteht aber auch unmittelbares Handeln des chinesischen Staates, das als Rechtsverletzungen an Kindern und Jugendlichen zu werten ist.

Ein großer Teil solcher Handlungen verletzt das Recht der Kinder auf elterliche Fürsorge. Soweit Behörden Maßnahmen ergreifen, die dazu führen, dass Kinder nicht mehr von ihren Eltern betreut werden können, sind sie nach Artikel 3 Absatz 2 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes verpflichtet, weitere Maßnahmen zum Wohl des Kindes zu treffen, das ansonsten gemäß Artikel 6 der gleichen Konvention nach Möglichkeit das Recht hätte, von seinen Eltern betreut zu werden.⁴⁴⁶

Im Jahr 1996 häuften sich Meldungen über katastrophale Zustände in chinesischen Waisenhäusern, in denen Kinder hungern mussten, nicht gereinigt wurden und bei Erkrankungen ohne medizinische Betreuung blieben. Einige dieser Kinder kamen dabei ums Leben.⁴⁴⁷

Im Juni 2003 verhungerte die dreijährige Li Shiyi in ihrer Wohnung in Chengdu, weil die Polizei ihre Mutter in Haft genommen und nichts unternommen hatte, das Kind zu versorgen. Selbst auf die Hinweise der Mutter, das Kind zu versorgen, reagierte die Behörde nicht. Dieser Vorfall war Anlass eines spontanen Hungerstreiks von 200 Intellektuellen.⁴⁴⁸

Kinder, die infolge der Verhaftung von Falun Gong-Anhängern von ihren Eltern getrennt wurden sind Zou Rongfa, Hu Ming, Hu Qianfeng, Ma Li, Yu Huhu, Yu Chao, Chu Tong, Qu Yao, Qu Yongjiu, Yao Mei, Yin Xiaotian, Fang Siyi und Yuan Yuan. Zum Teil waren diese Kinder längere Zeit ohne Obhut einer Bezugsperson.⁴⁴⁹

Die 14-jährige Wang Yuli aus Nanchang/Provinz Jiangxi wurde erstmals 1999, erneut 2001 festgenommen. In der Haftanstalt der Stadt Nanchang in der Nordstraße Nr. 27 wurde sie für drei Monate festgehalten. In der Haft versuchte man der Jugendlichen eine völlige Hilflosigkeit ihrer Situation dadurch zu vermitteln, indem die Polizisten ihr erzählten, sie könne nur freigelassen werden, wenn sie 40.000 Yuan als Buße zahle.⁴⁵⁰

⁴⁴⁵ U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices 2003 vom 25.02.2004, S. 14 f., www.state.gov/2003.htm, 2004 vom 28.02.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>.

⁴⁴⁶ UN-Konvention über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989, <http://www.unicef.at/kinderrechte/jahre.asp>.

⁴⁴⁷ Süddeutsche Zeitung vom 08.01.1996, 22.01.1996, 30.01.1996; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.01.1996, 11.01.1996, 16.01.1996; Frankfurter Rundschau vom 09.01.1996; Die Welt vom 22.01.1996.

⁴⁴⁸ U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices 2003 vom 25.02.2004, S. 33, www.state.gov/2003.htm, 2004 vom 28.02.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>.

⁴⁴⁹ The Falun Gong Report 2003, S. 75 ff.

⁴⁵⁰ The Falun Gong Report 2003, S. 78.

Gehirnwäsche wurde in zwei Fällen dokumentiert. Dies betrifft eine namentlich nicht bekannte Falun Gong-Anhängerin, die einen Monat nach ihrer Haftzeit schließlich aus Angst vor neuen Übergriffen ihr Heim verließ. Auch der 17-jährige Li Zhongwen aus der Umgebung von Shijiazhuang/Provinz Hebei musste als Jugendlicher im Mai 2002 Gehirnwäsche über sich ergehen lassen. Nach seiner Freilassung wurde er zudem der Schule verwiesen.⁴⁵¹

Li Mingwei, ein Mittelschüler aus Anqiu/Provinz Shandong, wurde nach seiner Inhaftierung einem Gehirnwäscheprogramm unterzogen. Als er gegen seine rechtswidrige Behandlung durch einen Hungerstreik protestierte, wurden ihm unter Gewaltanwendung im Volkskrankenhaus der Stadt Anqiu Drogen eingeflößt, die ihn lethargisch werden ließen.⁴⁵²

Zwei Schwestern, 11 und 13 Jahre alt, wurden in Xiushui zusammen mit ihrer Mutter eingesperrt. Während sie selbst von der Polizei verhört wurden, waren sie Zeugen der Folterungen ihrer Mutter.⁴⁵³

Elektroschocks fanden bei fünf Jugendlichen Anwendung, die ebenfalls beschuldigt wurden, in Zusammenhang mit Falun Gong zu stehen.⁴⁵⁴

Meng Hao, der achtmonatige Sohn der Falun Gong-Praktizierenden Wang Lixuan, wurde am 07.11.2000 zusammen mit seiner Mutter zu Tode gefoltert. An seiner Leiche fanden sich Quetschungen an den Fußknöcheln, die darauf zurückgeführt werden, dass er kopf-über aufgehängt wurde, sowie schwarze und blaue Flecken im Gesicht. Ferner blutete er aus der Nase.⁴⁵⁵

⁴⁵¹ The Falun Gong Report 2003, S. 77, 81.

⁴⁵² The Falun Gong Report 2003, S. 80.

⁴⁵³ The Falun Gong Report 2003, S. 84.

⁴⁵⁴ The Falun Gong Report 2003, S. 76, 81, 82, 84.

⁴⁵⁵ Reuters vom 18.04.2001; The Falun Gong Report 2003, S. 83.

IV. Beste Mitarbeiter Straflosigkeit für die Verletzung von Menschenrechten

Menschenrechtsverletzungen werden in jedem Land begangen! - Selbst in Ländern, die die Menschenrechte nachdrücklich schützen, kommen Menschenrechtsverletzungen vor. Der Standardfall einer Menschenrechtsverletzung ist die Straftat des Diebstahls, der Körperverletzung oder der Tötung, die dem Opfer das ihm zustehende Recht auf Eigentum, Unversehrtheit und Leben entzieht. Auch Handlungen von Personen, die eigentlich als Garant des Rechts keine Straftaten erwarten lassen, können Menschenrechtsverletzungen begehen. Die deutsche Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit benutzt in bestimmten Fällen etwa den Rechtsbegriff ‚Amtswalterexzess‘ in Bezug auf Personen, die zwar grundsätzlich zur Gewaltanwendung berechtigt sind, diese aber nur zur Abwehr von Gefahr einsetzen dürfen. Hierzu gehören zum Beispiel Polizisten. Ein solcher Amtswalterexzess liegt nämlich dann vor, wenn Polizisten dieses Recht dadurch missbrauchen, indem sie Wehrlose grundlos misshandeln. Maßgeblich für die staatliche Zurechenbarkeit ist somit, ob Menschenrechtsverletzungen vom Staat missbilligt, unter Strafe gestellt, verfolgt und bestraft werden, oder sie im gegensätzlichen Fall ignoriert, geduldet, gebilligt und angeordnet werden sowie straffrei bleiben können.

Soweit unter ‚Verfolgung‘ nicht lediglich die Sanktionierung kriminellen Unrechts zu verstehen ist, ist der Staats- und KP-Führung Chinas durchaus anzulasten, für politische Verfolgungshandlungen ursächlich zu sein. Sie erließ beispielsweise Vorschriften, die überhaupt erst eine Verfolgung ermöglichen. In der maoistischen Ära bis 1976 waren Verfolgungen durch eine Weisung der Führung willkürlich und unverrechtlicht üblich. Heute bemüht sich die Staats- und Parteiführung zunehmend, verbotene Handlungen schriftlich zu benennen, bestimmte Personengruppen als Straftäter zu bezeichnen und für diese ein Strafmaß vorzugeben.⁴⁵⁶

Es ist anhand etlicher zuvor ausgeführter Beispiele nachweisbar, dass solche Vorschriften in Widerspruch zu internationalen Konventionen oder zu eigenen Gesetzen stehen können bzw. diese aushöhlen. Gleiches gilt für Unterlassenshandlungen, bei denen ebenfalls anhand bestimmter Ereignisse zu beweisen ist, dass es geduldet wird, wenn Schutzvorschriften missachtet und in Verfolgung befindliche Personen *contra legem* behandelt werden. *Contra legem* heißt in diesem Zusammenhang gegen das *eigene* Gesetz!⁴⁵⁷

⁴⁵⁶ Formal durchläuft das Gesetzgebungsverfahren die Gesetzgebungskammer des Nationalen Volkskongresses, tatsächlich werden aber Gesetzesvorhaben über den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses durchgesetzt. Er ist Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, einem Gremium von sieben Machthabern, von denen fünf staatliche Spitzenämter (Präsident, Vizepräsident, Ministerpräsident, Vorsitzende der Ständigen Ausschüsse beider Parlamentskammern) innehaben. Der nur selten und kurz tagende Nationale Volkskongress setzt folglich nur formal bereits im Politbüro beschlossene Entscheidungen gesetzgeberisch um.

⁴⁵⁷ Vgl. die Darstellung der mit einem Politmalus behafteten Behandlung von religiösen Gruppen, Regimekritikern und Autonomisten.

In häufiger Praxis bemächtigt sich zudem die Staats- und Parteispitze der formal unabhängigen Justiz, um sie in ihrem Sinne zu instrumentalisieren und zu politisieren.⁴⁵⁸

So verwundert es wenig, wenn Funktionäre der Kommunistischen Partei Chinas unterhalb der Parteispitze das Recht in vielfältiger Weise verletzen. Dies ist ihnen möglich, je nach Höhe ihres Postens in Provinz, Kreis, Stadt oder Gemeinde aufgrund bestehender Parallelhierarchie der Verwaltung oder der Gerichtsbarkeit, gesetzwidrig das Verwaltungshandeln oder Justizentscheidungen zu steuern. Eine solche Handlung kann zum Teil im Widerspruch zum jeweiligen lokalen Machthaber stehen, wie im Fall des wegen Machtmissbrauchs hart bestraften Bürgermeister der Hauptstadt Beijing Chen Xitong.⁴⁵⁹

Sogar chinesischen Medien ist aber zwischen den Zeilen zu entnehmen, dass große Skandale um Machtmissbrauch von hohen Provinzpolitikern und ihren Amtsträgern, wie etwa in der Provinz Fujian, ohne Schaden für die hauptverantwortlichen Rechtsbrecher verlaufen.⁴⁶⁰

Aus verschiedenen staatlichen Geheimdiensten (Ministerium für Staatssicherheit, Ministerium für öffentliche Sicherheit, Verteidigungsministerium) sowie zwei Geheimdiensten der Kommunistischen Partei Chinas als besondere Kommissionen des Zentralkomitees (Kommission für Politik und Recht, Kommission für die umfassende Steuerung der sozialen Sicherheit), der Bewaffneten Volkspolizei, der Volksbefreiungsarmee, den Volksgerichten, den unterschiedlichen Ebenen der Volksstaatsanwaltschaft und dem Justizvollzug in Form zahlreicher Lager für Umerziehung durch Arbeit besteht der Sicherheitsapparat des Landes, der für systematische Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wird.⁴⁶¹

Unmittelbare Verfolgung ist anzunehmen, soweit eine offizielle Politik zur gezielten Verfolgung bestimmter Personen oder Gruppen existiert. Dazu zählen insbesondere staatlich nicht zugelassene politische, religiöse, spirituelle oder weltanschauliche Gruppen. Von unmittelbarer Verfolgung sind in der Volksrepublik China in erster Linie demokratische (Demokratische Partei Chinas) oder autonomistische Oppositionelle (Tibet, Xinjiang), vaticanisch gebundene Katholiken, christliche Sekten, innerhalb des Buddhismus Anhänger des Dalai Lama, daoistische Sekten und Falun Gong betroffen.⁴⁶²

⁴⁵⁸ Ein spektakuläres Beispiel hierfür ist die Aburteilung des Dissidenten Wei Jingsheng mit einem vorgefertigten Urteilstext. Weyrauch, Chinas Repression und die Haltung Deutschlands.
⁴⁵⁹ BBC vom 31.07.1998, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/asia-pacific/143163.stm>; The Strait Times vom 26.01.2004.

⁴⁶⁰ www.geocities.com/china_e_lobby/27December2000.html.

⁴⁶¹ U.S. Department of State, Country Reports on Human Rights Practices 2003 vom 25.02.2004; www.statedepartment/2003.htm, 2004 vom 28.02.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>; Heilmann, Sebastian: Das politische System der Volksrepublik China im Überblick.
www.chinapolitik.de/china/pubs/china_polsys/polsys1.pdf.

⁴⁶² U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices 2003 vom 25.02.2004, S. 2, 5, 8, 23; www.statedepartment/2003.htm, 2004 vom 28.02.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>; www.laogai.org/news/category.php?bigcategoryid=10; web.amnesty.org/library/Index/ENGASA170352003; Gesellschaft für bedrohte Völker: China – Menschenrechtsslage dramatisch, S. 8 ff.

Als mittelbare Verfolgung wird in erster Linie das Tolerieren von Gewalt gegen Frauen und von Misshandlungen von Gefangenen durch die chinesische Regierung angeführt.⁴⁶³

Zahlreiche Beispiele von willkürlichen Inhaftierungen und Misshandlungen von Wanderarbeitern, Obdachlosen, Straßenkindern und unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen führt Amnesty International an.⁴⁶⁴

Bereits lange zurückliegende Berichte über Misshandlungen von Gefangenen, deren Beschwerden an höherer Stelle und die darauf folgende Schlechterstellung der Misshandelten, wie etwa im Fall des Dissidenten Liu Gang⁴⁶⁵, setzen sich bis heute fort. Der chinesischen Staatsführung wird vorgeworfen, Folter nicht nur direkt anzuordnen, sondern auch den Folterern Straffreiheit zu gewähren. Dieser Vorwurf führte sogar zu Klage beim United States Court of Appeals (7th Circuit) vom 27.05.2004 gegen den ehemaligen KP-Vorsitzenden und Staatspräsidenten Jiang Zemin.⁴⁶⁶

Opfer eines Übergriffes der Polizei, bei dem diese ihn schwer misshandelte, wurde Yan Zhengyue, Kunstmaler und sogar Stadtverordneter eines örtlichen Volkskongresses in der Provinz Zhejiang. Yans Rechtsbeschwerde gegen die Angreifer vor Gericht führte dazu, dass er plötzlich eines Vergehens beschuldigt und in ein Arbeitslager gebracht wurde. Dieser wie viele dokumentierte andere Fälle machen deutlich, dass China nicht den Verpflichtungen der UN-Konvention gegen Folter und andere grausame, inhumane oder herabsetzende Behandlung oder Bestrafung (Konvention zur Verhütung der Folter) im Hinblick auf Schutz der Opfer und Bestrafung der Täter nachkommt. Denn obwohl die Volksrepublik über entsprechende Gesetze zum Schutz vor Folter verfügt und einige Anklagen von Folterern vorweisen kann, gehen die meisten Täter straffrei aus.⁴⁶⁷

Der amerikanische Journalist Ian Johnson wies nach, dass es sogar Belobigungen und Belohnungen für schwere Menschenrechtsverletzungen gibt. Danach wurde im Fall der am 21.02.2000 zu Tode geprügelten Falun Gong-Anhängerin Chen Zixiu der örtliche Parteichef Gao Xingong, der die Folterung befohlen, und der Vollzugsbeschäftigte Zhang, der

⁴⁶³ U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices 2003 vom 25.02.2004, S. 3, 5; www.statedepartment/2003.htm, 2004 vom 28.02.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>; auch Amnesty International, Presseerklärung vom 12.02.2001.

⁴⁶⁴ Amnesty International: Jahresbericht 2004, S. 4, www.amnesty.de/internet/deall.nsf/c1070c04ee5add56c12567df002695be/abc9f3.

⁴⁶⁵ Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Klageschrift des des Gefangenen Liu Gang, S. 1 ff.

⁴⁶⁶ The Government of Tibet in Exile vom 27.04.2000, Torture in Tibet, <http://www.tibet.com/Humanrights/torture/torture.html>; Human Rights in China vom 04.05.2000, http://iso.hrichina.org/iso/news_item.adp?news_id=512; BBC vom 13.02.2001, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/asia-pacific/1166526.stm>; Amnesty International: China – No One is Safe. Chapter 4: Torture and Impunity, www.amnesty.org/ailib/intcam/china/china96/report/cc4.htm; dieselbe in www.amnesty.org/resources/pdf/combating_torture/sections/appendix2.pdf; Terri Marsh: Defining moment in U.S. history. For a Chicago judge, today is decision day in the case against Jiang Zemin, former Chinese President, www.chinasupport.net/news146.htm; Asia-Pacific Human Rights Network: Impunity and World Torture Day vom 26.06.1999, www.hrhc.net/sahrdc/hrfeatures/HRF02.htm.

⁴⁶⁷ Amnesty International, China – No One is Safe. Chapter 4: Torture and Impunity, S. 1, www.amnesty.org/ailib/intcam/china/china96/report/cc4.htm.

Chen Zixiu geprügelt hatte, als ‚beste Mitarbeiter‘ ausgezeichnet. Deng Ping, Direktorin des Hujiapaifang-Straßenkomitees der Chenguan-Straße in der Stadt Weifang, die Chen Zixiu letztendlich zu Tode geprügelt hatte, wurde nach ihrer Tat sogar ehrenhaft als Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas aufgenommen. Die Strafflosigkeit und darüber hinaus erfolgte Billigung dieser nach chinesischem Recht verbotenen und unter Strafdrohung stehenden Menschenrechtsverletzung lässt sich aus dem politischen Kontext verstehen und erläutern. Wu Guangzhen, der Gouverneur der Provinz Shandong, zu der Weifang gehört, hatte selbst zuvor härteste Maßnahmen in der Verfolgung von Falun Gong verlangt. Als Mitglied des KP-Politbüros gehörte er nämlich zu den mächtigsten Männern Chinas, dessen Einfluss gesunken wäre, wenn er keine deutliche Abnahme von Falun Gong-Aktivitäten nachgewiesen hätte. Deshalb setzte er sogar unter ihm tätige Funktionäre unter Druck, indem er für jede folgende Falun Gong-Aktivität in ihrem Zuständigkeitsbereich empfindliche Kürzungen ihres Gehalts anordnete.⁴⁶⁸

Eine Beförderung für die Misshandlung von Gefangenen schilderte dem Verfasser die bis 2004 inhaftierte Falun Gong-Anhängerin Xiong Wei: „Danach hatte die Polizistin einen Stern mehr auf ihrer Schulterklappe. Obwohl sie uns so viel folterte und misshandelte, stieg sie zur Leiterin des Frauenarbeitslagers auf. Sie war auch Vertrauensperson für die Unterabteilungsleiter dieses Frauenarbeitslagers. Wenn irgendwelche obere Vorgesetzte in das Lager kamen, durften nur ganz wenige dieser Leiter dabei sein. Sie durfte dabei sein. Wir haben das von einem Foto gesehen.“

Dass die politische Führung der Volksrepublik China trotz Unterzeichnung der UN-Konvention gegen Folter und entsprechender Strafbestimmungen ihre Anwendung duldet und sogar bei Zusage von Straffreiheit für die Folterer vorschreibt, beweisen darüber hinaus Foltergeräte und Foltereinrichtungen in Ermittlungsbehörden oder Strafvollzugsstellen. Solche Geräte sind im Gegensatz zu Verteidigungswaffen dadurch gekennzeichnet, dass sie in höchstem Maße körperlich oder psychisch Schmerzen zufügen. Wenn zu einer ‚Grundausstattung‘ von Polizeirevieren und Gefängnissen dagegen aber Fesselungsbretter, auf denen Gefangene monatelang an Armen und Beinen angekettet liegen und ihre Notdurft durch ein Loch im Brett in einen darunter stehenden Eimer verrichten, oder der Elektroschockstuhl gehören, ist offensichtlich, dass diese Geräte nicht dazu dienen, Angriffe von Gefangenen abzuwehren. Amnesty International gab bereits 1992 eine Dokumentation über Folter in China heraus, in denen die verschiedenen Foltergeräte beschrieben und zum Teil als Fotografie gezeigt wurden. Diese Dokumentation deckte sich mit einzelnen Berichten zu Folterausstattungen. Dass 2003, also elf Jahre später, noch eine ähnliche Dokumentation von Falun Gong mit Bildmaterial erstellt werden konnte und weitere Einzelfälle in der internationalen Presse genannt wurden, zeigt nicht nur, dass diesbezüglich keine Änderung stattgefunden hat, sondern lässt auch den Schluss zu, dass diese

⁴⁶⁸ Johnson, Practising Falun Gong Was A Right, Ms. Chen said, up to her last day. Wall Street Journal vom 20.04.2000, vgl. auch Wall Street Journal vom 08.05., 02.10., 26.12.2000: „Weifang city officials -- many of whom now privately worry that the crackdown has been a terrible mistake -- say none of the police directly involved in the deaths have been reprimanded. In fact, the three officers who oversaw Ms. Chen's interrogation have since been promoted, they say, true to the tradition of giving local authorities a free hand, no questions asked.“, <http://public.wsj.com/ie4/channel/cdf-picks.htm>; clearwisdom.net/emh/articles/2000/10/1/6663.html.

Menschenrechtsverletzungen trotz bestehender Konventionen und Gesetze als Praxis beibehalten werden sollen.⁴⁶⁹

Die Einlassungen von Hao Fengjun, eines in Australien untergetauchten Sicherheitsmitarbeiter des Büro 610 zur Bekämpfung von Falun Gong in der Hafenstadt Tianjin, der als Tourist ausreisen konnte, sind ein wichtiger Zeugenbeweis zum planmäßigen Einsatz der Folter: „Eines Tages erhielt ich Order, mit einer anderen Polizistin zum Polizeibüro von Nankai zu gehen. Als wir ankamen, sahen wir Sunti⁴⁷⁰ im Verhörraum. Der Verhörende war der Leiter der Zweiten Abteilung des Büros 610. Als er sie verhörte, hatte er eine über einen Meter lange Metallstange in der Hand. Als wir den Raum betraten, stellte die Polizistin fest, dass Suntis Rücken über und über schwarz und blau war und zwei über 20 Zentimeter langen Einschnitte zeigte. (...) Sunti hat eine 14-jährige Tochter. Sunti ist in meinen Augen keine Kriminelle. Ich fühlte mich gar nicht wohl, als ich sah, dass der Mann Sunti schlug. Seit diesem Vorfall habe ich mein Verhalten in Bezug auf mein Polizist-Sein geändert. (...) Nach diesem Vorfall haben ein Beamter und ich Sunti fast einen Monat lang Medikamente gegeben. Jedes Mal forderte der Leiter des Büros 610 uns auf, nichts nach draußen darüber verlauten zu lassen. Dieser Vorfall war der Wendepunkt für mich. (...) Sunti erzählte mir von Falun Gong. Sie sagte: ‚Wir sind nicht so, wie man euch erzählt hat. Falun Gong-Praktizierende wollen einfach gute Menschen sein, sie sind keine Kriminellen, so wie es das Büro 610 beschreibt.‘ Das berührte mich tief und ich glaube Falun Gong-Praktizierende sollten nicht als Kriminelle gesehen werden. (...) Es ist in Arbeitslagern sehr normal Foltermethoden anzuwenden (...) Eigentlich setzt jedes Arbeitslager Foltermethoden ein. (...) Über die Anzahl der Arbeitslager weiß ich landesweit nicht richtig Bescheid. Ich weiß, dass es in Tianjin sieben gibt.“⁴⁷¹

Beweismittel sind darüber hinaus auch Fotos von Schauprozessen und Folterungen aus den Jahren 2004 und 2005. Solche Bilddokumente werden von Behörden und Gerichten angefertigt, um deren Entschlossenheit aufzuzeigen, gegen Gegner des Staates hart vorzugehen. Menschenrechtler Wu Hongda gibt zu, für die unerlaubte Herausgabe solcher Fotos jeweils große Summen an Bestechungsgeld ausgegeben zu haben.⁴⁷²

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, dass Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China dem Staat zurechenbar sind. Sie werden in vielen Fällen, insbesondere um politische Ziele zu verfolgen, nicht nur vom Staat geduldet, sondern gehen sogar vom Staat aus. Für die Opfer dieser Behandlung gelten die allgemein geübten Prak-

⁴⁶⁹ Amnesty International, Folter in der Volksrepublik China, S. 7; dieselbe, Jahresbericht 2003, S. 155; The Falun Gong Report 2003, The Chinese Government's Terrorism Against Women and Children, Bilder auf S. 31, 33, 35, 50, Zusammenfassung von Foltermethoden S. 92 – 94; Bericht von Amnesty International über die Folterung des Uighuren Shaheer Ali mit einem Elektroschockstuhl vom 24.10.2003, <http://www.ecoi.net/doc/de/CN/content/5/9593-9631>; http://www.focus-hongkong.ch/die_verfolgung.htm. Foto einer Anwendung von Elektroschockfolter in World Organization to Investigate the Persecution of Falun Gong, Vol. 1, Hyde Park MA 2004, S. 200.

⁴⁷⁰ Eine inhaftierte Falun Gong-Praktizierende.

⁴⁷¹ China intern vom 08.06.2005, <http://www.chinaintern.de/>.

⁴⁷² Geiges, Staat ohne Recht, S. 26 ff.; http://www.umanisti.it/karl/cina02.gif&imgrefurl=http://www.umanisti.it/karl/archivio03Ingl.htm&h=146&w=200&sz=34&tbnid=DpiO_f2GZ3kJ:&tbnh=72&tbnw=98&start=14&prev=/images%3Fq%3Dexecution%2Bchina%26hl%3Dde%26lr%3D%26sa%3DN; <http://web.aisex.com/pics/messages/716497.html>; Neue Zürcher Zeitung vom 17.03.2005.

tiken des Straf- und Strafprozessrechts nicht, sondern vielmehr ein Feindstrafrecht, das sie aus der Gesellschaft somit exkludiert.⁴⁷³

⁴⁷³ Zum leider auch in Deutschland zunehmend salonfähig werdenden Begriff des Feindstrafrechts: Günter Jakobs: Bürgerstrafrecht und Feindstrafrecht. In: Höchststrichterliche Rechtsprechung Strafrecht, Heft 3 (2004), S. 88 ff, <http://www.hrr-strafrecht.de/hrr/ueber.php3>; kritische Auseinandersetzung durch Fritz Sack: Feindstrafrecht – Auf dem Weg zu einer anderen Kriminalpolitik. Vortrag vom 27.05.2005 auf dem Forum der Friedrich Ebert Stiftung in Berlin.

C Letzte Tränen

Der Zusammenbruch der KP-Herrschaft

Unter diesen Voraussetzungen, in denen selbst ein verbrieftes Menschenrecht vom Staat mit voller Absicht entzogen und in aller Brutalität verletzt wird, kann das gesamte Rechtswesen Chinas nur noch als eine böse Posse betrachtet werden. Dies gilt einerseits für die Gewährleistung von Menschenrechten durch die Volksrepublik China, andererseits aber auch für alle anderen Rechtsbeziehungen von Personen – Einheimischen wie Ausländern gleichermaßen – mit dem chinesischen Staat, wie die folgenden beiden Zitate zutreffend ausführen:

„Gesetze verbiefen (...) kein Recht für das Individuum. China bietet keine Herrschaft des Rechts, wie es europäische Auffassung ist, sondern bestenfalls Herrschaft durch Gesetze. Der Potentat schreibt auf, wie sich seine Untertanen, bei strengster Strafandrohung, gefälligst zu verhalten haben.“⁴⁷⁴

„Gesetze werden in China eher als Werkzeug der Regierung zur Kontrolle der Gesellschaft denn als Werkzeug der Gesellschaft zur Kontrolle der Regierung benutzt.“⁴⁷⁵

Dies scheint angesichts großer politischer und wirtschaftlicher Geschäfte gern in Vergessenheit zu geraten, doch ist bei allen Rechtsbeziehungen mit der KP deren Utilitarismus und Rücksichtslosigkeit maßgeblich für die Schädigung anderer.

Wenn nun jene Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas lediglich ein Selbstzweck ist, für den jedes menschliche Opfer Rechtfertigung findet, sind sämtliche Rechtfertigungen zu ihrer Aufrechterhaltung fragwürdig.

Gewiss ist die wichtigste Rechtfertigung zum Erhalt dieser Herrschaft die Angst vor einer noch schwierigeren Zukunft.

I. Begrenzte Reformfähigkeit

Kann das KP-System überleben?

Die fantastischen Schilderungen westlicher Autoren über die Wirtschaftskraft der Volksrepublik China lesen sich wie ‚Mecki bei den Chinesen‘⁴⁷⁶ und lassen keinen Zweifel an der großen Zukunft der Volksrepublik China gelten. Doch Zweifel an einer linearen Erfolgskurve, ja sogar am Bestand dieses noch verbleibenden kommunistischen Staates sind berechtigt und drängen sich bei genauer Überprüfung der chinesischen Gesamtsituation geradezu auf.

Einer dieser Zweifel beruht auf den Schattenseiten des politischen Systems, die sich gerade hinsichtlich der Menschenrechtsslage offenbaren. Eine Beachtung der Menschenrech-

⁴⁷⁴ Xiùcai vom 29.08.2003.

⁴⁷⁵ Gilley, China´s Democratic Future S. 29; ähnlich auch Terril, The New Chinese Empire, S. 27: „Beijing grasps rule *by law* as a means of staving *of* rule of law“.

⁴⁷⁶ Ein Kinderbuch.

te unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas konnte in der bisherigen Untersuchung weitgehend verneint werden.

Vergleicht man die heutige Menschenrechtssituation mit der früherer Jahre, so stellt man fest, dass seit den frühen 80er Jahren in China zwar sehr viel zu Menschenrechten erklärt wurde, dass die Führung des Staates Gesetze und Konventionen zum Schutz der Menschenrechte in Kraft setzte, Kommissionen und Institutionen bildete, bis zum heutigen Tag Menschenrechtsdialoge mit anderen Nationen führt, das Ergebnis der Menschenrechtspraxis jedoch ernüchternd ausfällt.

Grundsätzlich hat sich nämlich nichts geändert. Noch immer duldet die Herrschaft keine Opposition und keine religiöse Selbstbestimmung. Noch immer müssen sich ethnische Minderheiten dem Diktat einer hanchauvinistischen Führung beugen. Noch immer wird ohne ausreichende Verteidigung weggesperrt, noch immer gefoltert, noch immer in großer Zahl hingerichtet. In diesem Kontext stellt sich die Frage, ob die Kommunistische Partei des volkreichsten Staates Menschenrechtsverletzungen zur Sicherung ihrer Existenz, ihrer Zukunft begehen muss.

Zugleich entsteht ein gegensätzlicher Eindruck, wonach die klägliche Menschenrechtssituation ursächlich für die Destabilisierung der KP-Herrschaft werden könnte.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1949 ist die Volksrepublik China eine Diktatur, getragen von einer in ihrer Erscheinung völlig unzivilen, militärisch organisierten, im offenen Kampf wie auch im Untergrund geprägten Partei. Nie wurde diese Herrschaft innerer Kritik ausgesetzt, ohne dass die Kritiker von Verfolgung frei gewesen wären. Nie gab es eine Bestätigung der Herrschaft oder des politischen Systems durch Wahlen.

Dies prägte auch die Struktur der Herrschaft. Sie verfügt über einen breiten Sicherheitsapparat, der sich nicht nur regional oder hierarchisch gliedert. Vielmehr ist er durch Parallelgliederungen geprägt, in denen eine Institution die andere kontrolliert und denunziert. Zu jeder staatlichen Einrichtung existieren analoge Gebilde der Partei. Zudem werden Organisationsglieder durch weitere Überwachungsstellen beobachtet. Der Informationsfluss steht grundsätzlich nur der Führung zu, während Propagandaabteilungen und gelenkte Medien virtuelle Realitäten schaffen.

Die Methode funktionierte zu Maos Zeiten nahezu perfekt. Mit der wirtschaftlichen Öffnung kam jedoch eine Entwicklung in Gang, die mittlerweile irreversibel ist. Obwohl sämtliche Institutionen verblieben, sich die Struktur des Staates nicht geändert hat und in der politischen Ausrichtung nur kärgliche Variationen von der frühmaoistischen Zeit beibehalten wurden, verdrängt seit der Machtübernahme Deng Xiaopings in den 70ern die Krawatte den Mao-Look. Diese modischen Äußerlichkeiten haben ihre Entsprechung in der Politik. Auch modern gekleidete Staatsführer tragen den alten Geist in die tägliche politische Praxis. Sie umgeben sich mit der Aura eines starken Führers, des Lenkers einer Supermacht. Tatsächlich ist aber die kommunistische Führung Chinas bereits seit Maos Tod im Niedergang.

Wir beobachten kürzere Amtsausübung der Spitzenfunktionäre und eine schwindende Zentralmacht zugunsten neuer in der Bevölkerung organisch entstehender Einflussgrup-

pen.⁴⁷⁷ Ihnen steht der einstmals übermächtige Apparat zwar noch aggressiv schnaufend, doch inzwischen rostig und materialmüde gegenüber.

Wer kann angesichts dieser Erscheinungen noch Interesse am Bestand der KP haben? Zunächst ist für die Beantwortung dieser Frage die Überprüfung wichtig, ob die Parteiideologie noch Kredit in der Bevölkerung besitzt. Einer Umfrage zufolge gaben fünf Prozent der sich äussernden Binnenmigranten bereits im Jahr 1997 an, die örtlichen Kader arbeiteten nur in eigenem Interesse. Die Untersuchung von Ansichten der KP-Kader in der Nordprovinz Jilin aus dem Jahr 1998 ergab, dass 35 Prozent von einem Ansehensverlust der eigenen Partei ausgingen. 45 Prozent einer demoskopischen Untersuchung im gleichen Jahr bestätigten den Trend zur Selbstbereicherung von Parteibossen, die sogar öffentliche Ämter zum Verkauf anboten. Wiederum von 1998 stammt eine Erhebung in zehn Provinzen, wonach zwei Drittel der Befragten die Überzeugung vertraten, nur eine Minderheit unter den Kadern sei sauber. Selbst Mitglieder des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes, einer Unterorganisation der KP, glaubten einer internen Befragung zufolge nur zu 15 Prozent an das Ideal des Kommunismus.⁴⁷⁸

Hinzu kommt ein innerparteilicher Wandel, vor dem sich auch die KP-Führung nicht verschließen kann. Fast die Hälfte aller Parteimitglieder haben eine höhere Ausbildung auf College-Niveau.⁴⁷⁹ Mittlerweile können seit dem XVI. Parteitag auch Privatunternehmer Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas werden.⁴⁸⁰ Diese Möglichkeit wurde zu Erfolgswzwecken genutzt, denn 15 bis 20 Prozent der Privatunternehmer erwarben einer Untersuchung des Politikwissenschaftlers Bruce Dickson in je einem Kreis der Provinzen Hebei, Shandong und Zhejiang zufolge inzwischen die Mitgliedschaft.⁴⁸¹ Diese Aussagen lassen sich durchaus verallgemeinern, da die genannten Provinzen keine Sonderrechte besitzen oder sich in ihrer Gesamtstruktur von anderen Provinzen oder Autonomen Regionen abheben.

Die Partei, zunehmend verbürgerlicht, entproletarisiert und von geschichtlichen Wurzeln entfernt, kann sich nicht auf lange Zeit als Gefolgschaft von Führern einschwören lassen, die noch in alten militärischen Kategorien denken. Somit ist selbst von der Basis ebener Partei nicht der Wunsch auf Systemerhalt zu erwarten.

Es müssen also nur wenige Nutznießer des Systems sein, die es im eigenen Interesse erhalten wollen. Hierzu gehören sicherlich die Angehörigen des Sicherheitsapparates, insbesondere des Militärs, auf die an anderer Stelle eingegangen werden soll. Gewiss ist die Angst vor einer ungewissen Zukunft Hauptfaktor für den Systemerhalt. Diese Angst wird nämlich nicht nur von den Mächtigen im Lande getragen, sondern auch mit der übrigen Bevölkerung geteilt, die bereits etliche Jahrhunderte Erfahrung mit einem dem Herrschaftsverlust einhergehenden Chaos sammeln musste.⁴⁸² Das chinesische Wort für Chaos, ‚luan‘, verbreitet deshalb auch heute noch Schrecken.

⁴⁷⁷ Pei, China's Government Crisis, S. 100 ff.

⁴⁷⁸ Pei, China's Government Crisis, S. 102.

⁴⁷⁹ Miller, How Do We Know If China Is Unstable, S. 21 f.

⁴⁸⁰ Hirn, Herausforderung China, S. 64.

⁴⁸¹ Dickson, Political Instability at the Middle and Lower Levels, S. 44

⁴⁸² Whyte, Chinese Social Trends, S. 161.

Nicht nur die heimische Bevölkerung, sondern auch ausländische Politiker fürchten zu Recht das Chaos. Eine fehlende Berechenbarkeit dieses riesigen Flächenstaates mit der größten Bevölkerung wäre bereits ein Destabilisierungsfaktor anderer Staaten.

Doch setzen gerade ausländische Beobachter auf den Erfolg chinesischer Aufsteiger und den Wirtschaftsboom. Verwiesen wird auf ein riesiges Potential an Arbeitskräften, Entwicklungs- und Produktionsmöglichkeiten sowie auf eine sich stetig akkumulierende Kapitalmenge in chinesischer Hand.⁴⁸³

Diese Tatsache ist für jeden China-Besucher optisch erkennbar. Zugleich müssen schon Durchschnittskonsumenten ohne Fernreisen ansehen, dass Chinas Produkte die Märkte erobern, während Chinas Niedriglöhne hiesige Arbeitsplätze vernichten.⁴⁸⁴

Ohne Zweifel prosperiert China. Doch existiert zugleich ein großes Gefälle zwischen Arm und Reich mit großen regionalen Einkommensunterschieden zwischen einem Schwerpunkt des Booms meist an den Mündungen großer Flüsse im Osten und einem noch recht unterentwickelten Westteil. Sicherlich kann die chinesische Regierung auf eine Reduzierung der Zahl armer Menschen seit den 70er Jahren stolz sein. Ihren Angaben zufolge sind statt 250 Millionen nur noch 22 Millionen Staatsbürger von absoluter Armut betroffen. Allerdings wird diese Angabe von chinesischen Wissenschaftlern bereits unter Verwendung der offiziell festgelegten Armutsgrenze von einem Pro-Kopf-Einkommen in Höhe von 625 Renminbi Yuan bzw. 75 US Dollar jährlich auf 30 Millionen korrigiert. Die international angenommene Armutsgrenze liegt dagegen bei einem US \$ pro Tag, was zu einer Zahl von in absoluter Armut lebenden Menschen in einer Größenordnung von 120 Millionen führt. Die Berechnung des Einkommensunterschieds zwischen armen und reichen Schichten mit dem Maß des Gini-Koeffizienten führte sogar seit 1978 zu einer Verschlechterung von 0,22 bzw. 0,21 auf 0,33 bzw. 0,42. Hinzu kommen Ökologieflüchtlinge in einer Höhe von 100 Millionen Menschen.⁴⁸⁵

Gerade für ärmere Schichten wird eine Überbürokratisierung der Verwaltung zunehmend teuer. Aus offizieller Quelle ist zu entnehmen, dass die Zahl von Amtsträgern 70 Millionen beträgt. Auf 18 Staatsangehörige kommt somit schon ein zu bezahlender Staatsdiener oder Kader.⁴⁸⁶

Hinzu kommt die Belastung der landesweit grassierenden Selbstbereicherung der Funktionäre. Ausgehend von der Eigenheit der chinesischen Gesellschaft, wonach sich einzelne Personen in *guanxi*⁴⁸⁷-Netzwerke einfügen, werden auch privatwirtschaftliche Projekte über *guanxi* genutzt. Der Verfasser konnte dies bereits noch in einer Zeit in China miterle-

⁴⁸³ Hirn, Herausforderung China, S. 85 ff., 109 ff.

⁴⁸⁴ Hirn, Herausforderung China, S. 80 ff., 68 ff.

⁴⁸⁵ Schüller, Wirtschaftsmacht China, S. 42; Giese, Dimensionen sozialer Probleme in der VR China – regionale und sektorale Facetten, S. 2, 6; Gareis, China im Umbruch, S. 50 ff.; Alpermann, Dimensionen sozialer Probleme in der VR China, S. 11; Erling/Wenk, Keine Angst vor China.

⁴⁸⁶ China Information Center, CIC News vom 13.06.2005,

<http://cicus.org/news/newsdetail.php?id=4734>;

<http://www.observechina.net/info/artshow.asp?id=35442&ad=6/13/2005%2012:01:00%20AM>.

⁴⁸⁷ D.h. ‚Beziehung‘.

ben, als die Privatwirtschaft ein Schattendasein gegenüber staatlichen Mammutunternehmen führte. Bei Geschäften, die mit dem Ausland angebahnt wurden, wurden die beteiligten Geschäftspartner, also die technischen und kaufmännischen Führungspersonen beider vertragschließender Unternehmen⁴⁸⁸, die Parteichefs zumindest eines Unternehmens sowie der Stadt oder des Landkreises, Vertreter der Kommune oder des Kreises, Mitarbeiter von Banken zur Absicherung der Finanzierung des Projektes und ähnliche einflussreiche Persönlichkeiten zu opulenten Banketten geladen, deren Kosten gewiss nicht in Relation zum wirtschaftlichen Output standen.

Dass über diese Art von Privilegien sich Verflechtungen zwischen Wirtschaft und politischen Entscheidungsträgern ergeben, ist naheliegend und von den Beteiligten oftmals gewollt. Dies führt bis zur Bildung mafioser Strukturen, wobei korrupte Kader zur eigenen Bereicherung Unternehmensgewinne abschöpfen.⁴⁸⁹

Um etwa lukrative Bauprojekte durchführen zu können, werden die rechtmäßigen Nutzer ihres Rechtes beraubt. In den letzten zwanzig Jahren verloren zwischen 30 und 66 Millionen Bauern das ihnen vertraglich zustehende Land durch illegale Besitzentziehung.⁴⁹⁰

Hierbei bemächtigen sich Investoren oftmals brutaler Schlägertrupps, um die Bewohner und Landnutzer zu vertreiben. So kam es beispielsweise in Nanning, der Hauptstadt der Autonomen Region Guangxi, zur Tötung eines 19jährigen Mannes, der gegen die Räumung seines Hauses protestierte.⁴⁹¹

Das Dorf Shengyou/Provinz Hebei überfielen am 11.06.2005 Hunderte mit Gewehren, Eisenstangen, Messern und anderen Gegenständen bewaffnete Schläger, um die Bewohner aus ihrem Dorf zu jagen. Nach Agenturangaben beabsichtigte die Hebei Guohua Power dort ein Kraftwerk bauen. Zwölf Dörfer seien bereits geräumt worden. Die Bewohner von Shengyou hätten sich jedoch geweigert, ihr Dorf zu verlassen. Bereits am 20.04.2005 hatte es schon einen Überfall gegeben, bei dem zwanzig Jugendliche die Dorfbewohner unter Gewalt zum Verlassen des Dorfes aufgefordert hätten. Nachdem einer der Schläger von den Dorfbewohnern festgehalten worden sei, habe dieser zugegeben, er sei für 100 Yuan in Beijing angeheuert worden. Ein Video vom Überfall des 11.06.2005, das dem Beijinger Büro der Washington Post übermittelt wurde, zeigt wahllos dreinschlagende Angreifer. Das Video beweist zudem, dass einer darunter einem flüchtenden Bauern in den Rücken schießt. Bei diesem Überfall starben sechs Bauern, während 48 schwer verletzt wurden.⁴⁹²

Huang Weiding, Wirtschaftswissenschaftler und Leitender Direktor im Verlagshaus ‚Rote Fahne‘, bezeichnet zwar die Korruption in China nur als Übergangserscheinung und als

⁴⁸⁸ Der Verfasser war 1989/90 zumindest bei deutsch-chinesischen Vertragverhandlungen zugegen.

⁴⁸⁹ Heilmann, Wenig Anlass zur Euphorie, S. 25 ff.; Gareis, China im Umbruch, S. 57.

⁴⁹⁰ Wall Street Journal vom 23.03.2005; Göbel, Ländliche Entwicklung unter den Bedingungen eines autoritären Regimes.

⁴⁹¹ China Information Center, CIC News vom 16.06.2005.

⁴⁹² Pan, Chinese Peasants Attacked in Land Dispute, Washington Post vom 17.06.2005; China Information Center, CIC News vom 16.06.2005; Die neue Epoche vom 17.06.2005, <http://www.dieneuepoche.de/>.

„unvermeidbarer Faktor in der Phase des wirtschaftlichen Umbruchs“⁴⁹³, führt aber aus, dass die Korruption nicht nur auf lokaler, sondern sogar auf der Ebene der Provinzregierungen und der Ministerien der Zentralregierung verbreitet sei. So habe (wohlgemerkt nicht ein staatliches Gremium) der Parteiapparat im Jahr 1999 bei 17 Kadern dieser Hierarchiehöhe Disziplinarmaßnahmen wegen Bestechlichkeit durchgeführt. Es sei gang und gäbe gewesen, kriminelle Elemente zu decken oder passiv Bestechungsgelder in geringer Höhe anzunehmen. Minister Li Xiaoshi, Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technologie, sei ein Beispiel dafür. Auch seien Fälle von organisierter Kriminalität bekannt geworden. Ein Schmuggler- und Schmiergeldring im Magistrat von Zhangjiagang⁴⁹⁴ habe Bestechungsgelder von mehr als 10 Millionen Renminbi Yuan genommen und Steuern in Höhe von 6 Millionen Renminbi Yuan unterschlagen. In diesen Fall seien 200 Personen, darunter 12 Kader auf Abteilungsebene und 45 Kader auf Bereichsebene verwickelt gewesen. Die Kontrollspanne habe Zoll, Grenzpolizei, Hafenverwaltung, Magistratsmitarbeiter und Parteikomitee umfasst.⁴⁹⁵

Wie ein Flächenbrand greife die Korruption nun auf andere Bereiche über. So habe sich beispielsweise ein Gefängnisdirektor mit dem Leiter des Gefängniskrankenhauses, den Leitern wichtiger Abteilungen in der Lokalregierung und dem Obersten Richter am örtlichen Volksgericht verbündet, um gegen Bestechungsleistungen Haftstrafen zeitlich herabzusetzen.⁴⁹⁶

Als größte bisher aufgedeckte Schmiergeldaffäre sei es um 150 Millionen Renminbi Yuan gegangen.⁴⁹⁷

Diese Summe gilt inzwischen als überholt. Über 485 Millionen US Dollar sollen nämlich zwei Mitarbeiter der Bank of China unterschlagen haben! In einer Harbiner Filiale derselben Bank unterschlug ein Bankangehöriger 100 Millionen Dollar. Der Chef der China Construction Bank ließ sich dagegen von einem US-Unternehmen für eine Million Dollar einkaufen, sich das Studium seines Sohnes in den USA sowie die Flüge seiner Frau zu seinem Sohn finanzieren.⁴⁹⁸

Grundsätzlich müssen korrupte Staatsdiener mit härtesten Sanktionen bis hin zu Todesstrafe rechnen.⁴⁹⁹

Doch ist es nach wie vor äußerst riskant, wenn einfache Bürger korrupte Amtsträger anzeigen. So wurde beispielsweise ein Bauer für drei Jahre in einem Arbeitslager festgehalten, weil er örtliche Kader vor einem Gericht verklagt hatte.⁵⁰⁰

Die ehemalige Polizistin Zhang Yaochun aus Hepu in der Provinz Guangxi zeigte korrupte und ihre Macht missbrauchende Kollegen an. Daraufhin wurde sie von Vorgesetzten ver-

⁴⁹³ Huang, Der Kampf gegen die Korruption im Zuge der ökonomischen Reform, S. 56.

⁴⁹⁴ Stadt in der Provinz Jiangsu.

⁴⁹⁵ Huang, Der Kampf gegen die Korruption im Zuge der ökonomischen Reform, S. 47 f.

⁴⁹⁶ Huang, Der Kampf gegen die Korruption im Zuge der ökonomischen Reform, S. 49; Handelsblatt vom 08.03.2005: China hat 3000 Beamte wegen Korruption bestraft.

⁴⁹⁷ Huang, Der Kampf gegen die Korruption im Zuge der ökonomischen Reform, S. 47.

⁴⁹⁸ Lorenz; Saus und Braus, S. 127.

⁴⁹⁹ Kühl, Korruption kann in China tödlich enden.

⁵⁰⁰ Gilley, China's Democratic Future, S. 29.

warnen, sie solle nicht mit Korruptionsermittlern zusammenarbeiten. Es sickerte durch, man plane, sie durch einen arrangierten Autounfall zu töten. Weiterhin wurde sie aus dem Polizeidienst entlassen und kämpft seitdem, während sie sich zudem zum Schutz vor einem Mordanschlag verborgen hält, um ihre Rehabilitierung.⁵⁰¹

Umgekehrt müssen ertappte Staatsdiener in der Regel nämlich nicht die genannten drakonischen Strafen fürchten, sondern werden lediglich verwarnet. Nur sechs Prozent der 670.000 Parteimitglieder, die zwischen 1992 und 1997 wegen solcher Delikte belangt wurden, wurden tatsächlich auch strafrechtlich verfolgt. Lediglich ein Prozent der führenden KP-Amtsträger verloren darüber hinaus ihre Mitgliedsrechte.⁵⁰²

Der frühere Spitzenpolitiker Chen Yun, ein Wirtschaftssachverständiger, bemerkte zu dem Korruptionsproblem: „Die Korruption nicht zu bekämpfen, bedeutet Zerstörung des Landes. Die Korruption bekämpfen heißt, die Partei zerstören.“⁵⁰³

Nicht genug mit diesem Problem. So bezeichnen auch Beobachter in China die steigende Arbeitslosigkeit als große Gefahr für die soziale Stabilität. Der offiziellen Statistik des Landes zufolge sei die städtische Arbeitslosigkeit trotz hohen Wirtschaftswachstums auf 4 Prozent angestiegen, doch sprächen selbst chinesische Spitzenpolitiker von über 6 Prozent und die Asiatische Entwicklungsbank von 8 bis 10 Prozent. Selbst beim derzeitigen rasanten Wirtschaftswachstum werde sich die Situation angesichts der demografischen Entwicklung und der Entlassungen aus Staatsbetrieben noch verschärfen. Momentan sei die städtische Arbeitslosigkeit jedoch mit der im ländlichen Bereich verglichen relativ niedrig, da dort die Unterbeschäftigung bzw. die Arbeitslosigkeit bei rund 30 Prozent liege. Im ländlichen Raum sei gleichfalls mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote zu rechnen. Dies hänge mit weiteren Wirtschaftsreformen zusammen. Erwartungsgemäß werde sich die Zahl der momentan auf 150 Millionen Wanderarbeiter um weitere 20 Millionen (nach Solinger sogar 60 Millionen) erhöhen.⁵⁰⁴ Damit steige auch der Zuwanderungsdruck auf Ballungszentren und reiche Küstenprovinzen.⁵⁰⁵

Neue Probleme resultieren aus dem Gesamtproblem der Arbeitslosigkeit. Das Einkommensgefälle nimmt zu. Damit wächst die Armut in den Städten. Zudem werden Arbeitslosenhilfen entweder nicht in Höhe des gesetzlichen Maßes oder oft überhaupt nicht ausgezahlt.⁵⁰⁶

⁵⁰¹ Kuhn, *An Honest Cop Pays the Price*, S. 27 ff.

⁵⁰² Pei, *China's Governance Crisis*, S. 103.

⁵⁰³ Crowell, Todd/Hsieh, David: *A New Upheaval? Despite growing tensions, changes since 1989 have diminished the chances of another mass uprising*. Asiaweek vom 04.06.1999, <http://www.asiaweek.com/asiaweek/99/0604/sr1-1.html>.

⁵⁰⁴ Gespräche des Autors mit in China ansässigen Diplomaten und Journalisten. Wichtig sind in diesem Zusammenhang die Artikel Huang Ciping, *Gefährlicher Gigant China* und Hoffbauer, *800 Millionen haben nichts von Chinas Boom*; *Neue Zürcher Zeitung* vom 31.05.2006.

⁵⁰⁵ Solinger, *Why We Cannot Count the 'Unemployed'*, S. 67; Gareis, *China im Umbruch*, S. 57 ff.; Giese, *Dimensionen sozialer Probleme in der VR China*, S. 6 f.

⁵⁰⁶ Chen Guidi/Wu Chuntao, *Crisis in China's Countryside*, S. 59 ff.; Kupfer, *Sprengstoff in China?*, S. 3; Alpermann, *Dimensionen sozialer Probleme in der VR China*, S. 9, 11; Fischer, *Zwischen xiaohai und xiagang*, S. 315.

Mit dem Beitritt in die Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember 2001 übernahm die Volksrepublik China zudem internationale Verpflichtungen zur Öffnung des chinesischen Marktes, die langfristig sicherlich auch positive Auswirkungen auf den chinesischen Arbeitsmarkt haben werden, kurz- und mittelfristig jedoch die Arbeitslosigkeit in einem nicht unerheblichen Maße vergrößern. Besonders ist die Landwirtschaft von weiteren Einbußen betroffen. Ob andere Sektoren in ausreichendem Maße freie Stelle schaffen, die durch Hofverkleinerungen und Hofschließungen zusätzlich entstehende Binnenmigranten absorbieren könnten, bleibt abzuwarten.⁵⁰⁷

Zur sozialen Desintegration, Marginalisierung und Binnenmigration tragen auch Umweltprobleme bei. Hohe Abwassereinleitungen, ein Übermaß an Abfallaufkommen und eine Überlastung der Atemluft mit Schwefeldioxid kennzeichnen Chinas Umwelt in den Industriezentren. Bei den Emittenten handelt es sich um vergleichsweise wenige ‚Schlüsselverschmutzer‘, nämlich rund 9.000 meist staatliche Großunternehmen. So emittiert das Hauptstadt Stahlwerk (*Shougang*) in Beijing 55 Prozent der gesamten Abgasmenge der Stadt, 51 Prozent des Schwefeldioxids, 61 Prozent der Stickoxide, 75 Prozent der Kohlenmonoxide und 50 Prozent des Schwefelstaubes.⁵⁰⁸

Als neue umweltrelevante Trends treten Luftverschmutzung durch einen stark erhöhten PKW-Konsum, Wohlstandsmüll und die neu auftretende Verschmutzung durch ländliche Betriebe auf. Waldverbrauch, Bodenerosion und Desertifikation sind ungebrochen auf dem Vormarsch.⁵⁰⁹

Die chinesische Umweltkrise hat deshalb auch Auswirkung auf die Nahrungsmittel- und die Energieversorgung.⁵¹⁰

Pan Yue, engagierter Umweltschützer in staatlicher Funktion, sieht Chinas Situation der Umwelt als so dramatisch an, dass er die Lebensgrundlage der Menschen gefährdet sieht. Die Städte und Wüstengebiete Chinas seien stetig am Wachsen. Das bewohnbare und nutzbare Land sei in den letzten 50 Jahren um die Hälfte geschrumpft. Ein Viertel der Bürger habe kein sauberes Trinkwasser, ein Viertel der Städte müssten stark verdreckte Luft einatmen, und Lungenkrebs sei Todesursache Nummer eins. Durch die Verschmutzung entstehe ein Verlust des Bruttoinlandsprodukts von 8 bis 15 Prozent. In dieser Größe seien nicht die Kosten der Gesundheit eingerechnet. Es werde nötig sein, aus 22 Provinzen und Städten rund 186 Millionen Bürger umzusiedeln. Die anderen Provinzen und Städte

⁵⁰⁷ Bass, Auswirkungen des WTO-Beitritts auf den chinesischen Arbeitsmarkt, S. 55 ff.; Chang, *The Coming Collapse of China*, S. 202; Furst, Chinas WTO-Zugang, S. 175 f. Roland Lew, China vor dem Beitritt in die Welthandelsorganisation, S. 3 ff.; International Organization for Migration, *World Migration 2003*, S. 197: „At the end of 1999, 6,4 million workers had been laid off from state firms and were still without job. The entry into WTO may accelerate this trend. An additional 20 million urban workers could be laid off. Furthermore there is an ‘idle labour force’ of some 128 million in rural areas, and an estimated 40 million additional agricultural jobs that may be lost over the next decade.“

⁵⁰⁸ Atlas der Globalisierung, S. 164 f.; Betke, Umweltkrise und Umweltpolitik, S. 330.

⁵⁰⁹ Betke, Umweltkrise und Umweltpolitik, S. 339 ff.; Lorenz, Rote Fluten, S. 120 f.

⁵¹⁰ Heck, Nachhaltige Entwicklung oder nachhaltige Katastrophe, S. 247.

könnten aber nur 33 Millionen aufnehmen. China werde folglich über 150 Millionen ökologische Migranten haben.⁵¹¹

Wie das Beispiel des Drei-Schluchten-Staudammes zeigt, dürften diese Umsiedlungen nur unter Zwang erfolgen. Hierdurch werden insbesondere dünn besiedelte Regionen mit bisheriger Einwohnerschaft aus ethnischen Minderheiten, wie etwa die Autonome Region Xinjiang Uigur, von Binnenmigranten besiedelt. Sowohl ursprüngliche Bevölkerung als auch Umsiedler werden mit dieser Maßnahme nicht einverstanden sein. Abgesehen von Konflikten unter diesen Bevölkerungsgruppen sind deshalb Konflikte mit der politischen Führung vorprogrammiert. Die zahlreichen Bombenattentate der letzten Jahren, die sich auf Bewohner Xinjiangs zurückführen lassen, haben ihre Ursache in der Siedlungspolitik Chinas, die die ethnischen Minderheiten in ihren Stammgebieten verdrängt.⁵¹²

Obgleich China gesamtwirtschaftlich oder zumindest in wichtigen Regionen prosperiert, wird der Staat ärmer, was auch hohe Steuern und ihr brutales Eintreiben nicht verhindert.⁵¹³ Der Staat hat nämlich nicht einen ebenso hohen Zuwachs wie die Gesamtwirtschaft und zudem hohe Ausgaben. Dies gilt zunächst schon für zivile Ausgaben: So kostet etwa das Nationaltheater im Zentrum der Hauptstadt fast 430 Millionen US Dollar. Diese Summe ist jedoch im Vergleich zu den Ausgaben für die Durchführung der Olympischen Spiele und die damit in Zusammenhang stehende Errichtung von Bauwerken von geschätzten 20 Milliarden US Dollar lächerlich gering.⁵¹⁴

Als wären die Staatsausgaben für zivile Projekte nicht genug, erhöht China regelmäßig sein Militärausgaben und droht mit Krieg gegen Taiwan.⁵¹⁵

Diese Belastungen bringen den wirtschaftlichen Verlierern im Staat keinen einzigen Renminbi Yuan, nicht einmal einen Fen. Seit Jahren breitet sich Depression unter ihnen aus. 300.000 Menschen begehen jährlich in China Selbstmord, was eine doppelte Rate gegenüber den USA und Indien beträgt. Die Entwurzelung macht sich gleichfalls in der explodierenden Kriminalität bemerkbar. Bei 163 Verbrechen pro 100.000 Menschen im Jahr 1998 hat sich die Rate gegenüber 1978 verdreifacht. Selbst die exzessiv angewandte Todesstrafe konnte die Kriminalität nicht mindern.⁵¹⁶

Die Alternative zu diesem bedrückenden Zustand heißt für viele Bürger die Abwanderung aus der Heimatregion, aus der Provinz und sogar aus dem Land. Dies bewirkt, dass eine in der Weltgeschichte nie dagewesene Größe umherziehender Menschen die Stabilität des Landes gefährden und zumindest ansatzweise die Drohung umsetzen, die die Politiker Deng und Li westlicher Kritik an der Menschenrechtsslage in China entgegenbrachten. Weit über 100 Millionen Menschen befinden sich als Binnenmigranten noch im Land, um

⁵¹¹ Erling/Wenk, Keine Angst vor China; Pan, Das Wunder ist bald zu Ende S. 149; Pei, China's Governance Crisis, S. 105, bezieht sich auf Angaben der Weltbank, die wiederum die Kosten durch Umweltverschmutzung mit 7,7 % des Bruttosozialprodukts beziffert. Handelsblatt vom 24.04.2006; Stern 51/2005; Spiegel Online vom 16.05.2006, <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,416267,00.html>.

⁵¹² Scharping, Bevölkerungsentwicklung und -politik, S. 362, 371.

⁵¹³ Pei, China's Governance Crisis, S. 105, 107 f.

⁵¹⁴ Chang, The Coming Collapse in China, S. 185.

⁵¹⁵ Shambaugh, Modernizing China's Military, S. 188 ff.

⁵¹⁶ Gilley, China's Democratic Future, S. 46, 49.

nach Arbeit zu suchen und ihr Leben zu verbessern. Ein Teil der Binnenmigranten gab inzwischen auch diese Hoffnung auf und verließ legal oder illegal China, bessere Chancen im fernen Ausland suchend.⁵¹⁷

Emigration ist für Chinas Führer gewiss ein willkommenes Ventil, denn es herrscht nicht nur Unzufriedenheit und Frustration über die eigene Wirtschaftslage, sondern auch über die politische Ungerechtigkeit im Lande. In China wächst täglich das Bewusstsein für eigene Rechte und damit die Empfindung für Ungerechtigkeiten. Machtmissbräuche, Nepotismus, Korruption, ungerechtfertigte Steuern und ähnliche Missstände werden erkannt, wobei ebenfalls zur Kenntnis genommen wird, dass die institutionellen Möglichkeiten, solche Probleme abzustellen, unzureichend und mangelhaft sind.⁵¹⁸

Es ist deshalb nicht nur als Ausnahme sondern als häufiges Phänomen zu betrachten, dass China von Unruhen heimgesucht wird. Die Zahl behördlich erfasster Unruhen wuchs von 8.700 im Jahr 1993 auf 32.000 im Jahr 1999 bzw. 58.000 im Jahr 2004. Auch bis zum Jahr 2005 hielt dieser Zustand trotz des Bemühens der Staats- und Parteiführung, solche Ereignisse geheim zu halten, weiter an, wobei es in Einzelfällen zu einer Teilnehmerschaft von über 10.000, sogar über 50.000 kam. Im Januar 2006 wurde schließlich bekannt, es hätten sich 87.000 solcher Unruhen im Vorjahr ereignet.⁵¹⁹

Ausgelöst wegen der Umweltverschmutzung im Dorf Huankantou in der Provinz Zhejiang kam es im April 2005 zu schweren Unruhen, bei denen nicht nur Demonstranten, sondern auch 50 Polizisten verletzt wurden. Innerhalb der Proteste wurden zwei protestierende Frauen von Polizeiwagen überfahren. Nach ihrem Tod bewarfen die Dorfbewohner Polizisten mit Steinen.⁵²⁰

Auch die Unruhen im Juni 2005 in der Industriemetropole Dongguang/Guangdong sowie in Chizhou/Anhui waren so heftig, dass neben Polizeikräften das Militär eingesetzt werden musste.⁵²¹

Im Januar 2006 beendeten mit Elektroschlagstöcken bewaffnete Polizisten eine tagelange Auseinandersetzung mit Tausenden Bewohnern der Ortschaften Fengzhuang in der Provinz Fujian und Panlong in der Provinz Guangdong, die sich gegen ungerechtfertigte Besitzentziehungen zur Wehr gesetzt hatten.⁵²²

⁵¹⁷ Jenner, S. 354, Chang, S. 42 f., 291; Jackson, A Typology for Stability and Instability in China, S. 17; Lew, China vor dem Beitritt in die Welthandelsorganisation; Goldstone, The Coming Chinese Collapse, S. 39.

⁵¹⁸ Pei, China's Governance Crisis, S. 107.

⁵¹⁹ Malek, Marxismus und Atheismus versus Religionsfreiheit, S. 199; Kupfer, Sprengstoff in China, S. 4; Pei, China's Governance Crisis, S. 107, Reeve/Xi, S. 21; Mooney, China faces up to growing unrest; Tanner, China Rethinks Unrest, S. 138; Li, Anger rages in Sichuan; Pan, Upsurge of social strife rattles China's rulers; International Herald Tribune vom 17.01.2006; dpa vom 20.01.2006; Süddeutsche Zeitung vom 21.01.2006.

⁵²⁰ Frankfurter Rundschau vom 12.04.2005.

⁵²¹ dpa vom 29.06.2005; China intern vom 22.06.2005, http://www.chinaintern.de/article/Gesellschaft_Stimmung_des_Volkes/1119432503.html, vom 29.06.2005, http://www.chinaintern.de/article/Politik_Hintergrundberichte/1120029147.html.

⁵²² International Herald Tribune vom 17.01.2006; Spiegel Online vom 14.01.2006, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,395365,00.html>.

Ein ähnlicher Vorfall wiederholte sich Ende Februar 2006 im Dorf Dongzhou in der Provinz Guangdong, bei dem 3.000 Polizisten das Dorf abriegelten und während der Auseinandersetzungen möglicherweise 70 Personen töteten.⁵²³

Das alles spricht gegen gutes Management der Herrschaft bzw. in der Terminologie der politischen Wissenschaften gegen ‚good governance‘. Die Vereinten Nationen haben diesen Begriff insbesondere für die Bewertung bei der Vergabe von Entwicklungshilfe wie folgt definiert: „Good governance has 8 major characteristics. It is participatory, consensus oriented, accountable, transparent, responsive, effective and efficient, equitable and inclusive and follows the rule of law. It assures that corruption is minimized, the views of minorities are taken into account and that the voices of the most vulnerable in society are heard in decision-making. It is also responsive to the present and future needs of society.“⁵²⁴

Bei optimaler Bewertung des Kriterienkatalogs für good governance durch die KP-Herrschaft sind bestenfalls die Adjektive ‚effective‘ und ‚efficient‘ unter Schmerzen als gegeben zu betrachten. Selbst unter Gewährung aller Großzügigkeiten bei der Evaluierung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Systems, wird man nicht zu dem Schluss kommen, dass die KP es zulässt, an der Macht zu partizipieren, dass sie Kompromisse schließt, selbst bei ihren eigenen Beschlüssen berechenbar, transparent und entgegenkommend ist, dass sie gerecht und rechtmäßig handelt oder gar den eigenen Bürgern ohne machtpolitisches Kalkül Gehör schenken würde. Aus diesem Grund sehen etliche Oppositionelle und unabhängige Beobachter Chinas eine Legitimitätskrise der Kommunistischen Partei.⁵²⁵

Es liegt in der Natur der Sache und entspricht den uralten Strategemen chinesischer Militärführung, wenn die Opposition die Lage eines ihr verhassten politischen Systems in den düstersten Farben schildert, um dessen Gefolgschaft zu verunsichern. In Berufung auf offizielle Quellen Chinas kommen jedoch auch die China-Watchers zum gleichen Ergebnis. So zitiert Gilley den Politiker Li Ruihuan, Mitglied des Ständigen Ausschusses des KP-Politbüros zwischen 1989 und 2002, dass die Partei einer Legitimitätskrise ausgesetzt sei: „Die Kritik des Volkes, seine Brandmarkungen, sein Widerstand und seine Opposition gegenüber der Partei und führenden Kadern hat den Siedepunkt erreicht. Was die Mitgliederzahl betrifft, ist die Kommunistische Partei Chinas größer, aber sie ist zugleich schwächer denn je.“⁵²⁶

⁵²³ dpa vom 12.12.2005; Die Neue Epoche Online vom 26.02.2006, <http://www.dieneueepoche.com/articles/2006/02/26/10381.html>.

⁵²⁴ United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific Human Settlements (UNESCAP), <http://www.unescap.org/huset/gg/governance.htm>.

⁵²⁵ Pressemitteilungen der Wei Jingsheng Foundation vom 29.01., 26.02. und 05.03.2005; Wu Hongda laut Neue Zürcher Zeitung vom 17.03.2005; Wasserstrom, A New Legitimacy Crisis in China, S. 25 ff.; Gilley, China's Democratic Future, S. 28 f.; Kupfer, Sprengstoff in China?, S. 3 ff.; Sausmik, More Legitimacy for One-Party Rule?, S. 77 ff.; Heberer/Schubert, Political Reform and Regime Legitimacy in Contemporary China, S. 9 ff.; Schubert, Herrschaft, Vertrauen und Legitimität in der VR China, S. 7 ff.

⁵²⁶ Gilley, China's Democratic Future, S. 48 f.; Wasserstrom, Beijing's New Legitimacy Crisis, S. 25 ff.; Kupfer, Sprengstoff in China, S. 3 ff.; Pei, China's Governance Crisis, S. 102, 103.

Ob Legitimität ein Kriterium für Stabilität darstellt, ist im Hinblick auf die neuere Geschichte Chinas gewiss zweifelhaft, da es niemals eine Legitimität der KP gab. Die Partei hatte sich Macht genommen. Sie kam aus den Gewehrläufen. Dennoch ist auf die stetig wachsende Verbürgerlichung von Gesellschaft und Partei zu verweisen, deren Ansicht sich in allen Gesellschaftsschichten verbreitet, es komme auch auf die Legitimität einer Führung an.

Deshalb ist selbst bei derzeit interessanten Wirtschaftsdaten aus China gerade in diesem Land kein Vertrauen in die Zukunft vorhanden. Denn auch KP-Mitglieder verschaffen sich einen ausländischen Pass und verschieben ihr unrechtmäßig oder redlich verdientes Geld ins Ausland.⁵²⁷

Der Shanghaier Wirtschaftswissenschaftler Xu Xiaonian stellt einen Bezug zwischen wirtschaftlichen Fehlentwicklungen, zu denen Schwarzgeld und eine riesige, offiziell aber nicht zugegebene Staatsverschuldung gehören, und dem Mangel an Rechtssicherheit her: „Die Marktwirtschaft ist in China so weit vorangeschritten, dass das übrige System nicht mehr passt. Ich meine damit das Rechtssystem, die Aufsichtsbehörden und andere Institutionen. Ohne sie können Märkte nicht gut funktionieren (...) Wir brauchen Respekt vor der Herrschaft des Rechts und den Rechten der Menschen.“⁵²⁸

Kritik am politischen System kommt selbst von einem Vizeminister in bisher nicht gekannter Deutlichkeit: „Je schneller die Wirtschaft wächst, desto schneller riskieren wir eine politische Krise, wenn die Reformen nicht Schritt halten. Wenn sich die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert, werden die Regionen und die Gesellschaft instabil. Wenn unsere Demokratie und unser Rechtssystem der Entwicklung hinterherhinken, können verschiedene Bevölkerungsgruppen ihre Interessen nicht wahren.“⁵²⁹

Allerdings ist darauf zu verweisen, dass zu Mao Zedongs Zeiten die Wirtschaft Chinas bereits mehrfach zusammenbrach, dass das Volk Hungersnöte erdulden musste und noch brutalerer Terror das Land überzog, sich aber dennoch die Herrschaft der Kommunisten fortsetzen konnte. Die Zeiten haben sich jedoch geändert. Zu Maos Zeiten gab es nicht dieses Wohlstandsgefälle. Die Arbeitslosigkeit existierte nur in verdeckter Form. Der wichtigste Faktor einer Zeitenwende dürfte jedoch die Verbürgerlichung in den eigenen Reihen sein. Es ist darum fraglich, ob die Methoden und Instrumentarien der Parteiherrschaft zum gegenwärtigen Zeitpunkt für ihr Überleben ausreichen.

Der Berliner Wissenschaftler Kay Möller hält es für müßig, heute noch von einem stabilen China zu sprechen. Dieses Weltbild verkenne, dass ein Land mit Massenarbeitslosigkeit, tödlichen Epidemien, großer Binnenmigration, ökologischen Notstandsgebieten, massiver Korruption und organisierter Kriminalität nicht als stabil gelten könne. „Demnach würde eine institutionelle Übersetzung des derzeitigen gesellschaftlichen Fragmentierungsprozesses, etwa in föderale Strukturen, dort eine evolutiv-positive Wirkung entfalten, wo er transparentere Entscheidungsprozesse und einen echten Dialog zwischen Basis und Führung inspiriert.“⁵³⁰

⁵²⁷ Jenner, Chinas langer Weg in die Krise, S. 366 f.

⁵²⁸ Xu, Wir brauchen Respekt vor dem Recht, S. 123.

⁵²⁹ Pan, Das Wunder ist bald zu Ende, S. 150.

⁵³⁰ Möller, Zur Menschenrechtsslage in China, S. 11.

II. Wer macht das Licht aus? Das Ende des Apparates

Eine zentrale Rolle hinsichtlich des Fortbestandes oder der Beendigung der Machtausübung der Kommunistischen Partei Chinas spielen folglich die Menschenrechte. Es wird derzeit noch immer, wenn auch vereinzelt argumentiert, dem chinesischen Volk komme es momentan nicht auf Demokratie und Menschenrechte an. Zugleich ist aber festzustellen, dass Millionen Menschen in der Volksrepublik China trotz des wirtschaftlichen Fortschrittes unter besonderer Berücksichtigung sich stetig ausweitender prosperierender Schichten marginalisiert werden. Der Machtmissbrauch von Amtsträgern des Staates und der staatstragenden Partei, wie zum Beispiel durch Einweisung von Millionen Binnenmigranten in Internierungslager und ihrer dort üblichen Misshandlung, zeigt eben jene Instabilität aufgrund fehlender Menschenrechte. Im Umkehrschluss kommt es deshalb gerade auf garantierte und institutionell gehütete Menschenrechte bei der Stabilität des Landes an.

Gewiss sind bei einer Analyse der Situation die verschiedenen Akteure oder Betroffenen von unterschiedlichen Szenarien betroffen. Für die derzeitige Elite stellt sich die Entwicklung so dar, dass sie bei Fortbestand des Status quo von sich aus keine politische Veränderung vorzunehmen gewillt ist. Zugleich wird ihre Macht auch nicht akut gefährdet. Dies ändert sich jedoch in einer Phase größerer Unruhen. Hierbei kann es vereinzelt zu ernsthaften internen Machtkämpfen, Ausschlüssen von Gegnern aus dem Kreis der Elite und einer Handlungsunfähigkeit kommen. In dieser Phase hat die KP-Führung den größten Handlungsbedarf und die größte Chance zur Durchführung von Reformen, die notfalls auch das Machtmonopol beseitigen. Solche zahlenmäßig überschaubaren Krisenerscheinungen könnten sich jedoch bei schwereren Unruhen verdichten. Eine Phase der Rebellionen wäre erreicht, die von internen und externen Machtkämpfen geprägt wäre. Rudimentär würde sich neben der derzeitigen Elite eine neue, konkurrierende Elite herausbilden, die bei einem Machtzuwachs revolutionäre Kraft entwickeln könnte, die schließlich zum Zusammensturz des bisherigen Machtapparates führen würde. Getreu der KP-Spitze zur Seite stehend, würde das Militär zur Überreaktion neigen, was die Gefahr in sich birgt, dass Befehle überinterpretiert und der vorauseilende Gehorsam Norm würden. Im Konflikt mit in ihrer Freiheit eingeeengten Bürgern, mit Studenten und Intellektuellen, mit Arbeitern, Bauern, Arbeitslosen, Migranten und darüber hinaus mit Geheimbünden, religiösen Vereinigungen und ethnischen Minderheiten hätten auch die atomar hochgerüsteten, bis ins Mark nationalistisch-überhebliche Streitkräfte keine Chance mehr.⁵³¹

Ob jedoch eine derartige Situation eintritt, für die es grausige Vorbilder in den vergangenen hundert Jahren chinesischer Geschichte gab, hängt von politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Faktoren, wie auch von unterschiedlichen Führungspersönlichkeiten und deren Interaktion mit ihrer Gefolgschaft ab.

Szenarien zur politischen Entwicklung Chinas sind zum Teil eine intellektuelle Spielwiese, zum anderen Teil dagegen auch seriöse Wissenschaft. Auf letztere nimmt diese Untersu-

⁵³¹ In einem Telefongespräch mit dem Verfasser am 12.06.2006 hält der Dissident Zhang Jiankang, Rechtsanwalt in Xi'an, dieses Szenario für unwahrscheinlich, da es selbst in der Militärspitze genügend Kräfte gebe, die das Militär entpolitisieren suchten.

chung bezug, und wahrscheinliche Szenarien werden in den folgenden Ausführungen dargestellt.⁵³²

1.) Maßnahmen der Partei zur Erhaltung ihrer Macht

Wer hat angesichts breiter, von Krisen betroffener Kreise überhaupt noch ein Interesse am Bestand der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas? - Gewiss, die Führung selbst, was zu erwarten ist. Darüber hinaus an erster Stelle sicherlich auch der Sicherheitsapparat, der sich in besonderem Maße am Erhalt des Staates und seiner Elite verantwortlich fühlt.

Der Sozialwissenschaftler Zhang Junhua teilt Chinas Gesellschaft in fünf Schichten ein, wobei die Zahl der Angehörigen oberer Schichten naturgemäß als gering, die unter Schichten als hoch einzuschätzen ist:

- 1) Hochrangige Beamte und Kader, Manager von Großunternehmen, Privatunternehmer, namhafte Experten und prominente Künstler
- 2) Mittlerrangige Leiter, Manager von Unternehmen, Mittlerrangige Regierungsbeamte und Parteikader, Fachleute, Techniker, Besitzer mittelgroßer Unternehmen, Universitätsprofessoren
- 3) Selbständige, Angestellte größerer Joint-ventures, Beamte und Parteikader unterer Ebenen, erfolgreiche Unternehmer im landwirtschaftlichen Sektor, Techniker, Hochschullehrer, städtische Mittelschul- und Grundschullehrer in bessergestellten Regionen
- 4) Arbeitnehmer im Industrie- und Dienstleistungssektor, Kleinhändler, Bauern in bessergestellten Regionen, Wanderarbeiter, Mittelschul- und Grundschullehrer in rückständigen Regionen
- 5) Städtische Arbeitslose, Bauern in armen Regionen, Tagelöhner, Obdachlose, Körperbehinderte, Kranke ohne Unterstützung von Familie und Staat.⁵³³

Doch in diesem Zusammenhang ist das Militär an erster Stelle zu nennen. Nach den Angaben des Politikwissenschaftlers David Shambaugh wuchs der Militäretat Chinas zwischen 1950 und 2001 von 2,8 auf 141 Milliarden Renminbi Yuan, ein jährliches Wachstum von über 12 Prozent seit 1989, im Jahr 1994 sogar von 29 Prozent verzeichnend.⁵³⁴

Einen Großteil davon nimmt die Besoldung der Militärangehörigen ein. Hinzu kommen andere Arten von Personalkosten, wie zum Beispiel Ausbildungs- und Trainingskosten, Unterkunftsausgaben sowie die Kosten für Kleidung, hauptsächlich Uniformen, und Lebenshaltung.⁵³⁵ Seit seiner Machtübernahme im Jahr 1989 hatte sich der neue Staats- und

⁵³² Terril, *The New Chinese Empire*, S. 305 f., 248 ff.; Gilley, *China's Democratic Future*, S. 97 ff.; Goldstone, *The Coming Chinese Collapse*, S. 39; Miller, *How Do We Know If China Is Unstable*, S. 18; Solinger, *The Potential for Urban Unrest*, S. 79 ff.; Whyte, *Chinese Social Trends*, S. 143 ff.

⁵³³ Zhang, S. 94; zum Einkommen eines Kreiskaders vgl. Asienhaus, *Stimmen aus China* vom 23.06.2006, <http://www.asienhaus.de/stimmen-aus-china/index.php?p=24&more=1&c=1&tb...>

⁵³⁴ Shambaugh, *Modernizing China's Military*, S. 188 f.

⁵³⁵ Shambaugh, *Modernizing China's Military*, S. 212 f.

Parteichef Jiang Zemin somit das Wohlwollen des Militärs erkaufte und seine Machtbasis geschaffen. Nachfolger Hu Jintao scheint an diesem Prinzip nicht rütteln zu wollen, da er 2005 den Militäretat im Vergleich zum Vorjahr um 12,6 Prozent auf 247,7 Milliarden Yuan (rund 23 Milliarden Euro) erhöhen ließ.⁵³⁶

Zu vergessen ist dabei nicht, dass das Militär trotz großer Korruption in den eigenen Reihen am stärksten an den Idealen der Partei festhält. Dies war auch in den 80er Jahren der Fall, als zwei Parteichefs, nämlich Hu Yaobang und Zhao Ziyang, ideologischen Ballast über Bord werfen wollten und gerade über die Militärs stolperten. Dies änderte sich unter Jiang Zemin und führte dazu, dass das Militär immerhin für 16 Jahre Staat im Staate bleiben konnte.

Sicherlich sind neben dem Militär auch andere Angehörige des Repressionsapparates als Nutznießer des Systems hinzuzurechnen. Hierzu zählen Geheimdienstmitarbeiter, Kontrolleure der Partei, Propagandisten oder Polizisten mit politischen Aufgaben. Daneben sind die wirtschaftlichen Aufsteiger zu nennen, die sich aus Karriere- oder Profitgründen mit der KP eingelassen haben. Trotz aller Verbürgerlichung der Kommunistischen Partei dürften auch große Teile ihrer Mitgliedschaft noch ein Interesse am Fortbestand haben. Dies gilt mit größter Wahrscheinlichkeit in gleicher Weise für nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung. Gründe hierfür sind Sicherheitsaspekte. Für diese Personen gilt es, das Errungene und Erreichte zu bewahren. Sie haben in erster Linie Angst vor den unberechenbaren Bauern, vor dem Heer umherziehender Arbeitsloser, vor dem Chaos.

Dass ausländische Politiker wegen der Berechenbarkeit derzeitiger chinesischer Amtskollegen oder ausländische Unternehmer wegen des schnellen Profits auf einem riesigen Markt dieses Sicherheitsdenken nähren, erscheint auf den ersten Blick folgerichtig, bei genauerer Überprüfung aber politisch wie wirtschaftlich gefährlich. Die Unterstützung eines Repressionsapparates wirkt nämlich innerhalb Chinas, aber auch regional und weltwirtschaftlich, destabilisierend.

Denn letztendlich droht Gewalt, die Gewalt des Repressionsapparates, die Gewalt unruhiger Bauern, Arbeiter oder Arbeitsloser und die unverzüglich einsetzende gewalttätige Reaktion des Staates. Ein Herausgeber der Militärzeitschrift ‚*Jiefangjun Bao*‘, Oberst Zhang Yi, subsumierte unter den Gründen für ein zwingendes Eingreifen des Militärs innerhalb des Landes neben wirtschaftlicher Unsicherheit auch innere Unruhen.⁵³⁷

Wie bereits ausgeführt wurde, sind innere Unruhen in China keine Seltenheit und in Zunahme begriffen.⁵³⁸

Beobachter mit optimistischer Sichtweise deuten dagegen auf die wirtschaftlichen Erfolge, die eine Balance zu solchen Erscheinungen darstellen könnte. Sicherlich besteht die Möglichkeit. Weniger optimistische Betrachter gehen dagegen davon aus, dass in den letzten Jahren unvergleichliche Wachstum der chinesischen Wirtschaft könnte Opfer der eigenen Dynamik werden. Um eine Überhitzung des Wirtschaftswachstums zu vermindern, wurden im Jahr 2004 bereits Produktionsstätten für bestimmte Zeiten lahmgelegt. Als Achillesferse

⁵³⁶ Die Welt vom 05.03.2005.

⁵³⁷ Shambaugh, *Modernizing China's Military*, S. 296 ff.

⁵³⁸ Malek, *Marxismus und Atheismus versus Religionsfreiheit*, S. 199.

gilt nämlich die Energie- und Rohstoffzufuhr. Pei Xinmin verweist zudem noch auf die durch schlechte Führung verursachten hohen Kosten für die Wirtschaft.⁵³⁹

Ein Vergleich mit zusammengebrochenen Systemen, die vor ihrem Kollaps nach außen einen politisch wie wirtschaftlich erfolgreichen Eindruck hinterließen, ist sicherlich auch den politischen Führern Chinas gegenwärtig. So galt beispielsweise der Iran zu Shah-Zeiten wie das heutige China als Boom-Country; die Shah-Herrschaft brach aber während der Revolution 1978 zusammen.

Aus diesem Grund sputet sich Chinas Führung bei der Bekämpfung möglicher Brandherde. Es gehört folglich zu den politischen Prioritäten von Staats- und Parteichef Hu Jintao, sozialer Instabilität durch die Übernahme sozialer Verantwortung zu begegnen. Den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, heißt in diesem Kontext auch, sich um Opfer, Verlierer, Arme und Schwache zu kümmern.⁵⁴⁰

Dies heißt konkret, dass Chinas Administration Reformmaßnahmen im Bereich der sozialen Sicherung durchführen lässt, ohne jedoch die Grundfesten des politischen Systems anzutasten.

Hierzu gehören breit angelegte und aus der Exklusivität der Vorjahre hervortretend eine Alterssicherung unter Einschluss eines Rentensystems, eine Krankenversicherung, eine Arbeitslosenversicherung, Wohnungsbeschaffungsprojekte, die Einrichtung sozialer Dienste und eine Ausdehnung der Sozialhilfe.⁵⁴¹

Besonderen Wert legt Hu Jintao auf soziale Anstrengungen im bäuerlichen Umfeld. Gerade im ländlichen Bereich, in dem die wirtschaftlichen Faktoren der Verkehrsinfrastruktur, des Ackerlandes oder der Bodenschätze von großer Bedeutung sind, fallen weitere Probleme wie Krankheit und Behinderung sowie in deren Folge der wirtschaftliche Ausfall und hohe Krankheitskosten, Brand- und Naturkatastrophen, Benachteiligungen bei der Zuteilung und Verpachtung von Ackerland, zu hohe Aufwendungen für Kinder oder Spiel- und Alkoholsucht an. Haushalte unterhalb der niedrig festgelegten Armutsgrenze erhalten seitens des Dorfes oder der Gemeinde Unterstützungsleistungen. Zudem werden Kreditkooperativen gefördert und von der Regierung aufgestockt. Selbst private Hilfe aus Wohlfahrtskampagnen wird in Anspruch genommen, um ländliche Armut zu bekämpfen. So gewährte ein ‚Projekt Hoffnung‘ Mittel für Tausende Kinder, um ihren Schulbesuch zu ermöglichen, und innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren ein ‚Projekt Altenhilfe‘ Gelder für 3.000 alte Menschen in Not.⁵⁴²

Der monströs verkündete Paradigmenwechsel zu einer „harmonischen Gesellschaft“, der darauf aufbaut, lässt auf den ersten Blick Hoffnung aufkommen. Bei genauerer Überprüfung ist jedoch festzustellen, dass diese nur durch Subventionen möglich sind, für die eine

⁵³⁹ Friedrich, China-Euphorie ohne Grenzen? S. 6 ff.; Lohse, Geht dem Drachen die Puste aus? S. 48 ff.; Pei, China's Governance Crisis, S. 109.

⁵⁴⁰ Erling, Who is Hu, und wer ist Wen?, S. 21

⁵⁴¹ Schädler, Im Angesicht von Arbeitslosigkeit und Depravierung, S. 272 ff.

⁵⁴² Schädler, Im Angesicht von Arbeitslosigkeit und Depravierung, S. 288 f.; 40 bis 50 % der Personen, die im Jahr 2000 unter die Armutsgrenze fielen, waren Opfer der schlechten Gesundheitsversorgung, Pei, China's Governance Crisis, S. 104; Shih, Reforming China's Anti-Poverty Policy from Below, S. 96 ff.

wirtschaftliche Basis fehlt, oder durch Umverteilungen, für die sich der Widerstand in den Eliten als systemzerstörend erweisen würde.⁵⁴³

Diese sicherlich gut gemeinten Maßnahmen erscheinen jedoch in ihrer Größenordnung nicht ausreichend, landesweite Verbesserungen in marginalisierten Kreisen zu bewirken. Zudem beseitigen sie nicht eine der wichtigsten Ursachen der Verarmung. Denn nicht nur Landverknappung und Überbevölkerung sind neben den genannten bauernspezifischen Problemen Hauptursache des Pauperismus, sondern auch Korruption von Amtsträgern, deren ungerechtfertigte Forderung von Steuern und Abgaben sowie die Unterschlagung von zu verteilenden Mitteln oder Löhnen. Noch auf unterster kommunaler Ebene ist die Macht dieser Amtsträger so groß, dass Beschwerden nicht nur im Sand verlaufen, sondern darüber hinaus Verfolgungen und Menschenrechtsverletzungen nach sich ziehen.⁵⁴⁴

Insoweit wäre nämlich darauf abzustellen, ob Chinas Rechtssystem nicht nur dem Ausbau von Institutionen und Normen, sondern der Gleichheit unter dem Gesetz unter Einschluss der Menschenrechte dient. Seit einer Rede des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas, Jiang Zemin, auf dem 15. Parteikongress 1997 versteht sich China als ‚sozialistischer Rechtsstaat‘. Darunter wird erstens verstanden, dass das Volk unter der Führung der Partei staatliche Angelegenheiten verwaltet sowie gesetzesgemäßes Handeln in wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Angelegenheiten sicherstellt. Zweitens solle die ‚sozialistische Demokratie‘ rechtlich so gestaltet werden, dass Gesetze und Institutionen nicht nach einem Wechsel von Führungspersonen oder deren Ansichten geändert würden. Drittens leite die Kommunistische Partei Chinas das Volk bei der Ausführung der Verfassungsrechte und der Gesetze. Sie dürfe nur im Rahmen der Verfassung und der Gesetze tätig werden. Diese Rechtsvorstellung bindet zwar theoretisch Staat und Staatspartei an das Recht, hält aber an den Prinzipien der demokratischen Diktatur des Volkes bzw. des Proletariats und des demokratischen Zentralismus fest. Von institutionellen Reformen zur Absicherung der Rechtsbindung war in Jiangs Ausführungen nicht die Rede. Dies könnte durch unabhängige Gerichte erfolgen. Um die staatliche Macht an das Recht zu binden, müssen Kollisionsregeln für Fälle geschaffen werden, dass sich Rechtsnormen widersprechen. Dies wird durchaus vom chinesischen Gesetzgeber angestrebt, was sich besonders im Verwaltungsrecht zeigt.⁵⁴⁵

Soweit die Theorie. Seit Jahren noch immer unverändert sind die Klagen von Kaufleuten über mangelnde Rechtssicherheit im Chinahandel. Doch nicht nur in den Beziehungen ausländischer Unternehmer zu ihren chinesischen Partnern wird die Differenz zwischen Recht und Rechtswirklichkeit deutlich. Die Rechtspraxis steht gerade im Bereich der Menschenrechte im Widerspruch zum geltenden Recht. Hinzu kommt die ständige Einmischung der KP in staatliche Angelegenheiten, die das Recht außer Kraft setzt. "Ob ich nun bei den Provinzgerichten oder beim Obersten Gerichtshof Berufung einlege, macht keinen

⁵⁴³ Heberer, Soziale Sicherung und Sozialhilfe: Schritte zur „Harmonisierung“ der Gesellschaft im gegenwärtigen China, S. 152 ff.; Malek, Hexie shehui, S. 195 ff.; Neue Zürcher Zeitung vom 10.10.2005; Frankfurter Rundschau vom 12.10.2005; Economist vom 29.10.2005, S. 13; dpa vom 05.03.2006.

⁵⁴⁴ Jede neue China-Reise konfrontiert den Verfasser mit immer häufigeren Klagen zum Machtmissbrauch örtlicher Kader.

⁵⁴⁵ Ahl, China auf dem Weg zum Rechtsstaat? S. 26.

Unterschied, solange beide von der Partei kontrolliert werden", kommentierte China-Beobachter Harry Wu.⁵⁴⁶

Hu Jintao setzte sich als Parteichef zudem dafür ein, die Parteifunktionäre zu schulen. Eine Kaderschule soll die Machthaber im Land mit dem nötigen Wissen versorgen, die eine moderne Gesellschaft abverlangt.⁵⁴⁷

Hierzu gehört sicherlich auch die Überzeugungsarbeit der KP-Führung, zum Zweck der eigenen Machterhaltung der Bevölkerung wie auch den Kadern plausibel zu machen, dass eine Makrodemokratie Chaos und Instabilität mit sich brächte.⁵⁴⁸

Dass eine bessere Parteiausbildung oder Propaganda bei Staats- und Rechtsverdrossenheit noch hilfreiche Mittel darstellen, die KP-Herrschaft zu erhalten, ist fraglich. Außer bestimmten Ablenkungsmanövern, wie nationalistische Brandreden zu Japan oder Taiwan, Schreckensmeldungen über Falun Gong oder über den Terrorismus einerseits bzw. Vergnügungsveranstaltungen oder Vorbereitungen zur Olympiade 2008 andererseits, kann die Propaganda nicht Dauerhaftes beitragen. Zur Kenntnis nehmend, dass die Leidenschaft der chinesischen Bevölkerung ihre Grenzen hat, werden die Medien von der Führung nur als Begleitmusik für Handlungen eingesetzt werden können, die in sich bereits ein hohes Risiko tragen. Die größte Chance liegt in einem propandistisch nützlichen Versuch, die Wiedervereinigung mit Taiwan militärisch zu erzwingen. Oskar Weggel sieht in einem solchen Versuch das alte Strategem „Leeres aufblähen und es für stark erklären“ und verweist darauf, dass es für beide chinesische Staaten im Hinblick auf wirtschaftliche Folgen schädlich wäre, wenn es einen Angriff der Volksrepublik auf Taiwan gäbe. Dennoch sollte zur Kenntnis genommen werden, dass die Volksrepublik ihre Militärausgaben seit 1997 verdreifachte, worunter auch ein großes Segment an Waffenimporten von großer Bedeutung ist. Allein 2004 importierte China moderne Waffensysteme im Wert von 2,2 Milliarden US-Dollar. In Taiwan glauben Militärexperten, die Volksrepublik habe erst ab 2015 genügend Transportkapazitäten für eine Invasion der Insel. Der Marine des Festlandes fehlt es noch immer an Kriegsschiffen, um eine ausreichende Zahl von Soldaten über die Taiwan-Straße zu setzen. Der Verfasser sprach im März und April 2005 in Taiwan mit verschiedenen Militärangehörigen, die teils nur eine Militärblockade der Volksrepublik in Aussicht stellten, teils aber auch die Intention der KP-Führung sahen, Taiwan so schnell wie möglich und mit allen Mitteln unter ihre Herrschaft zu bringen. Für Jenner erscheint diese Option, „als wolle das Alte Reich mit Knall untergehen, und nicht mit Gewimmer.“⁵⁴⁹

Eine Meinung aus Taiwan besagt, dass die Volksrepublik im Falle eines Angriffs sämtliche verfügbaren Kräfte in den Provinzen gegenüber der Insel, also in Guangdong, Fujian und Zhejiang, konzentrieren müsse. Zunächst einmal sei dann von erheblicher Zerstörung bei den Angreifern durch den Widerstand aus Taiwan auszugehen. Taiwan beherrscht noch

⁵⁴⁶ Neue Zürcher Zeitung vom 17.03.2005.

⁵⁴⁷ Liu/Ansfield, S. 20 ff.

⁵⁴⁸ Kolonko, Aufgeschobene Demokratie.

⁵⁴⁹ China aktuell, Oktober 2003, S. 1191; zu Japan: dpa vom 09., 12., 14., 16., 19., 20.04.2005; zu Taiwan: Die Welt vom 14. und 15. 03.2005; Frankfurter Rundschau vom 15.04.2005; dpa vom 10., 13., 15.05.2005; China Post vom 25.03.2005; Jenner, Chinas langer Weg in die Krise, S. 355; Shambaugh, Modernizing China's Military, S. 307 ff.; Weggel, Ein Staat oder zwei, S. 406 ff.; Forney, Is China Prepared to Fight? S. 22; Chang, The Coming Collapse of China, S. 33, 39.

immer die Taiwan-Straße militärisch und hält Inselgruppen direkt an der Küste des Festlandes, wie Jinmen oder Mazu. Würde es zu einem Angriff Taiwans kommen, wären zudem unruhige Provinzen und Autonome Regionen militärisch unterversorgt, was die Gefahr von Aufständen erhöhe.

Wei Jingsheng argumentierte im Gespräch mit Verfasser vom 23.04.2005, dass China einen Taiwan-Krieg nicht unbedingt gewinnen müsse. Auch ein verlorener Krieg sei geeignet, die Bevölkerung zu mobilisieren und die Herrschaft zu verlängern.

Im Unterschied zu Wei Jingsheng glaubt der Verfasser jedoch nicht an eine lange Periode der Herrschaftsstabilisierung nach einem kriegerischen Konflikt. Bereits nach früheren Militärübungen größeren Ausmaßes waren die wirtschaftlichen Folgen gravierend. Preissteigerungen und Belastungen auf dem Arbeitsmarkt werden die bestehenden Konflikte vergrößern. Aus diesem Grund wäre ein Systemwechsel der Kommunistischen Partei in Richtung einer chauvinistischen Militärdiktatur ohne den ideologischen Sondermüll des Maoismus auch nur von einem kurzzeitigen Erfolg für die derzeitige Führungsriege bekrönt. Eine langfristige Stabilität ist von einem solchen System nicht zu erwarten.

Jenner beschreibt aus dieser Situation heraus ein Untergangsszenario: „China ist mit Atomwaffen übersät, steckt so voll Sprengstoff im buchstäblichen und übertragenen Sinn, dass das Land permanent kurz vor der Explosion steht. Die Grundprobleme des chinesischen Binnenlandes wird niemand lösen können, und vielleicht ist es nur eine Frage der Zeit, bis die primitiven Kräfte der Kleinrebellionen, wie sie in einigen Regionen endemisch sind, außer Kontrolle geraten und eine Kette von Folgeexplosionen in Gang setzen.“⁵⁵⁰

2.) Veränderungstendenzen

Zwar ist China ein Land mit einzigartiger Geschichte, Größe, Bevölkerung und Kultur, doch ist daraus nicht zu schließen, dass geschichtliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische Abläufe vom Weltgeschehen jemals isoliert gewesen wären oder heute seien. Insofern wurden auch demokratische Entwicklungen in anderen Ländern von der chinesischen Bevölkerung zur Kenntnis und als Vorbild genommen. Der Verfasser befand sich zwei Wochen vor dem Massaker des 03./04.06.1989 auf dem Vorplatz des Tian´anmen, auf dem Tausende die Demokratie forderten. Der Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow gab den Ausharrenden Hoffnung, auch in ihrem Land werde es Glasnost und Perestroika geben.

Diese Hoffnung wurde für anderthalb Dekaden bis heute noch nicht erfüllt. Dennoch fand außerhalb Chinas in der Folgezeit eine weltweite Demokratisierung statt. Diese Phase reicht weit zurück.

Beginnend mit Spanien, Griechenland und Portugal in den 70er Jahren, setzte sich in den 80er Jahren in Lateinamerika dieser Trend fort. In Asien wurden die Philippinen, Südkorea und das chinesische Taiwan demokratisch. Zwischen 1989 und 1999 brachen zehn Regimes in Osteuropa und Zentralasien zusammen, um der Demokratie Platz zu machen. Die 90er Jahre veränderten Peru, Südafrika, Kambodscha und Indonesien. Im Jahr 2001

⁵⁵⁰ Jenner, Chinas langer Weg in die Krise, S. 357.

waren 121 von 192 Regierungen weltweit durch freie Wahlen legitimiert, die zugleich 58 Prozent der Weltbevölkerung repräsentierten. In Asien waren 24 von 39 Regierungen durch Wahlen zustande gekommen. Grundrechte, wie die Publikationsfreiheit oder die Vereinigungsfreiheit, wurden sogar in 144 Staaten garantiert.⁵⁵¹

Warum sollte dies nicht in China möglich sein? China besitzt Menschenrechtstraditionen innerhalb der das chinesische Volk prägenden Religionen und Philosophien sowie verwirklicht in geschichtlichen Abschnitten. China hat sogar demokratische Traditionen, wozu nicht nur die seit Jahrtausenden geltenden dörflichen Absprachen über Wasserverteilung zur Versorgung der Reisfelder unter Einschluss aller Betroffenen, sondern freie Wahlen im 20. und 21. Jahrhundert zählen.

Ende 1912 und Anfang 1913 fanden die ersten chinesischen Wahlen statt, an denen sich allerdings nur 20 Millionen Menschen beteiligen konnten. Sicherlich machte diese Zahl nur ein Achtel der erwachsenen Bevölkerung aus. Wahlberechtigt waren lediglich Männer über 21 Jahre, die über Eigentum verfügten oder Grundschulbildung vorwiesen.⁵⁵²

Auch wenn die letzte gesamtchinesische Wahl 1947, also mitten im Bürgerkrieg, durchgeführt wurde und man darüber streiten kann, ob sie mit der gebotenen Fairness ablief, gab es in der Zwischenzeit demokratische Wahlen in Taiwan und Hongkong, die als Modell für die chinesische Bevölkerung dienen.

Modelle können auch die zahlreichen Bürgervereinigungen sein, die sich in den letzten Jahren in der Volksrepublik China bilden konnten. Sowohl landesweit als auch auf Provinzebene, innerhalb von Städten oder Landkreisen wurden Vereinigungen zu Naturwissenschaft, Technik, Erholung, Freundschaftspflege, Sozialwissenschaften, Managementstudien, Kunst, Gesundheit, Erziehung, Religion, Berufsangelegenheiten, Handel, karitativen Zwecken und öffentlichen Angelegenheiten gegründet.⁵⁵³ Die Existenz solcher Vereinigungen, zu Maos Zeiten nur als Ausnahmefall und zu Dengs Zeiten in kleiner Zahl vorhanden, spricht für das gewachsene Selbstbewusstsein der Bürger.

a) Vorübergehende Systemstabilisierung

aa) Freiwillige Zugeständnisse

Wäre es bei Kenntnis der Gesamtproblematik im Lande für die Partei nicht das Einfachste, auf ihre alleinige Macht zu verzichten und für die Stabilität Chinas benötigte Freiheiten zu gewähren? *Prima facie* ist dies sicherlich naheliegend. Allerdings wäre es naiv zu glauben, dass die Kommunistische Partei Chinas ohne den Willen zur Selbstaufgabe politische Opposition zuließe. Denn auch nach den Besuchen von Guomindang-Politikern aus Taiwan und einer aus dem Untergrund heraus versuchten Neugründung dieser Partei in Nanjing dürfte das Taiwan-Modell auf dem chinesischen Festland keine Zukunft haben, wonach die herrschende Guomindang von inneren Reformen begleitet ihre Monopolstellung aufgab. Für die Guomindang bedeutete der freiwillige Machtverlust nicht die totale Aufgabe

⁵⁵¹ Gilley, China's Democratic Future, S. 4.

⁵⁵² Gilley, China's Democratic Future, S. 3.

⁵⁵³ Pei, Chinese Civic Associations, S. 292 ff.

jeglicher Macht, da sie sich in Wahlen gut behaupten konnte. In Konkurrenz mit anderen politischen Gruppierungen hätte die KP im Gegensatz zur Guomindang vermutlich keine Überlebenschance.

So verbleiben wohlmeinenden KP-Reformern nur noch wenige Gestaltungsräume, welche zwar die Bildung neuer, oppositioneller Parteien ausschließen, jedoch die Menschenrechte kontinuierlich verbessern würden. Ob dies möglich ist, hängt von der Feststellung ab, ob Chinas KP reformfähig ist. Die Partei mit ihren fast 70 Millionen Mitgliedern ist ein starrer Apparat, an dessen Spitze sich das Politbüro befindet. Selbst wenn das Politbüro oder einzelne Angehörige reformwillig sein sollten, was durchaus nicht auszuschließen ist, da bereits die Generalsekretäre Hu Yaobang und Zhao Ziyang vergeblich in eben diesem Rahmen Reformen durchzuführen suchten, müssen diese Absichten umsetzbar sein. Denn einerseits ist mit einem Widerstand aus konservativen Kreisen zu rechnen, andererseits könnte der KP die Macht bei einer Politik entgleiten, die zwar die Einparteienherrschaft beibehalten möchte, in der aber diese Herrschaft ihren Schrecken durch Beachtung der Menschenrechte verliert.

Schon jetzt gibt es auf Dorfbasis eng gezogene Versuche freier Wahlen, und auch in der Stadt Zeguo in Zhejiang existiert eine Partizipation von Bürgern. Zudem wird die Staats- und Parteiführung nicht müde, öffentlichkeitswirksam gegen Machtmissbräuche von Kadern und Institutionen vorzugehen. Bei solchen freiwilligen Rückzügen der herrschenden Partei aus politischen Bereichen kommt es in dem Moment immer wieder zu großen Rückschlägen, wenn das Machtmonopol der KP in Frage gestellt wird. Sobald das freiwillig auf lokaler Ebene geschaffene Machtvakuum dazu führt, dass die führende Partei entbehrlich wird, gewinnen Kräfte an Terrain, die das Experiment gänzlich zu vernichten suchen. Davon sind Bürgerrechte und Menschenrechte gleichermaßen betroffen.⁵⁵⁴

Auch die für Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas neu eingerichtete Website, in der es nunmehr möglich ist, unter Eingabe eines Passwortes Modellartikel zu lesen, herunterzuladen und auszudrucken, die Selbstkritik, Arbeitsberichte, ideologische Beiträge und ähnliches beinhalten, soll einen Hauch *Glasnost* vermitteln. Es ist jedoch davon auszugehen, dass solche Beiträge keine Fundamentalkritik beinhalten.⁵⁵⁵

Für die weitere Entwicklung kann es deshalb nur zwei Wege geben, nämlich den Erhalt der Macht durch extreme Repression oder die völlige Beendigung dieser Parteienherrschaft, durch die die Kommunistische Partei Chinas nicht in einmal als Oppositionspartei überleben würde. Letzteres kann durch Selbstaufgabe der Macht, durch Revolution oder durch die Nutzung eines Machtvakuums geschehen, das eine geschwächte KP hinterlässt.

Ein Modell der nicht nur teilweisen Machtabgabe unter besonderer Berücksichtigung des politischen Wertes der Menschenrechte funktioniert bei der KP-Führung folglich nicht.

⁵⁵⁴ Jakes, *Dabbling in Democracy*, S. 12; Bernstein, *Village Democracy and Its Limits*, S. 36 ff.; Cabestan, S. 44 ff..

⁵⁵⁵ Es handelt sich um www.dangyuan.cn. Bork, Selbstkritik aus zweiter Hand.

bb) Repression

Stets hat sich dagegen in der KP-Geschichte der Einsatz und die Androhung von Gewalt bewährt. Trotz weltweiter Demokratisierung gelang es der Partei stets mit dem Einsatz von Kriegswaffen, mit Knüppeln, Foltergeräten und Kerkermauern einen Systemwechsel zu verhindern. Stets stellte die Kehrseite dieser vermeintlichen ‚Stabilität‘ Heimlichtuerei, Extremismus und Aggression dar. Diese bringen wiederum eine neue Qualität in der Abkehr vom KP-System hervor.⁵⁵⁶

Maßnahmen, wie das Verbot von Berichten, die Kritik beinhalten, welche über eine Region hinausgeht, mögen nur kurzfristig Wirkung zeigen.⁵⁵⁷

Denn angesichts der Schwächen des Systems, wie Korruption, Machtmissbrauch, sozialen Spannungen und Rechtsunsicherheit, stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit des Repressionsapparats in der Zukunft. Noch immer funktionieren die beiden Sicherheitsgaranten des Staates. Ein ‚Frühwarnsystem‘ für Unruhen in Form einer Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Notstandssituationen unter Staats- und Parteichef Hu Jintao soll rechtzeitig das Schlimmste verhüten. Maßgeblich hierbei ist der Fortbestand der Leistungsfähigkeit des Militärs.⁵⁵⁸

Sicherlich sind die hoch positionierten Militärangehörigen an einer Erhaltung des Systems interessiert. Sie genießen Privilegien, haben zusätzliche Einkommensmöglichkeiten und gelten als bis auf die Knochen korrupt. Dies ist auch unteren Rängen bekannt. Es kommt deshalb in Zukunft mehr denn je darauf an, dass in Konfliktfällen die Befehle der Militärführung befolgt werden. Befehlsempfänger sind in diesem Fall einfache Soldaten mit meist bäuerlicher Herkunft. Obwohl nämlich China eine allgemeine Wehrpflicht besitzt, werden nur verhältnismäßig wenige junge Männer eingezogen. Städter nutzten bisher gern die Möglichkeit, sich vom Militärdienst freizukaufen. Wegen besserer Einkommensmöglichkeiten meldeten sich dagegen Bauernsöhne freiwillig, die auf dem eigenen Hof nur gering beschäftigt waren. Die auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich sowie die daraus resultierenden Unruhen im bäuerlichen Bereich, in der niedrig entlohnten Arbeiterschaft und im Heer der Arbeitslosen werden zu einem dramatischen Loyalitätsverlust unter den Soldaten führen, die diesen Kreisen entstammen. Auch wesentlich höherer Sold, ein Teil der im Jahr 2005 beschlossenen Militäretatserhöhung um 12,6 Prozent⁵⁵⁹, dürfte die ablehnende Haltung dieser Soldaten zu einer Führung, die für alle Betroffenen offensichtlich und für sie provozierend nur Privilegien für die Mächtigen und Reichen sichert, gewiss nicht minimieren. Im Extremfall von den dazu vorgesehenen Kräften trotz befohlener Verteidigung im Stich gelassen, wird die Herrschaft schließlich schutzlos. Eine Androhung hoher Militärstrafen bis hin zur Todesstrafe bleibt in diesem Fall ohne Wirkung.⁵⁶⁰

⁵⁵⁶ Gilley, S. XII f., 4., 6 f., 10, 14, 17 – 19, 35, 50 – 54; Malek, Marxismus und Atheismus versus Religionsfreiheit, S. 199.

⁵⁵⁷ China Information Center, CIC News vom 10.06.2005.

⁵⁵⁸ China aktuell, Mai 2004, S. 481.

⁵⁵⁹ dpa vom 04.03.2005, 06:13 h, 13:06 h, 16:40 h.

⁵⁶⁰ Etliche Gespräche des Verfassers mit Soldaten in China, aber auch mit fahnenflüchtigen Chinesen in Deutschland verdeutlichten die geringe Loyalität zur militärischen Führung. Rechtsanwalt Zhang Jiankang vertrat in einem Telefonat mit dem Verfasser am 12.06.2006 die Ansicht, hohe Militärangehörige, darunter auch Teile der Generalität verträten die Ansicht, das Militär solle entpolitisiert werden.

Insoweit ist auch die Hochrüstung mit modernster Technologie völlig belanglos, wenn es der Führung nicht gelingt, zwischen unruhige Kreise im Land, wozu gerade die wirtschaftlichen Verlierer gehören, einen Keil zu treiben. Die militärische Struktur lässt dies aus besagten Gründen nicht zu. Insbesondere die in die Volksbefreiungsarmee integrierten Kräfte der ‚Bewaffneten Volkspolizei‘, welche die Zuständigkeit für die Niederschlagung lokaler Unruhen besitzt, rekrutiert sich hauptsächlich aus den ländlichen Bevölkerungskreisen.⁵⁶¹

Auch der Geheimdienstapparat wäre in diesem Umfeld keine Stütze mehr, wie Beispiele verschiedener untergegangener Ostblockstaaten verdeutlichen. Unfähig, ihre eigenen Liegenschaften zu schützen, mussten die Mitarbeiter dort zusehen, wie die Geheimdienstzentralen von der aufgebrachtten Bevölkerung gestürmt wurden.⁵⁶²

Warum sollte ein derartiger Vorgang nicht in China denkbar sein? Gerade in den letzten Monaten setzten sich etliche Geheimdienstmitarbeiter ins Ausland ab.⁵⁶³ Damit fände nämlich die in den mehr als sechs Jahrzehnten des Kampfes um die Macht und den Machterhalt bewährte Gewalt ihre Grenzen. Es ist folglich höchst unwahrscheinlich, dass die Repression auch weiterhin die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas sichert. Wendet die Staats- und Parteiführung letztlich Mittel der Repression an, so wird sie selbst Opfer der Gewalt.

Ihr bleiben als Möglichkeiten für die Verlängerung der Herrschaftszeit damit nur noch ihre Propaganda, Ablenkungsmanöver und die Hoffnung auf den Fortbestand der über Jahrhunderte manifestierten Leidensfähigkeit der Bevölkerung.

Alleine die wirtschaftliche Folgen der repressiven, militaristischen Politik schätzt der Korrespondent des Handelsblattes zu Recht wie folgt ein: „Die Zuverlässigkeit eines Investitionsstandorts hängt von der Rechtsstaatlichkeit ab, das zeigt gerade das Verhalten Russlands. Nicht zuletzt mit Blick auf dieses Beispiel sollte China nicht weiter die Muskeln spielen lassen, sondern seinen marktwirtschaftlichen Erfolg durch weitere demokratische Reformen sichern. Geht aber der Krawall-Nationalismus weiter, wird das Land seinen Ruf als solider Wirtschaftsstandort ganz schnell verspielen.“⁵⁶⁴

Dies hat auch Chinas Führung eingesehen, die das Maß der von ihr selbst durch lautstarke Propaganda und Gesten ins Leben gerufenen antijapanischen Demonstrationen nach Verlust der Kontrolle im April und Mai 2005 durch Verhaftungen wieder einzuschränken trachtete. Die These ausländischer Beobachter, dass der von der Führung immer wieder

⁵⁶¹ Umbach, China – unaufhaltsamer Machtfaktor? S. 3 ff.; Umbach, Geostrategische und geoökonomische Aspekte der chinesischen Sicherheits- und Rüstungspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts, S. 355 ff.; Shambaugh, Modernizing China’s Military, S. 170 ff.

⁵⁶² So etwa die Erstürmung der Zentrale des Staatssicherheitsdienstes in Ost-Berlin am 15.01.1990.

⁵⁶³ Zum Beispiel Chen Yonglin in Australien. Frankfurter Rundschau vom 13.06.2005; Neue Zürcher Zeitung vom 14.06.2005; China intern vom 08.06.2005, <http://www.chinaintern.de/>, vom 05.07.2005, http://www.chinaintern.de/article/Politik_Hintergrundberichte/1120120303.html. Interview mit Wei Jingsheng, Die neue Epoche vom 30.06.2005, <http://dieneueepoche.com/Nachricht.33+M58d56d9b867.0.html>, vom 01.07.2005, <http://www.dieneueepoche.com/Nachricht.33+M55350f75c08.0.html>.

⁵⁶⁴ Hoffbauer, Ein China, zweierlei Maß.

als politische Waffe eingesetzte Nationalismus in der Bevölkerung in ganz anderer Sichtweise als Mittel demokratischer Sammlungen benutzt wird, erklärt die Verhaftungen von beteiligten Personen in Folge solcher Kundgebungen.⁵⁶⁵

Die fortgesetzte Nutzung eines Repressionsapparates zur Aufrechterhaltung der kommunistischen Macht selbst unter größter Gefahr des Aufkommens revolutionärer Kräfte kann nur noch von einer kleinen Gruppe von KP-Mitgliedern befürwortet werden, die befürchten muss, nach dem Untergang ihrer Herrscher Zielscheibe strafrechtlicher oder politischer Verfolgung zu werden. Hierzu zählen Personen, die selbst Menschenrechtsverletzungen begangen oder angeordnet haben. Da jene Täter in der riesigen Zahl der KP-Mitgliedschaft nur einen Prozentsatz ausmachen, ist sicherlich an der KP-Basis von einer Fortführung der Repression auf Biegen oder Brechen nicht auszugehen. Die in China verbreitete Angst vor einem Chaos dürfte in weiten Kreisen der Bevölkerung (dort sowieso) wie auch unter den Parteimitgliedern eher zu politischer Vernunft führen, dass die Repression kein geeignetes Mittel zur Lösung anstehender Probleme darstellt.

b) Systemüberwindung

aa) Revolutionäre Kräfte

Gerade aus brutalster Repression werden revolutionäre Bewegungen geboren. Sie besitzen eine große Dynamik, sind kaum berechenbar und verändern die Situation schlagartig. Eine nachfolgende Konsolidierungs- und Normalisierungsphase zieht sich dagegen lange hin. Die chinesische Revolution von 1911 war trotz der ideologischen Vorarbeit Sun Yixians (1866 – 1925)⁵⁶⁶ von vielen Zufällen abhängig. Sie war nicht geplant, sondern passierte eben mal - mehr schlecht als recht. Die aus dem Fehlen einer Zentralmacht resultierende Herrschaft von konkurrierenden Kriegsherren dauerte bis 1927 und schwächte die junge Republik China so nachhaltig, dass die Zentralregierung nur rudimentär ihre Reformvorhaben durchführen konnte. Ein kranker Subkontinent China lud geradezu das japanische Militärregime dazu ein, 1937 einzufallen und damit die chinesische Hoffnungslosigkeit zugunsten japanischer Hegemonialträume zu vergrößern.

Das heutige China bietet glücklicherweise eine andere Ausgangsposition für Entwicklungen, schließt aber revolutionäre Ereignisse nicht aus. Obwohl die Gefahr der Revolution nicht akut ist, befindet sich China dennoch in einem Krisenstadium.

Weiten sich nämlich die bestehenden Unruhen aus, wird die von Jenner zuvor zitierte Kettenreaktion nicht ausbleiben. Sie durch nachgeschobene Reformen zu schwächen, dürfte ein schwieriges Unterfangen sein. Vielmehr wäre in dieser Situation die Stunde der Geheimorganisationen gekommen. In einem kulturellen Umfeld, das Geheimorganisationen als eine besondere Art des Beziehungsgeflechtes kennt, wären gerade solche Verbände mit politischer Ausrichtung ein Sammelbecken aller Unzufriedenen. Unsichtbar für die je-

⁵⁶⁵ Schubert, Nationalismus in China; Schubert, Still in Search of Wealth and Power? S. 55 ff.; China Information Center USA vom 18. und 29.04.2005, <http://www.cicus.org/news/newsdetail.php?id=4438>.

⁵⁶⁶ Auch Sun Zhongshan, Sun Wen; berühmt im Westen unter dem kantonesischen Namen Sun Yat-sen.

weilige Führung, haben Geheimorganisationen mehrere Dynastien gestürzt. Beispielsweise wurde das letzte chinesische Kaiserhaus unter Beteiligung dieser Kräfte bekämpft, von denen die Religionsgemeinschaft Yiguan Dao als Geheimbund besondere Meriten erwarb. Yiguan Dao bekämpfte später im chinesischen Bürgerkrieg auch die Kommunisten, die nach ihrer Machtübernahme soweit es möglich war, sämtliche Yiguan Dao-Gläubige verhafteten und ihre Führer hinrichteten. Doch ist Yiguan Dao trotz aller Verfolgungen im Untergrund präsent geblieben und wartet auf diese Stunde.⁵⁶⁷

Wenn nämlich bei der fortschreitenden Krise in China die evolutionären Kräfte zu schwach und ihre Führung nicht reformwillig sind, wird bei Herauszögerung der KP-Herrschaft deren Ende umso gewaltvoller enden.

„We can expect a terminal crisis in China within the next 10 to 15 years“, schrieb der Soziologe Jack Goldstone im Jahr 1995, was folglich die finale Krise zwischen 2005 und 2010 erwarten lässt. Das für diesen Zeitraum angesetzte Totengeläut für die kommunistische Herrschaft im Reich der Mitte begründet Goldstone mit verschiedenen Faktoren. Er verweist dabei auf die Endphase der Qing-Dynastie (1644 – 1911), in der erst kürzlich zu Reichtum gekommene Kaufleute und Landeigner der Autorität der kaiserlichen Regierung getrotzt hätten. Migrantenströme hätten regionale Antagonismen entzündet. In den Rebellionen der Nian, des Weißen Lotos und der Taiping hätte die Schlüsselelite aus den Streitkräften und der Bürokratie in der Unterstützung der Regierung nachgelassen. Weiterhin seien der Druck der Bevölkerung und politische Konflikte Hand in Hand gewachsen. Schließlich sei die Auflösung chinesischer Dynastien generell von regionalen Rebellionen und einem Bürgerkrieg gekennzeichnet. Goldstone sieht eine Spaltung der KP-Führung seit 1989, sowie einen Graben zwischen Parteiführung und anderen Eliten.⁵⁶⁸

Da Goldstone sehr stark auf den Übergang der Herrschaft von Deng Xiaoping auf Jiang Zemin abstellt⁵⁶⁹, der in diesem konkreten Fall wie auch beim Übergang der Herrschaft von Jiang Zemin auf Hu Jintao keine erkennbare Friktionen mit sich brachte, ist seine Analyse teilweise fehlerhaft. Goldstone hat somit den zu dieser Zeit noch nicht eingetretenen Tod Deng Xiaopings als Destabilisierungsfaktor überbewertet. Die KP war nämlich auf Dengs Tod vorbereitet; sie war durchaus gut vorbereitet!

Gordon Chang, US-Jurist mit chinesischen Wurzeln und langjährigem Aufenthalt in China, schließt sich in einer mutigen Prognose des Jahres 2001 der zeitlichen Einschätzung Goldstones an, wonach für die kommunistische Machtausübung zwischen 2005 und 2010 das Ende käme. Noch im Jahr 2005 steht Chang zu dieser Einschätzung und riskiert zumindest seine wissenschaftliche Reputation angesichts zahlreicher Publikationen von Wissenschaftlern, Journalisten, Wirtschaftslenkern und Politikern, die China einen linearen Bedeutungsgewinn zusprechen, was die Fortsetzung der bisherigen Herrschaft impliziert.⁵⁷⁰

⁵⁶⁷ Jenner, S. 357; Booth, *The Dragon Syndicates*, S. 45 ff., 129 ff: China Post vom 04.04.2005; Weyrauch, *Yiguan Dao*.

⁵⁶⁸ Goldstone, *The Coming Chinese Collapse*, S. 39 ff., 43.

⁵⁶⁹ Goldstone, *The Coming Chinese Collapse*, S. 45.

⁵⁷⁰ Gordon Chang, *China's Critical Moment*. Diskussionsbeitrag vom 25.10.2001 auf der Website der Jamestown Foundation, http://www.jamestown.org/publications_details.php?volume_id=17&issue_id=636&article_id=4581; ders. , Rede beim ‚Nine Commentaries Forum‘ in New York,

Die wachsende Zahl von Unruhen sprechen tatsächlich zunächst für die Gefahr einer revolutionären Situation. Dass Arbeitslose, Bauern und Arbeiter Träger dieser Aktionen sind, gibt Goldstone Recht und muss zwangsläufig an geschichtliche Ereignisse früherer Jahrhunderte erinnern, in denen chinesische Dynastien ihr Ende fanden.⁵⁷¹

Ross Terril, China-Spezialist am Fairbank Center for East Asian Research der Harvard Universität, knüpft wie Goldstone an geschichtlichen Vorbildern für Revolutionen an und verweist zunächst auf die Lage der Bauern. 20 bis 30 Prozent ihres ohnehin niedrigen Einkommens gehe für Steuern verloren. Teile des ländlichen China würden sich in rechtsfreie, gewalttätige Grenzgebieten verwandeln. Die allein schon durch die Besteuerung der Bauern verursachte Unzufriedenheit sei gepaart mit deren apokalyptischen Vorstellungen, die religiös bedingt sei. Dies stelle eine Bedrohung für die Führung dar. Terril beruft sich auf Oppositionsführer Wei Jingsheng, dass zum Zeitpunkt, wenn ein Regime schwach zu werden beginne, volksreligiöse Bewegungen aufträten und der Aberglaube signifikant werde. Es gebe Hunderte von Sekten wie Falun Gong, die die Führung ängstigten. Deshalb bemühe sich die Regierung, jene Religionsgruppen zu kontrollieren.⁵⁷²

Erstrebt die politische Führung innere Reformen, so ist sie zum Erfolg verdammt. Denn bei wirkungslosen Reformen verbleibt das Risiko revolutionärer Gewalt. Bedenkt man nämlich, dass Chinas ländliche Gebiete unterverwaltet sind und die örtlichen Amtsträger 60 bis 70 Prozent ihrer Zeit damit zubringen, Steuern einzutreiben, wobei dies in aller Härte geschieht und illegale Verhaftungen, Folter und Tötungen von zahlungsunfähigen Bauern beinhaltet⁵⁷³, so ist eine Verwaltung zugunsten der Bürger nahezu ausgeschlossen. Ist diese bürgerferne Verwaltung darüber hinaus noch mit Korruption gepaart, so verschlechtert sich zu allem Übel die Lage weiter in ein Extremstadium. Daneben ist – paradoxerweise in einem Polizeistaat - die Polizeipräsenz zur Verhütung von Zusammenrottungen auf dem Land relativ dünn. Schon in Großstädten gibt es im Vergleich zur Gesamtbevölkerung nur wenige Polizisten. Als Shanghai ein Modell für die Versorgung mit Polizeiamtern werden sollte, teilte man die Stadt in Bezirke zu je zehntausend Bewohner ein und errichtete in jedem Bezirk eine Polizeiwache, die oft nur von einem Schutzmann besetzt wurde. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass diese Polizisten nicht nur zahlenmäßig zur Bekämpfung von örtlichen Protesten unfähig, sondern auch infolge ihrer Arbeitsbedingungen unmotiviert sind. Lange Dienstzeiten von elf Stunden und eine Bezahlung von umgerechnet 100 bis 150 US Dollar lassen ihre Tätigkeit schlechter als die bäuerliche Arbeit erscheinen. So heißt es in Polizeikreisen: „Polizisten arbeiten härter als Esel, essen schlechter als Schweine, stehen früher auf als Hähne, sind noch später als Huren bei der Arbeit und verdienen weniger als Bauern.“⁵⁷⁴

<http://english.epochtimes.com/news/5-1-31/26172.html>; Aruni Mukherjee, Rezension vom 21.11.2004 zu Chang, *The Coming Collapse of China*,
<http://www.boloji.com/bookreviews/044.htm>.

⁵⁷¹ Jackson, *A Typology for Stability and Instability In China*, S. 17; Shambaugh, *The Chinese Leadership: Cracks in the Façade?* S. 37; Dickson, *Political Instability in the Middle and Lower Levels*, S. 63 ff.; Bernstein, *Instability in Rural China*, S. 95 ff.

⁵⁷² Terril, *The New Chinese Empire*, S. 320.

⁵⁷³ Pei, *China's Governance Crisis*, S. 108.

⁵⁷⁴ Matthew Forney: *Police under Fire*. In *Time Asia Online* vom 29.09.2003,
<http://www.time.com/time/asia/magazine/article/0,13673,501031006-490739,00.html>;
Mooney, *China faces up to growing unrest*.

Es mag sein, dass ein Teil der täglich aufgestauten Frustrationen Ursache für Menschenrechtsverletzungen durch Polizisten sind, soweit eben nicht die politische Führung hinter diesen Menschenrechtsverletzungen steht. Sind sie aber tatsächlich noch loyal? Es droht nämlich die Gefahr, dass eben jene frustrierten Polizisten in Zeiten von Unruhen die Seiten wechseln und sogar mit Polizeiwaffen gegen die Führung rebellieren.

Denn nicht nur in den dicht mit Militär gespickten Minderheitsgebieten wie in der Autonomen Region Xinjiang Uigur, die immerhin eine Million Soldaten zu verkräften hat, nehmen die Unruhen zu. Auch in den hanchinesischen Provinzen ist dieses Phänomen zu beobachten. So ist eine 268-prozentige Steigerung größerer Protestversammlungen von 8.700 im Jahr 1993 auf 32.000 im Jahr 1999 verzeichnet worden. Diese Unruhen nahmen im Jahr 2003 sogar auf 58.000 Protestaktionen mit mehr als 3 Millionen Teilnehmern zu. Im Jahr 2004 wuchs die Zahl der Unruhen auf 74.000. Auch änderte sich die Qualität dieser zum Teil gewalttätigen Auseinandersetzungen begleiteten Proteste. Es entstanden nicht nur Großproteste aus Anlass geringfügiger Zwischenfälle, sondern es wird zunehmend Realität, dass es eine Vernetzung von Unzufriedenen und ihren Aktionen gibt. Der immer dichtere Ablauf von Unruhen betraf neben den stets bewegten Regionen Xinjiang und der Inneren Mongolei nämlich die hanchinesischen Provinzen Sichuan, Guangdong, Henan und sogar die Hauptstadt Beijing. 87.000 Protestaktionen waren es schließlich im Jahr 2005.⁵⁷⁵

Inzwischen sind nicht nur bei Bauern, Arbeitern und Arbeitslosen solche Unruhen nachweisbar, sondern erneut bei den Studenten, deren Aktionen bereits 1989 landesweite Bewegungen zur Folge hatten. Ein Beispiel hierfür sind die tagelangen Proteste von rund 15.000 Studenten in Zhengzhou gegen eine Diplomregelung, bei denen etwa 7.000 Studenten das Universitätsgelände verwüsteten.⁵⁷⁶

Um Prognosen für eine Entwicklung der Lage in China zu erstellen, ist eine Gewichtung solcher Ereignisse nötig. Es ist deshalb zu fragen, ob diese 87.000 größeren und großen Proteste mit Millionen Teilnehmern im Jahr 2005 überhaupt für das Sein oder Nichtsein der Volksrepublik China von Belang sind. Täglich umgerechnet 238 Vorgänge dieser Art sind gewiss noch nicht systemerschütternd. Allerdings beginnen Herrschaftsentmachtungen mit einem einzigen Zwischenfall.

Die Zahl dieser Zwischenfälle darf angesichts der Größe des Landes nicht überschätzt werden. Als Reaktion zu Maos Hungerpolitik kam es zu weit stärkeren, zum Teil bewaffneten Reaktionen der Bauern, die mit Mitteln der Staatssicherheitskräfte niedergeschlagen

⁵⁷⁵ Mooney, China faces up to growing unrest; Tanner, China Rethinks Unrest, S. 138.; Li, Anger rages in Sichuan; Pan, Upsurge of social strife rattles China's rulers; Yao, Henan, the blighted land; Lutfi, Socio-economic unrest and China's Hui minority; Reuters vom 26.12.2004; Die neue Epoche vom 30.06.2005, <http://dieneueepoche.com/Nachricht.33+M5487ad80a35.0.html>, vom 02.07.2005, <http://dieneueepoche.com/Nachricht.33+M5bdbc55ca3c.0.html>, <http://dieneueepoche.com/Nachricht.33+M50b57f378b0.0.html> vom 04.07.2005, <http://dieneueepoche.com/Nachricht.33+M5bc1e17fba2.0.html>; dpa vom 20.01.2006; Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,396238,00.html>; International Herald Tribune vom 02.01. und 17.01.2006; .

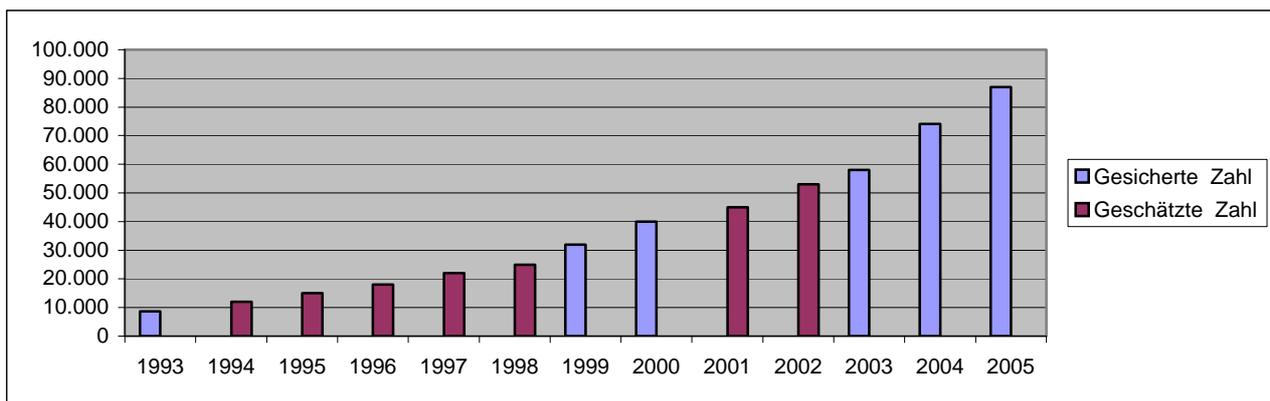
⁵⁷⁶ Tageszeitung vom 20.06.2006.

werden konnte. Eine modernisierte chinesische Armee unserer Tage hätte weit bessere Chancen, Unruhen zu bekämpfen.⁵⁷⁷

Im Unterschied zu Maos Zeiten haben aber nicht nur die Häufigkeit, sondern auch die Qualität dieser Unruhen zugenommen, da verschiedene soziale und wirtschaftliche Gründe dazu geführt haben, dass sich Zahl von Personen vergrößert hat, die sich um ihre Rechte betrogen, in ihrer Würde verletzt oder ihre wirtschaftliche Existenz gefährdet sehen.⁵⁷⁸

Anzuführen ist bei dieser Betrachtung jedoch auch, dass ein Großteil der Unruhen nicht an die Zentrale von Partei und Staat gemeldet wird. Werden nämlich Unruhen aus dem Verantwortungsgebiet von Funktionären bekannt, so führt diese Tatsache zu einem Malus in dessen Personalakte.⁵⁷⁹

Die vom Verfasser erstellte Grafik verdeutlicht die stetige Zunahme größerer Unruhen in China. Dabei wird deutlich, dass die Kurve nicht linear, sondern exponentiell verläuft. Dies führt zu dem Resultat, dass bei einem Unterbleiben grundsätzlicher Reformen, die eine Systemänderung einschließen müssen, das Protestpotential für die politische Führung unkalkulierbar und unbeherrschbar wird.



Die entscheidenden Faktoren sind dabei die einheitliche systemfeindliche Motivation solcher Proteste und eine zumindest rudimentär agierende bzw. funktionierende Organisation. Dabei ist zunächst einmal festzustellen, dass die Träger der Großproteste von 1986/87 und 1989 keinen Zugang zu Bauern, Arbeitern und Arbeitslosen hatten. Sie suchten ihn nicht einmal. Heute stellt sich zumindest außerhalb der Volksrepublik und in Hongkong eine neue Situation ein. Oppositionelle Reformer wie Wei Jingsheng und Han Dongfang, die eine gewaltlose Entwicklung anstreben, suchen den Kontakt zu solchen Bevölkerungsschichten. Fraglich ist jedoch noch immer, ob die intellektuell geprägten Oppositionellen mit den sozialen Randgruppen zusammenfinden.

⁵⁷⁷ Rummel, China's Bloody Century, S. 250 f.

⁵⁷⁸ Rudolph, S. 131; Neue Zürcher Zeitung vom 01.06.2005; The Economist vom 29.10.2005, S. 13; International Herald Tribune vom 02.01.2006 und 17.01.2006; dpa vom 12.12.2005 und 20.01.2006; Süddeutsche Zeitung vom 21.01.2006; Spiegel Online vom 20.01.2006, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,396238,00.html>.

⁵⁷⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.06.2006.

Einerseits stellen Beobachter fest, dass die Aktivisten auf der Straße und in anderen Teilen des Landes über das Handy untereinander kommunizieren. Andererseits wird selbst von einem Regimegegner wie Ren Wanding die Opposition als zu schwach und die KP-Führung als zu stark angesehen. Zudem wird das lokal begrenzt auftretende Protestpotential und seine noch nicht eindeutig regimfeindlich Haltung als Grund betrachtet, eine revolutionäre Situation auszuschließen.⁵⁸⁰

Obwohl bereits revolutionär orientierte Parteien wie die des derzeit inhaftierten Dr. Wang Bingzhang, das heißt die von ihm 1998 gegründete Demokratische Gerechtigkeitspartei existieren, erwächst aus ihnen keine Breitenwirkung und somit keine Gefahr.⁵⁸¹

Ohne Zweifel ist seitens der KP von einer Verteidigung gegen revolutionäre Gewalt auszugehen. Von denjenigen Bürgern, die die KP zwar abgelehnt haben, sie aber aus Angst vor Chaos oder vor eigener Verfolgung toleriert haben, ist jedoch im Umkehrschluss nicht zu erwarten, dass sie in der Stunde der Not dieser Partei herbeieilen, um sie zu retten.⁵⁸²

Mit Schrecken sind in diesem Fall die Folgen der revolutionärer Entwicklung zu betrachten: Bei einem Zusammenbruch der chinesischen Wirtschaft wären zunächst schwere Auswirkungen auf die Weltwirtschaft zu erwarten. Schlimmer wären jedoch die militärischen Konflikte in China, die möglicherweise einen neuen Warlordismus⁵⁸³ mit regionalen Größen eines Militärdistrikts, unter gegenseitiger Bedrohung mit Atomwaffen. China wäre Opfer einer Dismembration, würde als Staat nicht mehr weiter existieren und hätte als innere Struktur der Herrschaftsbereiche nur noch die Unterherrschaft krimineller Banden. Bei einer politischen Erholung des Landes nach längerer Zeit hätte China lediglich die Ausmaße der Ming-Dynastie (1368 – 1643/44).⁵⁸⁴

He Qinglian fürchtet gleichfalls einen Zusammenbruch des Systems unter revolutionären Bedingungen, der zu einer Sizialisierung oder gar Sudanisierung dieses riesigen Flächenstaates führen würde.⁵⁸⁵

Diese Szenarien sind neben dem der größeren Repression zwar möglich, aber nicht wahrscheinlich. Durch revolutionäre Eruptionen werden nämlich heutige Führer verdrängt und Personen, die noch heute unauffällig als Teil des KP-Apparates agieren, zu reformerischen Handeln gezwungen. Dieses Handeln führt nicht zu einer Verfestigung des KP-

⁵⁸⁰ Mooney, China faces up to growing unrest; Chang, China's Critical Moment. Diskussionsbeitrag vom 25.10.2001 auf der Website der Jamestown Foundation, http://www.jamestown.org/publications_details.php?volume_id=17&issue_id=636&article_id=4581.

⁵⁸¹ Internet-Seite Dr. Wang Bingzhang, http://wangbingzhang.us/main/index_en.htm; Rede von Liang Shengde vom 03.07.2003 nach China Support Network vom 03.07.2004, <http://www.chinasupport.net/site.php?page=buzz87>.

⁵⁸² Chang, The Coming Collapse of China, S. 32 ff.; ders., China's Critical Moment. Diskussionsbeitrag vom 25.10.2001 auf der Website der Jamestown Foundation, http://www.jamestown.org/publications_details.php?volume_id=17&issue_id=636&article_id=4581; Mukherjee, Bookreviews: Gordon Chang, The Coming Collapse of China, <http://www.boloji.com/bookreviews/044.htm>.

⁵⁸³ Zerfall des Landes in Regionen von 'warlords' (Kriegsherren) 1916 – 1927, vgl. Herrmann-Pillath/Lackner, Länderbericht China, S. 571.

⁵⁸⁴ Terril, The New Chinese Empire, S. 249.

⁵⁸⁵ He Qinglian, S. 14 f., 506.

Regimes durch wirkliche oder scheinbare Zugeständnisse, ebenfalls nicht zu einer modernen Version des Post-Dengismus, sondern zu einer Aufgabe aller zentralen Positionen der Partei, nämlich der Einparteienherrschaft, der Verflechtung zwischen Staatspartei, Staatsorganen und Militär, sowie der Repression mittels gravierender geduldeter und angeordneter Menschenrechtsverletzungen.⁵⁸⁶

aa) Evolutionäres Potential

Selbst Opfer von revolutionärer Gewalt zu werden, ist für die jetzige Führung angesichts des Erstarkens evolutionärer Kräfte und durch ihre Unterstützung vermeidbar. Diese Kräfte existieren in der chinesischen Gesellschaft mittlerweile zuhauf. Zum Teil beruhen sie auf einer ideologischen Neuorientierung der Bürger aufgrund der Unglaubwürdigkeit der KP, zum anderen Teil aber auf ökonomischen, ökologischen oder sonstigen Zwängen.

Trotz noch gravierender Menschenrechtsverletzungen ist das Umfeld für eine politische Neuorientierung nämlich günstig. Selbst eine kritische Vereinigung wie Amnesty International erkennt unter jener Einschränkung an: „Das Alltagsleben wurde entpolitisiert, die Freiheit des Einzelnen ist gewachsen.“⁵⁸⁷

Obwohl Wirtschaftsfachmann Wolfgang Hirn, China-Beobachter des Manager Magazins, noch konstatiert, nicht nur das politische Desinteresse der Mittelschicht, deren Priorität das Geldverdienen und -ausgeben sei, verhindere einen emanzipatorischen Aufstand, und viele Angehörigen seien im herrschenden System verankert, sieht er dennoch eine ökonomische Grundlage des Wandels. Er verweist darauf, dass sich der Mittelstand auf 150 Millionen Menschen vergrößert habe. Zudem sei die psychologische Folge der Ein-Kind-Politik das Heranwachsen eines Volkes von Egoisten.⁵⁸⁸

Genau daraus entsteht ein bürgerliches Interesse an politischen Reformen. Die im Zentrum menschlicher Anliegen befindliche Selbstverwirklichung finden einen ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmen durch die Privatisierung des eigenen Lebens - ein in den Jahrzehnten zuvor ungekannter Luxus! Ausgehend von einer Zuwendung zur Marktwirtschaft, in der auf freien, nichtstaatlichen Märkten 90 Prozent aller Handelsgüter und zwei Drittel des Kapitals gehandelt sowie im Grunde genommen sämtliche Arbeitskräfte vermit-

⁵⁸⁶ In einem Schreiben an den Verfasser vom 20. und 27.05.2005 vertritt Gordon Chang eine gegensätzliche Position: „Wir alle hoffen, dass die Reformisten die Partei übernehmen und China durch einen stufenweisen und friedlichen Übergang führen. Doch ist dieses Szenario leider unwahrscheinlich. Politische Änderungen waren in China selten friedlich. Ich erwarte keinen friedlichen Wandel in den kommenden Jahren.“ „Während die Zentralregierung ihre Macht über die Wirtschaft verliert, macht China seine Erfahrungen mit seinem ersten normalen Wirtschaftszyklus. Momentan ist die Wirtschaft überhitzt. Sie wird unvermeidlich abkühlen und ihren Niedergang erleben. Wie in allen Zyklen gilt: Je größer der Boom, desto tiefer der Absturz.“ Vgl. Auch Lorenz/Wagner, Billig, willig, ausgebeutet, S. 86: „Angst vor dem Crash“.

⁵⁸⁷ Amnesty International, Länderkurzbericht China vom 01.05.2005, <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/bcd5a6c6c7bad8c4c1256fce004f92f5?OpenDocument>.

⁵⁸⁸ Hirn, Herausforderung China, S. 34, 244 ff.; Hirn, Es wächst ein Volk von Egoisten heran, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,345613,00.html>; Weyrauch, Wolfgang Hirn, Herausforderung China. Rezension. In: Asien 97 (2005). Kritik an zu geringer Beachtung der sozial schwachen Bevölkerungsgruppen.

telt werden, rückt die freie Entscheidung der Menschen in den Mittelpunkt. Der Staat diktiert nicht mehr, wo die Bürger arbeiten, was sie konsumieren und wie sie handeln sollen. Damit wächst das städtische Selbstbewusstsein und die Kraft zur Demokratisierung.⁵⁸⁹

Wirtschaftswissenschaftler Henry S. Rowen stellt eine Verbindung zwischen wachsendem Wohlstand und der Liberalisierung eines Landes dar. Er benennt etliche Länder, darunter meist asiatische, die durch Steigerung des Pro-Kopf-Inlandsprodukts liberalisiert, ja sogar demokratisiert wurden, klammert aber bei dieser Berechnung allerdings Länder wie Brunei und Saudi-Arabien aus, die nur durch Öl zu Reichtum kamen. Rowen erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass China seit 1979 Wachstumsraten von mindestens 5 Prozent vorweist. Dies führe bei einer Fortsetzung dieser Zuwächse zu einem Pro-Kopf-Einkommen von 7 bis 8.000 US-Dollar im Jahr 2015. Verschiedene Wissenschaftler seien jedoch der Meinung, bereits bei einem Inlandsprodukt von 5 bis 6.000 Dollar pro Kopf wäre der Übergang zu einer stabilen Demokratie erreicht.⁵⁹⁰

Gilley sieht China bereits mit dem preisangepassten Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2003 von 4.500 US-Dollar in der ‚danger zone‘. Der Gesamtwert des chinesischen Wohlstands reiche für einen demokratischen Übergang aus. Mit jedem vergangenen Jahr werde er realistischer. Die chinesische KP lebe somit nur noch von geborgter Zeit.⁵⁹¹

Das Beispiel Singapur zeigt hingegen, dass großer Wohlstand nicht zwangsläufig zu politischem Wandel führt. Allerdings ist Singapur nicht als Modell für die Volksrepublik China tauglich. Nicht nur der Wohlstand des Mittelstands, sondern auch der Kampf um vorenthaltene Rechte im Jahr 1989 haben ein chinesisches Bürgerbewusstsein begründet. Das Denken und das Verhalten der Bürger haben sich in einer Weise verändert, dass sie sich günstig für eine demokratische Entwicklung auswirken. Damit steht der lang gehegte Wille, sich auch eine über den privaten Bereich hinaus reichende Rechtssphäre zu schaffen, auf einer stabilen Basis. Dies zeigt sich in bürgerlichen Aktivitäten im Bereich der Partizipation innerhalb der Medien, wie Presse, Rundfunk oder Internet-Foren, und in der Mitwirkung bei gesellschaftlichen Vereinigungen.⁵⁹²

Sicherlich blieben der chinesischen Bevölkerung auch nicht die Demokratisierungserfolge anderer Länder und insbesondere ‚ihrer‘ chinesischen Territorien Taiwan und Hongkong verborgen. Bürgerliches Bewusstsein hat zudem noch Wurzeln in der Zeit der Republik China, die bis 1949 auf dem Festland bestand, sowie in den in regelmäßigen Wellen auftretenden Demokratie- und Menschenrechtsbewegungen, wie etwa der Jahre 1978/79, 1986/87 und 1989.

Natürlich kann sich China auch ohne Demokratie modernisieren und eine Stütze der Stabilität, die Garantierung von Menschenrechten, errichten. Unter Beibehaltung des kommunistischen Systems ist das jedoch höchst unwahrscheinlich. Zutreffend schreibt Sebastian Heilmann, der Chinas Stabilität seit etlichen Jahren untersucht, dass die machtvollen Fas-

⁵⁸⁹ Gilley, China´s Democratic Future, S. 63.

⁵⁹⁰ Rowen, The Short March, S. 68 f.; Verweis auf Lipset, Political Man – The Social Bases of Politics.

⁵⁹¹ Gilley, China´s Democratic Future, S. 64; Thurston, Chinese Democracy and the American Political Imagination, S. 5; Neue Zürcher Zeitung vom 30.03.2006.

⁵⁹² Gilley, China´s Democratic Future, S. 31, 57, 63, 69, 73, 74.

saden der offiziellen Parteiinstitutionen nicht die zunehmend porösen, labilen Fundamente verbergen können, auf denen der Zusammenhalt der Kommunistischen Partei beruhe. Diese Fundamente seien Korruption, politische Illoyalität und ideologische Orientierungslosigkeit.⁵⁹³

Die Volksrepublik China hat die Despotie Maos hinter sich. Der Staat tritt heute nicht mehr totalitär auf, wohl aber autoritär. China steht somit keinesfall direkt vor den Toren der Demokratie, sondern bestenfalls vor der noch immer nicht einladend wirkenden Tür der Soft-Diktatur. Insoweit sind die Demokraten im Lande, die sich nicht für den Weg des offenen Konflikts entschieden haben, in ihrer Ausdrucksweise recht vorsichtig. Dennoch kann man bei aller Vorsicht auch ein klares Bekenntnis zu echter Demokratie vernehmen, wie dies bei Vizeminister Pan selbst gegenüber dem Ausland deutlich wird: „Politische Mitsprache sollte Bestandteil der sozialistischen Demokratie sein. Ich will mehr Diskussionen mit Betroffenen. Aber ich bin keiner, der nur eine Show macht, nur um nach außen demokratisch zu wirken. Wir brauchen ein Gesetz, das die Beteiligung der Öffentlichkeit ermöglicht und absichert (...)“ Mit verhaltenem Optimismus und angesichts der heutigen Realitäten einer immer noch real existierenden KP schließt Pan daraus: „Wir müssen versuchen, unsere zentrale Führung davon zu überzeugen.“⁵⁹⁴

Es soll an dieser Stelle nicht verkannt werden, dass nicht alle veränderungswilligen Kräfte in China auch das Wissen um Menschenrechte oder Demokratie besitzen. Oftmals werden eigene Vorstellungen fälschlich der Materie ‚Menschenrechte‘ zugeordnet, obwohl sie nichts damit zu tun haben. Das zeigt sich bei staatlichen Handlungen, die als unangenehm empfunden und mit dem Etikett der ‚Menschenrechtsverletzung‘ versehen werden. Solche Vorwürfe werden nicht nur zu rechtswidrigen Handlungen chinesischer Machthaber und Amtsträger, sondern beispielsweise auch von chinesischen Touristen bei völkerrechtlich gedeckten Passkontrollen im Ausland erhoben. Ignorantes Auftreten dieser Art beruht zum Teil aber auch auf einer Desinformationspolitik, vermittelt durch staatliche Medien.

Dennoch steigt mit dem Bürgerbewusstsein auch das Rechtsbewusstsein. Die Bürger der Volksrepublik empfinden sich nicht weiter als Untertanen und pochen auf ihre Ansprüche. Folglich steigen Klagen vor Gerichten aller Ebenen an. In den meisten Fällen handelt es sich um zivilrechtliche Streitigkeiten. Unverkennbar ist jedoch auch der Anstieg von Klagen gegen behördliche Entscheidungen und Handlungen. Eine Abkehr vom Untertanengeist der früheren Jahre zeigen Umfragen, in denen Rechtsmeinungen vorgegeben wurden. Die Befragten zogen Auffassungen zugunsten der Bürger hierbei solchen der Obrigkeit vor.⁵⁹⁵

Für eine systemüberwindene Reform muss es zunächst auch entsprechende Reformkräfte geben. Dass das Milliardenvolk der Chinesen diese Reformkräfte besitzt, haben die Demonstrationen des Jahres 1989 gezeigt. Nach der Niederschlagung dieser Reformbewegung, welche grundsätzlich nicht am Machtmonopol der KP gerüttelt hatte, bildete sich eine Exilopposition, die aber von Anfang an den Intrigen, der Infiltration, dem Druck und

⁵⁹³ Heilmann, Modernisierung ohne Demokratie? S. 186 ff.

⁵⁹⁴ Pan, Das Wunder ist bald zu Ende, S. 150.

⁵⁹⁵ Pei, Is China Democratizing? S. 76 f. Wei Jingsheng verneint die Bedeutung des Mittelstandes in einem Veränderungsprozess, da er zu klein und von der KP „gekauft“ sei (Die Welt vom 04.06.2005). Gegen seine Argumentation spricht, dass bereits 1989 der damals weit kleinere Mittelstand Träger der von den Studenten initiierten Proteste war. Reiche Unternehmer, wie Wan Runnan, finanzierten zu dieser Zeit die Bewegung.

der offenen Verfolgung durch die KP ausgesetzt war. Eine auf Dauer gesicherte Gefolgschaft und eine stabile Führungsstruktur blieben ihr bisher verwehrt.

Es wäre unter diesen Vorzeichen jedoch ein Trugschluss zu glauben, nur die durch den KP-Apparat geschädigte Exilopposition sei die einzige Strömung mit systemüberwindender Intension. Bereits zu Zeiten der auf Systemerhalt bedachten Reformer und Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang und Zhao Ziyang, traten Parteimitglieder auf, die die Alleinherrschaft ihrer Partei in Frage stellten. Nach etlichen Gesprächen, die der Verfasser in den letzten Monaten mit KP-Mitgliedern führte, kam der Eindruck auf, als habe sich eine solche Meinung vervielfacht und werde salonfähig.

In Umfragen befürwortete die Mehrheit eine stetige Demokratisierung, wobei politische Vorgaben zugunsten der KP bei der Fragestellung und die Vorsicht bei der Beantwortung berücksichtigt werden sollten.⁵⁹⁶

Dass jedoch die gesamte Mitgliederschaft und insbesondere die Führung der Partei unter Aufgabe aller Privilegien die Beseitigung der Alleinherrschaft befürworten würde, ist sicherlich anzuzweifeln. Zu denken gibt allerdings schon das Eingeständnis dieser Partei, wonach ein Sechstel ihrer Mitgliederschaft Christen seien, was eigentlich gegen die Parteistatuten verstoße.⁵⁹⁷ Ob die KP reformfähig ist, hängt davon ab, welche Teile reformwillig sind. Um den Preis eines politischen Selbstmords werden sich jene Kräfte heute noch nicht offenbaren. Erst sehr spät wird man erfahren, ob die besonders privilegierten Kreise aus der Parteiführung, dem Militär, der Polizei und der Geheimdienste dazugehören.

Erinnert man sich gerade an solche Galionsfiguren wie Hu Yaobang und Zhao Ziyang, so wird man feststellen, dass beide zunächst nicht als ausgesprochene Reformer erkennbar waren. So gab es einen Angriff auf die geistige Freiheit in Wissenschaft und Kunst in der ‚Kampagne gegen geistige Verschmutzung‘, die Nordkorea-Beziehungen Zhaos und ähnliche Vorkommnisse. Erst sehr viel später wurde bekannt bzw. erkannt, dass es sich bei dieser Politik um Zugeständnisse an die Konservativen in der Partei handelte. Es ist somit zur Zeit nur sehr schwer erkennbar, welcher ranghohe Politiker der Kommunistischen Partei Chinas eine Rolle spielen könnte, wie sie einst in der Sowjetunion von Gorbatschow und Jelzin gespielt wurde, eine Rolle, in der der Herrscher seine eigene Herrschaft beendet.

Ma Yingjiu⁵⁹⁸, Bürgermeister von Taipei und Spitzenpolitiker der Guomindang, die vor 1949 Regierungspartei Chinas und für Dekaden auch die Regierungspartei der Republik China auf Taiwan war, sieht solche Kräfte und betrachtet sie zunächst als Verhandlungspartner Taiwans. Dies betonte er in einem Gespräch mit dem Verfasser am 29.03.2005, auch im Hinblick auf die vorangegangene Reise hochrangiger Guomindang-Politiker auf das chinesische Festland nach den zuvor von Beijing ausgestoßenen Kriegsdrohungen.

⁵⁹⁶ Zhang, S. 102.

⁵⁹⁷ Malek, Marxismus und Atheismus versus Religionsfreiheit, S. 195 f. 10,6 Millionen Christen sind zugleich Mitglieder der Partei. Jedes Jahr treten der Quelle zufolge 300.000 Mitglieder in die protestantische oder katholische Kirche ein.

⁵⁹⁸ In Taiwan übliche Wade-Giles-Schreibweise Ma Ying-jeou. Jahrgang 1950, in Harvard promovierter Jurist, früherer Justizminister der Republik China und Bürgermeister von Taipei. Derzeit Guomindang-Vorsitzender und möglicher Nachfolger von Präsident Chen Shuibian.

Ma verwies auch auf Änderungen in den Vorstellungen von Bürgern der Volksrepublik China durch die erleichterte Einreise nach Taiwan in der Folge des WTO-Beitritts beider chinesischer Territorien. Dies werde das Taiwan-Bild dieser Personen inklusive ihrer Führer der Realität anpassen und Taiwan als Modell für das chinesische Festland bekannt machen.

Möglicherweise werden die Reformkräfte in der KP-Führung durch die Dialoge mit Taiwan gestärkt. In der Folge der Kriegsdrohungen der Volksrepublik kam es zwar zunächst zu politisch bedeutsamen Reaktionen von der Insel. Separatistische Kräfte in den ‚grünen Parteien‘ Taiwans⁵⁹⁹, die eine ‚Republik Taiwan‘ völkerrechtlich formal anstreben oder nur de facto befürworten, hielten zwar zunächst am 26.03.2005 Demonstrationen gegen die Kriegsdrohungen ab, die der Verfasser vor Ort miterlebte. Doch fanden sensationelle Reiseaktivitäten, als Entspannungspolitik konzipiert, ab Ende März 2005 statt. Guomintang-Politiker aus Taiwan besuchten zum ersten Mal seit 1949, dem Jahr der kommunistischen Machtübernahme, das chinesische Festland. Im April des gleichen Jahres machte sich eine 70-köpfige Delegation unter Führung des Guomintang-Vorsitzenden Lian Zhan auf, um den KP-Vorsitzenden Hu Jintao in Beijing zu treffen. Politiker von anderen ‚blauen‘ Parteien, also solchen, die wie die Guomintang von der Zugehörigkeit Taiwans zu China (nicht jedoch zur Volksrepublik China) ausgehen⁶⁰⁰, besuchten gleichermaßen in der Folgezeit das kommunistische Festland.⁶⁰¹

Da sich nun auch die Regierung in Taipei diplomatischen Kontakten zu Beijing nicht weiter verschließen kann⁶⁰², können die Beijinger KP-Reformer den Falken ihrer Partei nachweisen, dass es zu einer Annäherung mit Taiwan kommt und dass somit weder Repressionen im Innern noch Kriegsgeheul nach außen gerechtfertigt sind. Es wäre unrealistisch anzunehmen, dass diese Falken sich durch Überzeugungsarbeit dazu überreden lassen, von ihrem harten Kurs abzubringen, doch kann ihre Gefolgschaft reduziert und damit ihre Machtbasis genommen werden. Nach einer Verdrängung der Hardliner wäre mittelfristig eine gemeinsame Übergangspolitik von Parteien des Festlandes und Taiwans zur Führung Chinas denkbar.

Dass die Guomintang 56 Jahre nach ihrer Entmachtung tatsächlich noch Popularität besitzt, zeigen neuere illegale Aktivitäten. Unter hohem persönlichen Risiko trafen sich nämlich am 23.04.2005 Anhänger von 70 Untergrundgruppen aus 17 Provinzen und Städten in Nanjing, um die Vorbereitungen der Wiedergründung der seit 1949 auf dem chinesischen Festland verbotenen Guomintang am 20.08.2005 vorzubereiten. Dies verlief fast zeit-

⁵⁹⁹ Es handelt sich um die Minzhu Jinbudang (Demokratische Fortschrittspartei, Internet-Link: <http://www.dpp.org.tw/>) von Präsident Chen Shuibian und Ministerpräsident Xie Zhangting (Frank Hsieh), die Taiwan Tuanjie Lianmeng (Taiwan Solidaritätsunion, Internet-Link: <http://www.tsu.org.tw/>) des früheren Präsidenten und Guomintang-Vorsitzenden Li Denghui (Lee Teng-hui) und die Jianguodang (Unabhängigkeitspartei, Internet-Link: <http://www.taip.org/>).

⁶⁰⁰ Zu den blauen Parteien zählen die Zhongguo Guomintang (Chinesische Nationalpartei, Internet-Link: <http://www.kmt.org.tw/>), die von ihr 1993 abgespaltene Xin Dang (Neue Partei, Internet-Link www.np.org.tw) und die von der Guomintang im Jahr 2000 abgespaltene Qinmindang (Volksverbundene Partei, Internet-Link: <http://www.pfp.org.tw/>).

⁶⁰¹ Wade-Giles-Schreibweise Lien Chan. Die Welt vom 27.04.2005; dpa vom 28.03., 28. und 29.04.2005.

⁶⁰² Entsprechende Signale kamen bereits von Ministerpräsident Xie Zhangting (Frank Hsieh). AP vom 09. und 13.05.2005.

gleich mit dem Besuch Lian Zhans in der Volksrepublik China und dürfte von den Gründungsmitgliedern auf diesen Besuch abgestimmt worden sein.⁶⁰³

Das Modell Taiwan könnte durch die jüngste erzwungene Diplomatie wieder in den Fokus politischer Diskussionen gerückt sein. Nachdem nämlich die Volksrepublik ihr Anti-Sezessionsgesetz mit einer Drohung an Taiwan verabschiedet hatte und sich Guomindang-Politiker erstmals nach über fünf Dekaden⁶⁰⁴ zur Abwendung des schlimmsten Szenarios mit den kommunistischen Erzfeinden trafen, gab es nicht nur einen freundlichen Empfang durch die Beijinger Führung, sondern auch freudige Rufe aus der Bevölkerung, man habe schon so lange auf diesen Besuch gewartet.⁶⁰⁵

Tatsächlich bietet dieses Modell etwas für das chinesische Festland. Immerhin gab es trotz autoritärer Guomindang-Führung Wahlen in der Republik China vor 1949. Mit Gründung der Volksrepublik verschwanden sämtliche Ansätze zur politischen Mitwirkung des Staatsvolkes. In den ersten Jahren der auf die Insel Taiwan reduzierten Republik China mag zwar Generalissimus Jiang Jieshi⁶⁰⁶ in Berufung auf die Gefahren, die von Maos China ausgingen, mit eiserner Faust regiert haben, doch blieben wirtschaftliche Aktivitäten und das Privatleben von staatlicher Manipulation frei. Nach Jiangs Tod wurde Taiwan nur kurz autoritär regiert. Die Republik China ließ politische Handlungsräume zu, die eine gewisse oppositionelle Tätigkeit ermöglichten. Aus dieser Soft-Diktatur konnte schließlich eine entwickelte Demokratie entstehen.⁶⁰⁷

Diese Entwicklung zeichnet sich in der Volksrepublik China bislang nur rudimentär ab. Noch herrschen Resignation über die derzeitigen Verhältnisse und ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber der Partei. Dies gilt für die Bauern, die Arbeiter, die Arbeitslosen, den Mittelstand und sogar für die Superreichen gleichermaßen.⁶⁰⁸

Nicht nur Resignation oder offene Unruhen, sondern auch politische Willenserklärung gegen die Parteiherrschaft sind Indizien für Unzufriedenheit. Es darf nämlich trotz aller Repressionen in der Volksrepublik China nicht verwundern, wenn es inzwischen verbürgte KP-Austritte gibt. Das Risiko eines Austritts ist derzeit noch erheblich, da er offene Ablehnung der Partei demonstriert. Seit einigen Monaten werden auf einer Internetplattform⁶⁰⁹ der Zeitschrift Dajiyuan Eingänge von Erklärungen zum Austritt aus der Kommunistischen Partei Chinas gesammelt. Insgesamt ist die Glaubwürdigkeit von Meldungen und der gesamten Größenordnung der Parteiaustritte anzuzweifeln, da Eingänge auch mehrfach

⁶⁰³ Pressemitteilung des Huang Hua Gang Magazine vom 24.04.2005.

⁶⁰⁴ Das letzte Treffen war 1945 zwischen Jiang Jieshi (Chiang Kaishek) und Mao Zedong.

⁶⁰⁵ Diese Sympathisanten wurden von zivil gekleideten Sicherheitskräften zurückgedrängt. Der Verfasser, der diese Szenen in taiwanesischen Fernsehsendern betrachtete, erinnerte sich an den Erfurt-Besuch von Willy Brandt am 19.03.1970, bei dem die DDR-Bürger spontan den Bundeskanzler begrüßten und die SED-Führung in Verlegenheit brachten. Analyse der Wirkung des Anti-Sezessionsgesetzes vgl. Giese, Das Anti-Sezessionsgesetz – viel Lärm um nichts und einiges zerschlagenes Porzellan, S. 3 ff.

⁶⁰⁶ Chiang Kaishek.

⁶⁰⁷ Schubert, Taiwan seit 1945, S. 208 ff.

⁶⁰⁸ Gilley, China's Democratic Future, S. 28; Pei, Is China Democratizing, S. 80; Solinger, The Potential for Urban Unrest, S. 79 ff.; Bernstein, Instability in Rural China, S. 95 ff.; Dickson, Political Instability at the Middle and Lower Levels, S. 40 ff.; Bottelier, How Stable is China? S. 63 ff, 70; Lardy, Sources of Macroeconomic Instability in China, S. 57 ff.

⁶⁰⁹ Es handelt sich um <http://tuidang.epochtimes.com>.

möglich sind und die Zahl der Eintragungen die Hälfte aller Parteimitglieder übertroffen hat. Dennoch hat diese Aktion selbst bei fraglicher Zuverlässigkeit eine große psychologische Wirkung.⁶¹⁰

Obwohl Parteiaustritte nicht wie in Demokratien in der freien Entscheidung des Mitglieds liegen und in China große Nachteile mit sich bringen, ist immerhin eine rechtliche Grundlage hierfür in Artikel 9 des Parteistatuts gegeben: „*Dem Parteimitglied steht es frei, aus der Partei auszutreten. Beantragt ein Parteimitglied den Austritt aus der Partei, hat die Mitgliederversammlung der betreffenden Zelle darüber zu diskutieren und dann öffentlich bekanntzugeben, dass sein Name aus der Mitgliederliste gestrichen wird, und seinen Austritt der übergeordneten Parteiorganisation zur Registrierung zu melden. Die betreffende Parteizelle soll ein Parteimitglied, dem es am revolutionären Willen mangelt, das den Pflichten des Parteimitglieds nicht nachkommt und sich nicht als qualifiziert erweist, erziehen und auffordern, seine Fehler in einer festgesetzten Frist zu korrigieren; wenn es trotz wiederholter Erziehung keine Änderung zum Besseren zeigt, soll es zum Austritt aus der Partei bewegt werden. Ein Parteimitglied zum Austritt aus der Partei zu bewegen, soll durch die Mitgliederversammlung der betreffenden Zelle diskutiert und beschlossen und der übergeordneten Parteiorganisation zur Bestätigung gemeldet werden. Besteht das Parteimitglied, das zum Austritt aus der Partei bewegt werden soll, darauf, nicht auszutreten, soll der Fall der Mitgliederversammlung der Zelle zur Diskussion vorgelegt und beschlossen werden, dass sein Name aus der Mitgliederliste gestrichen wird; der Beschluss soll der übergeordneten Parteiorganisation zur Bestätigung gemeldet werden. Hat ein Parteimitglied ohne triftige Gründe sechs Monate lang hintereinander nicht an den regelmäßigen Tätigkeiten der Parteiorganisation teilgenommen oder seine Mitgliedsbeiträge nicht gezahlt oder die von der Partei ihm zugeteilte Arbeit nicht geleistet, so wird dies als Aufgeben der Parteimitgliedschaft betrachtet. Die Mitgliederversammlung der betreffenden Zelle soll die Streichung eines solchen Parteimitglieds aus der Mitgliederliste beschließen und der übergeordneten Parteiorganisation zur Bestätigung melden.*“⁶¹¹

Die Seiten <http://tuidang.dajiyuan.com> und <http://tuidang.epochtimes.com>, tuidang heißt Parteiaustritt, registrieren das Parteimitglied, stellen die Herkunft fest und erteilen eine Registrationsnummer, um Verwechslungen zu vermeiden. Um Blockaden der chinesischen Regierung zu unterbinden, werden die Verbindungen der Internetseiten stets durch neue Zwischenseiten gewährleistet. Mit diesen technischen Möglichkeiten kann zudem ermittelt werden, in welchen Regionen die Austrittswelle besonders erfolgreich war.⁶¹²

So galt beispielsweise für den Monat April 2005, dass gerade in der Hauptstadt bei 55.261 Austritten in dem Erfassungsmonat die Hauptstadt Beijing mit 4.881 (8,8 Prozent) vor den Provinzen Jilin, Heilongjiang, Shandong, Hebei, Guangdong, Sichuan und Henan lag.⁶¹³

⁶¹⁰ Zhou, Risse im Damm; Pressemitteilung der Wei Jingsheng Foundation vom 27.03.2005 mit der Angabe von 370.000 Austritten. Am 23.04.2005 feierten in New York Tausende den Millionen Austritt aus der chinesischen KP, <http://www.dieneuepoche.de> vom 02.05.2005. Über zwei Millionen waren es Anfang Juni 2005. Die Zahl lag im Juni 2006 bei über 11 Millionen.

⁶¹¹ <http://www.china.org.cn/de-zhengzhi/2.htm>; <http://www.china.org.cn/german/50829.htm>.

⁶¹² Auskunft durch eine Mitarbeiterin von Epoch Times.

⁶¹³ Darstellung laut

<http://tuidang.dajiyuan.com/statistics/dwebmonth.php?year2005month=046Submit=%B2%E9%D1%AF>. Inzwischen sollen die Austritte weit über 10 Millionen betragen.

Nachdem die Zahl von 11 Millionen Parteiaustritten publiziert wurde, erkundigte sich der Verfasser bei den Menschenrechtlern Gao Zhisheng, Beijing, und Zhang Jiankang, Xi'an, über die Glaubhaftigkeit solcher Mitteilungen. Beide betonten zunächst, dass es bei den Austritten nicht nur um die Mitgliedschaft in der Partei gehe, sondern auch die Unterorganisationen eingeschlossen seien. Dies relativiert zwar die Aussage dahingehend, dass es sich nicht nur um Vollmitglieder der Partei handelte. Beide betonten jedoch, die Zahl der Parteiaustritte seien hoch. Gao Zhisheng betonte zudem, ein Parteiaustritt könne bereits ein Verhaftungsgrund sein.⁶¹⁴

Dennoch muss die hohe Zahl der formalen Parteiaustritte bezweifelt werden. Entspreche die Zahl der Parteiaustritte tatsächlich der Wahrheit, so sind diese bestenfalls nur ein Faktor, aber nicht der entscheidende Faktor für einen Systemwechsel, da bei einem linearen Fortbestand der Austritte erst in zwei Jahrzehnten, bei einer Progression immer noch innerhalb von fünf Jahren mit einem Ende der KP-Herrschaft zu rechnen wäre, da die Partei großen Druck auf solche Renegaten ausübt.

Zudem würde es der Partei leicht fallen, in der Bevölkerung zwei, drei oder beliebig mehrere Millionen neue Mitglieder auszuheben, um Rückgänge auszugleichen. Doch ist allein die Existenz einer Meldung von Parteiaustritten eine Aufforderung, dem zu folgen. In Australien tauchten sowohl der Diplomat Chen Yonglin, der für die Bespitzelung von Falun Gong, Tibetern und Taiwan-Chinesen zuständig gewesen war, als auch ein Mitarbeiter des berüchtigten Anti-Falun Gong-Büro 610 namens Hao Fengjun unter, was größte Medienbeachtung in Australien und anderen Ländern mit sich brachte.⁶¹⁵

Noch sind somit die Reformkräfte und die Bedingungen für eine systemüberwindende Reform nicht stärker als restaurative Faktoren. Mit Sicherheit hängt für den Erfolg der Reformen die Haltung der Wirtschaft, des Militärs sowie die Wirkung der Propaganda ab.⁶¹⁶

Sicher dürfte jedoch sein, dass es über kurz oder lang zu einem internen Streit der Partei über wirtschaftliche und politische Fragen kommen wird. Von diesem Streit in der Zentrale werden auch die Parteispitzen der Provinzen erfasst werden.⁶¹⁷

Einige reformorientierte KP-Mitglieder, mit denen der Verfasser sprach, zogen eine gemeinsame Führung ihrer Partei mit anderen Parteien in Betracht. Wei Jingsheng verwirft eine derartige Möglichkeit: *„Es gibt keine friedliche Koexistenz in diesem Kampf und absolut keinen Kompromiss. So sagten die alten Chinesen: ‚Der Wolf wird das Schaf fressen; bei den Blättern auf dem Baum gibt es kein Halten, wenn der Wind bläst.‘ Die Einstellung des Schafes und der Blätter können nicht ihre Realität ändern. Jene Leute, die das Schaf davon zu überzeugen suchen, mit den Wölfen zu tanzen, sind entweder in naiver Weise*

⁶¹⁴ Telefonate mit den Rechtsanwälten Gao Zhisheng vom 11.06.2006 und Zhang Jiankang vom 12.06.2006. Gao Zhisheng wurde tatsächlich am 15.08.2006 verhaftet.

⁶¹⁵ Frankfurter Rundschau vom 13.06.2005; Neue Zürcher Zeitung vom 14.06.2005; China intern vom 08.06.2005, <http://www.chinaintern.de/>; Süddeutsche Zeitung vom 20.06.2006.

⁶¹⁶ Dickson, Political Instability at the Middle and Lower Levels, S. 44; Gilley, China's Democratic Future, S. 43 ff.; Dreyer, The Potential for Instability in Minority Regions, S. 143 ff.

⁶¹⁷ Terril, The New Chinese Empire, S. 334.

*irreführt, sie sind Lügner oder sie sind Mitverschwörer der Wölfe. Wir demokratischen Freunde müssen den Kampf ohne Illusionen zur Kenntnis nehmen.“*⁶¹⁸

Soweit in den vorausgegangenen Analysen und Prognosen als Möglichkeiten der Fortbestand der bisherigen Herrschaftsform, eine Zuspitzung durch verstärkte Repression sowie ein revolutionäres Ereignis verneint wurden, und in China noch immer die Angst vor Unruhen und vor Dismembration systemerhärtend wirkt, kommt es für eine erfolgreiche Veränderung maßgeblich auf eine Zusammenarbeit unter diesen noch im Hintergrund agierenden Reformern sowie auf die Unterstützung des Auslands und der Auslandschinesen, Taiwans, der Guomindang innerhalb ihrer neuen Festlandkontakte, des sowohl international als auch bei chinesischen Demokraten hoch angesehenen Dalai Lama an. Ein Zusammenrücken zwischen Wissenschaftlern, Juristen, Journalisten, dem übrigen Bürgertum der Besitzenden, sowie auf der anderen Seite der Bauern, Arbeiter und Arbeitslosen ist erkennbar.⁶¹⁹

cc) Die Rolle des Auslands

Bei aller Kritik an der Führung Chinas hat diese einen Anspruch auf völkerrechtliche Vertretung des Landes nach außen, da ihr zurzeit diesen Anspruch keine ernstzunehmende politische Kraft streitig macht. Aus diesem Grund darf die KP-Führung bei diplomatischen Interaktionen stets auf das Recht der Souveränität ihres Staates verweisen, das die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten impliziert. Der Rechtsbegriff der ‚Einmischung in innere Angelegenheiten‘ schützt das Recht eines Volkes auf die eigene Gestaltung staatlicher Zustände. Es verbietet Nötigungshandlungen anderer Staaten. Die Nichteinmischung findet jedoch nach herrschenden Völkerrechtsdoktrinen ihre Grenzen bei fortgesetzten, schweren Menschenrechtsverletzungen.⁶²⁰

Völlig zutreffend betrachtet das Ausland auch ohne vorangegangenen Genuss von Fortune Cookies China als einen so bedeutenden Staat, dass dessen Vorgänge nicht ignoriert werden können. China hat ungeheure Ausmaße und eine strategische, wirtschaftliche und demografische Präsenz. Rein machiavellistisch betrachtet stehen deshalb wirtschaftliche Interessen und Sicherheitsaspekte im Vordergrund.

Im Jahr 2020 kann das Land 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts weltweit innehaben, sollte ein wirtschaftlicher Niedergang ausbleiben. Es hat bereits jetzt schon ein Fünftel der Weltbevölkerung und bedrohliche Waffen. Die Volksrepublik verfügt über 400 Atomwaffen. Die Langstreckenraketen mit Nuklearsprengköpfen werden von 30 auf 100 im Jahr 2015 vermehrt. Das Resultat eines verpfuschten Übergangs würde somit eine weltpolitische Katastrophe darstellen. Der frühere US-Präsident Bill Clinton warnte deshalb vor einer „riesigen Region der Instabilität“ in Asien, wenn es zu einem Kollaps in China käme.⁶²¹

⁶¹⁸ Wei Jingsheng, Rede auf der Jahrestagung der Overseas Chinese Democracy Coalition vom 18.03.2005, veröffentlicht von der Wei Jingsheng Foundation vom 08.04.2005.

⁶¹⁹ Kynge, Herr Feng und der Wind des Wandels.

⁶²⁰ Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. 1, S. 184 ff., 192 f.

⁶²¹ Gilley, China's Democratic Future, S. XIII, 50.

Nicht erst in Zukunft, sondern schon heute stellt China eine latente militärische Bedrohung dar, die weniger von der Stärke der Streitkräfte als von nationalistischen Eskapaden geprägt ist.⁶²² Wer deshalb zur Zeit ein stabiles System unter Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas wünscht, stärkt die weltpolitische Instabilität. Es lohnt sich auch nicht, zum Zweck der Befriedigung dieser Machthaber politische Positionen zu opfern und auf eine Befriedung zu hoffen. Die Volksrepublik besitzt nämlich die gleichen Eigenschaften wie die Demokratische Volksrepublik Korea unter Kim, dem seligen Vater und Großen Führer, und unter Kim, dem Sohn und Lieben Führer. Ohne Not bricht sie Konflikte vom Zaun, die dem Land und seinen Bürgern nichts als Schaden bringen, den Bestand ihrer Herrschaft aber prolongieren.

Politiker, die auf Berechenbarkeit setzen, können zwar darauf verweisen, dass die Volksrepublik China weltpolitisch eingebunden ist. Ohne falsche Diplomatie ist es ihnen ein Leichtes aufzuzeigen, dass sie gute Erfahrungen durch die Einbindung Chinas in internationale Entscheidungen, Gremien und Vertragswerke machen konnten.⁶²³ In der entscheidenden Frage, wie sich Chinas Führung verhält, wenn ihr das Wasser bis zum Halse steht, werden sie hingegen eine plausible Antwort schuldig bleiben.

Insoweit ist es unverständlich, wenn demokratische Nationen wie die EU-Mitglieder durch ihre Regierungen auch nur in Erwägung ziehen, an die Volksrepublik Waffen zu verkaufen. Ein solches Ansinnen verschafft der jetzigen chinesischen Herrschaft unnötigerweise einen Prestigegewinn, den sie psychologisch nutzt, um sich als mächtiger, als dies der Realität entspricht, zu präsentieren und damit einen Widerstand aussichtslos erscheinen lässt. Eine solche Haltung ist leider auch mit Pflichtvergessenheit bezüglich der Anmahnung von Menschenrechten in der Beziehung des Auslands zu China gepaart.⁶²⁴

Zudem wären deutsche bzw. europäische Waffen, die nicht nur für legitime Verteidigungszwecke im Einklang mit dem Völkerrecht, sondern auch für die ‚Befreiung Taiwans‘ und für den Erhalt des Repressionsapparates eingesetzt würden, auf Dauer kein Nutzen für deutsche Interessen, da hierdurch die gesamte ostasiatische Region destabilisiert würde.⁶²⁵

Innenpolitisch hätte eine stärkere Aufrüstung der Volksbefreiungsarmee mit modernen Kriegswaffen die Auswirkung, dass es allein durch die Existenz der Bewaffneten Volkspolizeitruppe Chinas, einer Polizei, die zur Volksbefreiungsarmee gehört, zum Einsatz von Kriegswaffen bei der Niederschlagung von landesinternen Konflikten wie Streiks, Demonstrationen und andere Unruhen kommen würde.⁶²⁶

Ein weiteres Beispiel für die Zusammenarbeit des Auslands mit der Volksrepublik China sind zivile Wirtschaftskontakte. Ein häufig zu beobachtendes Phänomen ist die Anpassung ausländischer Unternehmen an die Prinzipien von Korruption und Ausbeutung. Nicht nur

⁶²² Gilley, China's Democratic Future, S. 54.

⁶²³ So zum Beispiel Justizministerin Brigitte Zypries in einer Bewertung des Rechtsstaatsdialogs. dpa vom 21.06.2005.

⁶²⁴ dpa vom 25.05.2005, 11:04 h: Bericht über den Jahresbericht 2005 von Amnesty International.

⁶²⁵ Gesellschaft für bedrohte Völker: China – Menschenrechtsslage dramatisch, www.gfbv.de/download/china2004.pdf; http://www.china.org.cn/english/features/state_structure/64579.htm.

⁶²⁶ Shambaugh, Modernizing China's Military, S. 170 ff.

bei der Vergabe von Industrieprojekten, sondern auch darüber hinaus während des gesamten unternehmerischen Handelns wird Schmiergeld an Kader mit großer oder geringer Machtfülle gezahlt. Weniger freigiebig treten dagegen diese Unternehmer gegenüber den Arbeitern in Joint Ventures auf. Für geringe Löhne arbeiten unzählige Beschäftigte im Akkord bei hoher Wochenstundenzahl, sind oft nicht krankenversichert und der Gewalt von Vorgesetzten ausgeliefert, ohne dass sich eine gewerkschaftliche Vertretung für sie interessiert. Auf der anderen Seite gibt es auch vorbildliche Unternehmen wie etwa das Joint Venture Volkswagen mit First Automotive Works. Hier werden den achttausend Arbeitern hohe Löhne gezahlt, die gesetzliche Wochenarbeitszeit eingehalten und Unfallverhütungsmaßnahmen beachtet.⁶²⁷

Die europäischen Staaten und die asiatischen Nachbarstaaten müssen derzeit primär nur wirtschaftliche Folgen fürchten, wenn Chinas Führung unkalkulierbar wird. Diese Folgen dürften schon schlimm genug sein. Denn neben Folgen für den Außenhandel und die an ihn gekoppelte Beschäftigungssituation ist auch die Last von Millionen chinesischer Migranten von Bedeutung.

Ernsthafter dürfte ein Konflikt mit den USA verlaufen. Mit der Pingpong-Diplomatie Chinas unter dem greisen Mao Zedong wurde die Dauerfeindschaft beider Nationen beigelegt. Nur noch vereinzelt kommt es seitdem zu kurzzeitigen Spannungen. Doch pflanzen chinesische Militärs bis vor kurzem einen atomaren Schlagabtausch mit den USA. Es ist zudem eine Tatsache, dass selbst bei aufgeklärten und gut informierten Chinesen die USA unbeliebt sind. Selbst wenn sie dem Argument zustimmen mögen, dass dem chinesischen Volk Menschenrechte vorenthalten werden, empfinden sie diesbezügliche Mahnungen von Uncle Sam als deplaciert. Sie fühlen sich bevormundet und sehen Amerika ungerechtfertigt in der Rolle des Weltpolizisten. Das alte früh- und hochmaoistische Schreckgespenst des Imperialisten aus dem Weißen Haus kann deshalb jederzeit propagandistisch mit und ohne Bettlaken hervorgeholt werden. Die USA vermitteln nämlich dem chinesischen Durchschnittsbürger den Eindruck, ihr Menschenrechtsengagement sei nicht selbstlos, sondern diene der Schwächung Chinas. Zudem wird den USA angelastet, sie vermischten ihre Kritik an der Menschenrechtssituation in China mit eigenen, in missionarischem Eifer vorgetragenen Vorstellungen eines guten Staates. Eine solche Kritik ist zudem völkerrechtlich völlig korrekt. Während Menschenrechte eine Materie des Völkerrechts darstellt, sind staatsrechtliche Vorstellungen unter Einschluss der Bürgerrechte tatsächlich die innere Angelegenheit eines Landes. Die USA präsentieren sich schließlich auch noch in ihrer Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in China als schlechtes Vorbild. Sie sind angreifbar wegen ihrer Verfolgung gefangener Terrorverdächtiger im rechtsfreien Raum Guantánamo, in dem sogar Folter mit Todesfolge bei zwei Afghanen möglich wurde.⁶²⁸

Der asiatische Nachbar Japan ist teils durch die chinesische Propaganda, teils aber auch berechtigt durch geschichtliche Erfahrungen in mehreren Kriegen und durch das heutige Auftreten der Japaner als Touristen oder Geschäftsleute in China unbeliebt. Im Unterschied zu den USA spielt Japan jedoch keine maßgebliche Rolle bei der Behandlung von Menschenrechtsthemen in Bezug auf China. Japan gehört unabhängig von gesellschaftlichen und politischen Animositäten zu den Hauptinvestoren und Handelspartnern Chinas.

⁶²⁷ Lorenz/Wagner, Billig, willig, ausgebeutet, S. 80 ff.

⁶²⁸ dpa vom 25.05.2005, 14:28 h: Amnesty prangert USA als schlechtes Beispiel an – Guantánamo auflösen.

Diese Tatsache trägt allerdings nicht der Notwendigkeit Rechnung, in China über Handel, politische Dialoge und Entwicklungshilfe auch positive politische Impulse im Hinblick auf Veränderungstendenzen auszusenden.

Der Nachbar im Osten Chinas sollte jedoch wie andere bedeutende Industriestaaten darauf vorbereitet sein, dass Konflikte neue Migrantenströme großen Maßstabs mit sich bringen werden. Offensichtlich ist neben der Hoffnung auf Stabilität die Gewinnerwartung gegenüber dem gigantischen Markt China schon Motiv genug, den Status quo durch ausländische Unterstützung des Regimes zu erhalten. Kommerzielle Interessen am Kollaps der kommunistischen Herrschaft sind dagegen nicht erkennbar, da weltpolitische und wirtschaftliche Konkurrenten trotz aller gegensätzlichen Interessen mit China verflochten sind.

Doch bereitet der Beitritt der Volksrepublik China zur WTO sowohl China selbst als auch den übrigen Ländern Probleme. Die in den letzten Jahren stetig erweiterten Reisemöglichkeiten für die Bürger des Landes und die neuen WTO-Verpflichtungen zur Gewährung von Reisefreiheit führen dazu, dass chinesische Staatsbürger, die über entsprechende Mittel verfügen, zu touristischen Zwecken ins Ausland fahren. Ohne einen Vertragsbruch zu begehen, können beide chinesische Regierungen in Beijing und Taipei Reisen vom Festland auf die Insel nicht unterbinden, da Taiwan ebenso wie die Volksrepublik WTO-Mitglied ist⁶²⁹. Im Ausland, besonders aber auf der chinesischsprachigen Insel, wird es Bürgern der Volksrepublik China nunmehr frei von heimischen Medienmanipulationen möglich sein, Informationen aufzunehmen, über Jahrzehnte gefestigte Vorurteile zu korrigieren und politische Systeme kennenzulernen, die freie Wahlen, ein kompetitives Parteiensystem, unabhängige Gerichte und Medien sowie eine starke Respektierung der Menschenrechte garantieren. Diese Eindrücke chinesischer Touristen werden nicht ohne Folge für die Einschätzung ihres eigenen Landes und seines politischen Systems bleiben.

Der durch die WTO garantierte freie Handel wird jedoch auch Arbeitsplätze in der Volksrepublik China gefährden und Preissteigerungen zur Folge haben. Dies hat gravierende Auswirkungen auf den sozialen Frieden. Die als Ausnahme angesehene Textilwirtschaft, die in Folge der WTO-Mitgliedschaft florieren sollte, konnte zwar eine Weile tatsächlich boomen, bekommt aber mittlerweile Widerstand aus USA und EU. Dies hat zur Folge, dass Exportquoten für chinesische Textilprodukte erstellt werden, um den Außenhandel nicht zu gefährden. Inzwischen werden in Chinas Textilwirtschaft zusätzlich neue Zwangsarbeitskräfte eingesetzt, um durch Null-Löhne einen ausreichenden Gewinn zu gewährleisten.⁶³⁰

Etliche Experten erwarten in naher Zukunft für China einen wirtschaftlichen Niedergang. Dieser Zeitpunkt könnte auch internationale Auswirkungen auf die Olympiade haben. Die Führung in Beijing betrachtet die Olympischen Spiele nämlich als Politikum, da ein reibungsloser Verlauf mit pompöser Selbstdarstellung der chinesischen Führer einen ungeheuren Prestigegewinn für das kommunistische System mit sich bringen würde. Die Anerkennung durch das Ausland hätte zeitgleich mit patriotischen Empfindungen fast aller Chi-

⁶²⁹ Vgl. hierzu die erwähnte Äußerung Ma Yingjius vom 29.03.2005 gegenüber dem Verfasser.

⁶³⁰ Bass, Auswirkungen des WTO-Beitritts auf den chinesischen Arbeitsmarkt, S. 61 f.; Spiegel Online vom 20.05.2005, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,356689,00.html>; Lorenz/Wagner, Billig, willig, ausgebeutet, S. 83; China Information Center USA, CIC News Service vom 27.05.2005, yll@cicus.org.

nesen einen positiven Effekt, der darin besteht, dass diese Führung mit China gleichgesetzt würde. Für einen gewissen Zeitraum würden bei diesem ‚Wir-sind-wieder-wer-Event‘ ökonomische und politische Probleme verdrängt werden. Millionen zusätzliche Besucher würden finanzielle Probleme minimieren helfen. Doch fürchtet der Sicherheitsapparat, dass Demokraten und Menschenrechtler die Olympiade als ihr Forum gegenüber der Welt nutzen könnten. Wie ein über die Jahre geschwächtes KP-Regime reagieren wird, ist nicht abzusehen. Sollten Monate zuvor schon unliebsame Kritiker weggesperrt werden, hätte das negative Konsequenzen für das Image des Staates. Ausländische Politiker wären unter dem Druck der öffentlichen Meinung ihres Landes gezwungen, bei der chinesischen Regierung zu intervenieren. Noch übler wäre es, wenn nicht Geheimdienste und Polizei im Vorfeld handelten, sondern verursacht durch Massenproteste ein militärisches Vorgehen wie 1989 für die KP-Führung unvermeidlich wäre. Die Folge würde dann zumindest in einem Boykott der Olympiade bestehen, wie dies 1980 bei den Olympischen Spielen in Moskau der Fall war. In dieser schwierigen Wirtschaftslage wäre eine Olympiapleite ein zusätzlicher Sargnagel für die KP.⁶³¹

Natürlich besteht auch im Ausland Angst vor Unruhen und einer Dismembration Chinas, weil dieses Land in seinem Niedergang weltpolitisch und weltwirtschaftlich eine Sogwirkung entfalten würde und voraussichtlich nicht nur Ostasien zu einer Region der Instabilität verwandeln würde. In jeder Beziehung wären die Folgen schlimmer als die der Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean Ende 2004.

Somit haben weder In- noch Ausland einen Nutzen an Gewalt und Zerfall Chinas. Separatismus, unabhängig davon ob sie ethnischen Minderheiten oder den Han angehören, müssten bei Staatenneugründungen mit Sicherheitsrisiken an ihrer eigenen Grenze leben, die zunächst von niemandem anerkannt, geschweige denn geschützt würde. Weder das zeitweise mit China in Spannung lebende Ausland noch Taiwan oder mögliche Sezessionisten in Tibet bzw. Xinjiang werden lange Freude an einer Dismembration Chinas haben. Die geringste Gefahr besteht nämlich in der Schrumpfung des chinesischen Territoriums, etwa im Format eines kleineren Staates in den Ausmaßen der Ming-Dynastie (1368 – 1643/44), die weniger als die Hälfte des heutigen China beherrschte. Allein wegen der erdrückenden Welle von Flüchtlingen aus China würde sich Unsicherheit sowohl bei Nachbarländern, Neustaaten und den klassischen Fluchtzielländern breitmachen. Eine Ausnutzung von Chinas Schwäche unter Hinnahme der Option des staatlichen Zusammenbruchs gefährdet somit nicht nur andere Staaten. Sie wäre im Hinblick auf eigene Interessen unklug, denn ein schwaches China kann keinen leistungsfähigen und belastbaren Staat hervorbringen, der sich zum Schutz der Menschenrechte eignet. Damit ist auch einem modernen Partner gerade westlicher Industrieländer der Weg zur Entwicklung verstellt.

Im Verhältnis des chinesischen Festlandes zu Taiwan bzw. zur Bildung eines über heutige staatliche Spielräume herauswachsenden ‚Greater China‘ ergeben sich nämlich riesige Synergiechancen mit weltpolitischem Nutzen. Die chinesische Ethnie in der heutigen

⁶³¹ Terril, S. 329, 330; Gordon Chang geht in einem Schreiben an den Verfasser vom 25.05.2005 gleichfalls von einem Niedergang der chinesischen Wirtschaft im Jahr 2007 aus. Übrigens äußerte auch der inzwischen verstorbene Politikwissenschaftler Jürgen Domes vor Jahren in einem Gespräch mit dem Verfasser vom Olympiejahr 2008 an wirtschaftliche Probleme mit einer politischen Wende in China.

Volksrepublik, zu der seit 1997 das reinkorporierte Hongkong gehört, in Taiwan, dessen politisches Gebilde noch immer ‚Republik China‘ trotz sich von der Idee einer chinesischen Identität lossagenden Führung unter der Demokratischen Fortschrittspartei heißt, sowie in anderen Staaten, in denen chinesische Netzwerke existieren, hat bereits in den letzten Jahrzehnten große ökonomische Leistungen hervorgebracht, die bei einer engeren Kooperation noch bedeutender würden.⁶³²

Die übrige Welt hat somit keinen Grund, ein starkes, modernes und demokratische China zu fürchten. Seinen Wunsch nach nationaler Größe und Anerkennung wird China jedoch erst durch die Beachtung der Menschenrechte erzielen können.⁶³³

Zufriedene Bürger, die am politischen Diskurs ohne Angst teilnehmen können, und die damit ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen, sind der beste Garant für Stabilität in China und die ostasiatische Region.

Deshalb, unabhängig von einer machiavellistischen Betrachtung, kommt es gerade auf die ausländischen Kräfte und Persönlichkeiten an, die das Wohlergehen der chinesischen Bürger im Auge haben. Das ständige Mahnen um die Respektierung der Menschenrechte findet schon heute in China Resonanz. Von der Menschenrechtsidee ausgehend, sind folglich auch schon in naher Zukunft demokratische und sozialstaatliche Vorstellungen im Fokus der gesellschaftlichen Diskussion.

Eine Veränderung Chinas findet somit sowohl mit Unterstützung der kühlen Machiavellis als der engagierten und solidarischen Menschenrechtler statt. Es wird sich für die Zielsetzung beider Interessensgruppen in ihrem Verhältnis zu China auf Dauer auszahlen, wenn sie sich in ihren Standpunkten annähern und sie untereinander einen fruchtbaren Dialog führen. Die Partner von morgen sitzen nämlich heute schon in China in Warteposition, während die heutigen Partner der Machiavellisten morgen bestenfalls Persönlichkeiten der Geschichte mit dem Makel von Verlierern und Übeltätern sein werden.

Da die Spätphase der KP-Herrschaft in China noch nicht die Endphase ist, sind Chancen offen, im Bereich der Diplomatie und Kooperation des Auslands mit China Resultate zu erzielen. Zunächst sollten Konzessionen hinsichtlich der Ratifizierung weiterer Menschenrechtsabkommen abverlangt werden, selbst wenn zunächst die Rechtswirklichkeit nicht mit den Vertragswerken übereinstimmt. Zudem sollten der Hohe UN-Kommissar für Menschenrechte, Regierungen, Menschenrechtsverbände, Arbeitsgruppen und ähnliche Einrichtungen die Lage der Menschenrechte beleuchten und bei Verstößen in der gebotenen Weise reagieren. Auch sollten alle Kanäle genutzt werden, die Schulung von Chinesen im Bereich der Menschenrechte zu unterstützen. Dies gilt in erster Linie für Juristen, Polizisten und das Justizpersonal. Bemühungen von außen haben im Bereich der Menschenrechte viel bewirkt. Sie sollten deshalb fortgesetzt werden.⁶³⁴

Bis dahin sollten Menschenrechtsfragen weiter durch die Einbindung Chinas verstärkt in den Mittelpunkt gestellt werden. Auch wenn dies immer wieder von der chinesischen Führung behauptet werden mag, stellt das in diesem Rahmen gebotene Anprangern von

⁶³² Müller-Hofstede, Reich und mächtig, S. 552 f.

⁶³³ Foot, S. 272 f.

⁶³⁴ Foot, Rights Beyond Borders, S. 272 f.

Missständen mangels Nötigungshandlung keine Einmischung dar. Kritik ist hierbei in einem gebotenen diplomatischen Ton, aber zugleich mit allem Nachdruck und Öffentlichkeitswirkung vorzutragen, damit Reformkräfte in China in ihrem Streben nach Verbesserung der Lage ermutigt werden.⁶³⁵

3.) Das Ende des kommunistischen Systems

Ein guter Zeitpunkt für das Abtreten der Partei von der politischen Bühne wäre das Jahr 1989 gewesen, als Millionen chinesische Stadtbewohner grundlegende Reformen für das Land forderten. Mit dem Kommando, Panzer gegen das Volk einzusetzen, war diese einmalige historische Chance vertan. Ausgeschlossen ist damit für die Zukunft, dass die Partei einen würdigen Platz in der Geschichte erhält, indem sie es gewesen ist, von der entsprechende Reformen ausgingen.

Das Unvermeidliche wird aber kommen: Die Kommunistische Partei Chinas hat zu bestimmter Zeit und beim Zusammenkommen aller erforderlichen Faktoren schließlich alle Instrumentarien zur Verlängerung ihrer Macht verspielt. Ob sie mit Knall oder Gewimmer untergeht, ist dabei bedeutungslos. Schon heute gleicht sie einem *Mantou*⁶³⁶, das groß erscheint, aber dessen Hefeteig nur wenig Masse auf die Waage bringt. Durch Druck ist dieser Kloß kleinzubekommen. Wann es gelingen wird, diesem Gebilde seine Größe zu nehmen, ist derzeit noch nicht genau zu prognostizieren. Sicher ist, dass die Mitglieder der KP in ihrer Gesamtzahl nur ein kleiner Ausschnitt der chinesischen Bevölkerung sind und jene nicht einmal loyal zu ihrer Partei stehen.⁶³⁷

Doch auch bei einem Szenario der Evolution wird die Transformation nicht reibungslos verlaufen. Zunächst einmal werden sich die privilegierten Funktionäre nicht einfach mit den Wünschen der Bevölkerung abfinden, sondern Widerstand leisten. Es mag sein, dass sich der Zorn der Bevölkerung aus Randerscheinungen entwickeln und verstärken mag. Schon heute gibt es in breiten Kreisen der Bevölkerung Hass auf den Staat, seine Organe, KP-Funktionäre und sogar einfache Uniformierte.⁶³⁸

Somit ist zu erwarten, dass es auch bei einer allgemein friedlichen Entwicklung zumindest vereinzelt Gewaltakte geben wird. Diese werden darüber hinaus zum Substanzverlust der KP beitragen. Es ist keine geradlinige Entwicklung entsprechend historistischer⁶³⁹ Theorien anzunehmen, die in die Freiheit führe. Historische Vergleiche zeigen, dass oftmals mehrere Versuche erfolglos blieben, bis schließlich eine Herrschaft ihr Ende fand. Für die KP verrinnt die Zeit. Auch bei vertanen Chancen für eine Reform ändern sich die Zeiten. Trotz einiger kurzlebiger Erfolge, wie z.B. die Einverleibung Taiwans oder Konflikte mit USA bzw. Japan, wird die Partei ihre Macht verspielt haben.

⁶³⁵ Foot, *Rights Beyond Borders*, S. 272 f.; Zhang, S. 103.

⁶³⁶ Chinesische Dampfndel.

⁶³⁷ Domes, *Die Demokratie und die Modernisierung Chinas*, S. 20; Gilley, *China's Democratic Future*, S. 28 f.

⁶³⁸ Neue Zürcher Zeitung vom 01.06.2005.

⁶³⁹ Die sich aus dem Katholizismus ableitende philosophische Richtung des Historismus geht von einer zielgerichteten Entwicklung der Geschichte aus. Karl Marx griff diese Geschichtsbeurteilung auf und vereinigte sie mit der Dialektik und sozialistischen Utopien zum ‚Historischen Materialismus‘.

Trotz unterschiedlicher Voraussetzungen ist auf das Ende der Sowjetunion oder der DDR zu verweisen. Deren Herrschaft erfuhr eine Schwächung durch Reformer, Konflikte, Dauerdemos und die Lähmung des alten Apparates. In der DDR gab es beispielsweise einen kaum glaublichen Auslöser durch die dämliche (oder nur dämlich gespielte und absichtliche) Äußerung des DDR-Pressesprechers Günter Schabowski über die Grenzöffnung, die das SED-Regime zu Fall brachte.

Der Historiker Alexander Demandt erinnert an den vergeblichen Putschversuch zur Wiederbelebung der alten Sowjetunion: „Drei Tage später gaben die Generale auf. Maos Maxime, alle Gewalt gehe von Gewehrläufen aus, war widerlegt: Wenn die Schützen den Zeigefinger gerade lassen, dann werden Waffen witzlos. Der Putsch war die Nagelprobe. Seither wissen wir, dass der Partei- und Polizeiapparat nebst der Idee, die ihn hervorgebracht hatte, Geschichte geworden ist. Gegen das süße Gift der liberaldemokratischen Regenbogengesellschaft war der Stacheldraht der Lagerstaaten hilflos. Der Konsumismus triumphiert über den Kommunismus.“⁶⁴⁰

In China wären die Nachwirkungen des ungezügeltten Machtmissbrauchs und der Korruption durch eine Demokratisierung zu minimieren. Eine freie Medienlandschaft würde den ungestörten Austausch von Informationen ermöglichen. Gewählte und abwählbare Gremien und Politiker müssten sich der Bevölkerung verantworten. Es würde schwierig werden, gegen die Interessen der Bürger zu handeln. Bisherige gesellschaftliche Verlierer, wie etwa Bauern und Arbeitslose, könnten folglich in den Genuss ungekürzter staatlicher Zuwendungen kommen, die bisher nur in die Taschen korrupter Funktionäre geflossen waren. Damit käme es auch zu einer wirtschaftlichen Verbesserung dieser Kreise, die zu allgemeinem Wohlstand führt.

Folgerichtig wäre mit einer Entspannung gegenüber Japan, den USA und Taiwan zu rechnen. Im Gegensatz zur Gegenwart wäre in Taiwan die Unterstützung breiter Bevölkerungskreise für eine Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland wahrscheinlich, da die Drohkulisse der KP entfielen, die beiden Staaten systemgleich wären und die ungestörte Zusammenarbeit über die Taiwanstraße einen ungeheuren Aufschwung in der Wirtschaft mit sich brächte. Dies würde auch das diplomatische Gewicht Chinas in der Welt erhöhen und Konflikte vermeiden.

Nicht wahrscheinlich, aber auch nicht ausgeschlossen könnte anstelle einer unmittelbaren Demokratisierung als nächste historische Stufe zumindest eine Entwicklungsdiktatur unter Einbeziehung jetziger KP-Machthaber entstehen. Ein Modell Singapur mit besserer Beachtung der Menschenrechte wäre danach mittelfristig möglich, eine nachfolgende Demokratie jedoch langfristig wahrscheinlich. Diese Entwicklung stellt zumindest für alle Beteiligten eine Kompromisslösung dar, die größere Freiheiten und die Beachtung der Menschenrechte für alle Staatsangehörigen einschliesse, eine Strafverfolgung für die jetzigen Führer jedoch in einem politischen Konsens größtenteils ausschliesse.

Der Berliner China-Wissenschaftler Sandschneider warnt vor solchen Prognosen, welche die Hoffnung auf eine schnelle Demokratisierung Chinas zur Grundlage der wissenschaftlichen Betrachtung machen, und hält angesichts zahlreicher Unwägbarkeiten eine schnelle

⁶⁴⁰ Demandt, S. 13 f.

Demokratisierung für unwahrscheinlich. Er verweist jedoch auf einen stetigen Prozess der Verrechtlichung als Grundlage einer Transformation. Ding Ding, der Kenner chinesischer Oppositionsgruppen, sieht eine Chance für die Demokratisierung bereits in der Unfähigkeit der jetzigen Führung, repressiv auf die Opposition zu reagieren. Das Dilemma des Regimes bestehe darin, dass es keine organisierte Opposition dulden wolle, zahlenmäßig aber nicht genug aufzubieten habe, alle Gegner einzusperren.⁶⁴¹

Trotz berechtigter Warnungen von Sandschneider, durch Vorhersagen einer frühen Demokratisierung Chinas überzogene Erwartungen zu wecken, bei denen eine Enttäuschung vorprogrammiert sei, ist angesichts der allgemeinen Dynamik Chinas in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und (an letzter Stelle) Politik eine *relativ* schnelle Demokratisierung wahrscheinlich. Ohne sich auf Datum und Uhrzeit festzulegen, geht der Verfasser zumindest davon aus, dass zwei weitere Dekaden kommunistischer Herrschaft in China gänzlich ausgeschlossen sind. Ein kompetitives Parteiensystem unter Beachtung von Grundfreiheiten würde gewiss zusätzlich stabilisierend für das Land wirken. Die Kommunistische Partei Chinas spielte dabei keine Rolle, selbst wenn sie rechtliche Duldung genösse.⁶⁴²

⁶⁴¹ Sandschneider, Demokratisierung in China? S. 32; Ding, Regimeopposition als Träger der chinesischen Demokratiebewegung, S. 52.

⁶⁴² Rechtsanwalt Zhang Jiankang am 12.06.2006 zum Verfasser: „Das Holz ist da; es fehlt nur noch das Feuer.“

D Strafsache Jiang Zemin u.a. Die Aufarbeitung des KP-Erbes

Was aber passiert, wenn China gänzlich aus dem Schatten der KP-Herrschaft tritt und demokratisch wird? Es hängt davon ab, wie der neue Staat mit alten KP-Strukturen umgeht. Es ist fraglich, ob Seilschaften ehemaliger Machthaber in das Nachfolgesystem hinübergerettet werden und ob sogar, wie bereits in der Darstellung eines Transformationsprozesses aufgezeigt wurde, Sicherheiten zum Schutz von Personen gewährt werden, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben.

Es verbleiben nur zwei Möglichkeiten im Umgang mit Menschenrechtsverletzern des Ancien Régime, nämlich die Amnestie oder die Strafverfolgung. Die zur Zeit schleichende Verrechtlichung wird bei einer erst im Stadium der Demokratisierung beabsichtigten Vervollkommnung der Justiz ein faires Strafverfahren ermöglichen. Rechtsgrundlagen für eine Strafverfolgung werden das bereits heute bestehende chinesische Strafgesetz sowie die völkerrechtlichen Straftatbestände des Völkermordes und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Zunächst einmal gibt es natürlich Bestrafungsmöglichkeiten nach heutigem chinesischem Recht, das sich teilweise aus dem Völkerrecht ableitet. Es soll in diesem Zusammenhang zudem auf das historische Ereignis verwiesen werden, in dem die „Lin Biao-Gruppe“ wie auch die „Viererbande“ sich vor Gericht verantworten mussten.⁶⁴³

Der Straftatbestand des Völkermordes resultiert aus Artikel II der Konvention über Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 09.12.1948, in der es heißt: „In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören.“ Die Volksrepublik China ratifizierte diesen völkerrechtlichen Vertrag am 18.04.1983 mit der Einschränkung, dass die vorherige Bindung Taiwans null und nichtig sei. Zudem schloss China eine Unterwerfung unter den Internationalen Gerichtshof aus.⁶⁴⁴

Dieser Begriff ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ findet sich erstmals in der Präambel der Zweiten Haager Landkriegsordnung aus dem Jahr 1907: „Solange, bis ein vollständigeres Kriegsgesetzbuch festgestellt werden kann, halten es die hohen vertragschließenden Teile für zweckmäßig, festzusetzen, daß in den Fällen, die in den Bestimmungen der von ihnen angenommenen Ordnung nicht einbegriffen sind, die Bevölkerung und die Kriegführenden unter dem Schutze und der Herrschaft der Grundsätze des Völkerrechts bleiben, wie sie sich ergeben aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens.“⁶⁴⁵

⁶⁴³ Richter, Grundlagen der Strafverfolgung völkerrechtlicher Verbrechen in China; ders., Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht; Weyrauch Rezension zu Richter; Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht.

⁶⁴⁴ Office of the High Commissioner for Human Rights,
http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/p_genoci.htm.

⁶⁴⁵ Fahl, Humanitäres Menschenrecht, S. 35.

Der Begriff des Verbrechens gegen die Menschlichkeit wurde zuerst im Jahr 1946 bei den Nürnberger und den Tokyoter Prozessen normativ verankert.⁶⁴⁶

Die einzelnen Tatbestandsmerkmale bestehen zunächst in gewöhnlichen Verbrechenstatbeständen, die in nationalen Strafrechtsregelungen normiert sind. Hierzu gehören etwa Mord, Ausrottung, Versklavung etc. Bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit kommen jedoch weitere Tatbestandsmerkmale hinzu. Diese liegen in der besonderen Schwere der Tat und in der Relevanz für die internationale Gemeinschaft. Voraussetzung für Letzteres ist, dass die Zivilbevölkerung Opfer eines kriminellen Aktes wird. Weiteres Tatbestandsmerkmal war in der Rechtsentwicklung zunächst die Verbindung des Verbrechens mit einem Krieg oder einer bewaffneten Handlung, mit einer Diskriminierungsabsicht, einer staatlichen Handlung und der besonderen Tragweite oder Systematik des Vorgehens. Artikel 6 c des Statuts des internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg definierte den Rechtsbegriff ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ wie folgt: „Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges, Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht.“⁶⁴⁷

Als neue Straftatbestände kamen beim Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien Vergewaltigung, Freiheitsentziehung und Folter hinzu. Im Gegensatz zu den Gerichtshöfen von Nürnberg und Tokyo entfiel beim Jugoslawien-Gerichtshof die Verknüpfung mit Kriegsverbrechen oder mit Verbrechen gegen den Frieden.⁶⁴⁸

Noch einen Schritt weiter von einer Verknüpfung mit kriegerischen Ereignissen entfernt sich Artikel 3 des Statuts für den Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda, indem ein Verweis auf das Vorliegen eines bewaffneten Konflikts jeder Art fehlt.⁶⁴⁹

Bei den Tokyoter Prozessen, die den Rechtsbegriff des Verbrechens gegen die Menschlichkeit benutzten und zwischen dem 03.05.1946 und dem 15.11.1948 geführt wurden, war den neben Richtern aus den USA, der Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Australien, Neuseeland, Kanada, Indien und den Philippinen auch der an der Stanford University und Chicago University ausgebildete Richter Mei Ruao als Vertreter der Republik China zugegen.⁶⁵⁰

⁶⁴⁶ Dahm/Delbrück/Wolfrum, Völkerrecht, S. 1087. Bei den Tokyoter Prozessen waren hierfür die Klagegründe 53 bis 55 maßgeblich. Maser, Nürnberg-Tribunal der Sieger, S. 50 ff., Steinbach, Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, S. 35.

⁶⁴⁷ Dahm/Delbrück/Wolfrum, Völkerrecht, S. 1088.

⁶⁴⁸ Dahm/Delbrück/Wolfrum, Völkerrecht, S. 1090 f..

⁶⁴⁹ Dahm/Delbrück/Wolfrum, Völkerrecht, S. 1091.

⁶⁵⁰ Wade-Giles Schreibweise Mei Ju-ao (1904 - 1972). Weitere Angaben zu Mei Ruao in Beijing Today vom 06.06.2005, <http://bjyouth.y.net.com/article.jsp?oid=2949879&pageno=1>.



Mei Ruao, Richter der Tokyoter Prozesse

vorn, 2. v.r. ⁶⁵¹

Die Republik China als Rechtsvorgänger der Volksrepublik wandte somit Strafrecht an, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgt. Obwohl die Ahndung der japanischen Straftaten zu dieser Zeit umstritten war, da nach rechtsstaatlichen Prinzipien eigentlich nur Verbrechen verfolgt werden können, die nach dem Erlass des entsprechenden Gesetzes begangen werden, legte die Republik China durch ihre Vertretung in diesem Richtergremium fest, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit einen strafwürdigen Unrechtstatbestand begründen. Die Volksrepublik China gab hierzu keine abweichende Erklärung ab. ⁶⁵²

Seit dem 01.07.2002 hat der Internationale Strafgerichtshof im niederländischen Den Haag seine Arbeit aufgenommen. Er darf nur Straftaten verfolgen, die nach dem Inkrafttreten des internationalen Strafrechts begangen werden. Die Volksrepublik China wurde kein Vertragsstaat dieses Gerichts, erkennt es somit nicht an und macht deutlich, eigene Staatsangehörige nicht an den Internationalen Strafgerichtshof ausliefern zu wollen. ⁶⁵³

Eine Poenalisierung wäre dennoch möglich, da sich die Jurisdiktion aus dem Territorialitätsprinzip sowie aus dem aktiven und passiven Personalitätsprinzip etwa von Artikel 5 der Folterkonvention ergibt. Erfasst werden damit Taten, die in einem der Hoheitsgewalt des betreffenden Staates unterstehenden Gebiets begangen werden. Die einzelnen Vertragsstaaten könnten somit untereinander Straftäter aus China ausliefern und bestrafen. Grundsätzlich gilt nämlich, dass die Begehungsformen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit von Mord bis Verschleppung von allen Staaten strafrechtlich verfolgt werden. Damit steht die Verfolgbarkeit außer Zweifel. Auf die Ebene des internationalen Strafrechts werden sie jedoch nur deshalb gehoben, weil sie ausgedehnt oder systematisch begangen werden. ⁶⁵⁴

⁶⁵¹ Bild aus Beijing Today vom 06.06.2005,
<http://bjyouth.y.net.com/article.jsp?oid=2949879&pageno=1>.

⁶⁵² Brackman, *The Other Nuremberg*, S. 65 ff.; Maga, *Judgement at Tokyo*, S. 34 ff.; Fuhr, *Erzwungene Reue*, S. 24 f.

⁶⁵³ Zur deutschen Anerkennung des Strafgerichtshofes vgl. Bundesgesetzblatt 2004 Teil II, Fundstellennachweis B, S. 738. Darstellung der vorgenannten völkerrechtlichen Verträge in <http://www.china.org.cn/e-white/phumanrights19p-11.htm>.

⁶⁵⁴ Dahm/Delbrück/Wolfrum, *Völkerrecht*, S. 1004, 1100; Poenalisierung wegen Völkermord vgl. BGH- Urteil vom 30.4.1999, Az. 3 StR 215/98 - BGHSt 45, 65.

Nach einem Systemwechsel ist somit die Strafverfolgung der Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen durch die chinesische, ausländische oder internationale Justiz möglich. Das neue China sollte deshalb dem Internationalen Strafgerichtshof klugerweise beitreten. Dort käme es nach einem rechtmäßigen Verfahren zu einer Verurteilung. Sollten aber politische Führer wie Li Peng, Jiang Zemin oder Hu Jintao sowie ihre Gefolgsleute wegen großer Menschenrechtsverletzungen nach einem fairen Verfahren und einem nachfolgenden Schuldspruch in China verurteilt und gar hingerichtet werden, wäre wahrscheinlich weder in China noch im Ausland die Aufregung groß.

Allerdings müsste die chinesische Justiz ihrer habhaft werden.⁶⁵⁵ Die betreffenden Täter könnten sich nämlich ihrer Strafverfolgung durch Flucht entziehen. China selbst ist ausgedehnt genug für Verstecke und hat eine so große Bevölkerung, dass auch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems und bei allgemeinem Verfolgungswillen der Bevölkerung gegenüber KP-Straftätern immer noch genügend Fluchthelfer zur Verfügung ständen. Auch eine Flucht ins Ausland wäre möglich.

Tatsächlich gibt es bereits im Ausland Anzeigen gegen chinesische Politiker wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen. Falun Gong-Anhänger haben beispielsweise gegen Jiang Zemin Strafanträge gestellt.⁶⁵⁶

Am 19.07.2004 wurde sogar Staatsratsmitglied Chen Zhili in Tansania vor Gericht gestellt. Dieses Gericht übergab den Fall einem Strafrichter zur weiteren Behandlung. Während Frau Chen aus Tansania fliehen konnte, wurde der als ‚Schlächter von Gansu‘ bekannt gewordene Su Rong in Sambia zunächst vor Gericht gestellt. Su, Erster Parteisekretär der Provinz Gansu, war Teilnehmer einer hochrangigen Delegation unter der Führung des Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses, Wu Bangguo, die Kenia, Zimbabwe und Sambia bereiste. Am 04.11.2004 wurde Su Rong eine Gerichtsvorladung zugestellt. Während seine Delegation daraufhin aus Sambia ausreiste, ließ sie ihren ersten Provinzsekretär zurück. Er musste sich dort vor Gericht den Vorwürfen stellen, die gegen ihn erhoben wurden. Diese umfassten Mord, Folter sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wie Chen Zhili konnte schließlich auch Su Rong fliehen und sich der Fortsetzung des Verfahrens entziehen.⁶⁵⁷

Eine strafrechtliche Aufarbeitung des Massakers vom 04.06.1989 wird weiterhin durch die ‚Tian’anmen-Mütter‘ gefordert, die Angehörige während des Juni-Massakers in Beijing

⁶⁵⁵ In Anlehnung an einen höhnischen Spruch zur Nürnberger Justiz bezüglich des im 14. Jahrhundert vor seiner Hinrichtung geflohenen Raubritter Epplein von Gailingen „Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn zuvor“ ist Festnahme nämlich die Voraussetzung zum Vollzug einer Haft- oder Todesstrafe. Die Justiz im Nürnberg des 20. Jahrhunderts hingegen hatte zumindest die Verbrecher, es waren NS-Straftäter, gut verwahrt.

⁶⁵⁶ Bring Jiang to Justice, www.grandtrial.org/English/understanding.htm; Special International Judiciary Committee to Bring the CCP to Justice, http://trialofccp.gateopen.org/signature_en.php.

⁶⁵⁷ China Intern vom 12.11.2004, <http://www.chinaintern.de/>, <http://flgjustice.org/index.php?option=content&task=view&id=434&Itemid=293>, vom 21.11.2004, http://www.chinaintern.de/article/Gerichtsverfahren_Asien/1101073750.html. Zur Person: Chen Zhili, <http://www.china.org.cn/english/features/58567.htm>, Su Rong, <http://www.china.org.cn/german/40063.htm>.

verloren haben. Deren Sprecherin Ding Zilin verlangte bisher jährlich und in der Öffentlichkeit die Strafverfolgung der Täter und eine Entschädigung der betroffenen Familien.⁶⁵⁸

Mit oder ohne den Internationalen Strafgerichtshof könnten die Verbrechen aus der Herrschaftszeit der KP durch nationale Gerichte geahndet werden, da die chinesische Anerkennung des Straftatbestandes ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ durch chinesische Beteiligung auf den Tokyoter Prozessen durch den Rechtsvorgänger der Volksrepublik, nämlich die Republik China erfolgte, die meisten ausländischen Staaten nach internationalem Recht Strafverfahren durchführen oder ausliefern könnten, und diese sogar den Internationalen Strafgerichtshof vertraglich anerkannten. Um das deutsche Recht als Beispiel zu nennen, wären nach § 6 Absatz 1 Nr. 1 und 9 Strafgesetzbuch (StGB) Völkermord und solche Taten zu bestrafen, die aufgrund eines für die Bundesrepublik Deutschland verbindlichen zwischenstaatlichen Abkommens auch dann zu verfolgen sind, wenn sie im Ausland begangen werden. In einem Urteil des Bundesgerichtshofes wurde diese Problematik bereits erörtert. Der Bundesgerichtshof (BGH) fand in einem Fall schwerer Verbrechen in Jugoslawien neben dem Tatbestand des Völkermordes (§ 220 a des deutschen StGB) auch einen Tatbestand für eine Poenalisierung aufgrund eines für die Bundesrepublik Deutschland verbindlichen zwischenstaatlichen Abkommens bezüglich solcher Taten, welche auch dann zu verfolgen sind, wenn sie im Ausland begangen werden. Sicherlich ist bei diesem BGH-Urteil festzustellen, dass der völkerrechtliche Anknüpfungspunkt eine Tat in kriegerischem Kontext ist. Der BGH stellte dabei fest, nach § 6 Nr. 9 StGB gelte das deutsche Strafrecht unabhängig vom Recht des Tatorts für im Ausland begangene Taten, die aufgrund eines für die Bundesrepublik Deutschland verbindlichen Abkommens auch dann zu verfolgen seien, wenn sie im Ausland begangen würden. § 6 Nr. 9 StGB erfasse jedoch nur solche Taten, zu deren Verfolgung im Einzelfall eine völkervertragliche Verfolgungspflicht der Bundesrepublik Deutschland bestünde, was mit dem Gesetzeswortlaut des § 6 Nr. 9 StGB „zu verfolgen sind“ zum Ausdruck gebracht werde. Ein derartiges Abkommen sei die IV. Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12.08.1949 mit den Zusatzprotokollen I und II vom 08.06.1977. Die Bundesrepublik Deutschland sei dem IV. Genfer Abkommen vom 12.08.1949 mit Gesetz vom 21.08.1954, bezüglich der Zusatzprotokolle mit Gesetz vom 11.12.1990 beigetreten.⁶⁵⁹

Die Qualität und Quantität von Menschenrechtsverletzungen durch chinesische Machthaber lässt die begründete Annahme zu, dass einige Straftaten beim Aufenthalt des Täters in Deutschland zwingendes Handeln der Bundesrepublik zumindest nach Wegfall ihrer diplomatischen Immunität durch Verpflichtungen weiterer Konventionen zur Folge haben. Unabhängig von kriegerischen Situationen ergäbe sich beispielsweise eine Handlungspflicht aus Artikel 5 und 6 des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10.12.1984. Danach müsste Deutschland einen der Anwendung von Folter Verdächtigen in Haft nehmen, ihn ausliefern oder ihn selbst aburteilen.

⁶⁵⁸ dpa vom 30.05.2005.

⁶⁵⁹ BGH-Urteile vom vom 30.04.1999, Az. 3 StR 215/98 - BGHSt 45, 65, und vom 21.02.2001 (3 StR 372/00 - NStZ 2001, 658. In diesem Zusammenhang verwundert es Menschenrechtler, dass beispielsweise Jiang Zemin seitens der Bundesanwaltschaft keinem Ermittlungsverfahren ausgesetzt wurde; vgl. Rüssmann, Rumsfeld und Jiang Zemin blieben unbehelligt.

Soweit ein sich der KP-Herrschaft entledigt habendes China mit diesen Fällen konfrontiert wäre, müsste dieses neue politische System das Problem lösen, eine Gerichtsbarkeit zu gewährleisten, in dem weder befangene KP-Richter noch deren Gegner in Siegerjustizhaltung parteiisch urteilten. Wäre dieses Problem durch unabhängige Richter gelöst, so würden den Prozessen gegen führende Machthaber Strafverfahren gegen Befehlsempfänger folgen, die gleichfalls Menschenrechte verletzen. Wie in Deutschland wird es dann unter den Angeklagten ‚guter Brauch‘, sich auf Befehlsnotstand zu berufen, das heißt, nicht persönlich für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sein zu wollen. Die deutschen Auschwitzprozesse zwischen 1963 und 1966 sowie die DDR-Mauerschützenprozesse sind in diesem Zusammenhang nämlich leider auch modellhaft.

Sehr wohl kann man dabei die Menschenrechtsverletzungen der deutschen Nationalsozialisten mit denen der chinesischen KP vergleichen. Hierfür genügt schon als einziges Argument die zahlenmäßige Darstellung von Menschen, die während dieser Herrschaft der KP Opfer eines unnatürlichen Todes wurden. Bei aller Schwierigkeit in einem Land, das noch keinen Zensus hatte, überhaupt Bevölkerungszahl und die Zahl von Todesopfern in Relation zu setzen, kommt man bei den Schätzungen unterschiedlicher Wissenschaftler, Politiker, verbliebener Täter und Opfer zu horrenden Summen. Dabei sind folgende Phasen in der KP-Geschichte zu unterscheiden: Die Zeit der Gründung bis zur Machtübernahme 1949, die Zeit der Machtfestigung und der Enteignungen 1949 bis 1953, die Phase der Enteignungen und des ‚Großen Sprungs nach vorn‘ 1954 bis 1958, die Hungerjahre als Folge der Fehlentwicklungen der Wirtschaft sowie der Vernichtung durch Zwangsarbeit 1959 bis 1963, die Kulturrevolution mit kleineren Bewegungen davor und danach 1964 bis 1975, die Zeit der ‚Liberalisierung‘ ab 1976. Die Zeit zwischen Gründung der Partei und ihrer Machtübernahme brachte es mit sich, dass 38 Millionen Menschen von der KP vernichtet wurden. Zwischen 1949 und 1987 starben unter der Herrschaft der KP mindestens 20,7 Millionen Menschen. Ein Mittelwert geht von 73,2 Millionen Opfern aus, während der Höchstwert 161,1 Millionen Menschen veranschlagt. In diesen Zahlen sind Ermordete, unversorgte Gefangene, tote Chinesen im Koreakrieg und Verhungerte der Jahre 1959 bis 1963 enthalten. Der Löwenanteil in den Berechnungen und Schätzungen betrifft jedoch die Durchschnittsbevölkerung, die Ereignissen zum Opfer fiel, denen nicht internationale Aufmerksamkeit zuteil wurde. Zählt man folglich die Opferzahlen zwischen der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas bis heute zusammen, so kommt man auf den unvorstellbaren Blutzoll von zwischen 59,4 und 199,8 Millionen Opfern!⁶⁶⁰

⁶⁶⁰ Walker, Die Menschenopfer des Kommunismus in China, S. 29; Rummel, Death by Government, S. 91 ff.; Rummel, China's Bloody Century, S. 11 ff., 205 ff., 289 Zeile 600, 290 Zeile 617, 295 Zeile 814, Internet-Darstellung der Übersichten in <http://www.hawaii.edu/powerkills/NOTE2.HTM>, <http://www.hawaii.edu/powerkills/CHINA.TABIIA.1.GIF>, <http://www.hawaii.edu/powerkills/CHINA.TABIIA.2.GIF>; Becker, Hungry Ghosts, S. 272; Noth, Teurer Fortschritt – Zu den gesellschaftlichen Kosten der Entwicklungsstrategie Mao Zedongs, S. 122; Margolin, Ein langer Marsch in die Nacht, S. 511 ff.; Heinsohn, Lexikon der Völkermorde, S. 244; Han Lih-wu, Taiwan Today, S. 276 ff.; Han Lih-wu, The Human Cost of Communism in Mainland China, S. 269 ff. Mühlhahn, S. 27 geht allein von 10 bis 15 Millionen Todesopfern durch die chinesische Strafjustiz der Jahre 1949 bis 1979 aus.

Zwei Beispiele moderater Schätzungen von Demoziden ⁶⁶¹ und Menschenopfer durch Hungersnöte oder Kriege, die von der Kommunistischen Partei Chinas zu verantworten sind und die sich hauptsächlich auf Aussagen chinesischer Politiker stützen, sollen an dieser Stelle wiedergegeben werden:

⁶⁶¹ Planmäßig durchgeführte Massentötungen bestimmter Gruppen, die den Genozid (Völkermord) einschließen. Im Gegensatz zum Genozid kann beispielsweise auch nur die Bevölkerung einer einzelnen Stadt als Opfer in Frage kommen.

Richard L. Walker: Die Menschenopfer des Kommunismus in China

	Minimalschätzung:	Maximalschätzung:
Bürgerkrieg 1927 – 36	250.000	500.000
Kämpfe chin.-jap. Krieg	50.000	50.000
Bürgerkrieg 1945 – 49	1.250.000	1.250.000
Landreform vor ‚Befreiung‘	500.000	1.000.000
Politische Liquidationen 1949 – 58	15.000.000	30.000.000
Koreakrieg	500.000	1.234.000
Großer Sprung nach vorn und Einführung der Volks- kommunen	1.000.000	2.000.000
Auseinandersetzung mit Minoritäten	500.000	1.000.000
Kulturrevolution	250.000	500.000
Zwangsarbeitslager	15.000.000	25.000.000
Insgesamt:	34.300.000	62.534.000 ⁶⁶²

Rudolph J. Rummel: China´s Bloody Century

	Minimalschätzung:	Maximalschätzung:
Bürgerkrieg 1927 – 30	25.000	50.000
Bürgerkrieg 1930 – 36		
Sowjetrepublik Jiangxi	200.000	568.000
Sowjetrepublik Shanxi	unbekannt	
Terror in Sichuan	300.000	
Andere Bewegungen	einzelne Zahlen vgl. Rummel	
Insgesamt bis 1936:	600.000	15.000.000 ⁶⁶³
Bürgerkrieg 1946 – 49	1.250.000	10.000.000 ⁶⁶⁴

⁶⁶² Walker, Die Menschenopfer des Kommunismus in China, S. 29.

⁶⁶³ Rummel, China´s Bloody Century, S. 94 f. In dieser Zeit lebten in den kommunistisch kontrollierten Gebieten 60.000.000 Menschen.

⁶⁶⁴ Rummel, China´s Bloody Century, S. 94 f. In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass die im Bürgerkrieg von Kommunisten getöteten Menschen zum Großteil im kommunistisch kontrollierten Gebiet lebten, das insgesamt eine Bevölkerung von rund 200.000.000 Menschen hatte.

Rummel führt zwar in den folgenden Darstellungen Minimal- und Maximalschätzungen an, entscheidet sich aber für eigene Werte, die er nach Quellenlage, Vergleichswerten und Glaubwürdigkeit festlegt.

Demoszide nach Staatsgründung der Volksrepublik China 1949:	
Totalisierungsphase	8.427.000 ⁶⁶⁵
Großer Sprung/ Kollektivierung	7.474.000 ⁶⁶⁶
Große Hungersnot	10.729.000 ⁶⁶⁷
Kulturrevolution	7.731.000 ⁶⁶⁸
Liberalisierung bis 1987	874.000 ⁶⁶⁹
<hr/>	
Von KP begangene Demoszide 1949 – 87:	35.236.000 ⁶⁷⁰
Von KP verursachte Hungersnöte ab 1949:	34.500.000 ⁶⁷¹
Von KP zu verantwortende Kriegstote nach 1949:	3.440.000 ⁶⁷²
<hr/>	
Gesamtopfer der KP-Herrschaft seit 1949:	73.176.000

Zählt man den Mittelwert der Schätzungen von Todesopfern aufgrund der Gewalttaten der KP vor der Gründung der Volksrepublik China zu diesen 73,2 Millionen Menschen hinzu, so nähert sich die Zahl der Gesamtopfer entsprechend der moderaten Schätzungen der 100-Millionen-Grenze.

⁶⁶⁵ Rummel, China's Bloody Century, S. 219 ff.
⁶⁶⁶ Rummel, China's Bloody Century, S. 237 ff.
⁶⁶⁷ Chang/Halliday, S. 574; Rummel, China's Bloody Century, S. 247 ff.
⁶⁶⁸ Rummel, China's Bloody Century, S. 253 ff.
⁶⁶⁹ Rummel, China's Bloody Century, S. 267 ff.
⁶⁷⁰ Rummel, China's Bloody Century, S. 290 Tafel II A Zeile 617.
⁶⁷¹ Rummel, China's Bloody Century, S. 289 Tafel II A Zeile 601.
⁶⁷² Rummel, China's Bloody Century, S. 295 Tafel II A Zeile 814.

Sollte man folglich die Höchstschätzungen bis fast 200 Millionen Todesopfer als unseriös abtun, wäre das Gesamtverbrechen der Kommunistischen Partei Chinas dennoch neben den Nazi-Morden und dem Stalin-Terror einzigartig.⁶⁷³

Bei den Darstellungen der Schätzungen fallen neben der unvorstellbaren Größe einzelner Klassifizierungen getöteter Menschen die unterschiedlichen Zahlenangaben auf. In den für eine solche Untersuchung verschlossenen Archiven der Volksrepublik China sind die Zahlen der Opfer sicherlich besser zu ermitteln. Wie solche Zahlen der Schätzungen zustande kamen, lässt sich an zwei Zitaten aufzeigen:

„Vier der sechs regionalen Führer der ‚Großen Verwaltungsgebiete‘ der Volksrepublik gaben an, dass im frühen Stadium der Kampagne gegen ‚Eingeborene Banditen‘ und Konterrevolutionäre 1.176.000 in diesen Gebieten allein liquidiert worden seien.“⁶⁷⁴

„Mao Tse-tung, der unumstrittene Führer der Partei und somit in diesen Jahren auch des Landes, instruierte Kader, dass ein Zehntel der Bauern (rund 50.000.000) zu vernichten waren.“ Ren Pishi, ein Mitglied des Zentralkomitees der Partei sagte in einer Rede von 1948 gegenüber Kadern, dass „30.000.000 Grundbesitzer und reiche Bauern vernichtet werden müssten.“⁶⁷⁵

Es mag sicherlich von Bedeutung sein, dass die Haupttäter des Völkermords an Klassenfeinden, Religionsgruppen, politischen Gegnern, Tibetern, Uiguren und anderen Völkerschaften, also Mao Zedong oder Deng Xiaoping⁶⁷⁶, inzwischen verstorben sind. Dennoch sind Vorgänge, wie die planmäßige Vernichtung von Falun Gong-Praktizierenden, gleichfalls unter dem Straftatbestand des Völkermords und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu subsumieren. Es wird folglich noch etliche Überlebende geben, die vor Gericht gestellt werden können.⁶⁷⁷

Gelingt es KP-Straftätern nun ins Ausland zu gelangen, stellen sich Fragen im Hinblick auf ihre möglichen Asylbegehren. Asyl wird nach Artikel 1 A Nr. 2 des Abkommens über die

⁶⁷³ Rummel ist sich des Problems sehr bewusst, da er die Methodik seiner Arbeit in aller Breite darstellt. In seiner Arbeit *Death by Government* schreibt er in der Einleitung auf S. XX: „... in the chapter for communist China I give the range of democide as 5,999,000 to 102,671,000, most likely 35,236,000 people killed. Why such apparent and misleading accuracy? Why not simply make a range 5 million to 105 million, with a mid-value of 35 million? This I would like to do (and have been urged by colleagues to do), but for many cases the democide figures result from calculations on or consolidations of a variety of estimates for different kinds of democide (such as for land reform, labor camps, and the Cultural Revolution). When all calculations or consolidations are added together, the sum has great apparent precision. That is, the low, high, and 35,236,000 mid-genocide numbers for communist China are sums. To give something other than these sums can create confusion because the estimates and calculations are given in detail in the appendices to my *China's Bloody Century*.“

⁶⁷⁴ Walker, *Die Menschenopfer des Kommunismus in China*, S. 27.

⁶⁷⁵ Rummel, *China's Bloody Century*, S. 223.

⁶⁷⁶ Deng gilt als der Vollstrecker der grausamen Bewegungen der Jahre bis zur Kulturrevolution, deren Opfer er selbst wurde, aber überleben und von den Ereignissen unbelehrt nach erneuter Machtübernahme weiter töten konnte.

⁶⁷⁷ Zheng, *Die völkerstrafrechtliche Beurteilung der Verfolgung von Falun Gong seit 1999*, S. 160 ff.

Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28.07.1995, auch Genfer Flüchtlingskonvention genannt, grundsätzlich nur Personen gewährt, die aus Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung Zuflucht in einem anderen Staat suchen. Zunächst einmal scheidet im Fall der flüchtigen KP-Menschenrechtsverletzer eine Schutzgewährung in einem Vertragsstaat der Genfer Flüchtlingskonvention ein Recht auf Asyl aus, da keine politische Verfolgung vorliegt. Eine *politische* Verfolgung wäre nämlich dann gegeben, wenn eben aus Gründen von Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder der Zugehörigkeit zu einer Gruppe verfolgt würde. Im Falle der Menschenrechtsverletzer wäre die Verfolgung aber nicht auf diese Merkmale gerichtet, selbst nicht auf die kommunistische Überzeugung und die Mitgliedschaft in der Partei, sondern vielmehr auf deren Straftaten. Die Verfolgung wäre somit eine ordinäre Strafverfolgung, die es in jedem Staat gibt und geben muss.

Eine Asylgewährung scheidet aber auch zwingend wegen des Wortlauts des Artikel 1 F der Genfer Flüchtlingskonvention aus. Danach finden die Bestimmungen des Abkommens keine Anwendung auf Personen, die ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder nicht-politische Straftaten begangen haben.

Zwar scheidet in diesen Fällen eine Asylgewährung aus, doch können sich Bleiberechte im Ausland ergeben, wenn den Tätern in China die Todesstrafe droht. Dies gilt zumindest in den Signatarstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention und ihres Zusatzprotokolls, das die Todesstrafe abschafft. Auch Urteile in Kanada und in den USA gewährten vorübergehenden Schutz für korrupte, vom Tode bedrohte Flüchtlinge aus China. Deshalb ist es wahrscheinlich, dass ein Nachfolgesystem in China die Todesstrafe abschafft, um der Straftäter habhaft zu werden.⁶⁷⁸

Zur Gerechtigkeitsentwicklung werden strafrechtliche Überprüfungen von Anhängern und Mitläufern, von Geheimdienstmitarbeitern und Spitzeln im In- wie auch im Ausland gehören, um sämtliche Straftäter zu ermitteln.⁶⁷⁹

Für die überlebenden Opfer dieser Verbrechen bleiben bis dahin zunächst nur die Träume von der Wiederherstellung von Gerechtigkeit, wie sie im Ölbild ‚Justice‘ von Wang Weixing in der Art eines Hieronymus Bosch⁶⁸⁰ gezeigt werden. Aus himmlischen Sphären zieht eine Schlinge den Hals eines Jiang Zemin zu, dessen Gesicht schmerzhaft verkrampft ist und von dessen Brust Fleischlappen herabhängen und die Rippen offen legen.⁶⁸¹

Für Historiker ergibt sich letztlich ein riesiges Arbeitsfeld, das nicht nur das Entstehen und Vergehen der Kommunistischen Partei Chinas, sondern darüber hinaus auch die Vergangenheitsbewältigung aus Opfersicht betrifft. China hatte ein blutiges Jahrhundert. Jeder

⁶⁷⁸ Beispiel Auslieferung korrupter Kader durch die USA an China nach schriftlicher Versicherung, dass die Straftäter weder gefoltert noch hingerichtet werden dürfen. Lorenz, Saus und Braus, S. 127.

⁶⁷⁹ Soweit diese nicht schon vorher die Seiten wechseln. Vgl.
<http://www.dieneuepoche.com/Nachricht.33+M53c1661cf60.0.html>;
<http://www.dieneuepoche.com/Nachricht.33+M586e022e3b6.0.html>.

⁶⁸⁰ Vergleichbar mit dem rechten Seitenflügel des Triptychon ‚Garten der Lüste‘.

⁶⁸¹ Der Verfasser besuchte in Taipei eine Ausstellung mit Bildern von Wang Weixing, unter denen sich dieses Bild befand.

Gewaltakt, gleich welcher Art, destabilisierte und zerstörte die Entwicklung Chinas. Er behinderte zugleich Sicherheit und Wohlstand der chinesischen Bürger. Ansätze einer Aufarbeitung hierzu bieten unzählige Berichte, Artikel, Monographien und Diskussionsbeiträge. Eine in jüngster Zeit weit beachtete Quelle der Kritik an achtzig Jahren KP sind die ‚Neun Kommentare über die Chinesische Kommunistische Partei‘ der Zeitschrift Daijyuan, die trotz Internet-Blockierung in China verbreitet werden und in Zusammenhang mit den gemeldeten Parteiaustritten stehen.⁶⁸²

Bis zu diesem Zeitpunkt erscheint es zunächst jedoch sinnvoll, eine Dokumentation über schwere Straftaten in Zusammenhang mit der Kommunistischen Partei Chinas anzulegen. Naheliegender wäre eine Online-Eingabe von Fakten, die wissenschaftlich ausgewertet und datenrechtlich geschützt überarbeitet würden. Der Zugriff sollte nur einem kleinen Kreis gestattet sein. Als Daten sollten Namen, Aliasnamen, Geburtsdatum, Geburtsort, Familienverbindungen von Tätern und Opfern, die Rechtsverletzungen mit Datum und Ort, Zeugen, Urkundsbeweise sowie eine Vernetzung einzelner Angaben mit weiteren Personen unter den Gruppen von Tätern und Opfern eingegeben werden. Eine Kategorie sollte schließlich bei jedem Fall im Kommentar des Bearbeiters bestehen, die Glaubwürdigkeit der Eingaben zu bewerten. Es ist nämlich angesichts der Erfahrungen mit der Infiltrationspolitik der KP nahe liegend, dass ein solches Dokumentationssystem durch eine Fülle gezielt eingegebener Fehlinformationen belastet und handlungsunfähig würde.

Von Chinas KP verbleibt damit in Zukunft bestenfalls ein Aschenhäufchen. Die versprengten Mitglieder werden analog den Kommunisten im früheren Warschauer Pakt nur geringe Chancen mehr besitzen, politikfähig zu werden, weil es dann nämlich wirklich auf Legitimität ankommt, die ihnen für alle Zeiten verloren gegangen ist.

⁶⁸² <http://www.dajiyuan.com/>; <http://www.epochtimes.com/>; www.dieneuepoche.com.

Literatur

Soweit nicht anders vermerkt, sind die Internet-Links auf dem Stand vom 15.07.2006

Ahl, Björn: China auf dem Weg zum Rechtsstaat? In: Die politische Meinung, Februar 2005, S. 25 ff.

Alpermann, Björn: Dimensionen sozialer Probleme in der VR China – regionale und sektorale Facetten. In: Kupfer, Sprengstoff in China?, S. 7 ff.

Amnesty International: People´s Republic of China. Abolishing “Re-education through Labour” and other forms of punitive administration detention: An opportunity to bring the law into line with the International Covenant on Civil and Political Rights. London Mai 2006

Amnesty International: ai-Journal (Zeitschrift). Bonn 1979 ff.

Amnesty International: Briefe gegen das Vergessen, Bonn Oktober 2002

Amnesty International: Folter in der Volksrepublik China. Berlin 1992

Amnesty International: Frauen in China, verfolgt, inhaftiert, misshandelt. Bonn 1995.

Amnesty International: Jahresbericht 2003. Frankfurt (S. Fischer Verlag) 2003

Amnesty International: Justizirrtum? – Der Prozess gegen Tenzin Deleg Rinpoche und weitere damit verbundene Verhaftungen. Berlin 2003

Amnesty International: People´s Republic of China – Human Rights Defenders at Risk. Update. London März 2005-05-31

Amnesty International: Women human rights defenders at risk. London März 2005

Asia Times (Zeitschrift). Hongkong (Fong Tak-ho) 1995 ff, Online www.atimes.com 1999 ff.

Asian Research (Online-Magazin). New York (Association for Asian Research) 2004 ff.

Asien (Zeitschrift). Hamburg (Deutsche Gesellschaft für Asienkunde) Nr. 1 Oktober 1981 ff.

Asienreport (Zeitschrift). Frankfurt (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte) 2004 ff.

Atlas der Globalisierung. (Hg.: Le Monde Diplomatique). Berlin (Le Monde Diplomatique/taz Verlags- und Vertriebs GmbH) 2006

- Bass, Hans H.: Argumente für einen Menschenrechtsdialog mit China. Diskussionspapier Nr. 2 der Bremer Initiative Ostasien e.V./Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management der Universität Bremen 1995
- Bass, Hans H.: Auswirkungen des WTO-Beitritts auf den chinesischen Arbeitsmarkt. In: Kupfer, „Sprengstoff China?“, S. 55 ff.
- Becker, Jasper: Hungry Ghosts. Mao's Secret Famine. New York (Free Press) 1998
- Berber, Friedrich: Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. 1 Allgemeines Friedensrecht. 2. Aufl., München (Beck) 1975
- Bernstein, Thomas P.: Instability in Rural China. In: Shambaugh, Is China Unstable? S. 95 ff.
- Bernstein, Thomas P.: Village Democracy and Its Limits. In: Asien Nr. 99 (April 2006), S. 29 ff.
- Betke, Dirk: Umweltkrise und Umweltpolitik. In: Herrmann-Pillath/Lackner, S. 325 ff.
- Bleckmann, Albert: Völkerrecht. Baden-Baden (Nomos) 2001
- Blume, Georg: Endstation Bambus-Gulag. In: Die Zeit Nr. 16/2001
- Bodde, Derk/Morris, Clarence: Law in Imperial China. Nachdruck Taipei (Harvard Studies in East Asian Law) 1971, S. 11 ff.
- Bork, Henrik: Selbstkritik aus zweiter Hand. Warum sich lange plagen mit schwierigen Texten? Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas sparen sich viel Arbeit und laden ihre Selbstbezeichnungen aus dem Internet herunter. In: Süddeutsche Zeitung vom 23.05.2005
- Bottelier, Pieter: How Stable is China? An Economic Perspective. In: Shambaugh, Is China Unstable?, S. 63 ff.
- Brackman, Arnold: The Other Nuremberg. The Untold Story of the Tokyo War Crimes Trials. New York (William Morrow) 1988
- Brahm, Laurence J.: Chinas Jahrhundert. Weinheim (Wiley) 2001
- Breucking, Dorthe/Zyber, Kerstin: Verfolgte Gewerkschaftler in Asien. In: ai Journal Heft 5/2003, S. 2
- Brown, Lester R.: Wer ernährt China? Holm (Deukalion) 1997
- Brück, Michael von/Lai, Whalen: Buddhismus und Christentum. Geschichte, Konfrontation, Dialog. München (Beck) 1997

- Cabestan, Jean-Pierre: More Power to the People's Congresses? Parliaments and Parliamentarism in the People's Republic of China. In: Asien Nr. 99 (April 2006), S. 42 ff.
- Cambridge Encyclopedia of China, The. Hg.: Brian Hook, Denis Twitchett. 2. Aufl., Cambridge - New York - Port Chester - Melbourne - Sidney (Cambridge University Press) 1991
- Carter, Jimmy: Keeping Faith. Memoirs of a President. Toronto (Bantam) 1982
- Chang, Jung/Halliday, Jon: Mao – Das Leben eines Mannes. Das Schicksal eines Volkes. München (Karl Blessing) 2005
- Chang, Gordon: Collapse Perhaps? The Stability of the Modern Chinese State. Vortrag vom 27.03.2004
- Chang, Gordon: Opening Statement before the U.S.-China Security Review Commission vom 02.08.2001
- Chang, Gordon: The Coming Collapse of China. New York (Random House) 2001
- Chen, Guidi/Wu, Chuntao: Crisis in China's Countryside. In: Far Eastern Economic Review, Dezember 2004, S. 59 ff.
- China aktuell (Zeitschrift). Hamburg (Institut für Asienkunde) 1972 ff.
- China Analysis (Zeitschrift). Hg.: Center for East Asian and Pacific Studies (Sebastian Heilmann), Trier University, Germany. Trier Juni 2000 ff.
- China Post (Tageszeitung). Taibei (Huang) 1952 ff.
- China Quarterly, The (Zeitschrift). London (Cambridge University Press for the School of Oriental and African Studies, University of London) 1959 ff.
- Columbia Journal of Asian Law (Zeitschrift). Buffalo NY (University of British Columbia) 1987 ff.
- Copper, John F.: Human Rights in Post-Mao China. Boulder and London (Westview Special Studies) 1985
- Courtois, Stéphane, u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. München – Zürich (Piper) 1998
- Dahm, Georg/Delbrück, Jost/Wolfrum, Rüdiger: Völkerrecht Bd. I/3: Die Formen des völkerrechtlichen Handelns; Die inhaltliche Ordnung der internationalen Gemeinschaft. 2. Aufl. Berlin (De Gruyter Recht) 2002
- Demandt, Alexander: Endzeit? Die Zukunft der Geschichte. Berlin (Siedler) 1993

- Deutscher Falun Dafa Verein e.V.: Über Falun Dafa. 4-seitige Schrift. Weinheim, ohne Jahr.
- Dickson, Bruce J.: Political Instability at the Middle and Lower Levels: Signs of a Decaying CCP, Corruption, and Political Dissent. In: Shambaugh, Is China Unstable? S. 40 ff.
- Dillon, Michael: China. A Cultural and Historical Dictionary. Surrey (Curzon) 1998
- Ding Ding: Politische Opposition in China seit 1989. Europäische Hochschulschriften Reihe XXXI, Bd. 406. Frankfurt – Berlin – Bern – Bruxelles – New York – Oxford – Wien (Peter Lang) 2000
- Ding Ding: Regimeopposition als Träger der chinesischen Demokratiebewegung. In: Schubert, China. Konturen einer Gesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, S. 35 ff.
- Domes, Jürgen/Näth, Marie-Luise: China im Aufbruch. Frankfurt – Bern – New York – Paris (Peter Lang) 1990
- Dreyer, June Teufel: The Potential for Instability in Minority Regions. In: Shambaugh, Is China Unstable?, S. 125 ff.
- Eppelsheim, Philip: Kein Widerstand, kein Selbstmord, keine Flucht. Wang Wanxing war 13 Jahre in einer Polizei-Psychiatrie in China und lebt heute in Sossenheim. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.01.2006
- Erling, Johnny: Ein Toter, der Chinas Führung Angst macht, Die Welt vom 18.01.2005
- Erling, Johnny/Kirstin Wenk: Keine Angst vor China. In: Welt vom 22.05.2006.
- Erling, Johnny: Who ist Hu, und wer ist Wen? In: Die politische Meinung, Februar 2005, S. 19 ff.
- Eser/Sieber/Arnold (Hrsg.): Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht. Vergleichende Einblicke in Transitionsprozesse. Berlin (Duncker & Humblot) 2006. ISBN 3-86113-876-X, 267 S., 28.- Euro
- Fahl, Gundolf: Humanitäres Völkerrecht Bd. 1. Berlin (Berlin Verlag) 1983
- Falun Dafa: A Witness to History. (Ohne Ortsangabe) 2001
- Falun Gong Report 2003, The: The Chinese Government's Terrorism Against Women and Children. (Ohne Ortsangabe) März 2003
- Far Eastern Economic Review (Zeitschrift). Hongkong (Dow Jones) 1946 ff.
- Financial Times (Tageszeitung). New York – London – Hongkong (Financial Times Ltd.) 1888 ff.

Fischer, Doris: Zwischen xiaohai und xiagang: Der Wandel des chinesischen Arbeitsmarktes und seine gesellschaftlichen Folgen. In: Schubert, China. Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, S. 297 ff.

Fischer-Schreiber, Ingrid: Das Lexikon des Taoismus. Bern-München (Scherz) 1992

Foot, Rosemary: Rights beyond Borders. The Global Community and the Struggle over Human Rights in China. New York (Oxford University Press) 2000

Foreign Affairs (Zeitschrift). New York (Council on Foreign Relations) 1974 ff.

Foreign Policy (Zeitschrift). Washington (Carnegie Endowment for International Peace) 1970 ff.

Forney, Matthew: Is China Prepared to Fight? In: Time Magazine vom 29.03.2005, S. 22

Frankfurter Allgemeine Zeitung (Tageszeitung). Frankfurt 1950 ff.

Frankfurter Rundschau (Tageszeitung). Frankfurt 1945 ff.

Fried, Nico: Als der Weichzeichner hart blieb. China und die Wahl des Wehrbeauftragten. In: Süddeutsche Zeitung vom 15.04.2005

Friedrich, Stefan: China-Euphorie ohne Grenzen? In: Die politische Meinung, Februar 2005, S. 5 ff.

Furst, Michael J.: Chinas WTO-Zugang – Das große Bild. In: Brahm, Chinas Jahrhundert, S. 170 ff.

Fuhr, Volker: Erzwungene Reue. Vergangenheitsbewältigung und Kriegsschulddiskussion in Japan 1952 – 1998. Halle (Dr. Kovac) 2001

Gareis, Sven Bernhard: China im Umbruch. Perspektiven des chinesischen Transformationsprozesses. In: Reader Sicherheitspolitik, Oktober 2004, S. 50 ff.

Geiges, Adrian: Staat ohne Recht. In: Stern 50 (02.12.2004), S. 26 ff.

Gesellschaft für bedrohte Völker: China – Menschenrechtslage dramatisch. Menschenrechtsreport Nr. 33, Göttingen April 2004

Giese, Carsten: Das Anti-Sezessionsgesetz – viel Lärm um nichts und einiges zerschlagenes Porzellan. In: China aktuell 2/2005, S. 3 ff.

Giese, Carsten: Dimensionen sozialer Probleme in der VR China – regionale und sektorale Facetten. Essen (Asienhaus) 2004

- Gilley, Bruce: China's Democratic Future - How It Will Happen and Where It Will Lead. New York (Columbia University Press) 2004
- Gladney, Dru C.: Muslim Chinese. Ethnic Nationalism in the People's Republic. Cambridge/Massachusetts und London (Harvard University Press) 1991
- Goldman, Merle: The Potential for Instability Among Alienated Intellectuals and Students in Post-Mao China. In: Shambaugh, Is China Unstable?, S. 112 ff.
- Goldstone, Jack A.: The Coming Chinese Collapse. In: Foreign Policy, Juni 1995, S. 35 ff.
- Göbel, Christian: Ländliche Entwicklung unter den Bedingungen eines autoritären Systems. Vortrag beim Workshop „Ländliche Entwicklung in China“ des Asienhauses/Essen am 18.06.2005 in Bonn
- Göring, Albrecht: Problematische Punkte im Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Volksrepublik China hrg. vom Auswärtigen Amt August 2002. München 2003
- Guter, Josef: Lexikon zur Geschichte Chinas. Sieben Jahrtausende im Überblick. Wiesbaden (Marix) 2004
- Hammer, Sabine: Mit der „Musterknabenmasche“ wird bei den Diktatoren nichts erreicht. Rot-grüne Asienpolitik in der Kritik. In: Das Parlament vom 09.06.2000.
- Han Lih-wu: Taiwan Today. 5. Aufl., Taipei (Cheng Chung Book Company) 1988
- Han Lih-wu: The Human Cost of Communism in Mainland China. In: Human Rights, S. 269 ff.
- Handelsblatt (Tageszeitung). (Holzbrinck, Handelsblatt Verlags GmbH) 1946 ff.
- Harvey, Peter: An Introduction to Buddhist Ethics. 4. Aufl., New York (Cambridge University Press) 2004
- He Guanghu: Ursachen und Merkmale des wachsenden Interesses am Christentum unter den chinesischen Intellektuellen. In: China heute XXIII (2004), Nr. 6 (136), S. 222 ff.
- He Qinglian: China in der Modernisierungsfalle. Hamburg (Hamburger Edition) 2006
- Heberer, Thomas: Falun Gong – Religion, Sekte oder Kult? Eine Heilsgemeinschaft als Manifestation von Modernisierungsproblemen und sozialen Entfremdungsprozessen. Berliner Dialog 23, Epiphanias 2001
- Heberer, Thomas: Mao Zedong. Der unsterbliche Revolutionär? Hamburg (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde) 1995

- Heberer, Thomas/Schubert, Gunter: Political Reform and Regime Legitimacy in Contemporary China. In: Asien Nr. 99 (April 2006), S. 9 ff.
- Heberer, Thomas: Soziale Sicherung und Sozialhilfe: Schritte zur „Harmonisierung“ der Gesellschaft im gegenwärtigen China. In: China heute Jahrgang XXIV (2005) Nr. 4 – 5), S. 152 ff.
- Heberer, Thomas: Zwischen Krise und Chance. Neue Herausforderungen des ländlichen China. In: Herrmann-Pillath/Lackner, S. 379 ff.
- Heck, Peter: Nachhaltige Entwicklung oder nachhaltige Katastrophe? Chinas Umweltkrise und der Primat der Ökonomie. In: Schubert, China. Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, S. 235 ff.
- Heilmann, Sebastian: Das Potential für soziale politische Unruhen in der Volksrepublik China. In: China aktuell, Mai 1994, S. 476 ff.
- Heilmann, Sebastian: Die Protestbewegung von 1989. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.06.1999
- Heilmann, Sebastian: Grundelemente deutscher Asienpolitik. China Analysis No. 14, August 2002.
- Heilmann, Sebastian: Modernisierung ohne Demokratie? Zukunftsperspektiven des politischen Systems und der Kommunistischen Partei. In: Herrmann-Pillath, Carsten, u.a.: Länderbericht China, S. 186 ff.
- Heilmann, Sebastian: Wenig Anlass zur Euphorie. Politische Folgen des Wirtschaftswandels in China. In: Internationale Politik 2/2002, S. 25 ff.
- Heinsohn, Gunnar: Lexikon der Völkermorde. Reinbek (rororo aktuell) 1998
- Herrmann, Axel: Kampf um die Menschenrechte. In: Menschenrechte. Informationen zur politischen Bildung 210, Überarbeitete Neuauflage 1998 (Hg. Bundeszentrale für politische Bildung), S. 7 ff.
- Herrmann-Pillath, Carsten/Lackner, Michael/Fischer, Doris/Müller-Hofstede, Christoph: Länderbericht China. Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1998
- Heusel, Wolfgang: Weiches Völkerrecht. Baden-Baden (Nomos) 1991
- Heuser, Robert: Chinesische Rechtskultur im Wandel. In: Herrmann-Pillath u.a, Länderbericht China, S. 407 ff.
- Hirn, Wolfgang: Herausforderung China. Wie der chinesische Aufstieg unser Leben verändert. Frankfurt (S. Fischer) 2005
- Hoffbauer, Andreas: Ein China, zweierlei Maß. In: Handelsblatt vom 19.04.2005

- Hoffbauer, Andreas: 800 Millionen haben nichts von Chinas Boom. In: Handelsblatt vom 09.05.2006
- Holbig, Heike: Auf dem Weg zur konstitutionellen Einparteiherrschaft? Die Verfassungsänderungen vom März 2004. In: China aktuell, März 2004, S. 259 ff.
- Huang Ciping: Gefährlicher Gigant China. In: Handelsblatt vom 09.05.2006
- Huang Weiding: Der Kampf gegen die Korruption im Zuge der ökonomischen Reform. In: Brahm, Chinas Jahrhundert, S. 46 ff.
- Huang Hua Gang Magazine (Zeitschrift). New York (Modern Chinese History Studies) New York 2001 ff.
- Hülsmeier, Dorothea: Tacheles mit Konfuzius und Hegel – Fischer kritisiert China. In: dpa vom 15.07.2004
- Human Rights – Problems and Perspectives. Hg.: Center for International Studies. London (Center for International Studies) 1982
- Informationen zur politischen Bildung: China. Hg.: Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1997
- International Organization for Migration: World Migration 2003. Genf (International Organization for Migration) 2003
- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte: Klageschrift des Gefangenen Liu Gang. Frankfurt 1993
- Internationale Politik (Zeitschrift). Berlin (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) 1945 ff.
- Jackson, Steven F.: A Typology for Stability and Instability in China. In: Shambaugh, Is China Unstable?, S. 3 ff.
- Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik. Wien (Bundesministerium für Landesverteidigung) 1997 ff.
- Jakes, Susan: Dabbling in Democracy. No one knew what to expect when a Chinese town tried listening to its people. In: Time Asia Magazine vom 25.04.2005, S. 12
- Jenkins, Leigh: Altruistic lawyer ordered to stop practising. In: South China Morning Post vom 28.12.2001
- Jenner, William J.F.: Chinas langer Weg in die Krise. Die Tyrannei der Geschichte. Stuttgart (Klett-Cotta) 1993

- Johnson, Ian: A Portrait of the Unreformed Side of China: The Wall Street Journal, Zusammenfassung von 10 Artikeln zum Thema anlässlich des Pulitzer-Preises an den Autor. New York 2001
- Johnson, Ian: Practising Falun Gong Was A Right, Ms. Chen said, up to her last day. In: Wall Street Journal vom 20.04.2000
- Kansai University Review of Law and Politics (Zeitschrift). Nr. 1 ff., März 1980 ff.
- Keith, Ronald C./Lin, Zhiqiu: The „Falun Gong Problem“ – Politics and the Struggle for the Rule of Law in China. In: China Quarterly Nr. 175, September 2003, S. 623 ff.
- Köhler, Volkmar: Zur Menschenrechtspolitik der Volksrepublik China. In: Die politische Meinung, Februar 2005, S. 31 ff.
- Koller, Michaela: Wei Jingsheng in Freiheit - Kein Grund zur Euphorie. In: Menschenrechte November/Dezember 1997.
- Kolonko, Petra: Aufgeschobene Demokratie. Die Theoretiker der chinesischen KP fürchten Chaos und Instabilität. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.05.2005.
- Kolonko, Petra: Der Parteichef im Hausarrest. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.01.2005
- Konfuzius: Lun Yu 13/18. In: Legge, James: The Chinese Classics. Bd. 1 Confucian Analects. Neudruck Taipei 1991
- Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf: Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas. Mainz (v.Hase & Koehler) 1990
- Kuang Yaming: Über den aktuellen Wert aller positiven Faktoren in der „Menschenlehre“ von Konfuzius. In: Krieger/Trauzettel, S. 17 ff.
- Kroker, Eduard: Die Strafe im chinesischen Recht. Opladen (Westdeutscher Verlag) 1970
- Kühl, Christiane: Korruption kann in China tödlich enden. In: Die Zeit 14/2002 vom 27.03.2002
- Küng, Hans: Zum christlich-buddhistischen Dialog. In: Brück/Lai, Buddhismus und Christentum, S. 13 ff.
- Kuhn, Anthony: An Honest Cop Pays the Price. In: Far Eastern Economic Review vom 06.05.2004, S. 26 ff.
- Kupfer, Kristin: Christlich inspirierte, spirituell-religiöse Gruppen in der VR China seit 1978. China heute (St. Augustin) 2002 Nr. 4 – 5, S. 119 ff., Nr. 6, S. 169 ff., 2003 Nr. 1 – 2, S. 27 ff., Nr. 3, S. 81 ff.

- Kupfer, Kristin: "Sozialer Sprengstoff in China?" Dimensionen sozialer Herausforderungen in der Volksrepublik. Essen (Asienstiftung) 2004
- Kynge, James: Herr Feng und der Wind des Wandels. In China haben sich Opfer staatlicher Willkür zusammengetan: Enteignete Besitzer von Ölquellen kämpfen listig für die Rückgabe ihres Eigentums. Sie werden von Wissenschaftlern und hohen Juristen unterstützt. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 27.03.2005
- Landwehr, Andreas: China verschärft Vorgehen gegen religiöse Gruppen, dpa vom 14.02.2002
- Landwehr, Andreas: Rau in China. Keiner vor ihm fand so deutliche Worte, dpa vom 14.09.2003
- Landwehr, Andreas: Tian'anmen und Menschenrechtsverstöße - keiner fühlt sich zuständig, dpa vom 04.12.2003
- Laotse. Tao te king. Texte und Kommentar. Übersetzt und kommentiert von Richard Wilhelm. Neudruck, München (Eugen Diederichs) 1991
- Lardy, Nicholas R.: Sources of Macroeconomic Instability in China. In: Shambaugh, Is China Unstable?, S. 57 ff.
- Laws of the People's Republic of China, Bd. 1 und 2 (Hg. Legislative Affairs Commission of the Standing Committee of the National People's Congress of the People's Republic of China), Beijing (Foreign Language Press) 1987
- Legge, James: The Chinese Classics. Bd. 1 Confucian Analects, Bd. 2 The Works of Mencius. Neudruck Taipei (SMC Publishing Inc.) 1991
- Lew, Roland: China vor dem Beitritt in die Welthandelsorganisation, Le Monde diplomatique Nr. 6323 vom 15.12.2000
- Li Hongzhi: Falun Gong. Der Weg zur Vollendung. München (Delphi bei Droemer) 1998
- Li Hongzhi: Zhuan Falun. Bad Pyrmont (Ost-West-Verlag) 1998, S. 349 ff.
- Li Yongyan: Anger rages in Sichuan. In: Asia Times vom 12.11.2004
- Lipset, Seymour Martin: Political Man – The Social Bases of Politics. Baltimore (John Hopkins University Press) 1981
- Liu, Melinda/Ansfield, Jonathan: Life of The Party. In: Newsweek vom 30.05.2005, S. 20 ff.
- Lohse, Kerstin: Geht dem Drachen die Puste aus? Chinas Energie- und Rohstoffhunger wird zur Achillesferse des Wirtschaftsbooms. In: Die politische Meinung, Februar 2005, S. 48 ff.

- Lorenz, Andreas: Rote Fluten. In: Spiegel Spezial 5/2004: China, S. 120 f.
- Lorenz, Andreas: Saus und Braus. In: Der Spiegel 14/2005 vom 04.04.2005, S. 127
- Lorenz, Andreas: Zartes Pflänzchen. Willkürliche Verhaftungen, Folter und Todesurteile ..., In: Spiegel Spezial China, S. 24
- Lorenz, Andreas/Wagner, Wieland: Billig, willig, ausgebeutet. Mit aller Kraft will China zur Wirtschaftssupermacht aufsteigen. In: Der Spiegel 22/2005 vom 30.05.2005, S. 80 ff.
- Luo Chenglie u.a.: A Collection of Confucius' Sayings. Jinan (Qiliu Press) 1988
- Lutfi, Ahmad: Socio-economic unrest and China's Hui minority. In: Asian Research vom 20.03.2005
- Mackerras, Colin P.: People's Republic of China. Background Paper on the Situation of the Tibetan Population. Writenet Independent Analysis vom Februar 2005
- Maga, Tim: Judgement at Tokyo. The Japanese War Crimes Trials. Lexington (University Press of Kentucky) 2001
- Malek, Roman: Geduldiges Warten auf bessere Zeiten? Chinesische Religionspolitik zwischen Deng Xiaoping und der Olympiade. In: China heute XXIII (2004), Nr. 4 – 5, S. 135 ff.
- Malek, Roman: Marxismus und Atheismus versus Religionsfreiheit. Tendenzen der chinesischen Religionspolitik. In: China heute XXIII (2004), Nr. 6 (136), S. 195 f.
- Malek, Roman: Hexie shehui – Eine neue Utopie? In: China heute Jahrgang XXIV (2005) Nr. 6, S. 195 ff.
- Margolin, Jean-Louis: Ein langer Marsch in die Nacht. In: Courtois, Das Schwarzbuch des Kommunismus, S. 511 ff.
- Martin, Hans-Peter/Schumann, Harald: Der Feind sind wir selbst. In: Der Spiegel Nr. 2/1993 vom 11.01.1993, S. 102 ff.
- Maser, Werner: Nürnberg-Tribunal der Sieger. Düsseldorf – Wien (Econ) 1977
- Mencius. In: Legge, The Chinese Classics. Bd. 2 The Works of Mencius. Neudruck Taipei 1991
- Meng, Richard: Kanzler ohne Gefolgschaft. Fischer sieht bei Embargo China am Zug. In: Frankfurter Rundschau vom 15.04.2005
- Miller, How Do We Know If China Is Unstable? In: Shambaugh, Is China Unstable? S. 18 ff.
- Modern China (Zeitschrift). London – New York (Sage) 1975 ff.

Möller, Kay: Das Chinaproblem in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. In: SWP-aktuell No. 45 vom Oktober 1999.

Möller, Kay: Der Ferne Osten nach dem 11. September. In: SWP-Aktuell 15, Oktober 2001

Möller, Kay: Zur Menschenrechtslage in China. Vortrag vor der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin, vom 23.09.2003, www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=509

Mooney, Paul: China faces up to growing unrest. In: Asia Times vom 16.11.2004

Mühlhahn, Klaus: Zwischen Ablehnung und Akzeptanz – Menschenrechte und Geschichte im modernen China. In: China aktuell 1/2006, S. 7 ff.

Müller, Sven-Uwe: Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhunderts. Hamburg (Institut für Asienkunde) 1997

Müller-Hofstede, Christoph: Reich und mächtig. Chinas Zukunft als Nation. In: Herrmann-Pillath/Lackner, S. 597 ff.

Munro, Robin: Judicial psychiatry in China and its political abuses. In: Columbia Journal of Asian Law 14/2000, S. 1 ff.

National Interest (Zeitschrift). New York (National Affairs Inc.) 1985 ff.

Neue Zürcher Zeitung (Tageszeitung). Zürich (Neue Zürcher Zeitung AG) 1779 ff.

New York Times (Tageszeitung). New York 1851 ff.

Newsweek (Zeitschrift). New York (Newsweek Inc.) 1933 ff.

Noth, Jochen: Teurer Fortschritt – Zu den gesellschaftlichen Kosten der Entwicklungsstrategie Mao Zedongs. In: Heberer, Thomas: Mao Zedong – Der unsterbliche Revolutionär? S. 121 ff.

Nürnberger Zeitung (Tageszeitung). Nürnberg (Nordbayerische Verlagsgesellschaft) 1913 ff.

Pan, Philip P.: Civil Unrest Challenges China's Party Leadership. In: Washington Post vom 04.11.2004

Pan, Philip P.: Upsurge of social strife rattles China's rulers. Protests, strikes now daily problem for Communist Party. In: Washington Post vom 05.11.2004

Pan Yue: Das Wunder ist bald zu Ende. Interview mit Andreas Lorenz. In: Der Spiegel 10/2005 vom 07.03.2005, S. 149 f.

- Paul, Gregor/Robertson-Wensauer, Caroline Y.: Traditionelle chinesische Kultur und Menschenrechtsfrage, Baden Baden (Nomos) 1997
- Penny, Benjamin: The Life and Times of Li Hongzhi – Falun Gong and Religious Biography. In: China Quarterly Nr. 175, Sept. 2003, S. 643 ff.
- Pei Minxin: China's Governance Crisis. In: Foreign Affairs, Bd. 81, September/Oktober 2002, S. 96 ff.
- Pei Minxin: Chinese Civic Associations. An Empirical Analysis. In: Modern China, Bd. 24, Juli 1998
- Pei Minxin: Is China Democratizing? In: Foreign Affairs, Bd. 77, Nr. 1, Januar/Februar 1998, S. 69 ff.
- Pleiter, Dirk: Heiliger Weg. In: ai Journal 6/2004, S. 30 f.
- Politische Meinung, Die (Zeitschrift). Bonn (Konrad-Adenauer-Stiftung) 1955 ff.
- Pries, Knut: Chinas Präsident reagiert gelassen auf Kritik und Proteste. In: Frankfurter Rundschau vom 10.04.2002
- Qiu Xin: China plagued by rising social unrest. In: Asia Times vom 29.10.2004
- Reader Sicherheitspolitik (Zeitschrift). Bonn (Streitkräfteamt) 1990 ff.
- Reeves, Charles/Xi Xuanwu: Die Hölle auf Erden. Bürokratie, Zwangsarbeit und Business in China. Hamburg (Edition Nautilus) 2000
- Renmin Ribao (Tageszeitung). Beijing 1948 ff.
- Richter, Thomas: Grundlagen der Strafverfolgung völkerrechtlicher Verbrechen in China. In: Albin Eser/Ulrich Sieber/Helmut Kreicker (Hrsg.): National Prosecution of International Crimes. Nationale Strafverfolgung völkerrechtlicher Verbrechen. Berlin (Duncker & Humblot) 2005, S. 141-260
- Richter, Thomas: Über Zustand und Tendenzen des chinesischen Strafrechts nach der Reform von 1997. In: Kansai University Review of Law and Politics Nr. 27, März 2006, S. 69 ff.
- Richter, Thomas: Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht. Vergleichende Einblicke in Transitionsprozesse. Teilband 9 China. Forschungsreihe Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht. Vergleichende Einblicke in Transitionsprozesse. Hg.: Eser/Sieber/Arnold (Hrsg.). Berlin (Duncker & Humblot) 2006. ISBN 3-86113-876-X, 267 S., 28.- Euro
- Rowan, Henry: The Short March. China's Road to Democracy. In: National Interest vom 22.09.1996, S. 61 ff.

- Roetz, Heiner: China und die Menschenrechte – Die Bedeutung der Tradition und die Stellung des Konfuzianismus. In: Paul /Robertson-Wensauer, S. 37 ff.
- Rudolph, Jörg M.: Wenn China über die Welt kommt ... Die Chinesen, ihre Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Wiesbaden (Landeszentrale für politische Bildung) 2005
- Rummel, Rudolph J.: China's Bloody Century. New Brunswick – New Jersey (Transactions Publishers) 1991
- Rummel, Rudolph J.: Death by Government. New Brunswick – New Jersey (Transactions Publishers) 1996
- Rüssmann, Ursula: Rumsfeld und Jiang Zemin blieben unbehelligt. In: Frankfurter Rundschau vom 06.05.2006
- Sandschneider, Eberhard: Demokratisierung in China? Perspektiven des politischen Wandels. In: Schubert, China. Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, S. 21 ff.
- Sausmikat, Nora: More Legitimacy for One-Party Rule? The CCP's Ideological Adjustments and Intra-Party Reforms. In: Asien Nr. 99 (April 2006), S. 70 ff.
- Scharping, Thomas: Bevölkerungsentwicklung und –politik. In: Herrmann-Pillath u.a, Länderbericht China, S. 358 ff.
- Schädler, Monika: Im Angesicht von Arbeitslosigkeit und Depression – Gegenwart und Zukunft der chinesischen sozialen Sicherung. In: Schubert, China. Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, S. 267 ff.
- Schmiese, Wulf: "Ich habe die richtigen Worte zur richtigen Zeit gesprochen". In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.09.2003
- Schneppen, Anne: Ein auf einer abgelegenen Pazifikinsel gefangener Sektenführer im Sog der Weltpolitik. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.02.2001
- Schubert, Gunter (Hg.): China: Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Hamburg (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr. 344), Hamburg 2001
- Schubert, Gunter: Herrschaft, Vertrauen und Legitimität in der VR China. In: China aktuell 2/2006, S. 5 ff.
- Schubert, Gunter: Nationalismus in China – Der liberale Gegentext zum anti-westlichen Etatismus. Duisburg (Institut für Ostasienwissenschaften) 2001
- Schubert, Gunter: Still in Search of Wealth and Power? Nationalismus und nationale Identität im China des beginnenden 21. Jahrhunderts. In: Schubert, China. Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, S. 55 ff.

Schubert, Gunter: Taiwan seit 1945 – Von der Entwicklungsdiktatur zur entwickelten Demokratie. In: Herrmann-Pillath u.a, Länderbericht China, S. 206 ff.

Schüller, Margot: Zwischen Diskriminierung und Selbstverwirklichung. Chinas Frauen im städtischen Arbeitsmarkt. China aktuell Dezember 2001, S. 1333 ff.

Schüller, Margot: Wirtschaftsmacht China. In: Die politische Meinung, Februar 2005, S. 41 ff.

Senger, Harro von : Abendländische Furcht vor globalisierten Menschenrechten. In: Zeitschrift für Friedenspolitik 06/2002

Shambaugh, David (Hg.): Is China unstable? Assessing the factors. New York (Sharpe) 2000

Shambaugh, David: Modernizing China's Military. Progress, Problems and Prospects. Berkeley – Los Angeles – London (University of California Press) 2002

Shambaugh, David: The Chinese Leadership – Cracks in the Facade. In: Shambaugh, Is China Unstable?, S. 26 ff.

Sheridan, Michael: China curbs its toy sweatshops as workers stay away. In: Sunday Times vom 08.12.2004

Shih, Chih-yu: Reforming China's Anti-Poverty Policy from Below – Experiences from Western Hunan. In: Asien Nr. 99 (April 2006), S. 92 ff.

Simon, Rainald: Der chinesische Gulag. Lager, Gefängnisse, staatliche Repression und politische Opposition. Reinbek (rororo aktuell) 1996

Snelling, John: The Buddhist Handbook. A Complete Guide to Buddhist Teaching, Practice, History and Schools. London – Melbourne – Auckland – Johannesburg (Century) 1987

Sogen, Yamakami: Systems of Buddhistic Thought. San Francisco (Chinese Materials Center) 1976

Solinger, Dorothy: Why We Cannot Count the 'Unemployed'. In: China Quarterly, Heft 167 (September 2001), S. 671 ff.

Solinger, Dorothy: The Potential for Urban Unrest – Will the Fencers Stay on the Pisté? In: Shambaugh, Is China Unstable?, S. 79 ff.

South China Morning Post (Tageszeitung). Hongkong (South China Morning Post Publishers Limited) 1903 ff.

Spiegel, Der (Wochenzeitschrift). Hannover (Rudolf Augstein) 1946 ff., Hamburg 1952 ff.

- Spiegel Spezial China. Hamburg (Rudolf Augstein) 2004
- Steinbach, Peter: Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. In: Ueberschär, S. 32 ff.
- Stern (Wochenzeitschrift). Hamburg (Henry Nannen) 1948 ff., (Gruner & Jahr) 1950 ff.
- Strait Times, The (Zeitung). Singapur 1845 ff.
- Strittmatter, Kai: Der Zorn der Betrogenen. In: Süddeutsche Zeitung vom 21.10.2004
- Strittmatter, Kai: Meine Beweise stammen aus offiziellen Quellen. In: Süddeutsche Zeitung vom 24.02.2001.
- Strittmatter, Kai: Schröder wirbt in China für Freiheit. In: Süddeutsche Zeitung vom 31.12.2002.
- Süddeutsche Zeitung (Tageszeitung). München (Süddeutscher Verlag) 1945 ff.
- Sunday Times (Wochenmagazin) London (Times Newspapers Ltd.) 1962 ff.
- SWP-Aktuell (Zeitschrift), Hg.: Stiftung Wissenschaft und Politik. Ebenhausen, seit 2001 Berlin ff.
- Tanner, Murray Scott: China Rethinks Unrest. In: Washington Quarterly, Sommer 2004, S. 137 ff.
- Taube, Markus: Fit für das nächste Jahrhundert? Die Wachstumsfaktoren der chinesischen Volkswirtschaft auf dem Prüfstand. In: Schubert, China. Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, S. 135 ff.
- Tay, Alice E.S./Doeker-Mach, Günther (Hg.): Asia-Pacific Handbook. Bd. 2: People's Republic of China. Baden-Baden (Nomos) 2001
- Terre des Femmes e.V., Städtegruppe Bonn: Prostitution in China. Bonn 1995
- Terril, Ross: The New Chinese Empire And What It means for the United States. New York (Basic Books) 2002
- Thurston, Anne F.: Chinese Democracy in the American Political Imagination. Washington (Center for Strategic & International Studies) 2002
- Tibetan Centre for Human Rights and Democracy: Tränen im Land des Schneelöwen. Tibets geraubte Menschenrechte. Heuchelheim (Longtai) 2006
- Time Magazine (Zeitschrift). New York (Time Inc.) 1923 ff.

- Tomuschat, Christian: Menschenrechte. Eine Sammlung internationaler Dokumente zum Menschenrechtsschutz. Bonn (UNO-Verlag) 1992
- Tyler, Patrick: A Great Wall. Six Presidents and China. New York (Century Foundation) 1999
- Ueberschär, Gerd R.: Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943 – 1952. Frankfurt (Fischer) 1999
- Umbach, Frank: China – unaufhaltsamer Machtfaktor? In: Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001, S. 3 ff.
- Umbach, Frank: Geostrategische und geoökonomische Aspekte der chinesischen Sicherheits- und Rüstungspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts – Die Verknüpfung traditioneller Sicherheitspolitik mit Ressourcenfragen im geopolitischen Denken Chinas. In: Schubert, China. Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, S. 341 ff.
- United Nations High Commissioner for Refugees: 2003 Global Review. Genf 2004
- United Nations High Commissioner for Refugees, Letter of Intent between the Government of the People's Republic of China and the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees (Genf) vom 08.05.1985
- US-Asylum Law and China's One-Child-Policy, Refugee Reports. Washington Aug./Sept. 1999
- U.S. Department of Justice: People's Republic of China. The One-Child-Policy. Washington 1992
- U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices 1991. Washington 1992
- Verdross, Alfred/Simma, Bruno: Universelles Völkerrecht. 3. Aufl., Berlin (Duncker & Humblot) 1984
- Wacker, Gudrun: China und die Terroranschläge des 11.9. In: SWP-Aktuell 14. Oktober 2001 (HG.: Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)
- Walker, Richard: Die Menschenopfer des Kommunismus in China. Wien (Sensenverlag) 1994
- Wall Street Journal (Tageszeitung). New York (Dow Jones) 1889 ff.
- Washington Post (Tageszeitung). Washington (Washington Post Company) 1877 ff.
- Washington Quarterly, The (Zeitschrift). Washington (Center for Strategic and International Studies and the Massachusetts Institute of Technology) 1978 ff.

Wasserstrom, Jeffrey: A New Legitimacy Crisis in Beijing. In: Far Eastern Economic Review, Dezember 2004, S. 25 ff.

Weggel, Oskar: Chinesische Rechtsgeschichte. Leiden-Köln (E.J. Brill) 1980

Weggel, Oskar: Ein Staat oder zwei? – Aporien der Taiwanfrage. In: Schubert, China. Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, S. 405 ff.

Weggel, Oskar: Li Peng auf Deutschland-Besuch – Pannen und blankliegende Nerven. In: China aktuell Juli 1994, S. 684 ff.

Wei Jingsheng: Mein Leben für die Demokratie. Hg.: Wei-Blank, Shan Shan/Hsü, Urban/Weyrauch, Thomas), Reinbek (rororo aktuell) 1995

Welt, Die (Tageszeitung). Hamburg (Axel Springer) 1946 ff.

Weyrauch, Thomas: Bruce Gilley, China's Democratic Future. How It Will Happen and Where It will Lead. Rezension. In: Asien 97 (Oktober 2005)

Weyrauch, Thomas: Chinas Repression und die Haltung Deutschlands – Primat der Wirtschaftsinteressen. In: Das Palament (Hg. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn) 31.01.1997

Weyrauch, Thomas: „... fragt Wei Jingsheng“. Vom Ein-Mann-Protest zur Volksbewegung. In: Wei Jingsheng: Mein Leben für die Demokratie. Reinbek (rororo aktuell) 1995, S. 72 ff.

Weyrauch, Thomas: Fluchtziel Deutschland. Migranten aus der Volksrepublik China. Bochum (Projekt) 1995

Weyrauch, Thomas: Gutachten zur Yiguan Dao-Sekte für das Verwaltungsgericht Leipzig vom 23.05.2002 zu Az. A 4 K 31298/96

Weyrauch, Thomas: He Qinglian, China in der Modernisierungsfalle. Rezension. In: Asien 103 (2007), noch unveröffentlicht.

Weyrauch, Thomas: Wolfgang Hirn, Herausforderung China. Rezension. In: Asien 97 (Oktober 2005), S. 107.

Weyrauch, Thomas: Thomas Richter, Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht. Rezension. In: Asien 100 (Juli 2006), S. 125 ff.

Weyrauch, Thomas: Yiguan Dao – Chinas Volksreligion im Untergrund. Heuchelheim (Longtai) 2006

Whyte, Martin King: Chinese Social Trends – Stability or Chaos? In: Shambaugh, Is China Unstable?, S. 143 ff.

- World Organization to Investigate the Persecution of Falun Gong: Investigation Report on the Persecution of Falun Gong. Ohne Ortsangabe, 12.06.2004.
- Wu, Harry (Wu Hongda): Nur der Wind ist frei. Meine Jahre in Chinas Gulag. 2. Aufl. München (Ullstein) 1995
- Wu, Harry (Wu Hongda): Wer schweigt macht sich schuldig. Bergisch-Gladbach (Gustav Lübbe) 1996.
- Xiucui (Monatszeitschrift). Ludwigshafen (Ostasieninstitut der FH Ludwigshafen) 2002 ff.
- Xu Xiaonian: Wir brauchen Respekt vor dem Recht. Interview mit Andreas Lorenz. In: Spiegel Spezial 5/2004, S. 122.
- Yang Tianshui: Zhang Lin is in Danger. Pressemitteilung der Wei Jingsheng Foundation (Washington) vom 06.02.2005
- Yao Yuan: Henan, the blighted land. In: Asia Times vom 16.11.2004
- Zeit, Die (Wochenzeitung). Hamburg (Zeitverlag Gerd Bucerius) 1946 ff.
- Zeitschrift für Friedenspolitik. Zürich (Schweizerischer Friedensrat) 1997 ff.
- Zhang Junhua: Die Entstehung einer neuen elitären Struktur – Hoffnungen, Ambivalenzen und Kontroversen. In: China heute Jahrgang XXIV (2005), Nr. 3, S. 92 ff.
- Zheng Zhihong: Die völkerrechtliche Beurteilung der Verfolgung von Falun Gong seit 1999. In: MenschenRechtsMagazin 2/2004 (Hg.: Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam), S. 152 ff. .
- Zhou, Lea: Risse im Damm. Chinas KP kämpft gegen eine Austrittswelle. In: Epoch Times, Probenummer, Dezember 2004
- Zhou Lei: „Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit und Nachsicht“ – Schwere Menschenrechtsverletzungen durch die Volksrepublik China bei der Verfolgung von Falun Gong. In: MenschenRechtsMagazin Heft 1/2001 (Hg.: Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam), S. 21 ff.

Die Neuerscheinung im Sommer 2009 beim Longtai Verlag Giessen:

Thomas Weyrauch

**CHINAS
HUNDERTJÄHRIGE
REPUBLIK**

ZWISCHEN REPRESSION UND DEMOKRATIE

Band 1

1911 – 1949

Longtai Verlag